REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 501 · 16.12.2005

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 50 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Signale aus Nürnberg. 60 Jahre nach dem Internationalen Militärtribunal
2. Retro-T-Shirt "Arbeiterkampf" - für echte Fans
3. An den Frauen zeigt sich das Ausmaß der Vertreibungen. Interview mit Handan Coskun vom Projekt Dikasum in Diyarbakir - Interview: Ariane Brenssell
4. Kein Aus für Mega-Staudämme. Trotz internationaler Richtlinien wird weiter gebaut - mit verheerenden Folgen - Ariane Brenssell
5. Aus dem Statut des Internationalen Militärtribunals. Dokumentation
6. Der Jahrhundert-Prozess. Vor 60 Jahren begann in Nürnberg das Verfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher - Js.
7. Von "Siegerjustiz" und "innerer Befriedung". Deutsche Reaktionen auf die Nürnberger Prozesse - Js.
8. Tötungsarbeit. Harald Welzers Studie über NS-Täter und andere Massenmörder - Raphaela Kula
9. Normale Mörder, deformierte Gesellschaft. Fragen an den Sozialpsychologen Welzer - Js.
10. Wenn die Täter Trauer tragen. Verstrickt und zugenäht - deutsche Gedenkkultur
11. Die dritte Enteignung. Arisierung und Restitutionspolitik in Österreich - Karl Fischbacher
12. Mehr als nur Mitwisser. Deutschlands Rolle im "Krieg gegen den Terror" - mb., Berlin
13. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen
14. Knast for Kids. Die geschlossene Heimunterbringung ist ein Skandal - dk
15. Marketing und Propaganda. "Du bist Deutschland" - eine Kampagne mit Tradition - Js.
16. Mut zur Lücke. Aktionsbericht vom diesjährigen Castortransport nach Gorleben - Elke Sommer-Seitenschläger
17. Von Haushaltslöchern und Schuldenbergen. Hintergründe deutscher Steuerpolitik - Ingo Stützle
18. Gesundes Leben, gerechte Gesellschaft? Gesundheit und soziale Rechte - eine schwierige Beziehung - Stefanie Graefe
19. Gerechtigkeit heilt. Der internationale Kampf gegen Straflosigkeit - Knut Rauchfuss
20. Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind nicht amnestierbar. 30 Jahre Kampf gegen Straflosigkeit in Argentinien - Annette Fingscheidt
21. "Lasst die Folterer sich ängstigen!" Ein Gespräch mit Inge Genefke von der "Weltweiten Koalition gegen Folterer" (WCAT) - Interview: Knut Rauchfuss
22. Die Gacaca-Tribunale in Ruanda. Alternative Justiz mit partizipativem Charakter - Simon Gasiberege
23. "Entschädigung bringt die Toten nicht zurück , aber sie verbessert das Leben." Protokoll einer Diskussion
24. Indonesische Täuschungsmanöver verhindern internationales Tribunal für Osttimor - Tiago A. Sarmento
25. Ich, die Borderline-Störung. Theorie und Praxis der Women at the Margins - Clare Shaw
26. Die Rückkehr der Wildkatze. Ein Buch zum wilden Streik bei Opel Bochum im Oktober 2004 - Christian Frings
27. Handreichungen zum Klassenkampf. Von Hartz IV zu Hartz V - dk
28. Machtkampf um Prekarisierung: Der Gate-Gourmet-Streik am Düsseldorfer Flughafen - Wildcat Köln
29. Haarrisse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit
30. Mölln - dreizehn Jahre später. "Wir werden immer wieder da sein" - Nina Schulz
31. "Das ist die Schuld von zuviel Polizei." Innenansichten zu den Revolten in den französischen Vorstädten
32. Krepiert in Frieden! Ein Manifest der revoltierenden Jugendlichen in Paris
33. In Kurdistan herrscht wieder Krieg - Elmar Millich
34. "Arbeitskämpfe: Gebilde einer vergangenen Epoche". Neue Arbeitsgesetzgebung in Australien verabschiedet - Vo
35. "Ein Gift, das langsam durch unsere Venen fließt." Europäische Union zwingt AKP-Staaten Freihandel auf - Annette Groth

36. Schreib dir eine Weltwirtschaftsordnung. Mit freundlicher Unterstützung transnationaler Konzerne lädt die WTO nach Hong Kong - Alexis Passadakis und Magali Mander
37. Politik der kleinen Schritte. Außerparlamentarische Opposition in Zeiten der Großen Koalition - Gerhard Klas
38. "Wir müssen noch schwer arbeiten." Nach der Frankfurter Aktionskonferenz - Interview mit Peter Grottian - Interview: Gerhard Klas
39. Gegen den eisigen Wind. Karl Heinz Roths Gegenperspektiven zum Neoliberalismus - Mario Tal
40. Von der Verweigerung zur Kontemplation. Das Best-Of-Album der Band Tocotronic ist erschienen - Tilman Vogt
41. Kriminalistisches Ping-Pong aus Mexiko. Subcomandante Marcos und Taibo schreiben kollektiven Krimi - Heiko Wegemann
42. Die hässliche Seite der Linkspartei. Berliner WASG - Bauernopfer oder Präzedenzfall? - Martin Reeh
43. Linker Neoliberalismus. Linkspartei-StrategInnen planen "realistische Sozialpolitik" - Henning Böke
44. Esoterisches Brimborium. Kritische Studie über Anthroposophie erscheinen - Oliver Walkenhorst
45. Aufgeblättert
46. LeserInnenbriefe
47. Kalender
48. Quelldatei 27.htm
49. Haste mal 'nen Euro?!
50. Editorial

1. Signale aus Nürnberg. 60 Jahre nach dem Internationalen Militärtribunal

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:47

Die Ansprachen staatlicher WürdenträgerInnen zu historischen Anlässen sind in Deutschland selten intellektuelle Sternstunden. Schließlich geht es dabei vor allem um Signale. Erstens an das Ausland, zweitens an die eigene Bevölkerung. Was signalisiert Brigitte Zypries (SPD), die alte und neue Bundesjustizministerin, anlässlich des 60. Jahrestages der Nürnberger Prozesse gegen deutsche Kriegsverbrecher? Dass "Nürnberg ... den Aufbruch zu neuen Ufern des Völkerrechts bedeutete. Denn der Weg führte von Nürnberg bis nach Den Haag, zunächst Sitz des Jugoslawien-Strafgerichtshofs, dann auch Sitz des ständigen Internationalen Strafgerichtshofs." Letzterer ist zweifellos eine Errungenschaft;

dass mit seiner Einrichtung "die Stärke des Rechts an die Stelle des Rechts des Stärkeren getreten" sei, wie Zypries weiter deklamierte, ist aber der blanke Hohn. Dreist auch ihr Loblied auf das deutsche "Engagement für das Völkerstrafrecht" # bei gleichzeitiger Beteiligung der Bundeswehr an den völkerrechtswidrigen Angriffskriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan und (eher klammheimlich) den Irak.

Während Zypries$ Staatssekretär Hartenbach beim selben Anlass beklagte, dass "gerade einige der bevölkerungs- und einflussreichsten Staaten der Erde das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs noch nicht ratifiziert haben" (gemeint sind vor allem die USA), stellte die Ministerin klar, dass westliche PolitikerInnen und Militärs von der vielleicht originellsten Bestimmung des deutschen Völkerstrafgesetzbuchs nichts zu befürchten haben: Die Möglichkeit, Straftaten gegen das Völkerrecht unabhängig vom Begehungsort in Deutschland anzuklagen, bedeute nicht, "dass jede völkerrechtswidrige Tat vor einem deutschen Gericht verhandelt wird." Siehe auch die von der Bundesanwaltschaft zurückgewiesene Strafanzeige gegen US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, Ex-CIA-Chef George Tenet und hochrangige US-Militärs wegen Kriegsverbrechen und Folter im Irak. (ak 491 und 492)

Die eigenen Untaten gegen das Völkerrecht werden vor deutschen Gerichten ohnehin nicht verhandelt. Abgeschmettert wurden nicht nur Klagen gegen die deutsche Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien. Auch die Schadensersatzforderung von 35 BürgerInnen der serbischen Kleinstadt Varvarin, die am 30. Mai 1999 von NATO-Flugzeugen bombardiert worden war, hatte keine Chance. (ak 466) So viel zu der Frage, "welche herausragende Bedeutung Deutschland dem Völkerstrafrecht beimisst" (Zypries), und zum angeblich überwundenen "Recht des Stärkeren".

Nun sind solche feierlichen Reden nicht wirklich überraschend. Erstaunlich ist allerdings, dass der Anlass der Gedenkfeier, der am 20. November 1945 in Nürnberg begonnene Prozess gegen 22 Hauptkriegsverbrecher, kaum eine Rolle spielte. Bei so viel Zukunftsorientierung muss man gegenhalten und auf die Vergangenheit zu sprechen kommen. Denn Nürnberg war ein Jahrhundertprozess, mindestens. Seite 4

Das Thema unseres Schwerpunktes steht mit der Nachwirkung der Nürnberger Prozesse in enger Verbindung: Der internationale Kampf gegen Diktatur- und Kriegsverbrechen hat in den vergangenen Jahren erste Erfolge gebracht. So können jetzt immerhin einige der für Mord und Folter Verantwortlichen aus der Zeit der argentinischen Militärdiktatur in Spanien, Italien, Schweden und Deutschland vor Gericht gestellt werden. Seite 13-16

2. Retro-T-Shirt "Arbeiterkampf" - für echte Fans

Rubrik: ak und Fantômas · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:49

Wir haben T-Shirts zu unserem 500. Jubiläum zu verkaufen. Sie kosten 12 Euro plus zwei Euro Versand und können ab sofort bei uns bestellt werden. Zahlung erfolgt entweder nach Erhalt der Rechnung oder ihr schickt uns eine Einzugsermächtigung. Die T-Shirts gibt es für Männer in den Größen XL, L, M und S, sie fallen relativ groß aus. Der Frauen-Schnitt ist in den Größen M und L zu erhalten, das entspricht knapp den Größen 38 und 40. Der Männer-Schnitt S entspricht etwa einer Frauengröße von 40. Also nichts wie zugreifen - so lange der Vorrat noch reicht!

3. An den Frauen zeigt sich das Ausmaß der Vertreibungen. Interview mit Handan Coskun vom Projekt Dikasum in Diyarbakir

Autor: Interview: Ariane Brenssell · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:21

Im Sommer kam eine Delegation aus dem Südosten der Türkei nach Deutschland, um die westeuropäische Öffentlichkeit gegen den erneut anstehenden Bau des Ilisu-Dammes zu mobilisieren. Mit dabei war auch Handan Coskun, Leiterin eines Frauenprojekts für vertriebene Frauen in Diyarbakir im Südosten der Türkei. Das Interview führte Ariane Brenssell.

ak: Frau Coskun, Sie leiten das Projekt Dikasum für vertriebene Frauen in Diyarbakir, warum ein Frauenprojekt?

Handan Coskun: Die Selbstmordrate von Frauen war jahrelang so hoch, dass sie sich nicht mehr ignorieren ließ. Besonders in den Städten Batman und Diyarbakir war sie auffällig und beunruhigend. Deshalb wurde 2001 selbst staatlicherseits Alarm geschlagen und das Projekt Dikasum gegründet.

Wie kam es zu der hohen Selbstmordrate bei Frauen?

Die Vertreibung der Frauen aus ihren Dörfern - teilweise durch den Feldzug der türkischen Regierung gegen die kurdische Bevölkerung, teilweise durch die Staudammbauten - hat für Frauen besonders schwerwiegende Folgen. Sie werden entrechtet, denn während sie sich in den Dörfern selbstständig bewegen durften, dürfen sie dies in den Städten nicht mehr. Viele Frauen haben zudem traumatisierende Gewalterfahrungen gemacht und ihre Lebensbedingungen sind sehr prekär: Die Möglichkeit zur Selbstversorgung ist in den Städten so gut wie nicht gegeben, gleichzeitig aber sind Brot und Wasser teuer und für viele unbezahlbar. Damit geraten viele Frauen in eine ausweglose Situation.

Wie arbeiten Sie in Ihrem Projekt?

Unser erster Grundsatz ist: Wir gehen zu den Frauen, weil sie nicht zu uns kommen können. Und wir bieten Ihnen praktische Überlebenshilfen an. Wir haben in den Gecekondus (Slums) drei Wäschereien mit Backöfen eröffnet. Hier können sie Wäsche waschen und ihr eigenes Brot backen. An den Wochenenden kommen durchschnittlich 2.250 Frauen und 660 Kinder in unsere Häuser. So erreichen wir viele Frauen und nebenbei bieten wir ihnen dann Schulungen und Beratungen an, zur Alphabetisierung, zu ihren Rechten, zu Familienplanung und Hygiene.

Sie sind mit einer Delegation nach Westeuropa gekommen, um die Öffentlichkeit hier über die potenziellen Folgen des Ilisu-Dammes zu informieren, was spricht für Sie gegen dieses Staudammprojekt in der Südosttürkei?

Alles, denn wir haben in unserem Projekt die sozialen Folgen immer direkt vor Augen. Und wir sehen es als unsere Aufgabe, darüber zu berichten. Die Situation von Frauen wird in der Öffentlichkeit viel zu wenig beachtet, aber hier zeigt sich das ganze Ausmaß der Staudammbauten.

4. Kein Aus für Mega-Staudämme. Trotz internationaler Richtlinien wird weiter gebaut - mit verheerenden Folgen

Autor: Ariane Brenssell · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Imperialismus und Weltwirtschaft; Türkei; China · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:20

Immer wieder werden neue Mega-Staudämme gebaut. Für die einen bedeuten sie Profite und hohe Exportquoten, für die anderen Vertreibung, Menschenrechtsverletzungen und ökologische Zerstörung. Um diese zumindest abzufedern, wurden vor fünf Jahren von der Weltstaudammkommission internationale Richtlinien herausgegeben. Doch sie werden kaum eingehalten - auch von Deutschland nicht.

Die drei Schluchten-Stauseen in China, die Narmada-Staudämme in Indien und das Südostanatolien-Projekt (GAP) mit 22 Dämmen in der Türkei sind drei der wenigen Mega-Wasserprojekte, deren Fragwürdigkeit öffentlich geworden ist. Insgesamt 45.000 Groß-Staudämme gibt es weltweit und es wird weiter gebaut: 400 Staudämme aktuell, weitere sind in Planung. Dabei sind Staudammbauten längst zweifelhaft geworden. Ökonomisch halten sie nicht was sie versprechen, denn der Bau ist meist um ein vielfaches teurer als geplant. Rund die Hälfte der Dämme löst die Zielvorgaben in Energieproduktion und Bewässerung nicht ein. Die ökologischen und sozialen Folgen sind verheerend. 40 bis 80 Millionen Menschen wurden bislang im Zuge von Staudammbauten vertrieben. Ihnen wurden die Lebensgrundlagen geraubt, viele sind traumatisiert. Selten bekommen die Menschen Entschädigungen, viele landen in den Mega-Slums der Städte. Dies waren Ergebnisse, die die Weltstaudammkommission (World Commission on Dams, WCD) im November vor fünf Jahren in einem Bericht veröffentlichte.

Staudammbau geht munter weiter

Die Weltstaudammkommission wurde 1997 auf Druck von internationalen Bewegungen ins Leben gerufen. Sie setzte sich aus zwölf VertreterInnen verschiedener Interessensgruppen zusammen. AktivistInnen und NGOs saßen zwei Jahre lang mit VertreterInnen aus Staudammindustrie, Regierungen und Forschungsinstituten an einem Tisch. Sie untersuchten Kosten und Nutzen von Groß-Staudämmen, befragten Vertriebene, führten Fallstudien durch und besichtigten Mega-Projekte vor Ort. Zwar enthielt der Bericht keine grundsätzliche Stellungnahme gegen Mega-Staudämme, doch die Kommission kam einhellig zu dem Schluss, dass der ökologische und soziale Preis solcher Projekte zu hoch ist. Staudämme bringen zwar Nutzen, der Preis, der dafür bezahlt werden muss, ist in "zu vielen Fällen inakzeptabel und oft unnötig", heißt es in dem Bericht. Die WCD hat daraufhin Richtlinien für den Staudammbau vorgelegt. Sie empfehlen den Finanziers, Banken, Konzernen und Regierungen, die BewohnerInnen gleichberechtigt in die Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen und die Prozesse ergebnisoffen zu gestalten, alle Alternativen zum Staudammbau zu prüfen und die betroffenen Menschen im Fall des Baus am Nutzen zu beteiligen.

Grünes Licht für Ilisu-Projekt im Südosten der Türkei

Medha Patkar, langjährige Aktivistin im Kampf gegen die Narmada-Staudämme in Indien, war Mitglied in der Kommission. Am 15. November kam sie zu einer Tagung des International Rivers Network zum fünften Jahrestag der WCD-Richtlinien nach Berlin. Die Tagung wollte die verschiedenen Interessengruppen erneut zusammenbringen. Es sollte diskutiert werden, wie der Umsetzung der Richtlinien mehr Nachdruck verliehen werden kann. Patkar betonte: "Alle zwölf Kommissionsmitglieder haben damals die Richtlinien unterschrieben und alle zwölf haben gefordert, dass bei der Entscheidung für den Bau eines Dammes die Betroffenen einbezogen werden müssen. Von keinem der Kommissionsmitglieder sei angezweifelt worden, dass es mehr Gleichheit und Gerechtigkeit für sie geben muss. Dennoch", so sagte sie, "werden die Betroffenen behandelt als würden sie an einer Krankheit leiden und nicht als haben sie ein Recht auf ihr Land und ein Mitspracherecht bei der Frage, was mit dem Land und den Flüssen passiert, von denen sie oftmals schon seit vielen Generationen leben."

Brandaktuell ist das Beispiel des Ilisu-Dammes im Südosten der Türkei. Der Tigris soll 65 km vor der irakischen Grenze gestaut werden, ein Gebiet von 313 qm, 52 Dörfer und Kleinstädte sollen überflutet werden. Bis zu 78.000 Menschen sind davon betroffen sowie die als einzigartiges Kulturgut anerkannte Stadt

Hasankeyf. In ihr sind Bauwerke aus 20 verschiedenen Kulturen erhalten. Der Baubeginn war bereits für 2001 geplant. Damals konnte er durch Unterschriftenlisten und Lobbyarbeit der Menschen aus der Region verhindert werden. NGOs und Betroffene vor Ort forderten, dass gemäß der OECD-Richtlinien eine Umweltverträglichkeitsprüfung und ein Umsiedlungsplan vorgelegt werden. Die am Bau interessierten Firmen, vornehmlich die VA Tech Hydro - die zur Zeit noch in den Händen von Siemens ist, aber gerade zum Verkauf steht -, haben in der Folge die Studie in Auftrag gegeben. Seit dem 30. November liegen sie nun vor. Damit steht der Baubeginn erneut vor der Tür.

"Die Firmen suggerieren, dass mit den Studien alle mit dem Staudamm betroffenen Probleme gelöst seien, dies ist aber keineswegs so", sagt Heike Drillisch von WEED. Sie bereiste vor vier Wochen den Südosten der Türkei, um mit den Betroffenen zu sprechen. Die Umfragen für die Studien seien äußerst fragwürdig gewesen, berichtet sie, "in manchen Fällen wurden Betroffene einfach auf die Polizeistationen vorgeladen und dort wurde ihnen mitgeteilt, dass sie demnächst ihre Dörfer verlassen müssen". Zudem habe es von der türkischen Regierung Versuche gegeben, kritische AktivistInnen einzuschüchtern. "Dass solche Menschenrechtsverletzungen in der Region an der Tagesordnung sind, darüber schweigen die Studien der Firmen", kritisiert die WEED-Vertreterin.

Auch Ercan Ayboga von der Ilisu-Plattform aus Diyarbakir kritisiert die Umfragen. Er hält sie für Augenwischerei. "Die entscheidenden Fragen werden in den Umfragen nicht gestellt", die BewohnerInnen seien zwar über ihre Essgewohnheiten befragt worden, zu dem Staudammprojekt selbst aber durften sie sich nicht äußern. Zudem, so ergänzt er, seien die Umfragen auch nicht auf kurdisch geführt worden.

Deutscher Segen für Mega-Dämme

Für die Firmen sind die Studien der Startschuss für den Bau. Die deutsche Firma Züblin International gehört zum Baukonsortium. Sie teilte im September auf Nachfrage mit, dass sie bei Vorlage der Studien keine Bedenken mehr gegen den Bau habe. Auch sei ein "Antrag auf die Deckung des Projektes durch die Exportkreditversicherungen der beteiligten Länder beabsichtigt", erklärte damals Ulrich Weinmann, Geschäftsführer der Züblin International.

Das heißt, dass demnächst voraussichtlich ein Antrag gestellt werden wird, dass die Bundesregierung den Bau des Ilisu-Damms durch eine Hermes-Bürgschaft absichert. Die Bundesregierung bekennt sich zwar zu den WCD-Richtlinien, aber zu dem entsprechenden Schritt, der Förderung des Ilisu Staudamms eine Absage zu erteilen, kann sie sich nicht durchringen. "Wir werden den Fall prüfen, wenn ein entsprechender Antrag vorliegt", verkündete Manfred Konukiewitz vom Bundesministerium für Entwicklungszusammenarbeit (BMZ) auf der WCD-Tagung in Berlin. Eine Stellungnahme zu den WCD-Richtlinien gab er im Zusammenhang von Ilisu nicht ab. Eine solche, so Heike Drillisch von WEED, dürfte nichts anderes als ein klares Nein zu Ilisu bedeuten.

Auf der Tagung im November prallten die verschiedenen Welten aufeinander. Der BMZ-Vertreter Konukiewitz sieht in den Staudammbauten ein wichtiges Mittel zur Armutsbekämpfung, weshalb in den Ländern des Südens auch ein flexibler Umgang mit den WCD-Richtlinien nötig sei. Dahinter steckt das Konzept der Armutsbekämpfung durch die Stärkung einer Exportorientierten Wirtschaft. Die Staudämme sollen durch Wasserkraftwerke Strom oder durch Bewässerungsanlagen Cash Crops, wie zum Beispiel Baumwolle, für den Export liefern.

Medha Patkar vertritt da eine ganz andere Position: "Die Mega-Projekte verursachen gerade Armut und Zerstörung, weil sie die kleinen lokalen nachhaltigen Wirtschaften auf Dauer zerstören". Sie richtete ihre Frage auch an den BMZ-Vertreter, als sie auf dem Abschlusspodium fragt: "Sind Sie wirklich zufrieden mit dem, was Sie tun?" Sie ist es offenbar nicht. "Diejenigen, deren Leben auf dem Spiel steht und nicht nur das Geld, stellen die Staudämme grundlegend in Frage. Sie haben eine andere Vision von Lebensweise und von Entwicklung." Und sie setzt nach: "Für die einen geht es um Geld und für die anderen geht es um ihr Leben. Und solange die betroffenen Gemeinden und die Menschen, deren Lebensgrundlagen auf dem Spiel stehen, nicht genauso miteinbezogen werden wie diejenigen, deren Geld auf dem Spiel steht, lassen sie uns nicht von Demokratie reden." Sie hat noch ein weiteres Beispiel, auch für Berlin, parat: "Städte, die nachts hell erleuchtet sind, haben ihren Preis". Doch wer bezahlt diesen Preis?, diese Frage stellt sie nicht mehr.

Ariane Brenssell

5. Aus dem Statut des Internationalen Militärtribunals. Dokumentation

Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:40

II. ZUSTÄNDIGKEIT UND ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

Artikel 6:

Der durch das in Artikel 1 genannte Abkommen eingesetzte Gerichtshof zur Aburteilung der Hauptkriegsverbrecher der der europäischen Achse angehörigen Staaten hat das Recht, alle Personen abzuurteilen, die im Interesse der der europäischen Achse angehörenden Staaten als Einzelpersonen oder als Mitglieder einer Organisation oder Gruppe eines der folgenden Verbrechen begangen haben:

Die folgenden Handlungen, oder jede einzelne von ihnen, stellen Verbrechen dar, für deren Aburteilung der Gerichtshof zuständig ist. Der Täter solcher Verbrechen ist persönlich verantwortlich:

(a) VERBRECHEN GEGEN DEN FRIEDEN: Nämlich: Planen, Vorbereitung, Einleitung oder Durchführung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Abkommen oder Zusicherungen oder Beteiligung an einem gemeinsamen Plan oder an einer Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen;

(b) KRIEGSVERBRECHEN: Nämlich: Verletzungen der Kriegsgesetze oder -gebräuche.

Solche Verletzungen umfassen, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, Mord, Misshandlungen, oder Deportation zur Sklavenarbeit oder für irgendeinen anderen Zweck, von Angehörigen der Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Mord oder Misshandlungen von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Töten von Geiseln, Plünderung öffentlichen oder privaten Eigentums, die mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten oder Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung;

(c) VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT: Nämlich: Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung vor oder während des Krieges, Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen, begangen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, und zwar unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes verstieß, in dem sie begangen wurde, oder nicht.

Anführer, Organisatoren, Anstifter und Teilnehmer, die am Entwurf oder der Ausführung eines gemeinsamen Planes oder einer Verschwörung zur Begehung eines der vorgenannten Verbrechen teilgenommen haben, sind für alle Handlungen verantwortlich, die von irgendeiner Person in Ausführung eines solchen Planes begangen worden sind.

6. Der Jahrhundert-Prozess. Vor 60 Jahren begann in Nürnberg das Verfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:26

24 Männer waren vor dem Internationalen Militärtribunal (IMT) in Nürnberg als "Hauptkriegsverbrecher" angeklagt. Drei fehlten auf der Liste: Hitler, Goebbels und Himmler, die zwischen dem 30. April und dem 23. Mai Selbstmord begangen hatten. Robert Ley, der Führer der Deutschen Arbeitsfront, folgte am 25. Oktober 1945 ihrem Beispiel. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach war wegen "Gehirnerweichung" verhandlungsunfähig, und gegen "Reichsleiter" Martin Bormann, den Chef der Parteikanzlei der NSDAP, der als flüchtig galt (in Wirklichkeit aber schon tot war), wurde in Abwesenheit verhandelt.

So saßen am 20. November 1945 noch 21 hohe Repräsentanten des NS-Regimes auf der Anklagebank im Saal 600 des Nürnberger Justizpalastes:

- Hans Frank, Generalgouverneur von Polen;

- Wilhelm Frick, Reichsinnenminister;

- Hermann Göring, Reichsmarschall, Preußischer Ministerpräsident und Reichsluftfahrtminister;

- Alfred Jodl, Generaloberst und Chef des Wehrmachtsführungsstabes;

- Ernst Kaltenbrunner, SS-Obergruppenführer, Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA);

- Wilhelm Keitel, Generalfeldmarschall und Chef des Oberkommandos der Wehrmacht;

- Joachim von Ribbentrop, Reichsaußenminister;

- Alfred Rosenberg, Reichsminister für die besetzten Ostgebiete;

- Fritz Sauckel, Gauleiter von Thüringen und Reichsbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz;

- Arthur Seyss-Inquart, Reichskommissar für die Niederlande;

- Julius Streicher, Gauleiter von Franken und Herausgeber des Stürmer;

- Walter Funk, Reichswirtschaftsminister;

- Rudolf Heß, Stellvertreter des Führers;

- Erich Raeder, Großadmiral und Oberbefehlshaber der Kriegsmarine;

- Karl Dönitz, Großadmiral und Nachfolger Raeders, letzter Reichspräsident;

- Konstantin von Neurath, Reichsaußenminister und Reichsprotektor von Böhmen und Mähren;

- Baldur von Schirach, Reichsjugendführer und Gauleiter von Wien;

- Albert Speer, Rüstungsminister;

- Hans Fritzsche, Abteilungsleiter im Propagandaministerium;

- Franz von Papen, Vizekanzler und später Botschafter in Österreich und der Türkei;

- Hjalmar Schacht, Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister.

Alle bekannten sich "nicht schuldig". Schon vor Prozessbeginn hatte der Gerichtspsychologe Gustave M. Gilbert von den Angeklagten schriftliche Kurzkommentare zur Anklageschrift eingeholt. "Ich verstehe überhaupt nicht, warum ich angeklagt bin", schrieb Schacht; "Ich habe nur meine Pflicht als Sicherheitsorgan getan" (Kaltenbrunner); "Für einen Soldaten sind Befehle Befehle" (Keitel); "Die Anklage richtet sich gegen die verkehrten Leute" (von Ribbentrop); "Ich kann mich nicht erinnern" (Heß); "Keiner dieser Anklagepunkte betrifft

mich letzten Endes. Typischer amerikanischer Humor" (Dönitz). Einzig Speer, der vor Gericht den erschütterten, aber schuldlos Verstrickten spielte und damit seinen Kopf rettete, räumte ein: "Der Prozess ist notwendig. Es gibt eine gemeinsame Verantwortung für so schreckliche Verbrechen - auch unter einem autoritären System."

Alle Angeklagten bekennen sich "nicht schuldig"

Göring dagegen präsentierte ein Argument, mit dem noch bis heute nicht nur in Nazikreisen die Legitimität des Verfahrens bestritten wird: "Der Sieger wird immer der Richter und der Besiegte stets der Angeklagte sein!" In der Tat: Die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion stellten je einen Richter plus Stellvertreter sowie einen Hauptankläger; die Verteidiger waren deutsche Rechtsanwälte. Bereits in seiner Eröffnungsrede ging der US-amerikanische Ankläger Robert Jackson auf den Vorwurf der "Siegerjustiz" ein: "Die Gefahr, die wir im Angesicht des sittlichen Urteils der Welt zu gewärtigen haben, besteht darin, dass die Welt diese Verhandlungen als politischen Prozess betrachtet, den der Sieger dazu benutzt, sich an den Besiegten zu rächen. (...) Wir müssen den Deutschen klar machen, dass das Übel, für das ihre geschlagenen Führer vor Gericht stehen, nicht die Tatsache ist, dass sie den Krieg verloren haben, sondern dass sie ihn begonnen haben."

Schon früh hatten sich die Staaten der Anti-Hitler-Koalition darauf geeinigt, deutsche Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen. Auf einer Konferenz in London im Januar 1942 bezeichneten Repräsentanten der von Deutschland besetzten Länder (Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien, Griechenland und Norwegen) "als eines ihrer wichtigsten Kriegsziele die Bestrafung der für die Verbrechen Verantwortlichen, und zwar im Wege der Rechtsprechung, gleichgültig, ob die Betreffenden alleinschuldig oder mitverantwortlich für diese Verbrechen waren." Diese als "Erklärung von St. James" bekannt gewordene Entschließung wurde wenig später auch durch die Regierungen der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion übernommen. Auf der Moskauer Konferenz wurde im November 1943 in einer "Erklärung über deutsche Grausamkeiten im besetzten Europa" das Vorgehen präzisiert: Kriegsverbrecher sollten später an das Land ausgeliefert werden, in dem sie ihre Verbrechen begangen hatten. Die Hauptkriegsverbrecher, die für Verbrechen in mehreren Ländern verantwortlich waren, sollten dagegen gemäß gemeinsamer Entscheidung der Alliierten abgeurteilt werden.

"Ich verstehe gar nicht, warum ich angeklagt werde!"

Angesichts der Schwere der begangenen Verbrechen ist dieses frühzeitig beschlossene und dann ja auch durchgeführte Vorgehen als ausgesprochen milde und fair zu bezeichnen. 1945 hätte es zu einem Prozess mit der beschriebenen Rollenverteilung nur eine Alternative gegeben: die standrechtliche Erschießung zumindest der Hauptschuldigen. Thomas Mann hatte sogar die Hinrichtung von mindestens einer Million Menschen für eine "adäquate" Bestrafung Deutschlands gehalten; damit würde man allerdings "gegen die Prinzipien verstoßen, um derentwillen man gegen Nazi-Deutschland Krieg geführt habe."

Drei Anklagepunkte waren es, die in Nürnberg zur Verhandlung kamen. Erstens Verbrechen gegen den Frieden, zweitens Kriegsverbrechen, drittens Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Den Angeklagten wurde zudem vorgeworfen, sich in einem gemeinsamen Plan zur Begehung dieser Verbrechen verschworen zu haben. Die Anklage präsentierte 2.360 Beweisdokumente (die Verteidigung 2.700), an 218 Verhandlungstagen wurden 240 ZeugInnen gehört.

Zum Fiasko wurde der Einfall der Verteidigung, den ehemaligen Lagerkommandanten von Auschwitz, Rudolf Höß, in den Zeugenstand zu rufen. Höß sprach von der "Endlösung der Judenfrage" im Ton sachlicher Nüchternheit und offenbarte unfreiwillig die Selbstrechtfertigung der meisten am Völkermord beteiligten Täter. So berichtete er von seinem "persönlichen Befehlsempfang" bei Heinrich Himmler im Sommer 1945: "Dieser sagte mir dem Sinne nach, ich kann das nicht mehr wörtlich wiederholen, der Führer habe die Endlösung der Judenfrage befohlen, wir, die SS, haben diesen Befehl durchzuführen. Wenn jetzt zu diesem Zeitpunkt dies nicht durchgeführt wird, so wird später das jüdische Volk das deutsche vernichten. (...) Wir SS-Leute sollten nicht über diese Dinge nachdenken; es kam uns nie in den Sinn. Und außerdem war es gewissermaßen eine Selbstverständlichkeit geworden, dass die Juden an allem Schuld hatten. (...) Es stand nicht nur in den Zeitungen wie dem Stürmer, sondern wir hörten es überall. Selbst bei unserer militärischen und ideologischen Ausbildung wurde als selbstverständlich vorausgesetzt, dass wir Deutschland vor den Juden zu schützen

hätten. (...) Wir waren alle darauf gedrillt, Befehle auszuführen, ohne darüber nachzudenken. Der Gedanke, einen Befehl nicht auszuführen, kam einfach niemandem."

Die Strategie der Verteidigung bestand vor allem darin, die Zuständigkeit des Gerichts und die juristischen Grundlagen des Verfahrens in Zweifel zu ziehen. So stelle der Anklagepunkt "Entfesselung des ungerechten Krieges" einen Straftatbestand dar, der erst nachträglich geschaffen worden sei. Im übrigen hätten auch die Alliierten Kriegsverbrechen begangen. Beide Einwände wurden vom Gericht mit juristisch schlüssigen Argumenten zurück gewiesen: Zum einen sei der Krieg als "Werkzeug nationaler Politik" schon 1928 in dem von Deutschland mitunterzeichneten Kellog-Briand-Pakt geächtet worden; zum anderen sei das Gericht per Statut nur für die Aburteilung deutscher Kriegsverbrechen zuständig.

Die Angeklagten selbst zogen sich darauf zurück, in gutem Glauben gehandelt, von Verbrechen nichts gewusst oder nur Befehle ausgeführt zu haben. In seinem Schlussplädoyer überzog der US-Ankläger Robert Jackson diese grotesken Selbstrechtfertigungen mit beißendem Spott: "Wenn wir nur die Erzählungen der vorderen Reihe der Angeklagten zusammenstellen, so bekommen wir folgendes lächerliche Gesamtbild von Hitlers Regierung; sie setzte sich zusammen aus: Einem Mann Nr. 2, der nichts von den Ausschreitungen der von ihm selbst eingerichteten Gestapo wusste und nie etwas vermutete von dem Ausrottungsprogramm gegen die Juden, obwohl er der Unterzeichner von über 20 Erlassen war, die die Verfolgung dieser Rasse ins Werk setzten. Einem Mann Nr. 3, der nur ein unschuldiger Mittelsmann war, der Hitlers Befehle weitergab, ohne sie überhaupt zu lesen, wie ein Briefträger oder ein Botenjunge. Einem Außenminister, der von auswärtigen Angelegenheiten wenig und von der auswärtigen Politik gar nichts wusste. Einem Feldmarschall, der der Wehrmacht Befehle erteilte, jedoch keine Ahnung hatte, zu welchen praktischen Ergebnissen diese führen würden. Einem Chef des Sicherheitswesens, der unter dem Eindruck war, dass die polizeiliche Tätigkeit seiner Gestapo und seines SD im Wesentlichen derjenigen der Verkehrspolizei gleichkam. Einem Parteiphilosophen, der an historischen Forschungen interessiert war und keinerlei Vorstellungen von den Gewalttaten hatte, zu denen im 20. Jahrhundert seine Philosophie anspornte" - usw.

"Für einen Soldaten sind Befehle Befehle!"

Am 30. September und 1. Oktober 1946 wurden die Urteile verkündet. Zum Tode durch den Strang verurteilt wurden Bormann (in Abwesenheit), Frank, Frick, Göring, Jodl, Kaltenbrunner, Keitel, von Ribbentrop, Rosenberg, Sauckel, Seyss-Inquart und Streicher; am 16. Oktober 1946 wurden die Urteile in Nürnberg vollstreckt; Göring hatte sich kurz vor der Hinrichtung vergiftet. Zu lebenslanger Haft verurteilt wurden Funk, Heß und Raeder; Freiheitsstrafen erhielten Dönitz (10 Jahre), von Neurath (15 Jahre), von Schirach (20 Jahre) und Speer (20 Jahre). Drei Angeklagte - Fritzsche, von Papen und Schacht - wurden freigesprochen.

Nach den Schlussplädoyers im Verfahren gegen die 22 Angeklagten wurde in Nürnberg gegen folgende Gruppen und Organisationen verhandelt: das Reichskabinett, das Führerkorps von NSDAP, SS, SD und Gestapo sowie den Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht. Die Führungen von NSDAP, SS, SD und Gestapo wurden zu verbrecherischen Organisationen erklärt - jedenfalls für diejenigen, die nach Kriegsbeginn am 1. September 1939 Mitglieder wurden oder blieben. Als nicht verbrecherisch galten dem Gericht die SA, das Kabinett sowie Generalstab und Oberkommando der Wehrmacht.

Der sowjetische Richter, General Nikitschenko, gab dazu in einem Minderheitenvotum seine "abweichende Meinung" zu Protokoll: Er lehnte die Entscheidung des Gerichts, Regierung und Generalstab nicht zu verbrecherischen Organisationen zu erklären, ebenso ab wie die drei Freisprüche; auch forderte er die Todesstrafe gegen Heß.

Aus heutiger Sicht erscheinen vor allem die Differenzierungen des Gerichts zwischen verbrecherischen und nicht verbrecherischen Organisationen allzu milde. Auch die Freisprüche und die nicht einmal lebenslänglichen Freiheitsstrafen wurden der Tatsache nicht gerecht, dass alle Angeklagten dem Regime treu gedient hatten und als Schreibtischtäter an dessen Verbrechen beteiligt waren.

"Ich habe nur meine Pflicht als Sicherheitsorgan getan!"

In den zwölf Nürnberger Nachfolgeprozessen, die ab Oktober 1946 unter US-amerikanischer Regie stattfanden, wurden dann noch einmal 185 Täter angeklagt und 177 vor Gericht gestellt (vier hatten Selbstmord begangen, vier waren verhandlungsunfähig). In diesen Verfahren ging es u.a. um die Verbrechen

von Ärzten, Juristen, Generälen sowie von Mitgliedern der SS-Einsatzgruppen, der Regierung und des Oberkommandos der Wehrmacht. Auch gegen den Unternehmer Friedrich Flick und die Leitung der IG Farben wurde verhandelt. Von 24 Todesurteilen wurden zwölf vollstreckt. Im April 1949, kurz vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland, wurde das letzte Urteil der Nürnberger Nachfolgeprozesse verkündet. Weniger als zwei Jahre später setzte der US-Hochkommissar McCloy in vielen Fällen per Gnadenerlass das Strafmaß herab.

Neben Halbheiten und unangemessener Milde des Gerichts erscheint aus heutiger Sicht die Tatsache problematisch, dass in Nürnberg der Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden nur als ein Verbrechen unter vielen behandelt wurde: Die Taten, die in ihrer Summe den Völkermord ausmachten, wurden aufgesplittert in diverse Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und einzeln nachgewiesen. Aber das konnte so kurz nach Kriegsende wohl nicht anders sein. Erst im Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963-67; vgl. ak 483) wurden exemplarisch einige für das singuläre deutsche Menschheitsverbrechen Verantwortliche vor Gericht gestellt. Dass bis zur Eröffnung dieses Verfahrens so viele Jahre vergingen, haben die Nürnberger Richter und Ankläger nicht zu verantworten.

Js.

Literatur:

Gerd Hankel/Gerhard Stuby (Hg.): Strafgerichte gegen Menschheitsverbrechen. Zum Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den Nürnberger Prozessen. Hamburger Edition 1995

Gabi Müller-Ballin: Die Nürnberger Prozesse 1945-1949. Vorgeschichte - Verlauf - Ergebnisse. Materialien des Bildungszentrums der Stadt Nürnberg, Band 1

Telford Taylor: Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht. Heyne Verlag, München 1994

7. Von "Siegerjustiz" und "innerer Befriedung". Deutsche Reaktionen auf die Nürnberger Prozesse

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:39

Görings Stichwort von der in Nürnberg angeblich praktizierten "Siegerjustiz" fand im besetzten Deutschland zunächst keinen hörbaren Widerhall. Die ParteipolitikerInnen und die JounalistInnen der von den Besatzungsmächten lizenzierten Presse hüteten sich, Kritik an den Nürnberger Verfahren zu äußern. Das änderte sich erst, als hohe Vertreter der beiden christlichen Konfessionen zu Gunsten der Kriegsverbrecher intervenierten. Sie taten das keineswegs aus Nächstenliebe und Barmherzigkeit, sondern aus politischen Motiven.

Bei einer Umfrage zwischen November 1945 und Oktober 1946, also parallel zu den Verhandlungen des Internationalen Militärtribunals (IMT), hielten nur 4% bzw. 6% der befragten Deutschen den Prozess für "unfair". Im Herbst 1950 waren es bereits 30%, die das gesamte Verfahren unfair fanden. Der Anteil derer, die die Prozessführung für fair hielten, verringerte sich gar von 78% auf 38%.

Die anfänglich große Zustimmung erklärt sich sicher auch aus dem Wunsch der Masse der ehemaligen "Volksgenossen", sich von den "wenigen Verbrechern" zu distanzieren. Der ein paar Jahre später in der Neuen Zeitung gedruckte Leserbrief eines Münchners scheint die Stimmung nach der "Stunde Null" wiederzugeben: "Hätte man 1945 alle diese Verbrecher und eine große Zahl ihrer Komplicen aufgehängt, so hätte das jeder als selbstverständlich empfunden." Der Ruf nach harten Strafen gegen die "Verbrecher" trug offensichtlich auch zur Entlastung der "Mitläufer" bei.

"Dass der Russe dort als Kläger auftritt ..."

Die erste grundsätzliche Kritik am Nürnberger Prozess kam aus den USA, schon bevor dieser überhaupt begonnen hatte. Die pro-deutsche und stramm antikommunistische Chicago Tribune verglich das Gericht mit "Hitler`s court" und bemängelte insbesondere, dass die Standards der Anklage nicht weltweit durchgesetzt werden könnten - gemeint war vor allem der "kommunistische Machtbereich".

In Deutschland waren die ersten, die diese Kritik aufgriffen, hohe Repräsentanten der christlichen Kirchen. Der spätere Vorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Otto Dibelius, lehnte im Dezember 1945 das Nürnberger Tribunal rundheraus ab: "Dass der Russe dort als Kläger auftritt, ist ein unvollziehbarer Gedanke. Darum ist Nürnberg kein Weltgewissen." Der katholische Stuttgarter Landesbischof, Theophil Wurm, versuchte gar , "den Russen" auf die Anklagebank zu bringen. In einem Brief an den britischen IMT-Präsidenten, Sir Geoffrey Lawrence, schrieb er, die Deutschen könnten nicht verstehen, warum in Nürnberg "nur von ihrem Anteil am Angriffskrieg gegen Polen" gesprochen werde. Auch die mutmaßlichen Folgen der Nürnberger "Siegerjustiz" malte er in blumigen Worten: "Es wäre etwas Furchtbares, wenn durch das Nürnberger Urteil die Meinung bestärkt würde, dass es auf Erden kein Recht mehr gibt, sondern dass das Recht nur von der Macht diktiert wird."

In die gleiche Kerbe schlug der Leiter der Kirchenkanzlei der EKD, Hans Asmussen, als er die Nürnberger Nachfolgeverfahren, vor allem die gegen ranghohe Wehrmachtsangehörige, als kontraproduktiv kritisierte: "Immer aber wenden sich die Prozesse nur gegen die Besiegten. Man hat durch die Kriegsverbrecherprozesse der Welt das Gewissen schärfen wollen, und man erreicht das Gegenteil."

Ein anderer Kirchenfürst, der evangelische Landesbischof von Bayern, Hans Maiser, verurteilte die Dachauer Konzentrationslagerprozesse. Zum selben Thema hieß es in einem Bericht des katholischen Seelsorgers der Dachauer Internierten: Von "zersetzender Kraft" sei "die Tatsache, dass Lagerinsassen allein deshalb, weil sie als Wachtposten in einem Konzentrationslager eingesetzt waren, in gerichtlichen Prozessen, die am laufenden Band stattfinden, zu Gefängnis verurteilt werden." Der Rat der EKD sah unter den wegen NS-Verbrechen Angeklagten nur "eine geringe Anzahl von wirklichen Verbrechern"; Bischof Wurm, der das genauso sah, forderte deswegen großzügige Entlassungsmaßnahmen und Haftverschonung - auch als "Beitrag zur inneren Befriedung".

"Immer wird das Recht von der Macht diktiert ..."

Neben aggressivem Antikommunismus war es vor allem verletzter Nationalstolz, der die Kirchenmänner zu ihren zunehmend schärfer werdenden Interventionen trieb. Die "psychologischen Auswirkungen" der Nürnberger Verfahren beeinträchtige "die Gesundung der öffentlichen Meinung aufs Schwerste" hieß es da in einer Denkschrift. Anderswo war von der "Demoralisierung unseres Volkes" die Rede; die Tribunale hätten den "verhassten Charakter von Sondergerichten" angenommen: "Die Nürnberger Gerichtshöfe verurteilen also deutsche Menschen nach einem Recht, das bislang in Deutschland unbekannt war und dem die Völker, die es gegen Deutschland anwenden, sich zu beugen nicht bereit sind." Hier findet sich keine Spur der Einsicht, dass beispiellose Verbrechen auch eine besondere Form der Rechtsprechung erfordern. Auffällig ist auch, dass in den zahlreichen Eingaben aus den Reihen der Kirchen fast nirgendwo theologisch argumentiert wird. Auch die in wenigen Fällen verhängte Todesstrafe wird nicht prinzipiell verurteilt. Statt dessen greift man zu politischen Argumenten - die "Mängel der Nürnberger Prozesse" würden in Deutschland nur einer "nationalistischen und antisemitischen Flüsterpropaganda" Vorschub leisten - und zu Diffamierungen: Im Flossenbürg-Prozess hätte sich die Anklage auf mehr als fragwürdige "Berufszeugen" gestützt, darunter "Homosexuelle, Kinderschänder, Zuhälter, Kommunisten und Gewohnheitsverbrecher".

Die westdeutsche Presse stimmte erst mit Verzögerung in die Kritik an den NS-Prozessen ein. So ergriff die Zeit 1948 mehrmals offen Partei für Bischof Wurm, der den US-amerikanischen Hauptankläger im Wilhelmstraßen-Prozess, Robert Kempner, mehr oder weniger offen für angebliche "verbrecherische Methoden und abscheuliche Quälereien" gegenüber den Angeklagten verantwortlich gemacht hatte. Im selben Jahr brachten mehrere Tageszeitungen Mitleid erregende Berichte über die in der Festung Landsberg einsitzenden Kriegsverbrecher.

Auch der Spiegel stieg auf das Thema ein, ohne die Verbrechen der Delinquenten zu erwähnen. "Das sogenannte gesunde Volksempfinden ist ganz offenbar zu weitherziger Milde bereit", schrieb das Hamburger Nachrichtenmagazin mit einem Rest ironischer Distanz.

Aber auch in den USA hatte sich die Stimmung gewandelt. Jetzt "standen die Zeichen auf Appeasement", schreibt Norbert Frei. Die US-Politik habe sich immer schwerer getan, "dem Druck einer kleinen, aber wirkungsvollen prodeutschen Lobby zu widerstehen, die sich auf die Proteste der deutschen Kirchenführer und auf die von den Verteidigern vielfach bedenkenlos weitergegebenen Behauptungen der Häftlinge berief - zumal dann, wenn diese auch noch unterfüttert waren mit der Insinuation (Unterstellung; Anm. ak) kommunistischer Machenschaften in der ersten Nachkriegszeit."

Js.

Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland und die NS-Vergangenheit. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1999

8. Tötungsarbeit. Harald Welzers Studie über NS-Täter und andere Massenmörder

Autor: Raphaela Kula · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:11

Harald Welzer geht in seinem Buch "Täter" der komplexen Frage nach, "wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden". In seiner sozialpsychologischen Studie bezieht er sich auf bereits bekannte Vernehmungsprotokolle, wissenschaftliche Arbeiten über einzelne Massaker oder Täter(gruppen), biografische Annäherungen, schriftliche Notizen oder sonstige Hinweise auf die aktiven Täter. Er beschreibt die Bereitschaft zum Massenmord als Verknüpfung eines Prozesses zwischen Gesellschaft und Individuum.

In Vernehmungsprotokollen oder autobiografischen Darstellungen der Täter finden sich so gut wie nie Erschütterungen über die eigenen Untaten. In seiner berüchtigten Posener Rede von 1943 hielt Heinrich Himmler den deutschen Soldaten zugute, "die Ausrottung des jüdischen Volkes, diese schwerste Aufgabe in Liebe zu unserem Volk erfüllt zu haben. (...) Dies durchgehalten zu haben und dabei - abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwäche - anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. (...) Und wir haben keinen Schaden in unserem Inneren, in unserer Seele, in unserem Charakter daran genommen." Fast alle, die am Massenmord unmittelbar beteiligt waren, sahen das genauso - auch nach dem Krieg. Psychologen, die die Massenmörder später untersuchten, konnten in den allermeisten Fällen keine Auffälligkeiten feststellen - es handelte sich um "ganz normale Männer".

In seiner gleichnamigen Untersuchung über das Reserve-Polizeibataillon 101 und die "Endlösung" in Polen hat Christopher Browning bereits 1992 gezeigt, dass für die Zehntausende von deutschen Besatzern in den osteuropäischen Ländern Massenmord Teil der Alltagsroutine geworden war. Von dem Angebot des Kommandanten, statt zu morden einer anderen Aufgabe zugeteilt zu werden, hatten nur etwa 12 von dem 500 Mann starken Bataillon Gebrauch gemacht.

Umbrüche in Gesellschaften können, wie das Beispiel Nationalsozialismus zeigt, in einem sehr kurzen Zeitraum stattfinden. Konkrete Menschen machen Gesellschaft aus, so dass es während solcher Umbrüche ebenso schnell zu Änderungen bezüglich der Wertesysteme, Orientierungen und zwischenmenschlichem Handeln kommen kann. So fand 1933 so ein radikaler Umbruch statt, der innerhalb einer sehr kurzen Zeitspanne von der ersten Ausgrenzung und gesetzlichen Benachteiligung der jüdischen Bevölkerung über deren Entrechtung und Beraubung zu Deportation und Vernichtung führte. Dieser Umbruch findet als fortlaufender Prozess statt, an dessen Ausgangspunkt kein konkreter Plan vorliegt, allerdings, so Welzer, "wird zunehmend für normal und akzeptabel gehalten, was zu Beginn des Prozesses noch als unmenschlich und unakzeptabel gegolten hätte."

Individuelle Entscheidungen werden innerhalb dieses Rahmens anhand der gebotenen gesellschaftlichen Orientierungsnormen gefällt. Der nächste, zweite Handlungsrahmen ist geprägt durch die soziale Situation, in der sich das Individuum befindet und die eigene Interpretation oder Deutung dieser Situation: Wie kann z.B. eine gestellte Aufgabe gelöst werden, welche Erfahrungen anderer gibt es, welche Probleme könnten nachfolgen, wie wären die zu lösen? Nach Welzer erfolgt erst auf diese Analyse die individuelle Einschätzung des eigenen Handlungsspielraumes, der z.B. zu der Entscheidung führen kann, sich am Mordprozess zu beteiligen - bis diese Teilnahme als eine vielleicht lästige, aber doch notwendige "Tötungsarbeit" erscheint. Bei dieser Entscheidung spielen dann die persönliche Einstellung des Handelnden, die eigene Biografie, die Handlungskompetenz etc. eine Rolle.

Von der Ausgrenzung zur Vernichtung

Welzers Antworten sind deprimierend, denn sein Fazit lautet: "Alles ist möglich". Innerhalb eines sozialen Gefüges müsse nur eine Koordinate, nämlich die der sozialen Zugehörigkeit, verschoben werden, und dann könnten ohne weiteres Prozesse der sozialen Ausgrenzung erfolgen, an der alle teilhaben, ohne darin etwas Außergewöhnliches wahrzunehmen. Wenn heute damalige ZeitgenossInnen behaupten, sie hätten die Entrechtung und Deportation der Jüdinnen und Juden nicht mitbekommen, dann verdrängen sie nicht bestimmte mit Schuld verknüpfte Ereignisse. Nach Welzer war für sie die Beraubung und Entrechtung eine absolut selbstverständliche nationalsozialistische Realität und ganz und gar normal. Mensch fühlte sich

zugehörig zur einer Gesellschaft, deren Reichtum aus der Ausbeutung der eben "Nichtzugehörigen" resultierte, sowohl im großen wie im kleinen, wie Götz Aly es in seinem Buch "Hitlers Volksstaat" beschrieben hat.

Der Alltag in Nazideutschland war das gelebte, sich nach und nach in die Wirklichkeit übersetzende antisemitische Weltbild der nationalsozialistischen Ideologie. Welzer sieht in der Übernahme der Wohnung des ehemaligen jüdischen Nachbarn, dem Entwurf des Krematoriumsofen oder der Erschießung einer größeren Menschengruppe eine Art Kontinuum - ist der erste, noch vergleichsweise harmlose Schritt gemacht, fällt der zweite schon nicht mehr so schwer, obwohl noch gar nicht an den letzten Schritt, an die endgültige Vernichtung gedacht wird, der dann aber auch noch erfolgen kann. Der oder die Einzelne handelt innerhalb eines bestimmten Referenzrahmens; sich außerhalb zu stellen erscheint schon fast als übermenschliche Anstrengung. Welzer sucht auch nach psychologischen Prozessen, die das einzelne Individuum bestärken, sich nonkonform zu verhalten. Ein solches Kriterium scheint soziale Nähe zwischen Täter und Opfer zu sein. Welzer zeigt das anhand von Stanley Milgrams berühmten Gehorsamkeits-Experimenten (1), denen er allgemein gültige Aussagekraft beimisst.

Nach der Lektüre des Buches ist mensch sicherlich klüger, es bleiben dennoch viele offene Fragen, z.B. die nach Handlungsmöglichkeiten, bevor das gesellschaftliche Wertesystem völlig korrumpiert ist und Menschen ihr Menschsein von anderen Menschen abgesprochen wird.

Raphaela Kula

Harald Welzer: Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2005, 323 Seiten, 19,90 EUR

Anmerkung:

1) Unter Anleitung eines Versuchsleiters, der die Verantwortung "für alles" übernahm, waren die allermeisten Probanden bereit, einen "Schüler" mit (vermeintlichen) Stromstößen für falsche Antworten zu bestrafen.

9. Normale Mörder, deformierte Gesellschaft. Fragen an den Sozialpsychologen Welzer

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:12

Harald Welzer beansprucht nicht, eine neue Deutung der Shoah geliefert zu haben. Sein Buch ist gedacht als Ergänzung zu bereits vorliegenden Forschungsergebnissen. Der nur sozialpsychologische Blick auf die Täter, besonders auf die Prozesse, die aus "normalen" Menschen Täter machen, erzeugt allerdings auch Ratlosigkeit - besonders dort, wo es um die Konsequenzen seiner Forschung gehen könnte.

Welzer zitiert, meist positiv, so unterschiedliche Autoren wie Daniel Jonah Goldhagen, Raul Hilberg oder Saul Friedländer, oft auch Götz Aly. Zwar kritisiert er Goldhagens monokausale Erklärung vom "eliminatorischen Antisemitismus" als ausschlaggebendem Motiv des Völkermords an den europäischen Jüdinnen und Juden, er bringt aber scheinbar mühelos widersprechende Deutungen unter einen Hut, Friedländers "Erlösungsantisemitismus" mit Alys "Gefälligkeitsdiktatur", heute wahnhaft erscheinende ideologische Antriebe mit nachvollziehbarem Bereicherungsstreben.

Zwar zeigt er, dass die NS-Führer von ihrem paranoiden, auf Vernichtung drängenden Antisemitismus zutiefst überzeugt waren. Zugleich aber reduziert er die Bedeutung ideologischer Antriebe auf ein Minimum: "Es gab im Zusammenhang des Vernichtungskriegs und des Holocaust überzeugte Nazis, die Juden gerettet haben, und man musste kein überzeugter Nationalsozialist sein, um sie zu töten." Das ist zweifellos als Beobachtung richtig - folgt daraus, dass allein sozialpsychologische Prozesse, Dynamiken und Situationen darüber entscheiden, ob sich jemand an der "Tötungsarbeit" beteiligt oder nicht? Selbst Adornos Studien zum "autoritären Charakter" erklärt Welzer, "von wenigen Einzelfällen abgesehen", für untauglich. Dass die allermeisten NS-Täter weder besonders sadistisch oder brutal, sondern - psychologisch gesehen - "normal" waren, mag ja stimmen. Aber stimmt auch Welzers Behauptung: "Sie haben einfach etwas getan, von dem sie glaubten, dass es von ihnen erwartet wurde"?

Ist auch der Völkermord immer und überall möglich?

Schließlich sind die mordenden Normalos auch Exekutoren eines "sachlichen Antisemitismus"; als Angehörige der "Herrenmenschenrasse" genießen sie, so Welzer, "kollektive Nobilitierung", erfreuen sich an einem "ganz neuen Lebensgefühl in einer exklusiven Volksgemeinschaft". Das setzt offenkundig keine individuelle psychische Deformation voraus, wohl aber eine gesellschaftliche Pathologie, die bei Welzer ebenfalls zu einem (fast) normalen Vorgang wird. Einige wenige Bemerkungen über das seit 1914 in Deutschland entstandene "psychosoziale Amalgam" reichen ihm, um die Formierung und Durchsetzung der nationalsozialistischen Moral zu erklären. Warum der Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden ein deutsches Projekt war, kann Welzer nicht erklären. Er will es wohl auch gar nicht - weil es sein Hauptanliegen ist zu beweisen, dass "alles möglich" ist. Dem kann man in dieser Allgemeinheit kaum widersprechen. Aber ist "alles" - bis hin zum Völkermord - auch immer und überall möglich? Welzer scheint das nahe zu legen, wenn er - nach einem Exkurs über Massaker und Massenexekutionen im Jugoslawien der 1990er Jahre - vier "Vorbedingungen des massenhaften Tötens" formuliert: die "Definition einer Wir- und einer Sie-Gruppe"; "eine Wahrnehmung der eigenen Bedrohung, wie irrational diese auch immer von außen erscheinen mag"; drittens gebe es immer "eine genügende Anzahl von Menschen, die sich für das Töten entscheiden"; viertens "haben diese Menschen wenig Probleme, das, was sie getan haben, in ihre ganz normalen Leben zu integrieren".

Während Welzer Massaker und Genozid unter dem Begriff des "massenhaften Tötens" zusammenfasst, besteht die vergleichende Genozidforschung (vgl. ak 487) auf deren Unterscheidung; gleichzeitig bezieht sie die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen mit ein, die den prinzipiell fließenden Übergang zum Völkermord erleichtern oder verhindern. So verweist z.B. Micha Brumlik in Anlehnung an Martin Shaws Buch "War and Genocide" darauf, es sei "der systematisch degenerierte Krieg, der in den Genozid mündet". ("Zu einer Theorie des Völkermords", Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2004)

Solche Differenzierungen sind im Sinne der "Alles ist möglich"-These ebenso zu vernachlässigen wie die Frage, welche politischen und gesellschaftlichen Dämme gegen den Massenmord es geben kann. Für Welzer ist allein das Individuum in der Lage, sich der "Tötungsarbeit" zu entziehen - allerdings nur in dem seltenen

Fall, dass es eine "Fähigkeit zur Autonomie" entwickelt hat: "Autonomie ist freilich kein Produkt von Denken; die Fähigkeit zur Autonomie setzt die Erfahrung von Bindung und Glück voraus. Leider verfügen wir bislang über kein gesellschaftliches Konzept, Menschen jenes lebenspraktische Glück erfahren zu lassen, das sie davor schützt, zu Vollstreckern des Unglücks der anderen zu werden." Mit dieser wolkigen Formulierung endet das Buch.

Ist sie als Appell gemeint, nun schleunigst ein "gesellschaftliches Konzept" zu finden, das dem Individuum "die Erfahrung von Bindung und Glück" ermöglicht? Oder wird, im Gegenteil, die Gesellschaft aus der Verantwortung entlassen - auf Kosten privater und notorisch überforderter "Sozialisationsinstanzen"? Hier wäre, bei allem Respekt für Welzers Leistung, mehr Klarheit wünschenswert gewesen.

Js.

10. Wenn die Täter Trauer tragen. Verstrickt und zugenäht - deutsche Gedenkkultur

Rubrik: SPD; Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:43

Jedes Jahr im November, am "Volkstrauertag", erfüllt die "Germania" auf dem Freiburger Hauptfriedhof die ihr 1929 zugedachte Aufgabe: Als zentrales Kriegerdenkmal der Stadt ist sie Treffpunkt für offizielles Gedenken, zunächst für die "Helden des Krieges 1914-18", so die Inschrift auf dem Sockel. Seit 1945 wird zu Füßen der monumentalen Kämpferin auch der Gefallenen des Zweiten Weltkrieges gedacht. Das ist allerdings unmöglich, ohne an die mörderischen Taten deutscher Soldaten zu erinnern. Und damit fangen die Probleme offiziellen Gedenkens an.

"Verstrickt und zugenäht" war die deutsche Gedenkkultur aber auch schon in den 1920er Jahren. Teile der SPD-Fraktion, die für ein Denkmal ohne Stahlhelm und kriegerische Aufmachung eintraten, konnten sich im Freiburger Gemeinderat nicht durchsetzen. Der einzige kommunistische Ratsvertreter bezeichnete Kriegerdenkmäler ganz allgemein als "Steinhaufen, die Rachegedanken predigen." Heute haben der grüne Oberbürgermeister und die SPD kein Problem damit, zu Füßen der "Germania" ihren nationalen Kult zu zelebrieren, Stahlhelm hin oder.

Mit Trauer um die Toten hat das alles nichts zu tun. Niemand trauert unter vier Metern Bronze. Die Gedenkkultur wurde in den vergangenen 60 Jahren immer monumentaler - die Unfähigkeit zu trauern blieb. Und im Gedenkjahr 2005 feiern sich die Deutschen vorzugsweise als leidendes Kollektiv.

Aus diesem Anlass wurde die "Germania" in der Nacht zum 11. November (de)maskiert - rechtzeitig zu den offiziellen Feierlichkeiten am "Volkstrauertag".

Text nach einer Pressemitteilung zur Aktion "Verstrickt und zugenäht: deutsche Gedenkkultur. Wenn die Täter Trauer tragen"

11. Die dritte Enteignung. Arisierung und Restitutionspolitik in Österreich

Autor: Karl Fischbacher · Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:02

Die Nazis unternahmen die erste und grausamste Enteignung jüdischen Eigentums in Österreich. Nach 1945 betrieben SPÖ und ÖVP die zweite Enteignung. Die Restitutionspolitik ab 1998 setzte im Wesentlichen die dritte Enteignung durch: Inzwischen sind so viele Jüdinnen und Juden, ehemalige ZwangsarbeiterInnen, Sinti, Roma und Homosexuelle gestorben, dass nun, 60 Jahre nach Kriegsende, schließlich nur mehr "Peanuts" zurück gezahlt werden müssen.

Schon mit dem Einmarsch der deutschen Nazitruppen am 12. März 1938 stürmten jeden Tag mehr und mehr WienerInnen jüdische Wohnungen und Geschäfte, um die Gunst der Stunde zu nutzen und sich Wohnraum, Mobiliar, Schmuck oder ganze Warenlager anzueignen. "Wilde" Aktionen nannten sie diese unorganisierten Enteignungen der ersten Wochen - alle Gierigen konnten in jüdische Wohnungen eindringen, die dort Wohnenden einschüchtern und hinauswerfen. Geschäfte wechselten von einem Tag auf den anderen ihre BesitzerInnen. Walter Rudin erinnert sich: "Autos wurden den Juden weg genommen, nicht von einer ‚legalen` Behörde, sondern von Leuten, die eben ein Auto haben wollten. Manchmal kamen sie zurück und verlangten eine Bezahlung für das Benzin, das sie verfahren hatten." (Tina Walzer/Stephan Templ: "Unser Wien. ‚Arisierung` auf österreichisch". Aufbau Verlag, Berlin 2001).

SA-Männer waren da schon dabei, etwas später gingen Polizisten mit. Mehrere Wochen dauerte diese Phase. Später wurde der Raub verstaatlicht, und Protokolle wurden angefertigt. Für die jüdische Bevölkerung verschärften sich Demütigung, Vertreibung und Enteignung. In der Wohnung ständig von der Furcht ergriffen, dass nun auch sie drankommen würden; auf der Straße, dass sie jederzeit attackiert werden konnten; auf den Ämtern, wo sich die BeamtInnen mit Schikanen und Erpressungen gegenseitig übertrumpften. Die große Mehrheit der Opfer konnte nicht flüchten, und jene, die noch Werte und Geld besaßen, durften nur ausreisen, wenn sie ihr Eigentum den Nazibehörden aushändigten. Das gesamte "arisierte" Vermögen dieser Zeit übertraf das österreichische Bundesbudget von 1937 um das Eineinhalbfache.

1945 waren die Obersten der Nazimörderbande zumindest an der Spitze des Staates verschwunden. Ein "demokratischer" Geist erfüllte SozialdemokratInnen und Christlich-Soziale (die zur "Volkspartei" mutierten). Teilweise aus den KZs der Nazis zurückgekehrt, erhoben sie das Gemeinsame zum neuen staatlichen Credo. Gemeinsam ging es auch weiter gegen die Juden: "Rückgabe des geraubten Judengutes, dies nicht an die einzelnen Geschädigten, sondern an einen gemeinsamen Restitutionsfond. Die Errichtung eines solchen und die im folgenden vorgesehenen Modalitäten sind notwendig, um ein massenhaftes, plötzliches Zurückfluten der Vertriebenen zu verhüten", erklärte Karl Renner (SPÖ) im April 1945; Renner, erster Staatskanzler 1945 und Bundespräsident 1945 bis 1950 hatte 1938 bei Hitlers Volksabstimmung zu einem Ja zum Anschluss an Deutschland auf gerufen.

SPÖ verhindert "plötzliches Zurückfluten" der NS-Opfer

Auch den übrigen hohen Repräsentanten des "demokratischen" Österreich - Schärf (SPÖ), Raab und Figl (beide ÖVP) - trieb der Gedanke den Angstschweiß auf die Stirn, dass das gewaltige geraubte Vermögen an Geschäften, Kaufhäusern, Cafés, Betrieben, Gebäuden bis hin zum Riesenrad zurück gegeben werden müsste. Keinesfalls sollten die von den Nazis Vertriebenen nach Österreich zurück kommen!

Die Geschichte der österreichischen "Entnazifizierung" spricht für sich: Bei einer Zahl von 13.000 verurteilten Naziverbrechern wurden bis 1948 immerhin noch 30 Todesurteile vollstreckt. Doch der Staatsvertrag von 1955, den Österreichs großkoalitionäre Politikergarde durchwegs dahingehend interpretierte, dass Österreich ein "Opfer" des Nationalsozialismus gewesen sei, schaffte die Volksgerichte ab; in der Folge wurden von ganzen 47 nach 1955 angeklagten NS-Tätern 23 durch Geschworenengerichte freigesprochen. Das "Opfer"-Bewusstsein der Regierenden und großer Bevölkerungsteile rechtfertigte zudem die Fortführung der besitzgierigen Restitutionspolitik.

SPÖ-Innenminister Helmer hatte nach einem US-Antrag, einen Fond für jüdische RückkehrerInnen einzurichten, die Linie vorgegeben, man solle "die Sache in die Länge ziehen"! Ehemalige Nazis waren da

bereits wieder ganz oben: in den Gerichten der Zweiten Republik, an den Unis und in Akademikerverbänden von Sozialdemokratie und ÖVP. Bis hinauf in Regierung und Präsidentenkanzlei gelangten sie, die ehemaligen SS-Schergen, SS-Sturmführer oder "Sachbearbeiter". Dies ist der Hintergrund der bis heute andauernden leidvollen Geschichte erfolgloser jüdischer Ansuchen um die Rückgabe von wertvollen Schriften, Sammlungen, Schmuck oder Bildern mit österreichischen Museen, dem Auktionshaus Dorotheum und der Regierung. Der Historiker Gerhard Botz merkte noch im Oktober 1998 an, dass sich die "Meister-Populisten" (unter der SPÖ-ÖVP-Regierung) und ihre ",Kron`-Journalisten" nicht allzu sehr von den Politikern, Staatsdienern, Experten und WählerInnen nach 1945 unterschieden.

Nach dem "historischen" Eingeständnis des SPÖ-Bundeskanzlers Vranitzky 1995, Österreich sei nicht bloß "Opfer", sondern auch Täter gewesen, wurde Kommissionsrunde um Kommissionsrunde einberufen, um die Entschädigung von NS-Opfern zu klären. Fünf Jahre tagten diese Kommissionen - fünf Jahre, in denen weitere Tausende starben und nicht mehr ausbezahlt werden mussten. Die israelitische Kultusgemeinde erhielt 2001 ganze 250 Mio. Schilling; 800 Mio. hatte sie verlangt. Und das war noch ein Bagatellbetrag angesichts der räuberischen Umverteilung von 1938! "Einzelne Geschädigte" müssen weiter warten. Denn "Rechtssicherheit" ist noch nicht ganz gegeben. Es wird nämlich noch ein (!) Gerichtsverfahren in den USA abgewartet. Und wieder sterben weitere Anspruchsberechtigte. Österreich und Deutschland hatten im Juli 2000 per Gesetz die Entschädigung der NS-ZwangsarbeiterInnen geregelt. Seit damals werden Regierung und Regierungs-Fernsehen ORF nicht müde, "belohnte" ZwangsarbeiterInnen zu präsentieren. Mögen auch Abertausende nach 60 Jahren gestorben sein - um so glücklicher tritt eine ukrainische Bäuerin und ehemalige Zwangsarbeiterin im Fernsehen auf, die sich für das Restitutions-Geld eine Kuh anschaffen konnte. Daaanke!

2000 bekam Österreich eine Regierung aus neoliberalen "Christen" und rassistischen und antisemitischen Rechtspopulisten, denen allerdings alsbald der soziale Populismus abhanden kam. Nach den daraus folgenden unvermeidlichen Spaltungen im rechten Lager kommen die Rechtsradikalen heute in Wien wieder auf 15% der Stimmen. So steht es 2005 um das Österreich der "gelungenen Restitution": Eine ÖVP, die in ihren Parlamentsclubräumen noch immer ein Bild des diktatorischen und antisemitischen Austrofaschisten Engelbert Dollfuß hängen hat, befindet sich im Regierungsbündnis mit orange geschminkten strammen Rechtsradikalen. Und die Sozialdemokratie? Sie sucht die Koalition mit der Dollfuß-Partei! Gehard Botz' Beobachtung, dass sich die Meister-Populisten und "Kron"-Journalisten von 1998 nicht allzu viel von den Renner & Raab nach 1945 unterscheiden, ist noch zu ergänzen: Die heutigen sind noch ärger!

Karl Fischbacher, LabourNet-Austria

www.labournetaustria.at

12. Mehr als nur Mitwisser. Deutschlands Rolle im "Krieg gegen den Terror"

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Außenpolitik der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:44

Seit Januar 2002, als die ersten Taliban- und Al-Qaida-Kämpfer in Guantánamo interniert wurden, spätestens aber seit April 2004 mit dem Auftauchen der Folterbilder aus dem irakischen Gefängnis Abu Ghraib konnte niemand mehr die Augen davor verschließen, dass die USA im "Kampf gegen den Terror" Folter und weitere Methoden des "schmutzigen Krieges" als legitim ansehen und massenhaft anwenden. Die Masri-Affäre und die CIA-Flüge mit Deutschland als Drehkreuz werfen auch ein bezeichnendes Bild auf die damalige rot-grüne Bundesregierung, die sich öffentlich als Kritikerin der US-Irak-Politik gerierte, unter den Hand aber das Vorgehen der USA tolerierte und unterstützte.

"Außen- und Innenpolitik sind keine getrennten Sphären", so Frank-Walter Steinmeier bei der Amtsübernahme als Bundesaußenminister am 23. November in Berlin. Der Mann muss es wissen. Jetzt steht Steinmeier in der Affäre um den Deutsch-Libanesen Khaled al Masri wegen seines früheren Handelns unter Druck. Denn nicht nur Ex-Innenminister Otto Schily, der angeblich erst drei Tage nach Masris Freilassung von den US-Amerikanern informiert, aber um Vertraulichkeit gebeten wurde, auch andere Regierungsstellen waren schon frühzeitig mit dem Entführungsfall befasst. Das Justizministerium habe von dem Fall erstmals im Juni 2004 im Zuge einer Unterrichtung des Generalbundesanwalts an das zuständige Fachreferat erfahren. Das Auswärtige Amt ist nach Masris Freilassung durch dessen Rechtsanwalt informiert worden, habe aber nicht eingegriffen. Auch Steinmeier wusste frühzeitig von Masris Verschleppung durch die CIA. Unter Rot-Grün fungierte Steinmeier als Leiter des Bundeskanzleramts und war in dieser Eigenschaft Koordinator der Geheimdienste. Es liegt nahe, dass auch Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder von den Vorgängen wusste.

Deutsche Beteiligung an der Masri-Entführung?

Nach offizieller Darstellung will man im Bundeskanzleramt erst durch ein Schreiben von Masris Anwalt im Juni 2004 von der Entführung erfahren haben. Steinmeier habe daraufhin den Bundesnachrichtendienst (BND) - "der in seiner Zeit wieder zu einer erstklassigen Informationsquelle für das außenpolitische Regierungshandeln wurde", wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung nicht ohne Stolz berichtete (FAZ, 9.12.05) - um Nachforschungen und Bestätigung gebeten; anschließend wurde das zuständige parlamentarische Kontrollgremium angeblich über den Vorgang unterrichtet. Mehr passierte nicht. Oder doch? Zwar antwortete die rot-grüne Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS am 15. Juni, was sie über mögliche Entführungen durch US-Geheimdienste wisse, nur ausweichend und nichtssagend. Doch anscheinend hat die Bundesregierung schon damals von der US-Regierung Aufklärung über entsprechende Vorwürfe verlangt. Und, glaubt man Hans Martin Bury, damals Staatsminister für Europa, auch erhalten, gab er doch damals kund: "Die Kontakte mit der US-Regierung waren vertraulicher Natur und lassen eine öffentliche Erörterung nicht zu." Das legt den Schluss nahe: Die rot-grüne Bundesregierung wusste von den Umtrieben der US-Geheimdienste in Deutschland und Europa und hat diese geduldet.

Der Deutsch-Libanese Khaled al Masri war am Silvesterabend 2003 "unter Beteiligung amerikanischer Ermittler" (FAZ, 21.1.05) aus dem Mazedonien-Urlaub nach Afghanistan verschleppt und erst fünf Monate später freigelassen worden. Hieß es erst, die Verschleppung von Masri sei auf eine Namensverwechslung zurückzuführen, deutet sich jetzt eine Beteiligung deutscher Geheimdienste an. Nach Informationen der Berliner Zeitung waren deutsche Dienste zumindest bei der Entführung Masris indirekt beteiligt, indem sie den USA Informationen lieferten, die zur Verschleppung Masris in ein Geheimgefängnis in Afghanistan führten. Und die Süddeutsche Zeitung spricht von einer weiteren deutschen Spur in dem Entführungsfall: Masri sagte dem Münchner Blatt in einem Interview, er sei sich sicher, im Mai 2004 in Afghanistan mit einem Deutschen gesprochen zu haben. "Er war hundertprozentig ein Deutscher. Er hatte einen norddeutschen Akzent", so Masri. (SZ, 10.12.05)

Es blieb ausgerechnet Guido Westerwelle vorbehalten, auf das Naheliegende hinzuweisen: "Wenn der deutsche Geheimdienst die CIA mit Materialien über einen Deutschen versorgt, der daraufhin von der CIA

entführt wird, kann ich mir schwer vorstellen, dass der deutsche Nachrichtendienst von der Verschleppung nichts weiß", so der FDP-Parteivorsitzende. (Berliner Zeitung, 10.12.05)

Immer deutlicher wird, dass die BRD als wichtiger Bündnispartner im US-geführten Anti-Terror-Krieg tiefer in das Foltersystem verstrickt ist als bislang vermutet. Dass Geheimdienste verschiedener Länder im "Kampf gegen den Terror" miteinander kooperieren, ist kein Geheimnis. So verdichten sich die Hinweise, dass die CIA neben Ägypten, Jordanien, Marokko und Afghanistan auch in Polen und Rumänien Geheimgefängnisse unterhielt. Und viele Staaten, deren Regierende sich offiziell von den US-Methoden distanzieren, schicken gleichzeitig eigene Verhörtrupps - so auch die BRD. Im Herbst statteten zwei BND-Beamte und ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes dem Verhörcamp in Guantánamo einen Besuch ab, um zwei Gefangene zu befragen, die sich angeblich in der bundesdeutschen Islamisten-Szene auskannten. BND-, Verfassungsschutz- und BKA-Leute reisten im Juli 2002 nach Damaskus, um den dort inhaftierten und gefolterten Deutsch-Syrer Mohammad Haydar Zammar zu vernehmen. Der 44-Jährige war vor vier Jahren aus Marokko von der CIA nach Syrien verschleppt und dort in das Folter-Gefängnis Far Filastin des syrischen Geheimdienstes geworfen worden. Während weder die deutsche Botschaft in Damaskus informiert noch ein Rechtshilfeersuchen des Generalbundesanwalts beantwortet wurde, soll die Bundesregierung eingeweiht gewesen sein.

BND-Beamte verhören Folteropfer in Guantánamo

Nicht zu vergessen die Tatsache, dass die BRD ein wichtiges Drehkreuz für die CIA-Flüge war, in denen Menschen quer durch die Welt zu geheimen Gefängnissen transportiert wurden. Nicht nur etwa 100 geheime CIA-Flüge liefen in den vergangenen fünf Jahren über Deutschland - mindestens 437 sind es offenbar gewesen. Eine Liste der Starts und Landungen fertigte die Deutsche Flugsicherung auf Anfrage der Linkspartei an.

Nach dem 11. September 2001 hat sich die sicherheitspolitische Situation weltweit dramatisch verschärft. Die Grenzen zwischen Militär und Polizei, zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen, die Bedeutung der Geheimdienste nimmt zu. "Das ‚Verschwindenlassen` von Personen war ein Markenzeichen von Militärdiktaturen in Lateinamerika in ihrem ‚schmutzigen Krieg` gegen angebliche Subversion. Nun ist es eine der von den USA angewandeten Taktiken im Konflikt mit Al-Qaida", so die US-Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. (1) Die BRD ist offensichtlich nicht nur Mitwisser dieser Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen der USA, sondern auch Nutznießer und Helfer.

mb.

Anmerkung:

1) Human Rights Watch: The United States' "Disappeared". The CIA's Long-Term "Ghost Detainees". Human Rights Watch Briefing Paper, October 2004

13. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:37

Verurteilung nach 129a

Das Oberlandesgericht (OLG) Naumburg hat im Revisionsverfahren Daniel W. wegen Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" nach §129a Strafgesetzbuch zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren ohne Bewährung verurteilt. Nachdem bereits im Dezember 2003 mit dem Freispruch von Carsten S. das Konstrukt der "terroristischen Vereinigung" vom Tisch war und Marco H. und Daniel W. wegen Brandstiftung zu zweieinhalb beziehungsweise zwei Jahren verurteilt worden waren, hatte die Bundesanwaltschaft (BAW) im Revisionsverfahren überraschend auf eine Verurteilung nach §129a plädiert. (vgl. ak 500) Das OLG hatte in der ersten Verhandlung den Vorwurf der Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" fallen gelassen. Der Senat kam damals zu der Auffassung, dass sich die Vereinigung bereits im Mai 2002 und damit vor der Festnahme der drei aufgelöst hatte. Im jetzigen Verfahren wurde von der BAW die Authentizität einer entsprechenden Auflösungserklärung in Zweifel gezogen. Dieser Argumentation schloss sich das OLG an. Auch sah es kein Hindernis für eine Verurteilung darin, dass nach herrschender Rechtsauffassung eine "terroristische Vereinigung" aus drei Personen bestehen muss - in diesem Fall aber die dritte Person vom Vorwurf freigesprochen worden war und alle Ermittlungsverfahren gegen weitere Personen in diesem Zusammenhang längst eingestellt wurden.

Antifaschistin aus U-Haft entlassen

Die Antifaschistin Julia S. aus Potsdam, die gut fünf Monate in U-Haft gesessen hat, ist seit dem 25. November endlich wieder frei. Das Landgericht Potsdam hat den Haftbefehl unter Auflagen außer Vollzug gesetzt, es sieht keine Fluchtgefahr mehr. Julia S. wird sich drei Mal wöchentlich bei der Polizei zu melden haben; außerdem musste sie ihren Pass abgeben. Nach wie vor wird gegen die 21-jährige Potsdamerin und vier weitere Jugendliche der Vorwurf des versuchten Mordes erhoben. Sie und die anderen AntifaschistInnen stehen laut Staatsanwaltschaft unter dem Verdacht, am 18. Juni in der Potsdamer Innenstadt einen Neonazi zusammengeschlagen und leicht verletzt zu haben. (vgl. ak 500)

Fahndung per Mautdaten

Die Bundesregierung plant, der Polizei bei der Fahndung nach "Terroristen" und Kapitalverbrechern künftig auch die Daten der Maut-Erfassung von Toll Collect zur Verfügung zu stellen. Eine Weitergabe dieser Daten an die Polizeibehörden ist momentan jedoch noch unzulässig. Zeitgleich hat Bayerns Innenminister Günther Beckstein gefordert, mit Videoscannern Auto-Kennzeichen zu erfassen und mit dem Fahndungsregister abzugleichen. Es gehe darum, "international agierende Straftäter" schneller finden zu können, so der CSU-Politiker. Die Fahrzeuge in den Fahndungsregistern könnten durch automatisches Einscannen besser und schneller gefunden werden. "Es soll an besonders geeigneten Orten, polizeilichen Kontrollstellen und Grenzübergängen eingesetzt werden", sagte Beckstein. Während eines Testbetriebs soll es am bayerisch-tschechischen Grenzübergang Waidhaus von Oktober 2002 bis März 2003 rund 70 Treffermeldungen gegeben haben.

30.000 Fluggäste terrorverdächtig

Fast 30.000 Fluggäste wurden im vergangenen Jahr in den USA nachweislich falsch bei der Flugsicherheit in Listen für Terrorverdächtige eingetragen. Das teilte Jim Kennedy, Direktor der Behörde für Transportsicherheit TSA, am 6. Dezember auf einer Konferenz des US-Heimatschutzministeriums in Washington mit. Die Betroffenen müssen bei Flugreisen mit Behinderungen bei der Abfertigung rechnen. Passagiere können aus verschiedenen Gründen entsprechend eingestuft werden. Man gerät unter Verdacht, wenn bestimmte Merkmale einer Rasterfahndung erfüllt werden, lediglich ein Hinflug gebucht wird oder ein Computersystem eine relativ zufällige Auswahl trifft, so Kennedy. Eine Löschung aus den Datenbanken sei bedingt möglich, wenn der Betroffene einen entsprechenden Antrag in Verbindung mit drei notariell beglaubigten Identitätsnachweisen einreiche. Der Name wird anschließend jedoch nicht aus den Datenbanken getilgt, sondern kommt auf die so genannte "Clearance List". Nach Angaben Kennedys wurde jedoch bisher keinem

der 30.000 Verdächtigen verwehrt, ein Flugzeug zu besteigen. Die Daten dienen demnach lediglich als Grundlage für stichprobenartige, tiefer gehende Überprüfungen. Erst wenn sich hierbei der Verdacht erhärtet, folgt die Aufnahme in eine Flugverbotsliste. Wie viele der täglich 1,8 Millionen Fluggäste bisher insgesamt in die verschiedenen Datenbanken aufgenommen wurden, wollte die TSA nicht bekannt geben.

Erster Privatknast in Deutschland

In Deutschland gibt es mit der Eröffnung der Justizvollzugsanstalt im osthessischen Hünfeld am 7. Dezember das erste teilprivatisierte Gefängnis. In der Haftanstalt arbeiten 95 Angestellte der Firma Serco zusammen mit 116 Beamten. Die Haftanstalt für 502 Gefangene wurde weitgehend von Privatfirmen geplant und gebaut. Die Betreiberfirma Serco übernimmt alle nicht sicherheitsrelevanten Aufgaben: die medizinische und soziale Betreuung der Häftlinge, Reinigung, Küche sowie die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Gefangene. Letzteres gehört zu der vom Land gewünschten "wirtschaftlichen Innovation". Die Beschäftigungsquote der Hünfelder Insassen soll auf 75 Prozent steigen. Der Durchschnitt in Deutschland liegt bei 50 Prozent. Um die Auslastung der Knast-Betriebe zu erhöhen, wird in Hünfeld erstmals ein Zwei-Schichten-Betrieb eingeführt. Serco kümmert sich dabei um die Fremdaufträge von Unternehmen. Hauptanreiz sind die niedrigen Löhne: zwischen 40 und 60 Euro pro Woche. Die Einnahmen aus der Gefangenenarbeit werden an das Land weitergeleitet. "Die Generaldevise heißt nicht mehr humaner, sondern rentabler Strafvollzug", brachte es die Süddeutsche Zeitung auf einen griffigen Nenner.

14. Knast for Kids. Die geschlossene Heimunterbringung ist ein Skandal

Autor: dk · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:42

Es müsse endlich Schluss sein mit "sozialromantischer Kuschelpädagogik", so drückte es der jugendpolitische Sprecher der CDU-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft aus. Er rechtfertigte damit eine "erzieherische Maßnahme", die auch anderswo an Popularität gewinnt: die geschlossene Heimunterbringung. Drei Jahre geschlossene Unterbringung belegen vor allem eines: Die Einrichtung ist ein Knast der schlimmsten Sorte.

Die geschlossene Heimunterbringung für Kinder und Jugendliche (gU) war und ist in Hamburg in erster Linie ein ordnungspolitisches Imageprojekt. Gegen den Widerstand der Fachwelt, aber mit breiter Unterstützung der "öffentlichen Meinung" hatte der Schwarz-Schill-Senat den neuen "Kinderknast" im Herbst 2002 eröffnet. Fachintern als Jugendhilfemaßnahme (Hilfen zur Erziehung, HzE) deklariert, hat die zuständige Senatorin Birgit Schnieber-Jastram (CDU) bis heute keinerlei Zweifel daran gelassen, dass es bei der gU nicht um das "Kindeswohl", sondern vor allem um den "Schutz der Gesellschaft" geht. Abschreckung und Strafe ist die Botschaft, nicht Hilfe und Unterstützung. Explizit standen "befristet Freiheit entziehenden Maßnahmen" im Zentrum des "Erziehungs"konzepts. (vgl. ak 465)

Viel Geld fürs Wegsperren ausgegeben

Die Einrichtung in der Feuerbergstraße war ursprünglich für 90 und dann für 25 Plätze konzipiert worden. Inzwischen existieren 18 Plätze, von denen faktisch sechs "belegt" sind. Hauptgrund dafür sind die Hamburger Jugend- und Familienrichter, die dem Einweisungswillen der Behörde immer wieder einen Riegel vorschieben. Das Kinder- und Jugendhilferecht orientiert sich nach wie vor am "Kindeswohl" und lässt die (zwangsweise) Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in geschlossenen Heimen nur in wenigen, streng definierten Ausnahmen zu. Bis heute halten sich die RichterInnen in aller Regel an diese Rechtsauffassung, sehr zum Unwillen von Justiz- und Sozialbehörde in der Hansestadt, die inzwischen laut über eine "klarstellende" Änderung des KJHG auf Bundesebene nachdenken. (taz, 12.11.2005)

Umgerechnet 303 Euro kostet ein Platz pro Tag, 1,5 Mio. Euro die gesamte Einrichtung. Damit ist die gU mit Abstand die kostspieligste HzE-Einrichtung in Hamburg. Das Geld stammt aus Umschichtungen im Kinder- und Jugendhilfeetat, d.h. es fehlt anderen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Bis heute ist die Geschichte der geschlossenen Unterbringung eine einzige Skandalchronik. In mindestens 13 Fällen hat die Behörde bei den Einweisungen einfach die rechtsverbindliche Einspruchsfrist von 14 Tagen ignoriert und die Jugendlichen gegen geltendes Recht eingesperrt. Erst im September hatte das Oberlandesgericht Hamburg die Einweisungsverfügung für einen 13-Jährigen rückgängig gemacht, der mehrere Tage ohne gültigen Beschluss eingesperrt war und bei dem die angeordnete Isolation nicht mit dem Vormund abgeklärt worden war. (taz, 3.11.2005) Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss Feuerbergstraße hat weitere Rechtsverstöße ans Licht gebracht. So sind Jugendliche ohne die vorgeschriebene richterliche Erlaubnis gefesselt eingeliefert worden, in mindestens vier Fällen erfolgte die Einlieferung durch Polizei und private Wachdienste ohne Genehmigung. Minderjährige sind zudem länger festgehalten worden als von den Gerichten angeordnet, und in 21 Fällen sind die Gerichtsurteile den Jugendlichen gar nicht zugestellt worden.

In solchen rechtsfreien Räumen sind die Jugendlichen der Willkür von Wach- und Betreuungspersonal hilflos ausgeliefert. Laut PUA dürfen die Jugendlichen nur unter Aufsicht mit ihren AnwältInnen telefonieren oder sprechen. Ihre persönliche Post von Freunden und Verwandten wird geöffnet, wenn der Absender "unbekannt" oder als "nachteiliger Kontakt" bekannt ist; gleiches gilt auch für ausgehende Post. In Bezug auf Behördenpost wird das Briefgeheimnis mit dem lakonischen Hinweis außer Kraft gesetzt, die Jugendlichen seien nicht in der Lage, ihre Post von Gerichten oder AnwältInnen richtig zu lesen. (taz, 14.10.2005) Gipfel des behördlichen Zynismus ist eine "Empfehlung" vom 7.8.2003, wonach die Sozialbehörde einem privaten Wachmann nahe legt, einen gefesselten Jungen der Presse zum Foto-Shooting zur Verfügung zu stellen. Der 12-Jährige sollte an ein Heim in Schleswig-Holstein überstellt werden. Die ganze Fahrt über wurde der Wagen von zwei Pressefahrzeugen verfolgt, und im Übergabeprotokoll ist vermerkt, dass Behördenmitarbeiter über Handy

nachgefragt haben, "warum wir A. auf der Fahrt so verstecken würden", verbunden mit der "Bitte", doch "demnächst mal anzuhalten". (taz, 25.10.2005)

Pikanterie am Rande: Als der PUA im Sommer die Räume in der Feuerbergstraße besichtigt hatte, war die Presse auf Betreiben von CDU und Behörde ausgeschlossen worden. JournalistInnen seien eine "zu große Belastung für die Jugendlichen".

Nicht nur, dass Kinder und Jugendliche in der Feuerbergstraße an den Pranger gestellt, gedemütigt und ihrer bürgerlichen Freiheitsrechte beraubt werden. In der geschlossenen Unterbringung nimmt man es auch mit dem Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit nicht so genau. Ohne Informationen und Aufklärung und ohne ihre Einwilligung, so die Erkenntnisse des PUA, werden die Jugendlichen illegalen AIDS-Tests unterzogen. Besonders dramatisch und am Rande der Folter ist die zwangsweise Verabreichung von Psychopharmaka durch das Heimpersonal. Um Kinder und Jugendliche "ruhig zu stellen" erfolgte diese Medikation nicht nur ohne Wissen oder gegen den Willen der Jugendlichen, sondern auch ohne irgendeine fachärztliche Diagnose oder Therapieempfehlung.

Rechtsfreie Räume und Menschenrechtsverletzungen

Kein Wunder, dass jede Gelegenheit zur Flucht ergriffen wird. In den jetzt drei Jahren ihres Bestehens hat es 44 "Entweichungen" aus der geschlossenen Unterbringung gegeben. 15 Mal sind Jugendliche aus dem Heim geflohen, ansonsten sind sie schlicht von Ausgängen nicht zurückgekehrt. Zeitweise waren von drei eingewiesenen Jugendlichen zwei abgehauen. Für die Behörde waren diese Zahlen ausschließlich Anlass, die Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen ständig auszubauen. Inzwischen patrouilliert neben den SozialpädagogInnen auch ein "ordentlicher" Sicherheitsdienst auf dem Gelände.

Vor allem produziert die "Erziehung im Käfig" Gewalt. Die Zahl der gewaltsamen Angriffe auf Betreuungs- und Wachpersonal wie auf andere Jugendliche ist von 29 im Jahr 2003 auf zur Zeit 146 Fälle gestiegen. 57 Mal haben Jugendliche SozialpädagogInnen angegriffen, 11 Mal allein im September 2005, 50 Mal andere Jugendliche, 20 Mal Sicherheitkräfte. Ebenfalls 20 Mal haben die Jugendlichen die Gewalt gegen sich selbst gerichtet, davon zwei Mal als Suizidversuch.

Trotz solcher Fakten fordert in Hamburg zur Zeit niemand die sofortige Schließung der Feuerbergstraße. Stattdessen geht der Streit darum, ob die zuständige Senatorin oder doch eher einer ihrer Beamten den Hut nehmen soll. Bei der Debatte um das Bauernopfer drohen die Grundrechte der Kinder und Jugendlichen und eine entsprechende Pädagogik des Respekts auf der Strecke zu bleiben.

dk

15. Marketing und Propaganda. "Du bist Deutschland" - eine Kampagne mit Tradition

Autor: Js. · Rubrik: Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:05

Peinlicher Zufall oder das Werk eines in der Werbung tätigen Neonazis? Der Slogan "Du bist Deutschland" der Initiative "Partner für Innovation" stammt gar nicht von der Hamburger Werbeagentur Jung von Matt, sondern von ganz anderen Fachleuten für Volksaufklärung und Propaganda. Erstmals dokumentiert ist der Spruch auf einem zwischen 1933 und 1935 in Ludwigshafen aufgenommenen Foto mit Hitler-Porträt; "im Hintergrund", so das Stadtarchiv Ludwigshafen, "ist der damalige Hauptbahnhof zu sehen, von dem aus noch 1933 zahlreiche Ostjuden abgeschoben wurden."

Lassen wir die Unterwanderungsthese mal beiseite und unterstellen als wahr, dass Oliver Voss, Kreativdirektor bei Jung von Matt, mit Nazi-Ideologie nichts zu tun haben will: "Unser Spot ist Multikulti vom Feinsten." Beweis: Auch Gerald Asamoah (schwarz), Xavier Naidoo (Migrationshintergrund: Indien/Südafrika) und Minh-Khai Phan-Thi (dito: Vietnam), Juden, Behinderte und andere "Minderheiten" dürfen mitmachen. Das hätte Goebbels und Göring, die seinerzeit an dem Ludwigshafener Aufmarsch teilnahmen, gar nicht gefallen. Auch die renommierten Historiker Hans-Ulrich Wehler und Hans Mommsen geben Entwarnung: Der Slogan sei im Dritten Reich "nicht gängig" gewesen, seine Wiederverwendung eine "zufällige Analogie".

Ersteres mag stimmen, letzteres wohl kaum. Denn wo "die größte Social-Marketing-Kampagne in der Mediengeschichte der Bundesrepublik" (1,6 Mrd. mediale "Kontakte") auf die Beine gestellt wird, meldet sich das kollektive Gedächtnis offenbar von selbst. Die Identifikation des Individuums mit "Deutschland" ist zwar nicht spezifisch nazistisch, zielt aber offen auf die Stimulierung von Nationalgefühl. Wer könnte das besser als die auf die Erzeugung von Emotionen spezialisierten "Kreativen" der Werbebranche? Über die "Botschaft" der Kampagne schreiben deren MacherInnen: "Jeder Einzelne braucht mehr Zuversicht in die eigene Kraft und Leistungsfähigkeit. Positive Selbstwahrnehmung ist eine wichtige Voraussetzung für unsere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung. Die Kampagne lädt dich und alle anderen Menschen in Deutschland ein, es anzupacken, etwas Neues zu wagen und mit frischem Elan mit- und weiterzumachen."

Dass "jedeR Einzelne" für sich selbst verantwortlich ist und nur die "wirklich Bedürftigen" der Allgemeinheit zur Last fallen dürfen, hören wir seit Jahren tagtäglich. Bei "Du bist Deutschland" ist jedeR Einzelne zusätzlich verantwortlich für das Ganze - Deutschland nämlich, seine wirtschaftliche Entwicklung und Innovation. Gemeckert wird nicht - "mein Land ist mein Kumpel" (Johannes B. Kerner), und alles wird gut, "wenn wir im Kopf einfach einen Schalter umlegen" (Günther Jauch). Blöder geht's nicht - wohl aber aggressiver, z.B. im Manifest der Kampagne: "Genauso wie sich ein Lufthauch zu einem Sturm entwickelt, kann deine Tat wirken. (...) Dein Wille ist wie Feuer unterm Hintern. (...) Doch einmal haben wir schon eine Mauer niedergerissen. Deutschland hat genug Hände, um sie einander zu reichen und anzupacken. Wir sind 82 Millionen. Machen wir uns die Hände schmutzig. Du bist die Hand. Du bist 82 Millionen. (...) Du bist Deutschland." Sturm, Tat und Wille - die Zusammenballung dieser für sich genommen "unschuldigen" Wörter, lässt, ganz unabhängig von dem Skandalbild, Erinnerungen wach werden an eine Zeit, in der Millionen Deutsche nur allzu bereit waren, sich für Führer, Volk und Vaterland "die Hände schmutzig zu machen".

Robert Kurz hat in diesem Zusammenhang von "faschistischen Durchhalteparolen" gesprochen; Ziel der Kampagne sei, dass "mitten im Hurrikan des globalen Krisenkapitalismus die deutsche Volksgemeinschaft als ideologische Not- und Zwangsgemeinschaft auferstehen" möge. (Neues Deutschland, 30.9.) Von den staatstragenden Zeitungen haben bislang nur taz und Zeit kritische Kommentare gedruckt. Was nicht verwundert: Springer, Bauer, Gruner + Jahr, Spiegel, FAZ, Burda, WAZ-Mediengruppe und diverse andere Verlage gehören - wie auch ARD, ZDF, Premiere, ProSiebenSat.1 und RTL - zu den "Initialpartnern" von "Du bist Deutschland".

Ein Fall freiwilliger Gleichschaltung also, der über die Meinung der umworbenen 82 Millionen erstmal wenig aussagt. Zwar äußerten sich im Oktober 54% der Befragten positiv zu dem vaterländischen Werbefeldzug. Weniger das NS-Plagiat als der in der Kampagne angelegte Zynismus geben Anlass zu der Hoffnung, dass die Zustimmung zumindest nicht zunehmen dürfte: Denn wenn gutverdienende Promis Wasser predigen und

Champagner saufen, dann kommt ihre volkspädagogische Message erfahrungsgemäß nicht so gut rüber. Da nützen auch die schönsten Bilder und Slogans wenig.

Js.

16. Mut zur Lücke. Aktionsbericht vom diesjährigen Castortransport nach Gorleben

Autor: Elke Sommer-Seitenschläger · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:35

Spürbare Auswirkungen eines Klimawandels, Hurrikan Katrina, enorm gestiegene Energiekosten, ein Koalitionsvertrag, der sich nicht über den Neubau von Atomanlagen einigen kann, all das hat dazu geführt, dass es in der BRD wieder eine breite Debatte über das Thema Energiepolitik gibt. Vielleicht lässt es sich so erklären, dass sich am diesjährigen Widerstand gegen den Castortransport in das Zwischenlager Gorleben weitaus mehr Menschen beteiligten als noch im vorigen Jahr.

Die Scheunencamps im Wendland stießen an ihre Kapazitätsgrenzen. Neben den schon seit Jahren genutzten Scheunen mussten diesmal noch weitere geöffnet werden, zahlreiche Kleingruppen fanden in Privathäusern einen wärmenden Unterschlupf. Entgegen den Abgrenzungsbedürfnissen in den 1990er Jahren fanden sich an vielen Punkten AktivistInnen verschiedenster Aktionsformen zusammen, die sich bei ihrem geschäftigen Treiben nicht durch unterschiedliche Aktionsansätze behindern ließen. In Metzingen hatte sich neben der hervorragenden veganen Volxküche aus Hannover die Anti-Castor Ortsgruppe mit einem Spanferkel aufgebaut, gleich dahinter fand sich der Anlaufpunkt der Motorradgruppe "Kuhle Wampe". Und ob Spanferkel oder Kartoffelsuppe, beim traditionellen St.-Martin-Laternenumzug auf der B216 fanden sich alle Geschmacksrichtungen zusammen auf der Straße wieder, um diese für mehr als eine Stunde zu blockieren. Am Ende brannten unvermutet und zur Freude aller mitten im Ort auf der Bundesstraße mehrere Heuballenbarrikaden.

Auch die Rallye Monte Göhrde III, bei der es darum ging, im großen Waldgebiet der Göhrde so häufig wie möglich die Castor-Schienen zu überqueren, war mit mehreren hundert TeilnehmerInnen hervorragend besucht. Schon im Verlauf dieser Veranstaltung zeigte sich, dass die Polizeieinsatzleitung auf Biegen und Brechen versuchte die Anzahl der eingesetzten Beamten zu reduzieren. Dieser "Mut zur Lücke" führte letzten Endes dazu, dass in der Göhrde viele der Barrikaden auf den Wegen zu den Schienen unangetastet blieben und diesmal nur eine Hand voll Blockaden geräumt wurden, also nur ausgewählte Wege befahrbar gehalten wurden.

Die Zeit, die bei dem diesjährigen Castortransport noch auf der Schiene gewonnen schien, verlor die Einsatzleitung umgehend wieder auf der Straße, die aus Kostengründen erheblich schwächer gesichert wurde. Dieses Konzept hatte zur Folge, dass zahlreiche Aktionsgruppen auf die Transportstrecke kamen. In Quickborn und Grippel seilten sich Robin-Wood-AktivistInnen von Bäumen ab, in Langendorf ketteten sich Menschen an zwei Leichenwagen, in Gußborn brannten Heuballenbarrikaden, in Grippel versperrten zwei Traktoren beinahe zehn Stunden lang die Transportstrecke, in Gorleben gab es zeitweise bis zu vier Sitzblockaden mit insgesamt rund 1.000 BlockierInnen. Noch bei keinem vorherigen Transport gab es so viele erfolgreiche Aktionen auf der Straße. Mit der Konsequenz, dass der diesjährige Transport erstmals seit 2001 nicht schneller als der Vorjahrestransport durchgesetzt werden konnte. Der Castor erreichte in den Abendstunden den Verladebahnhof. Aber erst nach einem Zeitverlust von zehn Stunden konnte der Transport am Dienstagmorgen auf der Straße losfahren.

Dass die Einsatzleitung auf die qualitative Zunahme der Aktionen nicht vorbereitet war, verwundert, denn schon im Vorfeld zeichnete sich ein konzentrierterer Widerstand ab. Ende September brannte ein Polizeicontainerdorf in Woltersdorf für rund 600 Beamte komplett nieder. Anfang November wurde der Verkehr zwischen Hannover und Berlin sowie Hamburg und Berlin durch mehrere Hakenkrallen zum Erliegen gebracht, und auch in der Transportnacht wurde laut Frankfurter Rundschau die Transportstrecke bei Hannoversch Münden durch Hakenkrallen beschädigt, und bei Quickborn wurde eine sogenannte Wasserlanze gefunden, mit der es möglich gewesen wäre, die Straßentransportstrecke komplett zu unterhöhlen. Auf der Auftaktdemonstration am 5.11.05 fanden sich mit mehr als 5.000 TeilnehmerInnen mehr Menschen ein als von den OrganisatorInnen im Vorfeld erhofft.

Auch über die Aktionen, die im gesamten Bundesgebiet an der Transportstrecke stattfanden, wurde in der Presse kaum berichtet. Obwohl: Der Castor stand 92 Minuten im Wald von Bietigheim-Bissingen an einer

Blockade. Mahnwachen gab es unter anderem in Kassel, Hannover, Fulda, Würzburg, Bebra, Rothenburg, Witzenhausen und Buchholz. In Göttingen gelang es durch zwei Schienenblockaden, den Zug für ca. 30 Minuten aufzuhalten. In Bienenbüttel südlich von Meudelfitz und Lüneburg schafften es Gruppen von 10 bzw. 300 Menschen, die Gleise zu sitzblockieren. In der Nähe von Harlingen gab es ebenfalls zwei Blockaden mit bis zu 300 Personen.

Dass all dies von der Presse kaum zur Kenntnis genommen oder auf das Niveau einer Sportberichterstattung heruntergewürdigt wurde, ist gerade angesichts der virulenten energiepolitischen Debatte nur schwer nach zu vollziehen. Im Gegensatz dazu ist der Castortransport zumindest auf polizeiinternen Internet-Foren umstrittenes Thema. Gegenstand der Debatte dort sind zumeist die Sparmaßnahmen, durch die sich zahlreiche Beamte allein im Wald stehen gelassen fühlten. Die Jugendorganisation der Gewerkschaft der Polizei fordert gar, den Wiedereinstieg in die Atomenergie zu verhindern und andere Transportmittel als den Castor zu suchen, die leichter zu sichern seien.

Trotz alledem sprach die Polizeieinsatzleitung in ihrer Abschlusspressekonferenz von einem zahlenmäßig geringeren Widerstand. Bei den VertreterInnen der verschiedenen Camps und Aktionszusammenhänge stießt diese Lesart der Ereignisse allerdings auf Unverständnis. Bei Niedersachsens Innenminister Schünemann jedenfalls ist das Signal der diesjährigen Widerstandsaktionen angekommen: Er fordert den Transport 2006 auf Grund der hohen Arbeitsbelastung der Polizei während der Fußball WM auszusetzen. Ein Schritt in die richtige Richtung - erst einmal. Herr Schünemann sei an dieser Stelle daran erinnert, dass 2007 der ebenfalls arbeitsintensive G8-Gipfel im Nachbarbundesland Mecklenburg Vorpommern stattfindet und 2008 ... Manche, zumal CDU-Minister, schaffen den Atomausstieg eben leider nur in kleinen Schritten.

Elke Sommer-Seitenschläger

17. Von Haushaltslöchern und Schuldenbergen. Hintergründe deutscher Steuerpolitik

Autor: Ingo Stützle · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:23

Zentrales Thema bei den Koalitionsverhandlungen war die Staatsverschuldung. Eine der größten Kröten, die die SPD zu schlucken hatte, war die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Das Eintreiben von Steuern bildet die ökonomische Basis des Staates. Kaum etwas in der Ökonomie ist politischer als die Staatsfinanzen. Hier sind wirtschaftliche Potenz, politische Gestaltung und die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums unmittelbar miteinander verknüpft.

In der Debatte um öffentliche Finanzen wird auch immer wieder an den Alltagsverstand appelliert und für den neoliberalen Umbau geworben: Die Steuern müssten gesenkt werden, damit die BürgerInnen mehr konsumieren können; die Unternehmer müssten entlastet werden, damit sie investieren und damit den lang ersehnten Aufschwung herbeiführen; vor allem aber gelte es, die Staatsausgaben zu senken und die Verschuldung abzubauen - denn schließlich könne man auf Dauer nicht mehr ausgeben als einnehmen. Das ist alles ganz plausibel - auf den ersten Blick.

Der bürgerliche Staat benötigt für seine Funktionen als ideeller Gesamtkapitalist eine von Zyklen und Krisen relativ unabhängige Einnahmequelle, die den kapitalistischen Prinzipien nicht widerspricht. Bereits auf dieser allgemeinen Ebene ist das ständige Legitimationsproblem des bürgerlichen Steuerstaates begründet, stellt doch die Besteuerung aller PrivatbesitzerInnen eine ständige Enteignung ohne eine spezielle Entschädigung dar. Der Staatshaushalt hat eine starke verteilungs- und sozialpolitische Funktion, über deren konkrete Ausgestaltung in den parlamentarischen Prozessen entschieden wird. Das Budget als solches drückt somit ein Machtverhältnis aus, sowohl auf der Seite der Einnahmen, als auch auf der Seite der Ausgaben. Wer wie besteuert und was als öffentliche Angelegenheit staatlich finanziert wird, ist wesentlich Resultat von Kämpfen. Zwar werden die Entscheidungen im Parlament gefällt, die sozialen Auseinandersetzungen darüber, wie das Budget auszusehen hat, finden jedoch jenseits des Staatsapparates statt. Die Formulierung der Ansprüche ans Staatsbudget sowie Kämpfe um den Umfang gehen der Haushaltsaufstellung in gesellschaftlichen und sozialen (Klassen-)Auseinandersetzungen voraus. Dass der Staathaushalt immer auch "Klassenbudget" ist, stellte bereits Marx heraus. Erst seit ein paar Jahren wird der Staatshaushalt auch als Ausdruck für das Geschlechterverhältnis thematisiert, das dieses auch in einer ganz bestimmten Weise reproduziert.

Der Steuerstaat als Lohnsteuerstaat

Die Implementierung einer gesellschaftspolitischen Grundausrichtung im parlamentarischen Prozess ist immer ein Kampf um die Ausgestaltung des Staatsbudgets - bei den Einnahmen wie bei den Ausgaben. So waren auch bei den Koalitionsverhandlungen die Staatsfinanzen ein zentrales Moment der Auseinandersetzung. Dabei wurde ein Trend fortgeschrieben, der bereits vor der Kohl-Ära begonnen wurde. Das ist kein Wunder, denn die Kräfteverhältnisse außerhalb des Parlaments sind seit Jahrzehnten eindeutig.

Nachdem klar war, dass die Verhandlungen für eine Große Koalition aufgenommen werden sollten, war der Druck innerhalb der eigenen Reihen groß, sowohl bei der CDU als auch bei der SPD. Mit der "Reichensteuer" präsentierte die Sozialdemokratie ihren großen Erfolg. Die vereinbarte Sonderabgabe betrifft alle Ledigen mit mehr als 250.000 Euro und Verheiratete mit mehr als 500.000 Euro Jahresverdienst. Sie sollen einen drei Prozentpunkte erhöhten Steuersatz entrichten. Zwischen ein und zwei Milliarden Euro soll die Besteuerung höherer Einkommen bringen - im Vergleich zu 24 Milliarden aus der Mehrwertsteuererhöhung - Peanuts!

Trotzdem war das Geschrei groß, wurde über Kapitalflucht spekuliert und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit an die Wand gemalt. Das ist völlig unberechtigt, wie ein internationaler Vergleich der Vermögensbesteuerung zeigt: 2004 lag der Anteil der vermögensbezogenen Steuern an den gesamten Steuereinnahmen in Deutschland bei 2,5%. In den USA lag er fast fünf Mal so hoch bei 12%, ebenfalls in Großbritannien. In Japan liegt der Anteil sogar bei 16,2%. Auch viele andere europäische Staaten liegen in diesem Vergleich vor Deutschland (Norwegen 2,6%; Italien 6,4%; Frankreich 7,6%; Schweiz 8,5%). Nur Österreich hat mit 1,3% einen geringeren Anteil vermögensbezogener Steuern als Deutschland. Auch im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegen die deutschen Einnahmen über Vermögenssteuern am unteren Ende der

OECD-Länder (DIW 2002), nämlich 1999 bei 0,9% (USA: 3,1%; Frankreich: 3,2%, Großbritannien: 3,9%; Italien 2%). In den letzten Jahren finanziert sich der deutsche Staat zunehmend über die Lohnsteuer - trotz anhaltend hoher Arbeitslosigkeit.

Während noch zu Beginn der Ära Kohl Körperschaftssteuer und veranlagte Einkommenssteuer, die vor allem Unternehmer zahlen, ca. ein Siebtel des Gesamtsteueraufkommens ausmachten, sank der Anteil 2002 auf 4,3%. Gleichzeitig stieg zwischen 1990 und 2003 der Teil, der über Lohnsteuer mobilisiert wurde, um über 150%. Das bedeutet, dass die noch durch den Staat garantierten Leistungen zunehmend von den Lohnabhängigen selbst bezahlt werden. Die Lohnsteuer macht inzwischen allein über 35% aller Steuereinnahmen aus. Und das bei gesunkener Kaufkraft: Das Durchschnittseinkommen der Lohnabhängigen in realer Kaufkraft gemessen (also inflationsbereinigt) ist seit 1990 netto um 4,8% gesunken.

Allein zwischen 1991, dem Jahr der Verträge von Maastricht, und 1997, der Verabschiedung der Stabilitätsgesetze, stieg der Anteil der Lohnsteuer am Steueraufkommen von 32,5% auf 34,5%, während der Anteil der veranlagten Einkommensteuer von 6,3% auf 0,75% und der Anteil der Körperschaftssteuer von 4,6% auf 4,0% sank. Zudem stiegen die Steuern auf Löhne und Gehälter zwischen 1991 und 1997 von 16,3% auf 19,7%, während die Steuern auf Gewinn- und Vermögenseinkommen von 7,0% auf 3,7% sanken.

Dieses Jahr sind die Steuereinnahmen um 4,3% gestiegen. Die Körperschaftsteuer legte im September um 12% zu. Die veranlagte Einkommensteuer stieg um fast 10%. Der Rückgang der Lohnsteuer um 2% fiel auf Grund der Steuersenkungen Anfang des Jahres noch moderat aus. Dennoch verlor die öffentliche Hand allein durch die Reform der Körperschaftssteuer zwischen 2001 und 2004 etwa 70 Milliarden Euro. Eine weitere Unternehmenssteuerreform soll laut Koalitionsvertrag bis 2008 in Kraft treten. Wir dürfen gespannt sein.

Kein Wunder also, dass der Staat bei hoher Arbeitslosigkeit und gleichzeitig stärkerer Abhängigkeit von Lohnsteuern und gleich bleibend hohen Ausgaben alljährlich ein Defizit zu finanzieren hat - über den öffentlichen Kredit. Die Aufstellung des ersten Haushalts der neuen Regierung war sogleich scharfer Kritik ausgesetzt: "Kalkulierter Verfassungsbruch" titelte Die Welt (14.11.05). Hintergrund ist der Artikel 115 des Grundgesetzes.

Gegen die Staatsverschuldung werden mehrere Argumente vorgebracht. Diese schränke durch die steigenden Zinsverpflichtungen die Handlungsfähigkeit des Staates ein (Schuldenfalle) und erhöhe zugleich die Inflation, zudem würden kreditfinanzierte Ausgaben private Investitionen verdrängen. Vor allem werden aber die scheinbar negativen Verteilungseffekte zwischen den Generationen angeprangert. Diese Argumente sind nur vor dem Hintergrund neoklassischer Ökonomietheorie plausibel. So geht diese von einem fertigen "Kreditkuchen" aus, den es zu verteilen gibt. Geht ein großer Teil an den Staat, schränkt sich das Angebot ein, und der Preis, also die Zinsen, steigen. Aber weder ist ein solcher Zusammenhang empirisch nachweisbar, noch ist die Vorstellung eines vorgegebenen Kreditangebots mit einer entwickelten Geld- und Kreditökonomie vereinbar. Vor allem nicht im Rahmen von an Marx oder auch Keynes angelehnte Theorien.

Das Schreckgespenst Staatsverschuldung

In Deutschland haben sich die Zinszahlungen seit über zehn Jahren auf unter 4% im Verhältnis zum BIP stabilisiert und liegen damit unter dem EU-Durchschnitt. Dies alles gilt unabhängig davon, dass seit 1990 die exorbitanten Kosten der "Wiedervereinigung" zu bewältigen sind, die Deutschland eine Sonderrolle zuweisen. Und trotzdem hat die enorme Staatsverschuldung keinen Einfluss auf Deutschlands Kreditwürdigkeit. So gab die Rating-Agentur Standard & Poor's dem deutschen Staat weiter die Höchstnote "AAA" für langfristige Kreditwürdigkeit. Auch international zeigt sich die Vertrauenswürdigkeit in Staatsanleihen, die vor allem wegen ihrer Sicherheit nachgefragt werden. Eine Sicherheit, die kein privater Gläubiger garantieren kann. Das zeigt sich zum Beispiel an den Laufzeiten.

Auch ein positiver Zusammenhang von Verschuldung und Inflation ist empirisch nicht belegbar. Vielmehr verhält es sich zumindest in den 1980er und 1990er Jahren in fast allen OECD-Staaten gerade umgekehrt.

Wirtschaftsweise machen Politik, nicht Wissenschaft

Die Verteilungseffekte über Staatsanleihen können erst beurteilt werden, wenn die Umverteilungseffekte über den Sozialstaat mit einbezogen werden. Dies wird in der Diskussion meist ausgeblendet. Dass diese Verteilung sich zunehmend zu Ungunsten der subalternen Klassen verändert, ist offensichtlich. Die

Umverteilung zwischen den Generationen ist dagegen blanker Nonsens. Die Argumentation beruht darauf, dass nur Zahlungsverpflichtungen in die Zukunft "vererbt" werden, nicht aber die entsprechenden Vermögenstitel. Die in Zukunft zu bedienenden Schulden können jedoch durchaus eine Umverteilung bedeuten, weil auf der einen Seite ein großer Teil der Bevölkerung es sich nicht leisten kann zu sparen, über steigende Steuern aber die Zinstilgungen für die Staatsverschuldung gewährleistet und gleichzeitig immer weniger Sozialleistungen in Anspruch nehmen kann. Auf der anderen Seite ist ein anderer Teil der Bevölkerung durchaus in der Lage zu sparen bzw. Geld in Schuldpapieren anzulegen und dafür Zinsen zu beziehen. Deshalb ist auch die Pro-Kopf-Verschuldung nicht mehr als eine Kategorie ideologischer Verdummung.

Damit soll natürlich nicht einer ungehemmten Staatsverschuldung das Wort geredet werden. Aber besonders hier zeigt sich, dass es nicht um das "richtige" ökonomische Argument geht, sondern um Machtverhältnisse bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt ist eine zentrale Begründungsinstanz für Haushaltskonsolidierung und Abbau der Staatverschuldung. In ihm sind die Kriterien von Maastricht fortgeschrieben. Er enthält die zentrale Vorgabe zu einem "mittelfristig nahezu ausgeglichenen oder überschüssigen Haushalt". Zudem dürfen höchstens 3% neue Schulden gemacht werden.

Als wissenschaftliche Referenz für den Ab- und Umbau des Sozialstaats und die Haushaltskonsolidierung werden in den politischen Auseinandersetzungen immer wieder sie sog. Wirtschaftsweisen herangezogen, der "Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung". In dessen Jahresgutachten 2001 ist Erstaunliches zu lesen: "Am Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt darf nicht gerüttelt werden. Zwar sind seine Referenzwerte wissenschaftlich nicht begründbar; sie haben aber erstaunliche Konsolidierungsbemühungen und Konsolidierungserfolge bewirkt und sollten unbedingt beibehalten werden." Im Vordergrund steht der disziplinierende Charakter des Paktes. Sogar entgegen ihrem "wissenschaftlichen" Selbstverständnis begrüßen sie diesen als politisches Projekt.

Diesen Aberwitz sollte man sich in wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen vor Augen halten. Auch wenn ein Streit um die richtigen Argumente notwendiger Bestandteil politischer Kämpfe sein muss - diese bleiben stumpf, solange es keine soziale und politische Kraft gibt, die ihre Fragen stellt und ihre Antworten hörbar macht.

Ingo Stützle

18. Gesundes Leben, gerechte Gesellschaft? Gesundheit und soziale Rechte - eine schwierige Beziehung

Autor: Stefanie Graefe · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:25

"Ungleichheit, Armut, Ausbeutung, Gewalt und Ungerechtigkeit sind Ursache von Krankheit und Tod bei all denen, die in Armut und am Rande der Gesellschaft leben", heißt es in der vom internationalen People's Health Movement (PHM) verfassten "Gesundheitscharta der Menschen". Ungleichheit, Armut, Ausbeutung, Gewalt und Ungerechtigkeit zu bekämpfen, ist ohne jeden Zweifel vollkommen richtig. Doch leitet sich daraus notwendigerweise die Forderung nach einem "Recht auf Gesundheit" ab, wie es nicht nur das PHM, sondern auch medico international formulieren (vgl. ak 497)? Und was ist überhaupt - Gesundheit? Während Erika Feyerabend in ak 498 auf die dem Gesundheitsbegriff eingeschriebene "Doppelung sozialer Kontrolle und individueller Selbstverwaltung" hinwies, betonte Ulrich Fritsch in ak 500 das "emanzipatorische Potenzial" eines Körper, Geist und Seele umfassenden Gesundheitskonzepts. Eines ist also schon mal sicher: Was Gesundheit ist, erklärt sich keineswehs von selbst. Bloß, was heißt das für die Foderung: "Gesundheit als Menschenrecht"?

Gesundheit ist ein Begriff, der ein sehr weites Bedeutungsspektrum umfasst. Was Person A für "gesund" halte, kann etwas völlig anderes sein als das, was Person B für "gesund" hält. Auch in historischer Perspektive ist klar, dass der Gesundheitsbegriff höchst wandelbar ist (von Engelhardt 2004). Gesundheit ist zudem ein gesellschaftlich umkämpftes Feld. Und schließlich ist Gesundheit ein Ideal, dem sich kaum jemand entziehen kann. Bei allen möglichen Gelegenheit wünschen sich Menschen "Gesundheit". Umgekehrt gehört die Angst, krank oder versehrt zu werden, zu den Typen von Angst, denen sich wohl kaum jemand ganz entziehen kann. Gesundheit ist also, kurz gesagt, ein komplexer, unser ganzes Leben betreffender und deshalb äußerst weit reichender Begriff. Wenn man ihn nun in eine politische Forderung übersetzt und Gesundheit als "soziales Recht" oder "Menschenrecht" versteht, dann ergeben sich daraus eine Reihe von Fragen.

Die erste und nächstliegende: Wer definiert "Gesundheit"? Und wer definiert, wer oder was "nicht gesund" ist? Das PHM orientiert sich an der Definition der Weltgesundheitsorganisation WHO. Die definiert Gesundheit als Zustand "umfassenden körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht lediglich als Freisein von Krankheit und Schwäche". Gesundheit, derart weit gefasst, wird zum Synonym für ein erfülltes Leben oder schlicht - Glück (Mazumdar 2004). Eben dies unterscheidet die Forderung "Recht auf Gesundheit" von anderen politischen Forderungen, zum Beispiel von solchen nach ausreichender und bedingungsloser Existenzsicherung. Eine gesicherte Existenz zu haben bedeutet, zu allen dafür notwendigen gesellschaftlichen Ressourcen freien Zugang zu haben. Ob meine gesicherte Existenz zugleich eine erfüllte, glückliche oder gar "gute" ist, bleibt dabei offen. Eine sichere Existenz ist ein bestimmter, wünschenswerter sozialer Zustand. Gesundheit ist aber nicht nur ein Zustand oder ein Faktum, sondern zugleich eine Zuschreibung, eine Eigenschaft ("gesund") - die immer schon ihr Gegenteil impliziert ("nicht gesund").

Wer oder was ist "gesund"? Und wer nicht?

Ein Beispiel: Vom "Recht auf Gesundheit" zum "Recht auf ein gesundes Kind" ist es kein so weiter Schritt. Dieses letztgenannte Recht ist in Deutschland und anderen Ländern bereits etabliert. Im Rahmen der so genannten "wrongful-birth"-Rechtsprechung, werden Schadensersatzforderungen, die Eltern aufgrund einer fehlerhafte vorgeburtlichen Diagnose gegen den behandelnden Arzt erheben, anerkannt. Das heißt, wenn zum Beispiel während der Schwangerschaft nicht erkannt wird, dass der Embryo eine Wahrscheinlichkeit für ein Down-Syndrom aufweist, die Schwangerschaft deshalb nicht abgebrochen und das Kind geboren wird, dann ist diese Geburt schadensersatzrelevant. Damit wird juristisch sanktioniert, dass das zur Welt gekommene Kind, so wie es ist, besser nicht hätte geboren werden sollen. Dies sogar, so die Unterstellung, in dessen eigenem Interesse. Die Geburt eines behinderten Kindes zu verhindern zeuge, so der Bundesgerichtshof in einem Grundsatzurteil, von "hoher elterlicher Verantwortung". Hier geht es also um das Recht, ein gesundes Kind zu bekommen bzw. genauer gesagt: kein behindertes Kind zur Welt bringen zu müssen. Behindertes Leben wird damit als zu verhindernder "Schaden" gewertet, der mit den Mitteln des Rechts ausgeglichen wird. Eben weil diese Verbindung so nahe liegt - von einem "Recht auf Gesundheit" zu einem Ausschluss

vermeintlich "nicht-gesunden Lebens" -, sind VertreterInnen von Behindertenverbänden der Konzeption von Gesundheit als Menschenrecht ausgesprochen skeptisch gegenüber. Sie befürchten, dass damit ihr Anliegen, also das Anliegen, gesellschaftliches Leben so zu organisieren, dass behinderte und/oder kranke Menschen in vollem Umfang an ihm teilnehmen können, umso schwerer artikulierbar wird, je selbstverständlicher Gesundheit als "Recht" verstanden wird.

Vergleicht man dieses Anliegen mit der Logik der wrongful-birth-Rechtsprechung, dann wird deutlich: Letztere nährt eine ganz bestimmte Vorstellung, ein Ideal des "guten Lebens" (ein Leben mit erfülltem Kinderwunsch, aber ohne behindertes Kind) und legt nahe, darauf gäbe es einen Rechtsanspruch oder doch zumindest ein Recht auf Schadensersatz. Emanzipatorische Behindertenbewegungen fordern statt dessen den Abbau von Diskriminierung und den gleichen Zugang aller zu allen gesellschaftlichen Ressourcen. Sie halten behindertes Leben für eine mögliche Form von Leben, über die kein eindeutiges Werturteil gefällt werden kann: Ob das Leben von Behinderten oder Nicht-Behinderten gut oder schlecht ist, liegt aus dieser Sicht zentral an den gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen es stattfindet. Wird aber die Vorstellung von einem "guten Leben" in der Weise verrechtlicht wie im Falle der wrongful-birth-Rechtsprechung, unterstützt sie faktisch den Ausschluss behinderter Lebensformen aus der Gesamtheit aller Lebensformen. Damit wird "das Recht auf Normalität höher als das Recht auf Leben" bewertet (Degener 1998). Wie aber kann "Gesundheit" gedacht werden, damit eine Forderung nach "mehr Gesundheit" solche Formen des Ausschlusses (der "Nicht-Gesunden") nicht implizit stützt?

Wie sehr die Frage, ob etwas, was wir tun, "gesund" ist oder nicht, längst in unserem Alltag verankert ist, wissen wir alle. Kaum jemand kann allen existierenden Anforderungen danach, gesund zu leben, nachkommen - in Bezug auf Ernährung, Kleidung, Einrichtung, Sexualität, Formen der Konflikt- und Stressbewältigung, Management psychischer Einstellungen etc. JedeR muss hier also eine Balance finden zwischen den ständigen Aufforderungen, "gesund" zu leben und dem, was er/sie wirklich braucht, will und kann (vgl. www.ungesundleben.de). Dass hier nicht einfach frei gewählt werden kann, ist klar. Wer sich nicht fit, gesund, beweglich und mobil hält, hat deutlich schlechtere Chancen auf dem umkämpften Arbeitsmarkt. Stressmanagement wird hier notgedrungen zur Überlebensstrategie. Umgekehrt halten Staat und Krankenkassen zur sorgfältigen Prävention an - mit deutlich moralischer Aufladung: Wer nicht gesund lebt, wer arbeitsunfähig, pflege- oder therapiebedürftig oder schlicht und einfach alt wird und dies nicht aus eigener Tasche finanzieren kann, belastet die knappen Kassen des Gesundheitssystems und lebt auf "Kosten der Allgemeinheit". Gesundheitsanforderungen erweitern also nicht nur den individuellen Handlungsspielraum, sie schränken ihn auch ein.

Pflicht zur Entlastung der Allgemeinheit?

Staatliche Gesundheitspolitiken in Deutschland setzen seit Beginn der 1990er Jahre auf den Rückbau einer garantierten umfassenden Gesundheitsversorgung, auf Privatisierung und Budgetierung; kurz auf eine Verbetrieblichung des Gesundheitswesens (Kühn 2003). Die Stoßrichtung: Weg von einer nach dem Solidarprinzip organisierten Gesundheitsversorgung hin zum Aufbau eines privaten Versicherungsmarktes sowie des "Zukunftsmarktes Gesundheit", womit gemeint ist: die Steigerung des Konsums von Gesundheitsdienstleistungen und produkten (PROKLA-Redaktion 2003). Was das auf VerbraucherInnen- bzw. PatientInnenseite heißt, ist klar: Gesundheitsversorgung und Gesundheitsvorsorge werden in dem Maße, in dem sie zu konsumierbaren Gütern werden, auch zu Privilegien, die die einen mehr haben und die anderen weniger.

Nicht zufällig lässt sich zugleich von einem regelrechten "Gesundheitskult" sprechen: Gesundheit ist längst nicht mehr nur etwas, das sich zwischen Körper, Geist und Seele oder zwischen Ärztin und Patient abspielt, sondern eine soziale Praxis, mit der sich zum Ausdruck bringen lässt, dass man zur sozialen Mitte bzw. zum gebildeteren, fitteren, leistungsfähigeren Teil der Bevölkerung gehört. Gesundheit ist, kurz gesagt, auch ein Lifestyle (Brunnett 2005). Und das ist eben nicht nur Indiz eines gesteigerten "Gesundheitsbewusstseins" in der Bevölkerung, sondern auch Ergebnis der neoliberalen Umstrukturierung, die die Einbeziehung von Gesundheit ins indivdiuelle Selbstmanagement und die gleichzeitige "Entlastung" des Staates von der Verantwortung von einer umfassenden Gesundheitsversorgung gezielt betreibt (ebd.).

Wie also lässt sich das Recht auf Gesundheit trennen von der Aufforderung zu einem bestimmten Verhalten? Was unterscheidet das "Recht auf Gesundheit" vom "Recht auf Gesundheitskonsum" (für alle die, sich's leisten können) und von einer "Pflicht zur individuellen Entlastung des Gesundheitswesens"?

Zwischen Hyperkonsens und Emanzipation

"Recht auf Gesundheit" als Forderung nach sozialen Rechten zu verstehen würde m.E. bedeuten, die gerechte Verteilung von Gesundheitsressourcen und -dienstleistungen für alle einzufordern, also ein "Recht auf Gesundheitsversorgung". Der Unterschied mag nur gering erscheinen, erscheint mir aber wesentlich - auch wenn die angesprochenen Probleme damit nicht allesamt gelöst sind. Natürlich ist immer noch die Frage zu stellen, ob jegliche "Teilhabe am medizinisch Möglichen" (Feyerabend in ak 498) wünschenswert ist. Und immer noch wird die Frage umkämpft bleiben, was als "Gesundheit" bzw. als "Krankheit" gilt, die "versorgt" oder "therapiert" werden muss. Dennoch legt der Begriff Gesundheitsversorgung den Akzent auf die Frage des gleichberechtigten Zugangs aller zu und damit eben auch auf die Frage der Entscheidung über die Verteilung und Nutzung von gesellschaftlichen Ressourcen - und ruft nicht eine diffuse Idee von "Glück" im Sinne einer "guten und richtigen Lebensführung" auf. Gerade weil die Kategorie Gesundheit ein "gesellschaftlicher Hyperkonsens" ist (Robertz-Grossmann 2004), ist es für politische Bezugnahmen darauf essenziell, ihre normativen und restriktiven Implikationen zu hinterfragen - sonst schmiegen sich emanzipatorische Gesundheitsbewegungen vielleicht ebenso "glatt" in diesen Konsens ein wie Gesundheitsministerien, internationale Gesundheitsinstitutionen und Pharmakonzerne.

Stefanie Graefe

In Anlehnung an einen Beitrag auf dem Kongress Armut und Gesundheit in Berlin, 18./19. November 2005. Panel "Globalisierung und Gesundheit"; organisiert von medico international. Weitere Informationen: www.medico-international.de.

Literatur:

Regina Brunnett: Well managed? Symbolische Gesundheit als Lebensstil und Unternehmensstrategie. In: Fantômas 7, Sommer 05.

Theresia Degener: Gegen den Zugriff der Bioethik auf das Leben. Vortrag. Kassel 1998, www.behinderung.org/bioetvortr.htm

Dietrich von Engelhardt: Der Gesundheitsbegriff im Wandel der Geschichte. In: Widerspruch. Münchner Zeitschrift für Philosophie. Jahrgang 24, Heft 42/2004, S. 25-36

Hagen Kühn: Ethische Probleme der Ökonomisierung von Krankenhausarbeit. In: Büssing/Glaser (Hg.), Dienstleistungsqualität und Qualität des Arbeitslebens im Krankenhaus, Schriftenreihe Organisation und Medizin, Hofgrefe Verlag, Göttingen u.a. 2003, S. 77-98; www.wz-berlin.de/ars/ph/download/ethische_probleme.pdf.

Pravu Mazumdar: Der Gesundheitsimperativ. In: Widerspruch. Münchner Zeitschrift für Philosophie. Jahrgang 24, Heft 42/2004, S.11-24

PROKLA-Redaktion: Editorial - Gesundheit im Neoliberalismus. PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Jahrgang 33, Heft 132/2003

Beate Robertz-Grossmann: Gesundheit als gesellschaftlicher Hyperkonsens - eine institutionensoziologische Analyse nach Arnold Gehlen. Hartung-Gorre-Verlag, Konstanz 2004

19. Gerechtigkeit heilt. Der internationale Kampf gegen Straflosigkeit

Autor: Knut Rauchfuss · Rubrik: Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:28

Auf dem Bochumer Kongress schienen die jeweiligen landesspezifischen Ausgangsbedingungen für die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit anfangs sehr unterschiedlich. Wie lassen sich die Militärdiktaturen Lateinamerikas oder das südafrikanische Apartheidregime vergleichen mit den Kriegen in Kambodscha, Sierra Leone, dem ehemaligen Jugoslawien oder gar in Ruanda? Macht es einen Unterschied im Kampf gegen Straflosigkeit, wenn die Täter im eigenen Land frei herumlaufen oder zusätzlich auch auf die Nachbarstaaten verteilt sind? Was bedeutet es für die Aufarbeitung, wenn ein großer Teil der Bevölkerung selbst zu Tätern geworden ist? Welche Rolle spielen kulturelle Hintergründe und die Art der jeweiligen Konfliktgeschichte? Und welche Strategien sind überhaupt Erfolg versprechend, wenn die Täter noch heute weit reichenden Einfluss auf die Regierung des Landes ausüben?

Dies sind nur einige der Fragen, die eine Vergleichbarkeit der Arbeit von Menschenrechtsorganisationen in unterschiedlichen Konflikten erschweren. Die Grenzen verschwammen jedoch, je mehr sich der Austausch in Bochum den einzelnen Elementen unterschiedlicher Konflikte näherte und die Perspektive der Überlebenden ins Zentrum der Debatte stellte. Auch die gestiegene Bedeutung internationaler Justiz war für nahezu alle AktivistInnen ein wesentliches Werkzeug, um den Kampf gegen Straflosigkeit im eigenen Land voranzutreiben.

Zum Beispiel in Chile. Augusto Pinochet ist gesund und weltweit freuen sich Menschenrechtsorganisationen darüber. Diese ungewöhnliche Freude erfährt ihren tieferen Sinn durch das Gerichtsgutachten, das dem chilenischen Ex-Diktator nun endgültig die lange angezweifelte Prozessfähigkeit bescheinigt. Seit Mitte November steht Pinochet unter Hausarrest und muss sich zukünftig wegen des "Verschwindenlassens" von Oppositionellen vor Gericht verantworten.

Nicht viel anders erging es dem peruanischen Putschisten Alberto Fujimori, der sich Anfang November erstmals seit seiner Flucht ins japanische Exil wieder ins Ausland begab und in seinem Hotel in Santiago verhaftet wurde. Derzeit wartet er in einem chilenischen Gefängnis darauf, nach Peru ausgeliefert zu werden.

Ebenfalls mit seiner Auslieferung rechnen muss der Ex-Diktator des Tschad, Hissène Habré. Aufgrund eines belgischen Haftbefehls wurde er Mitte November im senegalesischen Exil festgenommen.

Noch auf der Flucht befindet sich der liberianische Ex-Präsident und Warlord Charles Taylor. Er wird vom UN-Sondergerichtshof in Sierra Leone per Haftbefehl gesucht. Menschenrechtsorganisationen aus 14 afrikanischen Ländern forderten Mitte Juni die nigerianische Regierung auf, Taylor an das Sondergericht zu überstellen.

Wahrheit finden, Opfer entschädigen

Auch die UN-Straftribunale zu Ruanda und Jugoslawien führen ihre Verhandlungen gegen Kriegsverbrecher der jeweiligen Bürgerkriege fort, und der internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat im Oktober die ersten Haftbefehle wegen schwerster Menschenrechtsverletzungen im Kongo ausgestellt.

Was sich wie der Beginn einer ersten kleinen Erfolgsbilanz im Kampf gegen die Straflosigkeit liest, wird jedoch überschattet von endlosen Reihen der Täter, die sich nach wie vor auf freiem Fuß befinden. Und der so genannte "Krieg gegen den Terror" hat Folter und staatlichem Terror eine neue, globalisierte Qualität verliehen. Während über europäischen CIA-Geheimgefängnissen fliegende Folterzentren kreisen, versuchen Menschenrechtsorganisationen weltweit den Kampf gegen die Straflosigkeit voranzutreiben und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen.

Dabei hat der internationale Austausch über die Frage des Zusammenhangs zwischen der Gesundheit von Überlebenden und der juristischen Aufarbeitung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit eine neue Dimension gewonnen. Bereits im Juni gründeten neun alternative NobelpreisträgerInnen das Aktionsnetzwerk "World Coalition Against Torturers" (WCAT). Anfang Dezember trafen sich in Istanbul MenschenrechtsaktivistInnen und TraumaexpertInnen aus 73 Ländern, um sich über "man-made"-Traumata

und erzwungene Migration auszutauschen. (1) In Istanbul wie in Bochum waren sich die MenschenrechtsaktivistInnen darin einig, dass es international weitergehen muss. Auch auf dem Weltsozialforum in Caracas wird sich im Januar 2006 ein interamerikanisches Netzwerk gegen die Straflosigkeit konstituieren.

Ein internationales Netzwerk gegen Straflosigkeit

"Auch wenn andere vielleicht denken könnten, wenn wir neue Netzwerke schaffen, machen wir die Arbeit doppelt", erklärte John Caulker aus Sierra Leone, "aber ein solches Netzwerk zu haben, das die rechtlichen Aspekte im Kampf gegen Straflosigkeit, die medizinischen Aspekte von Verfolgung und Verschleppung und eben auch die Wahrheitskommissionen mit integriert, ist einzigartig und die Grundlage für die Zukunft." Die uruguayische Anwältin Hebe Martinez Burle pflichtet ihm bei: "Der Weg ist sehr lang und schwer, aber es gehört zu meinen Träumen, ein weltweites Netz, eine Koalition, eine Kampagne, wie auch immer es sich nennen mag, zu schaffen, das sich wirklich effektiv gegen das weltweite Netz der Straflosigkeit stellt. Etwas was uns hilft, uns gegenseitig zu stärken, denn den Traum von einer gerechten Welt dürfen wir nicht aufgeben."

Die Bochumer Konferenz hat einen Grundstein für ein weltweites Netzwerk gegen die Straflosigkeit gelegt, das auch über das Treffen hinaus weiter zusammenarbeiten wird: Der Kampf gegen Straflosigkeit kann, muss und wird in Zukunft international geführt werden.

Knut Rauchfuss

Anmerkung:

1) Eingeladen hatten u.a. die türkische Ärztekammer und die türkische Menschenrechtsstiftung, die in der Türkei vier Therapiezentren für Folterüberlebende betreibt und maßgeblich an der Entwicklung und Verabschiedung des "Istanbul Protocol" beteiligt war. Dieses Manual erlaubt es heute erstmals, die Folgen von Folter eindeutig und standardisiert zu diagnostizieren und gerichtsverwertbar zu dokumentieren

(UN-publication HR/P/PT/8/Rev.1).

20. Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind nicht amnestierbar. 30 Jahre Kampf gegen Straflosigkeit in Argentinien

Autor: Annette Fingscheidt · Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:29

Am 24. März 2006 jährt sich der Tag des argentinischen Militärputsches zum dreißigsten Mal. Seit Beendigung der Diktatur 1983 versuchen argentinische Menschenrechtsorganisationen sowie die Mütter und Großmütter der Plaza del Mayo, die Verantwortlichen für Folter und Ermordung von zehntausenden von Opfern vor Gericht zu bringen. Viele Niederlagen haben sie überwinden müssen - wie z.B. den Erlass der Amnestiegesetze und die Begnadigung der im Jahr 1985 verurteilten Generäle der ehemaligen argentinischen Junta.

Am 19. April dieses Jahres wurde Adolfo Scilingo zu einer Haftstrafe von insgesamt 640 Jahren verurteilt. Das Urteil erfolgte nicht in Argentinien, sondern in Spanien, denn während der Jahre der Straflosigkeit waren zahlreiche Klagen vor europäischen Gerichten eingereicht worden. Scilingo war ehemals Kapitän der Marine und Leiter der Mechanikerschule ESMA, des größten Folterzentrums der Diktatur, in dem über 5.000 Personen spurlos "verschwanden". 1995 hatte Scilingo ausgesagt, dass die Mehrzahl der in Haft Verschwundenen bei so genannten "Todesflügen" lebend über dem Meer abgeworfen worden seien.

Scilingos Enthüllungen über die Gräueltaten der Diktatur hatten den MenschenrechtsaktivistInnen seinerzeit erneut Anlass gegeben, gegen die Straflosigkeit vorzugehen. Es kam zu einer Reihe von Klagen seitens der Angehörigen, die bei der Justiz, wenn nicht Strafverfolgung der Verantwortlichen, so doch Aufklärung über die Geschehnisse verlangten. Der Oberste Gerichtshof Argentiniens entschied jedoch 1998, dass das Recht auf Aufklärung zwar existiere, jedoch aufgrund der geltenden Amnestiegesetze von der Justiz nicht verfolgt werden könne.

Nach diesem Entscheid wandten sich die argentinischen Menschenrechtsorganisationen mit einem konkreten Fall an die Interamerikanische Menschenrechtskommission: Carmen Lapacó von den Müttern der Plaza del Mayo zeigte den argentinischen Staat wegen Verletzung der Amerikanischen Menschenrechtskonvention an. Diese nämlich legt fest, dass das Recht auf Wahrheit gegeben und unverjährbar ist. Davon ausgehend vereinbarte die Interamerikanische Menschenrechtskommission schließlich mit dem argentinischen Staat, alle zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen, um das Schicksal der Verschwundenen aufzuklären. Als logische Folgerung aus diesem Entscheid ergab sich für die Menschenrechtsorganisationen die Unvereinbarkeit von Amnestiegesetzen und Begnadigungen mit der Amerikanischen Menschenrechtskonvention.

Sechshundertvierzig Jahre Knast für Folterer

Zeitgleich wurden Prozesse gegen argentinische Militärs in Spanien, Italien, Frankreich, Schweden und Deutschland angestrengt. In Italien wurden die ehemaligen Offiziere Suárez Mason und Riveros sowie in Frankreich der Offizier Astiz in Abwesenheit verurteilt. Und auch die Festnahme des chilenischen Ex-Diktators Pinochet in London trug dazu bei, den Kampf gegen Straflosigkeit in Argentinien voranzutreiben.

Im Oktober 2000 reichte die argentinische Menschenrechtsorganisation CELS (Centro de Estudios Legales y Sociales) in einem bereits anhängigen Verfahren wegen Verschwindenlassens und Kindesentführung eine Zusatzklage ein über die Verfassungswidrigkeit der Amnestiegesetze. Im März 2001 erklärte der zuständige Richter die Gesetze für ungültig, verfassungswidrig und damit nichtig. In den darauf folgenden Jahren schlossen sich mehrere Richter, die über Fälle des Verschwindenlassens zu entscheiden hatten, diesem Beispiel an.

Die politischen Umbrüche des Jahres 2002 schufen in Argentinien ein günstiges Klima für weitere Fortschritte im Kampf gegen Straflosigkeit. Im Mai 2003 trat der Peronist Nestor Kirchner das Amt des Staatsoberhauptes an und kündigte unmittelbar danach eine gründliche gesellschaftliche und strafrechtliche Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit an. Im August 2003 erklärte auch das argentinische Parlament die Amnestiegesetze für null und nichtig. Auch wenn diese Erklärung keine unmittelbare Gesetzesänderung hervorrufen konnte, hatte sie doch eine enorme symbolische Bedeutung. Kirchner hob das Auslieferungsverbot argentinischer

Militärs auf, so dass über mehrere in Europa anhängige Auslieferungsgesuche, u.a. aus Deutschland, neu entschieden werden musste.

Im Oktober desselben Jahres wurde die Verhaftung von 16 Folterern der Diktatur angeordnet. Sie waren in einen der bekanntesten Fälle Argentiniens verwickelt: die Menschenrechtsverletzungen des Ersten Heerescorps. Auch der Prozess um das geheime Haftzentrum ESMA, der die Folter und das Verschwinden von 5.000 Personen umfasst, wurde neu aufgerollt.

Währenddessen besetzte Kirchner den Obersten Gerichtshofs fast vollständig neu, da von dessen Entscheidung der endgültige Fall der Amnestiegesetze abhängt. Am 14. Juni dieses Jahres war es dann so weit: Die Richter des Obersten Gerichtshof erklärten die Amnestiegesetze für verfassungswidrig. Seither ist theoretisch die Wiederaufnahme aller Fälle möglich.

Zur Zeit laufen in Argentinien etwa 55 Strafverfahren wegen während der Diktatur begangener Menschenrechtsverletzungen. Mehr als 150 Personen befinden sich in Untersuchungshaft. Es ist wahrscheinlich, dass es in absehbarer Zukunft auch zu Gerichtsverhandlungen kommen wird, aber noch stehen einige Hindernisse im Weg. Zwar hat der Oberste Gerichtshof die Amnestiegesetze annulliert; für die Durchführung der Strafprozesse sind jedoch die Gerichte zuständig. Viele Richter sind immer noch den Militärs zugeneigt. Auch Generalstaatsanwalt Esteban Righi hüllt sich gerne in konspiratives Schweigen, wenn es darum geht, Folterer und Mörder festzusetzen.

Amnestiegesetze für null und nichtig erklärt

Die zweite noch zu bewältigende Hürde sind die 1990 von Präsident Menem ausgesprochenen Begnadigungen der Junta-Generäle. Da diese bereits verurteilt wurden, wird es schwierig sein, sie wegen derselben Vergehen nochmals strafrechtlich zu belangen. Außerdem müssten die Begnadigungen vom Obersten Gerichtshof als verfassungswidrig erklärt werden. Ob und wann dies geschehen kann, ist noch unklar.

Eines ist jedoch gewiss: Die argentinische Menschenrechtsbewegung hat einen bedeutenden Sieg errungen, der MenschenrechtsaktivistInnen in anderen Ländern eine Quelle der Information und Inspiration für den Kampf gegen Straflosigkeit sein kann. So verdeutlicht das argentinische Beispiel, dass Versuche der internationalen Strafverfolgung von schweren Menschenrechtsverletzungen einen deutlichen Effekt auf die Entwicklung im eigenen Land mit sich bringen können. Und es führt nachdrücklich vor Augen, dass der Kampf gegen Straflosigkeit ein internationales Anliegen sein muss.

Annette Fingscheidt

21. "Lasst die Folterer sich ängstigen!" Ein Gespräch mit Inge Genefke von der "Weltweiten Koalition gegen Folterer" (WCAT)

Autor: Interview: Knut Rauchfuss · Rubrik: Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:31

Dr. Inge Genefke ist Trägerin des alternativen Friedensnobelpreises, der ihr 1988 für ihren langjährigen Einsatz für die Gesundheit der Überlebenden von Folter verliehen wurde. Neben der WCAT gründete sie auch den Internationalen Rehabilitationsrat für Folteropfer (IRCT) mit, dem weltweit mehr als 200 Rehabilitationszentren für Folteropfer angehören. Mit Inge Genefke sprach Knut Rauchfuss.

ak: Inge, wie arbeitet der Internationale Rehabilitationsrat für Folteropfer (IRCT)?

Inge Genefke: IRCT ist eine internationale Organisation mit Sitz in Kopenhagen, der mehr als 200 Rehabilitationszentren für Folteropfer aus der ganzen Welt angehören. Das erste Rehabilitationszentrum haben wir 1981 in Kopenhagen gegründet. 1985 haben wir die Organisation dann international ausgeweitet. Wir haben zahlreiche Projekte in allen Teilen der Welt mit ÄrztInnen, PsychologInnen und anderen GesundheitsarbeiterInnen, die an unseren Schulungsprogrammen teilnehmen. Eines unserer wichtigsten Projekte zur Zeit ist das "Istanbul Protocol", ein Manual zur Untersuchung und Dokumentation von Folterfolgen. Im Zusammenhang mit diesem Projekt haben wir bisher insgesamt 25 AnwältInnen und 50 ÄrztInnen in Georgien, Sri Lanka, Mexiko, Marokko und in Uganda geschult. Derzeit dehnen wir das Projekt mit EU-Unterstützung auf fünf weitere Länder aus. Außerdem bauen wir gerade Zentren im Irak auf, in denen wir ÄrztInnen ausbilden, wie wir das immer tun. Dabei entsenden wir nicht selbst Leute in andere Länder, sondern stützen uns auf Personal vor Ort. Dem bieten wir Trainingsprogramme an und helfen finanziell. Und wir gewähren einen gewissen Schutz, so weit wir das können.

Du arbeitest seit 30 Jahren mit Überlebenden von Folter. Welche Auswirkungen hat deiner Erfahrung nach die weltweit nach wie vor verbreitete Straflosigkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf die seelische Gesundheit der Überlebenden?

Es hat einen schrecklichen Effekt auf die Opfer, dass nahezu keine Folterer oder politisch Verantwortliche vor Gericht gestellt werden. Und wenn bestimmte Dinge passieren, so zum Beispiel, als Pinochet sein "Dienstjubiläum" feierte, konnte man sehen, wie die chilenischen Folteropfer reihenweise in ihrem Gesundheitszustand einbrachen. Solche Ereignisse haben einen äußerst schlechten Einfluss auf die Gesundheit unserer KlientInnen, sowohl physisch als auch - wesentlich stärker natürlich - psychisch.

Heute kämpfen zahlreiche Menschenrechtsorganisationen auf der ganzen Welt gegen die Straflosigkeit. In den letzten Jahren konnten sogar einzelne Erfolge erzielt werden, der eine oder andere Täter wurde vor Gericht gestellt. Wie wirken diese Fortschritte auf eure KlientInnen?

Das hat einen enormen Effekt. Man kann das nicht genug betonen. Ich erinnere mich sehr genau daran, als Pinochet festgenommen wurde und nach Spanien ausgeliefert werden sollte. Das war nicht nur fantastisch für die chilenischen Folteropfer, sondern auch für Folteropfer aus ganz anderen Ländern, die das alles sehr aufmerksam verfolgt haben. Und als Ärztin sage ich, dass wir den Opfern und ihren Familien helfen müssen, nicht nur körperlich und seelisch, sondern dass wir eben auch für Gerechtigkeit sorgen müssen. Gerechtigkeit bringt den Opfern ihre Würde zurück und nimmt die erlittenen Entwürdigungen.

Du hast auf die heilsame Bedeutung des Kampfes gegen Straflosigkeit verwiesen. Du bist auch eine der GründerInnen eines neuen Netzwerkes, der World Coalition Against Torturers (WCAT). Welche Ziele verfolgt WCAT?

Im Grundsatz sind wir neun TrägerInnen des alternativen Nobelpreises, die diese Aktionsgruppe im Juni dieses Jahres gegründet haben: Martin Almada aus Paraguay, Rachel und Uri Avnery aus Israel, Carmel Budiardjo aus Indonesien, Juan Garcés aus Spanien, Guillaume Harushimana aus Burundi, Felicia Langer aus Deutschland bzw. Israel, Vesna Terselic aus Kroatien und ich. Und außerdem Vithal Rajan aus Indien, der Mitglied der Jury ist, die den alternativen Nobelpreis jährlich vergibt. Wir waren beisammen und wir sagten uns:

Genug ist genug. Wir können Folteropfern und ihren Familien helfen, und ganz sicher tun wir das auch und wir werden auch noch mehr für ihre Rehabilitation tun. Aber es ist unglaublich wichtig, die Folterer auch vor Gericht zu bringen. Und so gründeten wir WCAT.

Mittlerweile stehen uns auch ausreichende Werkzeuge im Kampf gegen Straflosigkeit zur Verfügung. Da ist vor allem die UN-Konvention gegen Folter. Die Konvention ist extrem bedeutend, nicht nur wegen der Definition, die dort für Folter festgelegt ist. Die Anti-Folter-Konvention legt klar fest, dass Folter weder in Friedens- noch in Kriegszeiten legitim ist und auch die "Befehlsausübung" keine Entschuldigung darstellt. Die Artikel vier bis neun der Konvention behandeln das Problem der Straflosigkeit. Wenn ein Folterer in einen der über 150 Vertragsstaaten kommt, woher auch immer, und es nach vorliegenden Informationen klar ist, dass er gefoltert hat, wo auch immer und wen auch immer, dann soll er dort vor Gericht gestellt werden; das heißt, er "kann" nicht nur vor Gericht gestellt werden, sondern es handelt sich um eine Selbstverpflichtung der Unterzeichnerstaaten. Tatsache ist leider, dass das praktisch nirgendwo passiert. Und hier beginnt unsere Aufgabe, unsere Regierungen dazu zu bringen, den Verpflichtungen auch nachzukommen, die sie eingegangen sind.

Außerdem haben wir die internationalen Strafgerichte, ob in Den Haag, in Sierra Leone, Ruanda oder anderen Ländern. Sie machen eine großartige Arbeit, aber die Justiz unserer Länder muss das Übrige tun. Und das ist es, was unsere Gruppe vorbereitet. Wir wollen die rechtlichen und medizinischen Fakten zusammentragen und die großen Folterer, die die Anweisungen geben und als ehemalige oder derzeitige Präsidenten die politische Verantwortung tragen, vor Gericht stellen. So wie es Leute gibt, die schon die ersten rechtlichen Schritte gegen die Folterer Bush oder Rumsfeld eingeleitet haben. Aber auch gegen die ehemaligen und alten wie Stroessner (Paraguay) oder Mugabe (Simbabwe). Gegen all die ehemaligen Justiz- und Innen- und Verteidigungsminister, gegen die Generäle und die Chefs der Geheimpolizeien, gegen all jene, die die Befehle geben. Gegen diese Leute müssen wir entsprechende Beweise zusammentragen, sodass wir ihnen, sobald sie in unsere Länder kommen, auch den Prozess machen können.

Gibt es diesbezüglich schon Erfolge zu verzeichnen?

Wir haben in einigen Fällen Erfolg gehabt. Zum Beispiel wurde vor kurzem der Vizeverteidigungsminister von El Salvador in Memphis/USA dazu verurteilt, Entschädigungen an vier Opfer bzw. Angehörige in El Salvador in Höhe von zwei Millionen US-Dollar zu zahlen. Ein anderes Beispiel: Im September landete der israelische Kriegsverbrecher Doron Among in London. Dort erwartete ihn die Polizei schon mit einem am Vortag von einem britischen Gericht ausgestellten Haftbefehl. Allerdings gelang es der israelischen Botschaft, ihn noch rechtzeitig zu warnen. Er blieb also im Flugzeug und musste nach Tel Aviv zurückkehren. Außerdem bereiten wir eine "Verbrechergalerie" vor, um klarzumachen, dass wir auch die im Visier haben, die noch nicht gefasst wurden.

Welche Effekte erhofft ihr euch von internationalen Anklagen gegen Folterer?

Erstens hilft es den Opfern. Das ist für mich als Ärztin schon Grund genug. Aber es hat auch einen präventiven Effekt. Denn wenn diese Leute wissen, dass wir ihre Taten kennen und genügend Beweise dafür haben, dann können sie nicht mehr in unsere Länder kommen. Und du weißt, all diese Folterer kommen gerne nach Paris, nach Berlin, nach London, nach Wien, nach Rom usw.

Also haben wir mit WCAT begonnen. Es wird lange dauern, fürchte ich, aber ihr macht das in Deutschland ja jetzt auch. Damit es keinen Platz mehr auf der Erde gibt, an dem sich Folterer sicher fühlen können. "Lasst die Folterer sich ängstigen!", heißt es in unserem Gründungsaufruf. Wir arbeiten daran.

22. Die Gacaca-Tribunale in Ruanda. Alternative Justiz mit partizipativem Charakter

Autor: Simon Gasiberege · Rubrik: Rwanda · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:30

In Ruanda werden die Verbrechen während des Genozids 1994 mit einem neuen, gemeinwesenorientierten Verständnis von Justiz aufgeklärt: Januar 2005 begann offiziell die Hauptphase der so genannten Gacaca-Tribunale. "Gacaca" umschreibt den Rasen, der vor den Häusern wächst und auf den die Menschen sich gerne setzen, um sich zu unterhalten oder über die wichtigen Fragen der Gemeinschaft zu debattieren. Mehr als 9.000 dieser Dorfgerichte landesweit sollen zur Aufarbeitung des Völkermords an den Tutsi beitragen. Simon Gasibirege ist der bekannteste Psychologe Ruandas. Bis 1995 lebte er mehrere Jahrzehnte im Exil. Heute ist er Psychologieprofessor an der Nationaluniversität von Ruanda in Butare, wo er das "Centre for mental Health" leitet. Er arbeitet mit Opfern und Tätern des Völkermordes, vor allem im Hinblick auf die Gacaca-Prozesse.

Gacaca - das ist ein öffentlicher Raum zwischenmenschlichen Beisammenseins, offen und doch geschützt durch die soziale Bedeutung, die ihn umgibt. Es sind vor allem die Familien- oder Gemeinschaftsoberhäupter, die den Vorsitz über die Gacaca haben, um über schwerwiegende Fragen für das Überleben der Gemeinschaft zu entscheiden.

Zwischen April und Juli 1994 wurden in Ruanda mehr als eine Million Tutsi massakriert. Unter den endlosen Reihen der Täter bildeten die Hutu die Mehrheit. Die Morde zeichneten sich durch erschreckende Grausamkeit und einen unglaublichen Zerstörungswillen aus.

Der Völkermord an den Tutsi wurde nicht durch einzelne Individuen oder durch gesetzlose Banden begangen. Er erfasste die gesamte Gesellschaft und machte einen erheblichen Teil zu Henkern, ein großer anderer Teil erlitt einen bestialischen Tod. Und er wurde unter Beobachtung und mit dem Wissen sämtlicher Medien der Welt realisiert. Er erwies sich als Produkt einer minutiösen Vorbereitung, nicht nur was die einzelnen Operationen betrifft, sondern auch in den Herzen und Köpfen der Menschen.

Unter diesen Bedingungen fällt der Rechtsprechung eine neue Bedeutung zu. Sie bezieht sich nicht mehr nur auf einige Individuen, die man zur Ordnung rufen oder die man unschädlich machen muss, sondern sie betrifft einen Großteil der gesamten Gesellschaft. Die implodierte Gesellschaft muss praktisch wieder von Null aufgebaut werden. Das gleiche gilt für die Kultur, die Geschichte und die Beziehungen Ruandas mit dem Rest der Welt. Aus dieser Perspektive entwertet der Genozid an den Tutsi eine Justiz, die im Dienste einer organisierten Gesellschaft und für den Schutz ihres Funktionierens steht. Der Genozid ruft nach einer anderen Form der Rechtsprechung; nach einer, die dazu beitragen kann, eine durch Implosion zerstörte Gesellschaft wieder zu reorganisieren.

Wenn man in Ruanda von alternativer Justiz spricht, so geht es nicht nur um die Änderung von ein paar Aspekten, sondern um etwas radikal Anderes. Die Justiz hat ihr Wesen verändert. Sie ist nicht mehr verankert im Funktionsablauf des Gesellschaftsvertrags und seiner Einhaltung, sondern sie wurzelt in der vertraglichen Festschreibung des Sozialen und der Aushandlung einer neuen gemeinschaftlichen Identität. Daraus ergibt sich, dass eine solche alternative Justiz jeden einbeziehen muss und die Partizipation aller Gesellschaftsmitglieder fordert. Der begonnene Wiederaufbau kann seinerseits nur dann an Konsistenz gewinnen, wenn er zur selben Zeit einen Versöhnungsprozess des jeweils einzelnen Menschen in Gang setzt: mit sich selbst und mit seiner Umwelt, mit den übrigen Mitgliedern der Gesellschaft, mit der Kultur und der Geschichte: eine Versöhnung der Gesellschaft mit sich selbst. In diesem Zusammenhang wurden die Gacaca-Tribunale ins Leben gerufen.

Die Gacaca-Rechtsprechung ist durch die Rechtsprechung der Klans inspiriert. Sie überführt diese traditionelle soziokulturelle Gewohnheit in eine Form, die keine klare Abgrenzung mehr vollzieht zwischen Konfliktlösung und Strafjustiz. Sie erlegt der Strafprozessordnung eigene Regeln auf, die sich auf gerichtliche Untersuchungen und Verteidigung beziehen. Die Macht zu untersuchen und zu richten wird in diesem Rahmen nicht mehr an Rechtsgelehrte übertragen, sondern an BürgerInnen, die als dieser Aufgabe würdig eingeschätzt und gewählt werden.

Die Gacaca-Rechtsprechung hat zu einer langen Beratung und einer heftigen Debatte zwischen den BefürworterInnen der "Entprofessionalisierung" bzw. der "Abschaffung der Richterlichkeit" und den AnhängerInnen der klassischen gerichtlichen Justiz geführt. Da die Gacaca-Tribunale entschieden durch den ruandischen Staat geschützt werden, stellen sie eine politische Chance dar, für die Einheit und Versöhnung des Landes konstituierend zu wirken. Ihre Verankerung in der traditionellen Kultur Ruandas trug entscheidend zu ihrer Annahme durch die gesamte Bevölkerung bei.

Einige haben zu Unrecht gesagt, dass die Gacaca-Rechtsprechung einer populistischen Vorstellung von Justiz entspringen würde. Dem ist nicht so, da sie sich auf sehr präzise Regeln stützt. Sie bedeutet auch nicht das Verschwinden des Individuums und seiner Schuld in der Gemeinschaft, denn Gacaca berücksichtigt in Geständnis und Anschuldigung die Verantwortung auf individueller Ebene wie zugleich auch in übergeordneten Kategorien. Auch wenn die äußeren Bedingungen ihre Funktionsfähigkeit wesentlich beeinträchtigen, ist es wichtig, die Philosophie, die Gacaca zu Grunde liegt und die Werte, die sie vermittelt, zu verstehen, um sie zu einer wahrhaft alternativen Justiz zu machen.

Der große Enthusiasmus während der Beweisaufnahmen in den Jahren 2000 bis 2002 wird allerdings nach einer Pilotphase durch Angst, durch taktiererischen Umgang mit der Wahrheit und durch immer häufigeres Fernbleiben von Gacaca-Sitzungen abgelöst. In einer Untersuchung zeigte sich eine große Anzahl befragter Personen unsicher gegenüber der Wahrheitsfindung, die die Gesellschaft von ihnen erwartet. Sie erklären sich zwar bereit, an den Sitzungen der Gacaca-Tribunale teilzunehmen, doch sie zweifeln deren Aufrichtigkeit an und behaupten, dass RuanderInnen daran gewöhnt seien, zu lügen und zu verleumden. Doch es ist eher die Angst, die dieses Verhalten bedingt: die Angst davor, denunziert zu werden, die Angst vor Konsequenzen für Eltern, Brüder, Freunde und Nachbarn nach einer Zeugenaussage, die Angst davor, für ihre Aussage misshandelt oder sogar getötet zu werden, die Angst vor Traumatisierung, die Angst vor Unannehmlichkeiten jedweder Art.

Dennoch. Die Gacaca-Tribunale entsprechen einem tiefen Bedürfnis, das von weiten Teilen der RuanderInnen geteilt wird, die mit der Herausforderung des Wiederaufbaus einer menschlichen Gesellschaft nach der Tragödie des Genozids konfrontiert sind. Manchmal scheint es, als ob diese Aufgabe über die Kräfte der Menschen geht und die Schwierigkeiten rufen viel Zweifel hervor. So steht Ruanda noch ein langer Prozess mit vielen Höhen und Tiefen bevor.

Simon Gasiberege

Übersetzung: Bianca Schmolze

Vier Funktionen der Gacaca-Rechtsprechung:

1. Versammlung der Mitglieder der Gemeinschaft (guhuza)

2. Aufdeckung der Wahrheit (guhanura)

3. Bestrafung (guhana): Ermittlung der Verantwortlichen für das Geschehene und Feststellung der Schäden, sowohl für den Einzelnen, als auch für Familien und die gesamte Gemeinschaft, mit anderen Worten: die Entlastung der Unschuldigen und die Bestrafung der Schuldigen.

4. Versöhnung (kunga): Gacaca soll nicht bei der Sanktionierung der Verbrechen stehen bleiben, sondern den Frieden und die gesellschaftliche Harmonie wieder beleben. Die Konfliktlösung erfährt dadurch ihren Sinn, das sie alle beteiligt und in Erinnerung an frühere gemeinsame Interessen den Entschluss fasst, nach vorne zu blicken und sich voranschreitend zu versichern, dass man tatsächlich und nachweislich in die richtige Richtung geht.

Ziele und Prinzipien der Gacaca-Rechtsprechung:

1. Sie versammelt alle BürgerInnen eines administrativen Basisdistriktes, die älter als 18 Jahre sind. Die Pflicht der Zeugenaussage ist nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch eine rechtliche, da Sanktionen für jene vorgesehen sind, die nicht aussagen, um die Gemeinschaft aufzuklären.

2. Ihr erstes Ziel ist es zu gewährleisten, dass die Bevölkerung die Möglichkeit erhält, Geschehenes zu berichten, die Wahrheit ans Licht zu bringen und an der Verfolgung und Verurteilung der Täter mitzuwirken.

3. Ein großer Teil des Gesetzes, dem die Gacaca-Rechtsprechung unterliegt, ist den Straftaten und ihrer Ahndung gewidmet.

4. Neben den rein juristischen Zielen gibt es einen Komplex an Zielen sozialer, politischer und kultureller Art, die dazu dienen, der Kultur der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und Einheit und Versöhnung in der Gesellschaft zu fördern. Dabei werden dem kulturellen Erbe diejenigen Elemente entnommen, die möglichst allen RuanderInnen dabei helfen, die Lösung ihrer Probleme selbst in die Hand zu nehmen.

23. "Entschädigung bringt die Toten nicht zurück , aber sie verbessert das Leben." Protokoll einer Diskussion

Rubrik: Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:33

Auf dem Kongress "Gerechtigkeit heilt" diskutierten MenschenrechtsaktivistInnen aus 17 Ländern unter anderem die Frage der Entschädigung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wer trägt - nach einem Regierungswechsel beispielsweise - die Verantwortung für die Entschädigung? Wem steht Entschädigung zu? Ist Entschädigung dasselbe wie Wiedergutmachung? Wir dokumentieren einen Auszug aus der Debatte.

Chap Sotharith, Kambodscha: Welche Rolle fällt aus Eurer Sicht nachfolgenden Regierungen in der Frage der Entschädigung zu? Ist die aktuelle Regierung für die Gräueltaten der Vergangenheit verantwortlich? Gerade ein armer Staat, in dem es zahlreiche Opfer gibt, kann für umfassende Entschädigungleistungen nur schwer aufkommen.

Francisco Soberón, Peru: Die Verantwortung liegt in jedem Fall beim Staat. Erst recht, wenn die Verbrechen durch eine regierende Gruppierung begangen wurden, besteht auch für eine Folgeregierung die Verpflichtung zur Wiedergutmachung. Der Staat existiert immer als Institution und ist somit zuständig. Im Fall Perus sollten selbstverständlich auch die Verbrechen des Sendero Luminoso vom Staat entschädigt werden. Man kann keine Unterscheidung treffen zwischen verschiedenen Opfergruppen. Natürlich können nie alle Fälle den Kommissionen vorgelegt werden. Diese Art von Problemen wird es immer geben - und deshalb auch Spannungen zwischen den Opfergruppen. Notwendig ist aber, dass der Staat eine Entschädigungspolitik betreibt, die darauf abzielt, möglichst alle Opfer zu erreichen.

John Caulker, Sierra Leone: Bei uns zählt nicht die Frage, welche Regierung die Verantwortung trägt, die aktuelle oder die vorherige. In diesem Jahr wurde eine UN-Resolution angenommen, die eindeutig aussagt, dass der Staat verantwortlich ist. Auch kann in Sierra Leone jeder sagen: Ich bin ein Opfer. Es gibt aber so genannte Opferkategorien. Es gibt die Amputierten, manche haben zwei Körperteile verloren, einen Finger oder einen Teil des Fingers. Dann gibt es welche, die ihre ganze Familie verloren haben oder nur ein Mitglied ihrer Familie.

Duma Khumalo, Südafrika: In Südafrika erhält ein Opfer der Apartheid 30.000 Rand. Wenn in einer Familie z.B. vier Mitglieder gestorben sind, sollen sie dann das Vierfache bekommen oder nicht? Eine andere Frage betrifft diejenigen, die verstarben und Kinder hinterließen. Soll nun jedes Kind 30.000 Rand erhalten oder soll pro Familie nur einmal bezahlt werden? Ich bin natürlich der Überzeugung, dass die Regierung bezahlen muss. Sie haben gesagt, dass sie die volle Verantwortung der vorherigen Regierung übernehmen, also müssen sie zahlen. Ihr wisst, Entschädigung bringt die Toten nicht zurück, aber sie verbessert das Leben.

Ana Maria Cortéz, Chile: Ich denke, hier werden Entschädigung und Wiedergutmachung verwechselt. Man muss eine Unterscheidung treffen, und zwar viel klarer. Wenn ein Land zwei Millionen Opfer hat, die direkt betroffen sind, und wenn es ein armes Land ist, wie soll es dann umfassende Entschädigung zahlen können? Aber Wiedergutmachung muss in jedem Fall geleistet werden. Ich würde das auseinander halten. Wir haben noch nicht genau darüber gesprochen, was Staatsterrorismus eigentlich ist. Staatsterrorismus ist, wenn ein Staat die Menschenrechte systematisch und organisiert verletzt. Das ist ein Delikt, das den ganzen Staat betrifft. Somit trägt er auch die Verantwortung. Er muss die Garantie geben, dass all das bestraft wird, was aus dieser Verantwortung erwachsen ist. Es sind Menschen verschwunden die ganze Bevölkerung wurde terrorisiert. Das Verschwindenlassen ist Staatsterrorismus, und auch die Folter ist nicht einfach nur eine Methode, um Informationen zu gewinnen, sie ist viel mehr. Die Folter zerstört das soziale Netz einer ganzen Gemeinschaft und das Vertrauen in die Gesellschaft. Das komplette soziale Gefüge gerät aus den Fugen, wird zerstört. Es ist nicht nur ein Opfer, das gefoltert wird, sondern die gesamte Gesellschaft ist das Opfer. Natürlich haben die Opfer ein Recht auf finanzielle Entschädigung des Erlittenen, und natürlich muss es dafür auch Gesetze geben, aber die konkreten Opfer sind nicht die einzigen Geschädigten. Wir müssen genau unterscheiden: Was ist Wiedergutmachung und was ist Entschädigung? Die Wiedergutmachung muss auf gesellschaftlicher Ebene passieren.

Carmen Aída Ibarra, Guatemala: In Guatemala trennen wir die finanzielle Entschädigung von der Wiedergutmachung auf politischer, sozialer Ebene für die Gemeinschaft und für das Individuum im Kollektiv. Die Wahrheitskommission hat eine Reihe von Empfehlungen ausgesprochen, darunter auch die Aufstellung eines nationalen Entschädigungsprogramms, um den Menschen einige wirtschaftliche Hilfen zukommen zu lassen. Nach ungefähr zehn Jahren wurde dieses Programm dann auch endlich geschaffen, aber die Opfer haben noch immer kein Geld erhalten. Die Fragen, wieviel ein Opfer bekommt und wer Opfer ist, muss die Kommission schon beantworten können. Auch wenn klar ist: Geld wird das Leben der Leute nicht wiederbringen. Deshalb muss man sich auch die Frage stellen, wie Wiedergutmachung über das Individuelle hinaus geleistet werden kann.

Francisco Soberón, Peru: Ich glaube, dass man die Identifizierung und die Würde der Opfer verwischt, wenn man davon spricht, dass "wir alle" Opfer waren. Natürlich gibt es in einer Gesellschaft soziale Sektoren, die stärker von der Repression betroffen waren als andere. Und man kann auch sagen, dass Staatsterrorismus in breiten Teilen jeden betrifft, aber wir können das, was ein Familienangehöriger eines Verschwundenen konkret erlebt hat, nicht mit dem vergleichen, was insgesamt in der Gesellschaft gefühlt wurde.

Judith Galarza, Venezuela: Ich teile die Meinung von Ana Maria Cortéz. Das Verschwindenlassen erfüllte das Ziel, eine ganze Gesellschaft und vor allem auch die Befreiungsbewegungen zu lähmen, zu terrorisieren. Kein Geld dieser Welt würde ausreichen, um das Erlittene der Familienangehörigen zu entschädigen. Solange es soziale Ungleichheit gibt, solange können wir auch als Angehörige nicht von Wiedergutmachung sprechen. Wir sollten uns nicht in individuellen Forderungen nach Entschädigung verzetteln, sondern daran denken, wofür unsere Angehörigen gekämpft haben. Das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

Ana Maria Cortéz, Chile: Ich finde, dass Judith völlig Recht hat. Die einzige Wiedergutmachung, die ich anerkennen kann, ist nicht das Geld, sondern meine Gesellschaft soll wieder leben können. All diese Toten sollen nicht umsonst gestorben sein, denn bis jetzt sieht es so aus, als seien sie für nichts gestorben. Deswegen ist mir diese Differenzierung so wichtig. Sonst kommen wir in die Situation, messen zu wollen, wer stärker, länger und schlimmer gefoltert wurde als der andere. Die Auswirkungen auf den Einzelnen können nicht bemessen werden, und deswegen ist es nicht ethisch, Kategorien einführen zu wollen. Ein Opfer ist ein Opfer, es leidet unter dem, was ihm angetan wurde, und hat das Recht, hierfür entschädigt zu werden. Trotzdem: Sämtliche sozialen Bewegungen wurden vom Staat unterdrückt. Deswegen sage ich, dass die ganze Gesellschaft gelähmt wurde und sich als Opfer bezeichnen kann.

24. Indonesische Täuschungsmanöver verhindern internationales Tribunal für Osttimor

Autor: Tiago A. Sarmento · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:32

Tiago Amaral Sarmento ist Direktor des "Judicial System Monitoring Programme" (JSMP); einer NGO, die seit Anfang 2001 mit Hilfe von Prozessbeobachtung, Rechtsgutachten und thematischen Berichten gegen Straflosigkeit in Osttimor kämpft. Dabei geht es um die Verbrechen, die die indonesische Armee und proindonesische Milizen während der Zeit der indonesischen Besatzung Osttimors sowie vor, während und nach der 1999 abgehaltenen Volksbefragung über die Unabhängigkeit Osttimors an der Zivilbevölkerung begangen haben. Schätzungsweise 20.000 Tote mussten die Besetzung Osttimors durch Indonesien seit 1975 mit dem Leben bezahlen.

Eine von den Vereinten Nationen eingesetzte internationale Untersuchungskommission zu Osttimor (ICIET) sowie eine Gruppe von drei Sonderberichterstattern besuchten die Region in den Jahren 1999 und 2000. Auf der Basis ihrer Untersuchungen empfahlen beide Gruppen die Einrichtung eines internationalen Tribunals. Schnell war jedoch klar, dass das indonesische Militär und das politische Establishment niemals die Einrichtung eines internationalen Ad-hoc-Tribunals zu Osttimor - vergleichbar den Tribunalen zu Ruanda oder Jugoslawien - als Instrument zur Verfolgung ihrer Verbrechen akzeptieren würden. Um die Demütigung durch ein internationales Tribunal zu vermeiden, versuchte die indonesische Regierung deshalb, hochgradig Verdächtige vor ein im Jahre 2000 initiiertes nationales Ad-hoc-Tribunal mit Sitz in Jakarta zu stellen. Dieses hatte zwar das Mandat, Fälle von Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu untersuchen; die Zuständigkeit wurde jedoch begrenzt auf Taten, die zwischen April und September 1999 begangen wurden. Von den 18 Anklagen vor dem Tribunal endeten 12 mit Freispruch - obwohl die Beweislage gegen die Angeklagten überwältigend war.

Weil Indonesien bereits ein Tribunal eingerichtet hatte, wies der UN-Generalsekretär den Antrag auf ein internationales Tribunal zurück. Die UN wollte gleichzeitig verstärkt Unterstützung bereitstellen, um die Institutionen der Übergangsverwaltung in Osttimor für mögliche Anklagen auszubauen. Die so genannten "Special Panels for Serious Crimes" (SPSC) wurden eingerichtet und mit besonderen Rechtsvollmachten zur Verurteilung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen Menschlichkeit, Genozid und Folter ausgestattet. Doch auch die SPSC beschränkten sich praktisch ausschließlich auf Taten in 1999.

Die Freisprüche in den Jakarta-Verfahren und das Unvermögen der SPSC, irgendeinen höheren Verantwortlichen vor Gericht zu stellen, führten dazu, dass UN-Generalsekretär Kofi Annan im März 2005 die Bildung einer Expertenkommission einberief, deren vordringlichste Aufgabe es ist zu untersuchen, ob die von SPSC und die in Jakarta angestrengten Prozesse tatsächlich unparteiisch und in Übereinstimmung mit internationalen Standards durchgeführt wurden. Die Kommission besuchte Osttimor im April 2005 und konsultierte verschiedene Einzelpersonen und Organisationen, einschließlich das JSMP. Nach beträchtlichen Schwierigkeiten beim Erhalt von Einreisevisa besuchte die Kommission vor kurzem auch Indonesien. Es wird erwartet, dass sie dem UN-Generalsekretär in Kürze ihre Empfehlungen unterbreitet.

Am 21. Dezember 2004 gab der osttimoresische Außenminister José Ramos-Horta bekannt, dass sich die Regierungen von Osttimor und von Indonesien geeinigt hätten, eine Wahrheits- und Freundschaftskommission (CTF) einzurichten, die die 1999 in Osttimor begangenen Gewaltakte "abschließend" untersuchen soll. Es kann erwartet werden, dass die CTF ihre Arbeit zum Jahresende 2005 aufnimmt. Auch das Mandat der CTF ist begrenzt auf "den Zeitraum vor und unmittelbar nach" dem Referendum von 1999. Infolgedessen werden keinerlei Verbrechen untersucht, die während der indonesischen Besatzung vor 1999 begangen wurden. Ihren Richtlinien zufolge wird "der CTF-Prozess nicht zur Strafverfolgung führen". Außerdem wird Tätern, die "in vollem Umfang bei der Wahrheitsfindung kooperieren", Amnestie zugesichert, d.h. garantierter Schutz vor zukünftiger Strafverfolgung ungeachtet der Art der Verbrechen.

Die Einrichtung eines internationalen Tribunals ist daher zwingend, um Verdächtige, die noch nicht vor Gericht standen, strafrechtlich verfolgen zu können. Es stellt die einzige Möglichkeit dar, eine konsequente und unparteiische Verfolgung denjenigen sicherzustellen, die unter dem Verdacht stehen, die Hauptverantwortung

für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu tragen, die in Osttimor während der indonesischen Besatzung begangen wurden.

Osttimor wurde 1999 durch eine Politik der verbrannten Erde verwüstet. Es wird viele Jahre dauern und bedeutende finanzielle Mittel erfordern, jene Infrastruktur wiederherzustellen, wie sie zur Zeit des Referendums existierte. Im Lichte dessen sollte die Bereitstellung von Entschädigungszahlungen ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Die Einrichtung eines internationalen Tribunals über die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in Osttimor begangen wurden, bietet nicht zuletzt die Gelegenheit, Entschädigungsbestimmungen festzusetzen.

Tiago A. Sarmento

25. Ich, die Borderline-Störung. Theorie und Praxis der Women at the Margins

Autor: Clare Shaw · Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:06

In diesem Artikel werde ich die Arbeit und Philosophie von Women at the Margins (dt. Frauen am Rand) reflektieren - eine in Leeds situierte Gruppe, die für Standpunkte der Radikalen Geistigen Gesundheit eintritt und die insbesondere die psychiatrische Diagnose der Borderline Persönlichkeitsstörung (BPS) in den Brennpunkt rückt. Zudem werde ich meine eigenen Erfahrungen als Frau mit einer BPS-Diagnose beschreiben. Einerseits stütze ich mich dabei stark auf die umfangreiche kritische Theorie, die sich mit Frauen und geistiger Gesundheit beschäftigt - vorwiegend auf den feministischen und sozialen Konstruktivismus. Andererseits lege ich jedoch großen Wert darauf, aus persönlicher Erfahrung zu sprechen, als Wissensquelle und als Form des Aktivismus. (1) Ich nutze sowohl die Theorie als auch die Erfahrung, um den kritischen Ansatz der Women at the Margins gegenüber BPS zu skizzieren und zu untersuchen - vor allem die Besorgnis, dass die Diagnose dazu diene, von der Häufigkeit und den Konsequenzen sexueller Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen abzulenken und so die Aufmerksamkeit dafür zu zerstreuen. (2)

Seit dem Auftauchen der Psychiatrie gibt es kollektiven und individuellen Widerstand gegen ihre Dominanz. (...) Einige haben reformistische Anliegen - sie wehren sich z.B. gegen erzwungene Medikation oder treten für Stationen ein, in denen es Geschlechtertrennung gibt. Andere haben die zentralsten Vorstellungen des Psychiatrie- und Gesundheitssystems angefochten - z.B. dass psychische Krankheiten und Störungen existieren - und traten bisweilen dafür ein, dass sich das gegenwärtige psychiatrische System in Theorie und Praxis auflöst.

Ich erinnere mich an den ersten Raum. Er hatte zwei Abschnitte: ein Bett und eine Art Trennwand. Er war vorwiegend in einem verwaschenen Grün gehalten und man erreichte ihn über mehrere dunkle Flure. Vor mir sehe ich immer noch die Straßenlaterne auf der anderen Seite des Fensters und wie ich mir vorstellte, dass ich dort hängend baumele. Die Cranberries hatten ihr zweites Album herausgebracht. Ich hörte es, bis die Kassette abgenutzt war.

Ein Wartezimmer. Der Psychiater im Dienst mit seiner Krawatte und seinem Reißbrett. "Hören Sie jemals Stimmen in Ihrem Kopf?""Nein." Er hakt das Kästchen ab. "Wurden Sie jemals vergewaltigt oder sexuell missbraucht?" "Ja." Abgehakt. "Stört Sie das?" "Nein." Abgehakt.

Ist es möglich, dass es eine andere Gruppe von Menschen gibt, über die so viele Geschichten geschrieben wird wie über die Bevölkerung der stationären Psychiatrie? Fünfzehn-Minuten-Beobachtungen. Der bleiche Anblick eines Kopfes durch die immer offen stehende Tür. Das Klappern von Schritten auf dem Flur. Fallnotizen. Versorgungspläne. Treffen. Besprechungen. Tribunale. Übergabeprotokolle. Diagnose. Prognose: "Clare ist eine isolierte junge Frau von 22 Jahren. Sie ist 16 Wochen lang stationär behandelt worden. Sie hat eine allgemeine Angststörung, eine klinische Depression, Bulimia Nervosa, vermutlich eine Borderline Persönlichkeitsstörung und ist unfähig, sich selbst auszudrücken, was tendenziell zu Selbstverletzungen führt."

Die Psychiatrie schreibt eine sehr machtvolle Geschichte und gibt ihr den Namen "Wahrheit". Wie die BMA (die Britische Medizinische Vereinigung) sagt: "Die Arbeit und Herangehensweise des medizinischen Berufes basieren auf wissenschaftlichen Methoden. Sie definieren ‚Wissenschaft` in aller striktesten Wortsinn" (BMA 1986: 61). Die Psychiatrie kann sich ruhig auf der Annahme ausruhen, dass "die Diagnose einfach das akkurate Benennen eines objektiven Krankheitsverlaufs beinhaltet" (Bracken und Thomas 2000). All dies wurzelt in dem Glauben, dass es nur eine wahre Version von Realität gibt, und wer im Feld der psychischen Gesundheit professionell tätig ist, hat privilegierten Zugang zu ihr, indem er oder sie die richtigen, wissenschaftlich verifizierten Prozeduren benutzt. An dieser Darstellung kann jene Version gemessen werden, die von der Patientin oder dem Patienten erzählt wird -, und wird sich unweigerlich als unzulänglich erweisen.

Ein Stück meiner Geschichte oder ...

Vielleicht sind diese epistemologischen Vorannahmen am stärksten von den progressiven sozialen Bewegungen angefochten worden, die sich aus genau jenen Leuten zusammensetzen, deren Versionen von Realität aus den Mainstream-Berichten gestrichen worden sind. "Objektivität ist der Begriff, den Männer ihrer

eigenen Subjektivität gegeben haben" schrieben Stanley und Wise (1993: 59), wenn sie über die Herausforderung nachdenken, die der Feminismus für einen überwiegend weißen/ nicht-behinderten/ Mittelklasse/ heterosexuellen/ männlichen Kanon darstellt; eine Herausforderung, die sich in dem Wert zeigt, den die zweite Welle des Feminismus den Erfahrungen von Frauen als einer Wissensquelle beimisst. (...)

Als eine der Gruppen, über die am meisten geschrieben worden ist, sind PsychiatriepatientInnen auch eine der am häufigsten ausgegrenzten, wenn es um die Konstruktion von Wissen geht. Es gibt nur wenige effektivere Möglichkeiten, die Realitätsbeschreibung von jemanden zu entwerten als sie "verrückt" zu nennen. Und viele der Dinge, über die wir Bericht erstatten könnten - Missbrauch, Gewalt, die Folgen psychiatrischer Unterdrückung - sind auf der Mainstream-Agenda nicht willkommen. "Ich bin dazu erzogen worden, ganze Bände voller merkwürdiger Ideen zu glauben, und eine davon war, dass niemand jemals daran interessiert sein würde, was ich zu sagen hatte" (Bressington 2004: 14).

Doch ebenso lange wie die Psychiatrie existiert, haben Leute ihre Geschichte erzählt - als Individuen und als Mitglieder einer zunehmend radikaleren und dynamischen Bewegung von survivors*. (Siehe Warner 2004). "Menschen, die in einer machtlosen Position waren - Frauen, Schwarze, Leute aus der ArbeiterInnenklasse - stehen nicht am Anfang, wenn es darum geht, sich selbst durch ihre Autobiografie in die Kultur einzubringen. Sie erheben Anspruch auf eine politische Stimme. Weil sie ihr Selbstzeugnis ablegen, fechten sie gleichfalls - implizit oder explizit - die Autorität an, die der ‚anerzogene und gebildete` Bericht anzubieten hat" (Swindells 1995: 7). In der Autobiografie treffen sich Persönliches und Politisches, Gesellschaft und Individuum; sie zeigt, wie soziale Prozesse und Strukturen in der persönlichen Lebenserfahrungen verortet sind, sowohl als Bebilderung als auch als Grundlage für Theorie. (...)

Erfahrung ist jedoch keine problemlose Wissensquelle. Ein Problem ist beispielsweise, dass nicht jedeR, der oder die eine Psychiatrie überlebt hat, diesen Artikel schreibt. Meine weiße Haut, mein nicht-behinderter Körper, mein post-graduierter Ausbildungsstand und mein Mittelklasse-Selbstvertrauen spielen eine Rolle, wenn ich über meine Erfahrungen auf einer Plattform wie dieser sprechen kann. Innerhalb der Bewegung der survivors werden Individuen und Gruppen weiterhin an den Rand gedrängt. Nichtsdestotrotz äußert sich Warner (2004: 13) aus der Hoffnung heraus, dass "eine Landschaft des Heilens entsteht, weil Querverbindungen zwischen der persönlichen Erfahrung und der politischen Zielsetzung gezogen werden. So wird das individuelle Elend zu einer vollkommen sozialen Angelegenheit. Es geht z.B. nicht länger um individuell verwirrte Persönlichkeiten, sondern um vergangene oder gegenwärtige soziale Beziehungen, die dasjenige formen, was wir sind und was wir tun."

Eine Art, BPS zu betrachten, ist die folgende: Es ist, als werde dein Inneres mit einem stumpfen Instrument ausgekratzt. Es ist, als gingest du unter. Es ist, als sei der Himmel auf dich gefallen und du könntest nichts weiter tun, als die Ziegelsteine in der hohen roten Mauer zu zählen und die Zweige über dir und du könntest nur die Gräser in deiner Hand umklammern, denn das Kaninchen braucht Futter, auch wenn du sterben wirst, und du kannst diese gealterte Fotografie von dir selbst sehen und auch, wie die vordere Veranda und das Haus dahinter sich selbst aufsaugen, und jetzt scherst du dich nicht mehr darum, welche Worte du herausschreist, denn es kann dich ohnehin niemand hören. Und du bist so verdammt dankbar darüber, dass er dich leben gelassen hat, du könntest ihn küssen.

... wie ich zur Diagnose BPS kam

Demgegenüber finden sich in medizinischen Standardwerken folgende Betrachtungen zu BPS: Um eine Borderline Persönlichkeitsstörung zu diagnostizieren, müssen fünf der folgenden Symptome vorhanden sein (DSM IV 1997): instabil und impulsiv; intensive persönliche Beziehungen, die zwischen Idealisierung und Abwertung schwanken; affektive Instabilität und reaktive Stimmung; unangemessene intensive Wut; verzweifelte Versuche, ein Verlassenwerden zu vermeiden; Identitätsstörungen, instabiles Selbstbild; Suizid gefährdetes und selbstverletzendes Verhalten; chronisches Gefühl der Leere; vorübergehende, durch Stress hervorgerufene paranoide Ideen.

Die Diagnose der Borderline Persönlichkeitsstörung ist eine von zehn Persönlichkeitsstörungen, die augenblicklich unter die Einteilung des psychiatrischen Klassifikationssystems fallen (DSM IV). Der Begriff "Borderline" wurde zuerst von dem Analytiker Adolf Stern im Jahr 1938 gebraucht. Er wollte damit PatientInnen beschreiben, von denen er glaubte, sie seien gestörter als "neurotische" PatientInnen. Er hielt sie jedoch nicht

für "psychotisch". Vor 1980 wurde BPS in den USA allerdings nicht als eine diagnostizierbare Persönlichkeitsstörung eingeführt. Heutzutage ist BPS unter den Persönlichkeitsstörungen bei weitem die üblichste Diagnose und zunehmend als Diagnose in der Psychiatrie gebräuchlich. Dennoch ist die Diagnose der BPS - wie auch Schizophrenie und andere Diagnosen - eine umfochtene Etikettierung.

Kutchins und Kirk (1999) argumentieren, dass BPS ein politisches - und finanzielles - Produkt der Wachstumsindustrie der Persönlichkeitsstörungen ist. In dieser profitierten TherapeutInnen und Arzneimittelherstellende von der zunehmenden Pathologisierung von Gefühlen und Verhaltensweisen. Andere haben dargelegt, dass BPS in der Praxis wenig mehr als ein für alles gebräuchliches Etikett ist, um "schwierige" und "nicht-entgegenkommende" PatientInnen zu beschreiben: "Persönlichkeitsstörung scheint eher ein anhaltend abwertendes Urteil zu sein als eine klinische Diagnose" (Lewis und Appleby 1988: 8). Unstrittig ist BPS eine höchst stigmatisierende Diagnose, mit bedeutenden negativen Konsequenzen sowohl innerhalb als auch außerhalb der psycho-sozialen Dienste.

FeministInnen haben argumentiert, dass Psychiatrie - weit entfernt davon, eine objektive "Wissenschaft" zu sein - rund um Konzepte und Erwartungen konstruiert wird, die grundlegend geschlechtlich markiert sind. Das wird zutiefst beeinflussen, wie das Verhalten des Patienten oder der Patientin bewertet und beantwortet wird. Chesler hat z.B. den Begriff "double-bind" eingeführt um zu beschreiben, wie das Verhalten von Frauen als "falsch" bewertet wird, wenn sie Erwartungen von Passivität erfüllen und als "falsch", wenn sie es nicht tun. Im Fall der BPS kann die Diagnose bei Frauen angewendet werden, die ihre Geschlechterrolle nicht erfüllen, da sie Wut und Aggression zum Ausdruck bringen. Andererseits wird die Diagnose bei Frauen gestellt, die sich "zu sehr" anpassen, indem sie Wut internalisieren und dieses durch selbst-bezogenes Verhalten und Selbstverletzungen zeigen.

Dem Modell des Sozialen Konstruktivismus zu Folge ist BPS als etwas konstruiert worden, das von Konzepten der Rationalität und der Individualität abweicht. Die Diagnose richtet ihr Augenmerk einzig auf das Individuum. So entfernt sie die Person aus ihren sozialen, politischen, ökonomischen und Beziehungskontexten. Probleme werden bei der individuellen Frau verortet - statt sie in einem unweigerlich geschlechtlich markierten sozialen Kontext zu verstehen, in dem Frauen verzweifelt oder Leid geplagt sind. BPS hängt vom Urteil eines Psychiaters oder einer Psychiaterin ab, ob Gefühle angemessen und gesund im Hinblick auf eine "rationale" Norm sind. Wut oder Angst, verlassen zu werden, können - und werden des Öfteren - als unangemessene Gefühle bewertet. Bezieht man allerdings den Kontext einer persönlichen Geschichte mit ein, die Gewalt oder Verlassenwerden beinhaltet, wären sie jedoch verständlich. "Es ist vorgeschlagen worden, unangemessene Wut als ein Symptom der BPS anzusehen. Ich glaube, dass es angemessen ist, sich zu wehren" (Suzi 2004: 11).

Soziale Ursachen von Verzweiflung

Wenn man sagt, die Persönlichkeit von jemand sei gestört, fällt man ein Urteil über die gesamte Form des "Seins" von jemandem (Walker 2004: 21). Natürlich ist es in vielerlei Hinsicht eine Erleichterung, diagnostiziert zu werden. Zumindest erkennt jemand an, dass irgendetwas überhaupt nicht stimmt. Und endlich hast du eine Erklärung. Wie du es schon immer wusstest. Irgendetwas in deinem tiefsten Inneren ist faul. Endlich wird unwiderruflich bestätigt, dass etwas mit dir nicht stimmt und nie gestimmt hat. Und es ist einleuchtend. Warum es so weh tut. Warum du dich nie einpassen konntest. Warum du nicht akzeptiert wurdest. Warum du es auf keinen Fall jemanden wissen lassen solltest, was in deinem Kopf vorgeht. Warum nichts richtig läuft, weil du es falsch machst. Warum du niemals so weit sein wirst, Kinder zu bekommen. Warum du niemals passen, einen Job haben wirst. Warum du immer nur so tun kannst, als seiest du normal. Warum du nichts und niemanden beschuldigen kannst als dich selbst.

Menschen, bei denen BPS diagnostiziert wird, haben sehr häufig Geschichten des Verlassenwerdens, des Missbrauchs und der Gewalt vorzuweisen. Eine Herangehensweise, die soziale Verursachung in den Mittelpunkt stellt, sieht darin einen Schlüsselfaktor. Wie im Dokument "Die psychische Gesundheit von Frauen: In den Mainstream hinein" (Department of Health 2000) anerkannt wird, haben viele Frauen mit einer BPS-Diagnose eine traumatische Geschichte. Mindestens 70% von ihnen sind als Kinder sexuell missbraucht worden.

Auf der Polizeistation wird mir endlich erlaubt, auf Toilette zu gehen. Als ich mich abwische, ist es, als berühre ich jemand anderen. Es ist, als berühre ich eine Wunde oder eine Bombe oder eine tote Person. Die Toilettenschüssel ist aus geschrubbtem Stahl und der Boden ist gekachelt. Es hallt überall. Ich lehne meinen Kopf gegen die Tür. Zwischen meinem Mund und dem Türbeschlag liegen zwei Zentimeter. Ich bin das erste Mal, seitdem es passiert ist, allein.

Ein anderes Zimmer. Ein Bett, das mit Plastik überzogen ist. Der Chirurg fordert mich auf, die Unterhose herunter zu ziehen. Er bemerkt die Schürfwunden an meinen Ellbogen. Die Bissstellen auf meiner Brust. Macht einen Abstrich. Sagt mir entschuldigend: "Wir müssen das tun. Denn einige kleine Mädchen lügen." Ich bin elf Jahre alt. (...)

Die DSM-IV-Definition zeigt, dass BPS ohne Verweis auf Traumata konstruiert wurde. Das hat zum Ergebnis, dass die Diagnose BPS die sozialen Dienste dazu verleitet, das Individuum und ihr Verhalten in den Mittelpunkt zu stellen, entfernt vom Kontext ihrer Verzweiflung. Obwohl das Personal vielleicht beobachtet hat, dass viele Frauen mit BPS-Diagnose survivors von sexuellem Missbrauch sind, wird kein signifikanter und systematischer Bezug zwischen diesen Erfahrungen und den diagnostischen Kriterien für BPS hergestellt. Wie eine beratende Krankenschwester in Warner und Wilkens (2003: 173) beschreibt: "Dann ist es, als sei diese Person aus irgendeinem Grund so, den wir nicht kennen."

Die Mittel des Weiterlebens, der Interpretation und des Widerstands von survivors werden als Symptome der "Störung" dargestellt. Dadurch wird der Erfahrungskontext verschleiert, der die Verzweiflung zuallererst hervorgebracht hat. Warum ist diese Frau verzweifelt und selbst verletzend? Weil sie BPS hat. Und warum hat sie BPS? Weil sie verzweifelt ist und sich selbst verletzt. "Statt anzuerkennen, welche Verheerung durch Vergewaltigung und Kindesmissbrauch verursacht wird, wird sie als eine beschrieben, die eine Behandlung braucht oder vielleicht ‚nicht zu behandeln` ist" (Hill 2004: 16) - und so werden "zusammengeschlagene, verwundete Frauen, die eine der schlimmsten Behandlungen erfahren haben, die die Menschheit ihnen überreichen konnte, auf den Knien und verzweifelt, oder weiterhin aufrecht stehend und als Nachhut kämpfend, auf das Störungschaos der Unterkategorien und der Wutbewältigung überschrieben" (Bressington 2004: 15).

Dass die Diagnose BPS so oft gestellt wird und so rapide angewachsen ist, weist somit auf eine Verlagerung hin: Die ohnehin eingeschränkte Aufmerksamkeit, die der Verbreitung und den Folgen von sexueller Gewalt gezeugt wird, ist einer weit verbreiteten Akzeptanz eines medizinischen Modells von mentaler Verzweiflung gewichen, die das Augenmerk auf die survivors legt, sie kategorisiert, anklagt und "behandelt". "Ich kann es einfach nicht verstehen, warum die große Mehrheit der Täter sexueller Gewalt in dieser Gesellschaft frei herumlaufen, während Menschen, die darum kämpfen, mit den Nachwirkungen fertig zu werden, gesagt wird, dass sie ‚gestörte Persönlichkeiten` sind". Das hat weit reichende Konsequenzen über die sozialen Dienste hinaus. Ein pathologisierender Fokus auf individuelle survivors verhindert ein Verständnis von sexueller Gewalt, die diese eng mit Machtunterschieden, insbesondere zwischen Männern und Frauen, verbunden sieht.

Sie ist immer noch wütend, wärst du es nicht?

Statistiken zeigen, dass eine von vier Frauen Vergewaltigung oder versuchte Vergewaltigung erfahren hat, und dass eines von zwei Mädchen vor dem Alter von 18 Jahren einer Form von ungewollter sexueller Erfahrung ausgesetzt war. Aus diesen Zahlen könnte man ablesen, dass männliche sexuelle Gewalt gegen Frauen kein Abweichen von der Norm ist. (...)

Die zentrale Position, die mögliche und/oder tatsächliche sexuelle Gewalt, Missbrauch und Übergriffe in unserer Kultur einnehmen, wird durch das psychiatrische Etikettieren von survivors letztendlich überschattet. Die Konsequenzen sind nicht zu überschätzen. Soziale Veränderung beginnt mit Bewusstsein: Wenn sicher gestellt werden soll, dass eine breitere Gesellschaftsschicht sich im Allgemeinen nicht bewusst ist, dass die psychiatrischen Einrichtungen voller Leute sind, die mit der Gewalt, dem Missbrauch und der Ungleichheit kämpfen, die unsere Gesellschaft auszeichnen - wenn das sicher gestellt werden soll, spielen Etiketten wie BPS eine wichtige Rolle. "An diesem Punkt wird jemand als Weisheit letzter Schluss trösten wollen und über mich die Bemerkung fallen lassen: ‚Sie ist immer noch ziemlich wütend.` Und du kannst dein Leben darauf verwetten, dass ich es bin. Wärest du es nicht?" (Bressington 2004: 15).

Clare Shaw

Übersetzung: Doro Wiese

Anmerkungen:

1) Diese individuellen Erfahrungen sind im Text kursiv gesetzt.

2) Der Artikel ist erschienen in: Barbara Biglia, Jude Clare, Johanna Motkau, Alexandra Zavos (Hg.): Annual Review of Critical Psychology, Nr. 4/2005 (s. Kasten). Für ak wurde er redaktionell bearbeitet und gekürzt.

Literatur:

Eine ausführliche Bibliographie findet sich im Original-Readertext.

Bracken, P. und Thomas, P. (2000): "Postmodern diagnosis". In: Openmind Nr. 106

Bressington, C. (2004): "Truly Photographic Memories" In: Asylum - The Magazine for Democratic Psychiatry, Band 14/3

British Medical Association (1986): Alternative Therapy. British Medical Association

Chesler, P. (1972): Women and Madness. Jovanich

Department of Health (2002): Women's Mental Health: Into the Mainstream. In: Strategic Development of Mental Health Care for Women.

Hill, M. (2004): "Breaking the Silence Around Sexual Violence". In: Asylum, a.a.O.

Johnstone, L. (2000): Users and Abusers of Psychiatry. London

Kelly, Regan and Burton (1991): An Exploratory Study of the Prevalence of Sexual Abuse in a Sample of 1244 16-21 year-olds. In: Final Report to the Economic and Social Research Council

Kutchins, H. and Kirk, S. (1999): Making Us Crazy - DSM: The Psychiatric Bible and the Creation of Mental Disorders.

Lewis, G. and Appleby, L. (1988): "Personality Disorder: The Patients Psychiatrists Dislike". In: British Journal of Psychiatry Nr. 153

Proctor, G. und Shaw, C. (2004): "BPD under the Microscope". In: Asylum, a.a.O.

Stanley, L. und Wise S. (1983): Breaking out: Feminist Consciousness and Feminist Research. London

Suzi (2004): "Suzi Story". In: Asylum, a.a.O.

Swindells, J. (1995): The Uses of Autobiography. London

Warner, S. (2004): "Radical Politics from the Women's Liberation Movement to Mad Pride". In: Asylum, a.a.O.

Warner, S. und Wilkins, T. (2003): "Diagnosing distress and reproducing disorder: women, child sexual abuse and ‚borderline personality disorder`" In: Reavey, P. und Warner, S. (Hg.): New Feminist Stories of Childhood Sexual Abuse. London

Grenzgängerinnen

zwischen Akademie und Aktivismus

Der Annual Review of Critical Psychology verschreibt sich jährlich einem Thema, das Kritik und Handeln miteinander verschränkt. Untersucht werden soll, inwieweit bestimmte psychische Erfahrungen und Handlungsweisen gesellschaftlich mehr Akzeptanz erfahren; wie die Psychologie sich auf Gesellschaft auswirkt, wenn sie Wissen und Erfahrungen mitproduziert und als Diskurs zirkulieren lässt; wie sie die Selbstregulierung von Individuen beeinflusst; und wie sich ihre Vorannahmen im psychologischen Arbeitsfeld auswirken. Zudem liegt ein Schwerpunkt auf der Möglichkeit kritischen Handelns innerhalb der Disziplinargesellschaft.

Der Artikel von Clare Shaw ist dem diesjährigen Heft entnommen, das sich den Feminismen und Aktivismen widmet; anders ausgedrückt wird auch hier Analyse und Handlungsmacht miteinander verbunden, um

Spannungen, Differenzen, Möglichkeiten zwischen diesen beiden Achsen auszuloten. Das Herausgeberinnenteam hat es sich zur Aufgabe gemacht, die kritische Reflexion von Grenzgängerinnen zwischen Akademie und Aktivismus zusammenzutragen; so kommen Aktivistinnen und Theorieproduzentinnen aus Venezuela, Spanien, Zypern, Griechenland, Italien, Großbritannien und Südafrika zu Wort.

Gemeinsam ist den Beiträgen, dass sie untersuchen, wie und inwieweit gesellschaftliche Diskurse und Institutionen wie Werbung, Musikindustrie, Gefängnis, aber auch die nationalstaatliche Verfasstheit sich auf die Handlungsweisen von Frauen auswirken; gleichzeitig wird herausgearbeitet, wie Frauen sich in Differenz zu diesen Diskursen bewegen und widerständig sind. Das Herausgeberinnenteam hat großen Wert darauf gelegt, Knotenpunkte zwischen dem umkämpften Feldern von Theorie und Praxis aufzuzeigen und auch das Persönliche und Gesellschaftliche miteinander zu verschränken; zahlreiche Details wie z.B. die im Heft versammelten "ersten Leseeindrücke", die auf die Wirkungsweise von Texten aufmerksam machen, zeugen davon. Für jene, die sich mit kritischer Psychologie auseinander setzen wollen, ist das Heft unabdingbar; für alle anderen eine Bereicherung, zumal sich das Heft mit einem Thema beschäftigt, das in Deutschland unterbelichtet ist.

Doro Wiese

Barbara Biglia, Jude Clare, Johanna Motzkau, Alexandra Zavos (Hg.): Annual Review of Critical Psychology. Nr.4/2005. ISSN 1464-0538. 15 EUR (mit CD)

26. Die Rückkehr der Wildkatze. Ein Buch zum wilden Streik bei Opel Bochum im Oktober 2004

Autor: Christian Frings · Rubrik: Arbeiterbewegung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:34

Eine gute Woche lang hatten sie allen einen gehörigen Schrecken eingejagt: der Konzernleitung von GM/Opel, genauso wie den Vorstandsetagen von IG Metall und den Co-Managern der Betriebsratsmehrheit: Mit ihrem wilden Streik im Oktober letzten Jahres hatten die Opel-ArbeiterInnen in Bochum für kurze Zeit die Machtfrage im Betrieb gestellt. Ein Jahr ist das jetzt her; nicht der schlechteste Zeitpunkt für einen Rückblick.

Anfang Dezember 2005 hieß es in der Kölner Lokalpresse, bei Ford kursierten Aufrufe zu wilden Streiks. Eine interne Streichliste war bekannt geworden, die nicht nur den Abbau von 1.200 Jobs, sondern längere Arbeitszeiten, Streichung von Zulagen und einen Lohnstopp vorsieht. Für die Produktion von derzeit knapp 2.000 Autos pro Tag will Ford verstärkt LeiharbeiterInnen einsetzen - bis zu zehn Prozent der Belegschaft. Ähnliche Bilder bei Opel in Bochum: Auch hier läuft die Produktion auf Hochtouren, obwohl sich bereits 2.000 ArbeiterInnen abfinden ließen. Bis Frühjahr 2006 sollen weitere 900 gehen, sonst drohen betriebsbedingte Kündigungen. Die verbliebenen ArbeiterInnen machen Überstunden ohne Ende, und Opel stellt massenhaft LeiharbeiterInnen an die Bänder.

Ein Gespür von Macht und eigener Stärke

In beiden Fällen steht aktuell nicht der verlagerungsbedingte Abbau von Arbeitsplätzen im Vordergrund. In diesen Autofabriken steckt zu viel fixes Kapital, als dass die globalen Konzerne auf dessen Verwertung verzichten könnten. Die Angriffe zielen auf eine neue Durchmischung der Belegschaften, um deren alltägliche Widerstandskraft gegen zunehmende Arbeitsverdichtung zu brechen. In der offiziellen Statistik taucht dies als Übergang in die ominöse "Dienstleistungsgesellschaft" auf, denn Leiharbeit wird als Dienstleistung gezählt. Es nimmt daher auch kein Wunder, dass der eigentliche Dienstleistungsboom ausschließlich in den "unternehmensnahen Dienstleistungen" stattfindet, hinter denen sich zu einem großen Teil die bloße Umetikettierung industrieller Tätigkeiten verbirgt. "Konsumnahe Dienstleistungen" wie Handel, Gastgewerbe oder Verkehr sind hingegen seit Jahren rückläufig, befördern aber das Bild einer zersplitterten und kampfunfähigen ArbeiterInnenklasse. Die Klassenkämpfe von heute werden immer mit dem strategischen Blick darauf geführt, den ArbeiterInnen ihre Ohnmacht vorzuführen. Nur so lässt sich die Paradoxie verstehen, dass die ArbeiterInnen in Bochum die gute Produktionsauslastung nicht schnurstracks für eine Wiederaufnahme ihres Kampfes vom Oktober 2004 ausnutzen.

Durchmischung statt Arbeitsplatzabbau

Als am 14. Oktober 2004 die Opel-ArbeiterInnen die Arbeit hinschmissen, schauten Millionen gequälter Arbeitskräfte nach Bochum: endlich! Nicht das Maul halten, nicht den Betriebsrat über weitere Zumutungen, Verschlechterungen, Lohnkürzungen unter dem salbungsvollen Titel "Standortsicherungsvertrag" verhandeln lassen. Pünktlich zum Jahrestag dieses Streiks ist dazu ein Buch erschienen: "Sechs Tage der Selbstermächtigung". Die Herausgeber schreiben darin: "Für wenige Tage konnte man den Eindruck gewinnen, als sei der Korken aus der Flasche geflogen. Der deprimierende Mehltau erzwungener Anpassung war für einen Moment wie weggeblasen, und Menschen wurden sichtbar, die Widerstand leisten anstatt sich anzupassen. Und sie haben dabei auch noch ein gutes Gefühl." Doch dieses Drehbuch, so fügen sie gleich hinzu, wurde "so schnell wieder geschlossen".

Den Hauptteil des Buchs machen zahlreiche Interviews mit aktiv beteiligten Arbeitern aus. Darin werden die politische Vorgeschichte in dieser Fabrik, die besondere Bedeutung der außergewerkschaftlichen Gruppe GoG (Gegenwehr ohne Grenzen) und die euphorische Stimmung der Selbsttätigkeit während des Streiks lebendig sichtbar. Hier wird klar, wie der von den ArbeiterInnen selbst organisierte Massenstreik nicht nur ein Angriff gegen die sie beherrschenden Mächte ist, sondern selbst schon die Herstellung einer anderen Gesellschaftlichkeit bedeutet, wenn auch nur für wenige Tage. Beides hängt zusammen: Gegenmacht und die Produktion von Kollektivität. "Es herrschte eigentlich damals in den sechs Tagen die Vorstellung: Man kann Europa lahm legen, weil ja in Bochum auch für andere Werke Komponenten gefertigt werden", erklärt einer der Interviewten. Kollektive Subjektivität stellt sich darüber her, durch das gemeinsame Handeln den "höheren

Mächten" den eigenen Willen aufzuzwingen und sie damit als solche in Frage stellen zu können. Dies zu verhindern, war dem vereinten Lager aus Management, Staat, Kirche und Gewerkschaft an diesem Punkt so wichtig, dass IG Metall und Betriebsrat sogar den Legitimationsverlust in Kauf nahmen, den ihre groteske Abstimmungsinszenierung hervorrufen musste. Denn es fehlten nur noch wenige Tage, und die Produktion bei GM hätte tatsächlich in ganz Europa stillgestanden. Die damit verbundene Wiederentdeckung der eigenen Macht, weit über die beteiligten Opel-ArbeiterInnen hinaus, musste unter allen Umständen verhindert werden.

Trotzdem hat dieser Streik die Debatte unter betrieblichen AktivistInnen in einer Weise vorangetrieben, wie es jahrelange theoretische Erörterungen nicht vermocht hätten. Auch davon zeugt das Buch. In einem einleitenden Beitrag zur Geschichte der wilden Streiks wird das schiefe Bild korrigiert, Arbeiterkämpfe würden sich vorrangig in der gewerkschaftlich organisierten Form abspielen. Und ein Aktivist der GoG stellt das hundertjährige vergebliche Abarbeiten der linken Kräfte an den Gewerkschaften mal ganz radikal in Frage und hält es für eine gute Idee, die Gewerkschaften sich selbst zu überlassen. Für die Beförderung von Selbstorganisation sei es "ein befreiender Schritt, das ‚Prinzip Hoffnung Gewerkschaft` zu zerstören". Noch vor ein paar Jahren wäre so etwas in linksgewerkschaftlichen Publikationen nicht ernsthaft diskutiert worden.

Schon der olle Marx wusste, dass es die Klassenkämpfe sind, die der theoretischen Kritik auf die Sprünge helfen - und nicht umgekehrt.

Christian Frings

Jochen Gester, Willi Hajek (Hrsg.): "Sechs Tage der Selbstermächtigung. Der Streik bei Opel in Bochum Oktober 2004", Berlin (Die Buchmacherei) Oktober 2005, 225 Seiten, 10 EUR; das Buch kann auch direkt bestellt werden per Telefon: 030-81 85 77 59, Fax: 01212-5-968 42 710 oder e-mail: DieBuchmacherei@web.de

27. Handreichungen zum Klassenkampf. Von Hartz IV zu Hartz V

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:48

Pünktlich zum Beginn der Koalitionsverhandlungen hatte Bundeswirtschaftsminister Clement die angebliche Kostenexplosion bei Hartz IV in die Welt gesetzt und seine Missbrauchshetze gegen AlG II-EmpfängerInnen losgetreten. Kein Wunder, dass einige der einschneidendsten Vorhaben der Großen Koalition sich auf die Verschärfung von Hartz IV beziehen. Vier Mrd. Euro wollen SPD und CDU bei den Langzeiterwerbslosen einsparen. "Wir werden dem Leistungsmissbrauch energisch und konsequent entgegentreten", heißt es im Koalitionsvertrag, und dann werden folgende Maßnahmen angekündigt:

Die gesetzlichen und datenschutzrechtlichen Bestimmungen sollen so geändert werden, dass LeistungsempfängerInnen zur Teilnahme an Telefonabfragen über ihre Lebenssituation verpflichtet werden können. Der Datenabgleich soll intensiviert und ausgeweitet werden, "um auch im Ausland existierende Konten und Depots von Leistungsbeziehern aufzudecken." Die Einführung eines "Außendienstes" für Hausbesuche und Bespitzelungsaktionen soll "geprüft" werden. Bei Erstantragstellung sollen in Zukunft nicht nur Jugendliche, sondern alle eine "Sofortmaßnahme" "angeboten" bekommen. Die Maßnahme soll und muss nicht der Integration in den Arbeitsmarkt dienen. Ihr Zweck ist vielmehr "die Überprüfung der Arbeitswilligkeit". Selbstverständlich ist die Annahme dieses "Angebots" verpflichtend. Sanktionen sollen in Zukunft flexibler gehandhabt werden. Außerdem möchte die Bundesregierung verstärkt Menschen aus dem AlG II-Bezug aussondern. So sollen die Krankenkassen die Erwerbsfähigkeit mit beurteilen dürfen, und ältere Langzeiterwerbslose sollen in Zukunft auch dann zwangsverrentet werden dürfen, wenn sie mit Rentenabschlägen zu rechnen haben.

Etliche diese Maßnahmen dürften sich als populistische Rhetorik entpuppen, sind sie doch faktisch kaum oder nur mit erheblichem Kostenaufwand umsetzbar. Ihre eigentliche Botschaft liegt deshalb wohl eher im Klima der Angst, das so geschürt wird. Ein Klima, in dem Behörden und Arbeitsagenturen schon jetzt tagtägliche Rechtsbeugungen und Rechtsbrüche ausprobieren und in dem gleichzeitig die Betroffenen so eingeschüchtert und verunsichert sind, dass sie sich selbst gegen offenkundige Rechtswidrigkeiten nicht zur Wehr setzen.

Besonders Jugendliche hat die Große Koalition aufs Korn genommen. Schon jetzt werden die Zerrbilder in die Welt gesetzt, nach denen Jugendliche massenhaft und nur zu dem Zweck zu Hause ausziehen wollen, um AlG II zu kassieren und sich auf Staatskosten eine schicke Wohnung finanzieren zu lassen. Was in vielen Kommunen schon Praxis ist, soll nach dem Willen der Koalition explizit Gesetz werden: Wer jünger als 25 Jahre alt ist und eine eigene Wohnung beziehen möchte, muss vorher die Zustimmung des Leistungsträger einholen. Selbstverständlich kann diese Zustimmung verweigert werden. In Hamburg existiert bereits jetzt eine Dienstanweisung, nach der jugendlichen AlG II-BezieherInnen keine eigene Wohnung genehmigt wird. Selbst bei WG-Zimmern bekommen sie Schwierigkeit. Nach Möglichkeit sollen sie bei ihren Eltern bleiben oder in möblierte Einzelzimmer verwiesen werden. Die Koalition betont darüber hinaus die Unterhaltspflicht der Eltern gegenüber Jugendlichen bis 25 Jahren. Diese Unterhaltspflicht existiert natürlich auch jetzt schon. Der springende Punkt ist der, dass ihre Durchsetzung in der Praxis so gut wie unmöglich gewesen ist und deshalb darauf verzichtet wurde. Wie das in Zukunft geändert werden soll, ist unklar.

Insgesamt sind es 0,6 Mrd. Euro, die bei den Jugendlichen eingespart werden sollen. Rein quantitativ fallen da die zwei Mrd. Euro, die bei der Rentenversicherung für Erwerbslose gespart werden sollen, sehr viel stärker ins Gewicht. Der Betrag, den die Agenturen für Erwerbslose in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, soll von 78 Euro auf 40 Euro gekürzt werden. Ebenfalls erhebliche Einsparungen verspricht sich die Regierung durch eine härtere Überprüfung von Bedarfsgemeinschaften. Dazu soll sogar eine Beweislastumkehr eingeführt werden. Der AlG II-Anspruch von EU-AusländerInnen, die noch nicht in Deutschland gearbeitet haben, soll zukünftig gestrichen werden.

Unklar ist die Zukunft der 1-Euro-Pflichtarbeit. Einerseits gibt es bei Behörden wie Trägern eine gewisse Umorientierung zurück zu öffentlich geförderten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Andererseits betont die Große Koalition die "Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt", d.h. in die "regulären" Niedriglohnsektoren. Zu diesem Zweck soll explizit die alte CDU-Idee von den Kombi-Lohn-Modellen

wiederbelebt werden, d.h. die direkte Subventionierung von Niedriglöhnen. Doch ob solche Versuche über das Stadium von Modellprojekten hinaus gelangen werden, ist ebenso unsicher, wie die Frage, ob und in welchem Umfang die Hartz IV-Modifizierungen umgesetzt werden. Die Probe aufs Exempel geschieht immer vor Ort und hängt somit von den lokalen Gegebenheiten und Widerständen ab.

dk

28. Machtkampf um Prekarisierung: Der Gate-Gourmet-Streik am Düsseldorfer Flughafen

Autor: Wildcat Köln · Rubrik: Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:16

In vielen kleinen Streiks und Arbeitskämpfen, die oftmals kaum beachtet werden, geht es heute um eine grundsätzliche Frage: Können die ArbeiterInnen noch eine Macht entwickeln, die dem despotischen Kommando des Kapitals Grenzen setzt? Und wie produzieren sie wieder eine Kollektivität, die dieses Kommando wirksam in Frage stellt? In einem Streik von etwa 80 ArbeiterInnen am Düsseldorfer Flughafen, der seit dem 7. Oktober andauert, steht diese Frage schon längst offen im Raum.

Die weltweit zweitgrößte Catering-Firma für Bordverpflegung Gate Gourmet mit ca. 22.000 Beschäftigten in 29 Ländern war im August diesen Jahres in die Schlagzeilen der Weltpresse geraten, als ein Streik des Bodenpersonals am Londoner Flughafen Heathrow tagelanges Chaos im internationalen Luftverkehr verursachte. (siehe ak 499) Während die Aus- und Verlagerungen, der Einsatz von LeiharbeiterInnen und das Karussell der Befristungen ständig die politische Botschaft transportieren, dass Widerstand zwecklos und ArbeiterInnenkampf längst überholt sei, führte hier ein Konflikt in der traditionell prekarisierten und kampfschwachen Lebensmittelindustrie zu einer der größten Störungen in der globalen Luftfahrt in den letzten Jahren, wie wir sie sonst nur von Streiks der Piloten oder Fluglotsen kennen. Entscheidend dafür war das Verhalten des Bodenpersonals von British Airways, die sich immer noch mit ihren früheren KollegInnen, die an Gate Gourmet ausgelagert worden waren, verbunden fühlten und den Angriff dieses Multis als Angriff auf sich selbst verstanden und entsprechend handelten.

Düsseldorf: Musterbeispiel für Prekarisierung

Ähnlich wie in London verlangt Gate Gourmet auch an den deutschen Standorten eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Seitdem die LTU-Tochter LTC in Düsseldorf vor drei Jahren von Gate Gourmet übernommen worden war, hat es dort keine Lohnerhöhungen mehr gegeben. Zudem verloren die ArbeiterInnen ihren Status als LTU-MitarbeiterInnen und die damit verbundene Option auf Freiflüge. In den letzten zwei Jahren verzichteten sie auf die Hälfte des Weihnachtgelds. Die Wut und Entschlossenheit, die jetzt im Streik sichtbar wird, speist sich aber vor allem aus der Verschärfung der Arbeitsbedingungen und der ständigen Schikanierung durch die Chefs. Bei der Übernahme der LTC gab es noch 90 Fahrer für die Spezial-LKWs, mit denen die Flugzeuge auf dem Rollfeld beliefert werden, und sie fuhren stets zu zweit zum Beladen der Maschinen. Heute sind noch 36 Fahrer übrig geblieben. Sie fahren nur noch alleine, und die Stresszeiten im Sommer werden mit Zehn-Stunden-Schichten und LeiharbeiterInnen bewältigt. Seit der Übernahme hat es keine einzige Neueinstellung gegeben.

Gleichzeitig hat Gate Gourmet dem Hauptkonkurrenten LSG Sky Chefs, die immer noch globaler Marktführer ist, am Düsseldorfer Flughafen über die Preiskonkurrenz eine ganze Reihe von Airlines als Kunden weggeschnappt. Möglich war dies nur durch enorme Produktivitätssteigerungen und Kostensenkungen auf dem Rücken der ArbeiterInnen. Als Hauptgrund für den Streik nennen daher die meisten den unerträglichen Arbeitsdruck und die entwürdigende Behandlung. "Menschenwürde" steht groß auf einem der Transparente am Streikzelt. Sie wissen genau, dass es in diesem Kampf um mehr als ein paar Lohnprozente geht. Erfolg oder Niederlage werden darüber entscheiden, wer in Zukunft im Betrieb das Sagen hat und was man sich alles wird gefallen lassen müssen.

Die tarifpolitische Zersplitterung der deutschen Standorte ist für Gate Gourmet günstig. Während Gate Gourmet Deutschland (aus der Pleite von Swissair hervorgegangen) von ver.di vertreten wird, blieben die ehemaligen LTC-Betriebe in Düsseldorf, Köln und Frankfurt-Kelsterbach als Gate Gourmet West bei der NGG. In Kelsterbach ist selbst die NGG nicht vertreten, und der Betriebsrat dort hat die Verschlechterungen in Form einzelvertraglicher Änderungen akzeptiert. Sowohl ver.di wie die NGG sind mit ähnlichen Forderungen konfrontiert. Seit zwei Jahren befinden sich die Betriebe in einem tariflosen Zustand, ohne dass es zu einer Absprache mit den Gewerkschaften gekommen wäre. Zum Schluss ließ die NGG die Tarifverhandlungen scheitern und führte eine Urabstimmung für einen Streik um 4,5 Prozent mehr Lohn durch. Am 7. Oktober legten dann etwa 80 der 120 Beschäftigen in Düsseldorf die Arbeit nieder.

Prekäre Streikbrecher, flexible Produktionsverteilung

Der Streik ist bisher relativ isoliert. Das erleichterte es Gate Gourmet, den Betrieb vom ersten Tag an mit einigen Streikbrechern und Chefs, vor allem aber durch ArbeiterInnen und produzierte Ware aus anderen Standorten aufrechtzuerhalten. Von den Leihfirmen G+A in Duisburg und Tertia in Krefeld, mit denen Gate Gourmet schon länger zusammenarbeitet, wurde mehr Personal angefordert.

Den Streikenden ist bewusst, dass sie sich nicht durchsetzen können, wenn der Streik zur symbolischen Aktion des Streikpostenstehens verkommt, während Produktion und Belieferung der Airlines weiter rollen. Daher existiert eine geballte Wut auf die Streikbrecher aus den eigenen Reihen, die immer wieder mit Pfiffen und Buhrufen begrüßt werden. Dazu gehören auch einige Betriebsräte, darunter der ehemalige Betriebsratsvorsitzende, der erst vor drei Monaten wegen seiner zu kooperativen Haltung gegenüber der Firma abgewählt worden war. Gleichzeitig gibt es überraschend viel Verständnis für diejenigen, die durch ihre prekäre Lage als LeiharbeiterInnen, Aushilfskräfte oder befristet Eingestellte aus anderen Standorten zur Streikbrucharbeit erpresst werden: "Was bleibt denen denn anderes übrig? Das nutzen die Chefs doch bewusst aus."

Am 18.11. haben etwa 70 Streikende die Zufahrt eine Stunde lang blockiert, eine Aktion die es mehrere Male gegeben hat, denn auf Dauer ist es frustrierend, nur zuzusehen, wie die Airlines weiter beliefert werden. Von Anfang an haben die Streikenden den Produktionsablauf sehr genau beobachtet. Für die Firma war es doch nicht so einfach, die Produktion mit LeiharbeiterInnen oder Leuten von anderen Standorten reibungslos laufen zu lassen. In den ersten Tagen konnten einige Maschinen erst verspätet losfliegen, bei vielen Flügen musste der Service heruntergeschraubt werden, einige Stewardessen wiesen die Passagiere in solidarischer Weise auf den Streik beim Caterer hin. Aber in aller Regel haben die Airlines, vor allem der Hauptkunde LTU, diese Beeinträchtigungen gelassen weggesteckt. Schließlich profitieren auch sie in ihrer Kostenkalkulation davon, dass Gate Gourmet durch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen die Leistungen billiger anbieten kann.

Die Geschäftsleitung hat darüber hinaus einiges investiert, um sich vor den Auswirkungen von Blockaden zu schützen. Ein paar Türsteher einer privaten Security-Firma (Chevalier aus Krefeld) werden rund um die Uhr am Tor postiert - auch wenn sie im Ernstfall wenig ausrichten können. Die LKWs fahren nun frühzeitig aufs Rollfeld, und die gesamte Produktion wird mit mehr Vorlauf organisiert. Nachdem einige der Streikbrecher kleinere Unfälle mit den LKWs verursacht hatten, wird nun sehr viel ruhiger und stressfreier gearbeitet als vor dem Streik.

Kämpfende Suche nach ArbeiterInnenmacht

Das Hauptmittel, um den Streik zu unterlaufen, besteht für Gate Gourmet aber in der Umverteilung von Produktion und Arbeitskräften innerhalb des gesamten Netzes der deutschen Standorte, von denen nur einer bestreikt wird. Einige Streikende halten mittlerweile auch den Zeitpunkt des Streikbeginns für ungeschickt gewählt: in der Hochsaison im Sommer hätte das Unternehmen den Streik nicht so leicht unterlaufen können. Sie hoffen nun darauf, dass die Zunahme des Flugbetriebs zu Weihnachten zu ernsthaften Engpässen führen wird. Möglicherweise sieht auch die Firma diese Gefahr. Nachdem sie in den ersten sieben Wochen des Streiks jede Verhandlung kategorisch abgelehnt hatte, fanden am 28. und 29.11. mehrstündige Gespräche statt. Dabei hatten die Streikenden ihre Kampfbereitschaft mit einer lautstarken Aktion unterstrichen: Gate Gourmet hatte Besuch von einer Abordnung von Delta Airlines, die ab April 2006 von Düsseldorf aus in die USA fliegen will und einen Caterer sucht. Mit Transparenten ("We won't give up battling and striking against Gate Gourmet ...") und Megafongequietsche störten die Streikenden die Image-Show.

Der finanzielle Aufwand, mit dem der Streikbruch organisiert wird, und die arrogante Haltung gegenüber den Forderungen der ArbeiterInnen, zielen auf die exemplarische Demütigung und Zerschlagung einer multinationalen Gemeinschaft von ArbeiterInnen. In Düsseldorf arbeiten fast alle schon seit den 1990er Jahren zusammen. Ein Drittel sind Frauen, und über die Hälfte sind nicht in Deutschland geboren. Auf die Frage, warum sie so lange bei dieser Firma geblieben sind, nennen sie einmal die relativ guten Bedingungen zu Zeiten von LTC, aber auch den guten Zusammenhalt unter den KollegInnen, der sich jetzt im Streik sichtbar auszahlt. Die Beschäftigten nutzen den Streik, um sich besser kennen zu lernen, und in allen Aktionen ist spürbar, wie sehr sie sich aufeinander verlassen können. Auf der Rückseite der fast täglich erscheinenden Streikzeitung wird stets eine oder ein Streikende/r persönlich vorgestellt (siehe www.ngg.net). Ohne das gute Verhältnis untereinander wäre das nicht denkbar. Die Beschäftigten an anderen Standorten von Gate Gourmet

oder bei anderen Catering-Firmen wie z.B. der LSG am Düsseldorfer Flughafen verfolgen den Streik sehr aufmerksam und solidarisch. Ihnen ist klar, dass hier auch um ihre zukünftigen Bedingungen gekämpft wird.

Eine zentrale Frage in diesem wie auch in zukünftigen Streiks wird es sein, wie es verhindert werden kann, dass solche Kämpfe durch Streikbruch und Flexibilisierung unterlaufen werden können, ein Umstand der immer normaler wird. Auch solche kleinen und zunächst unauffälligen Kämpfe sollten daher als eine Suche nach der scheinbar verlorenen Arbeitermacht begriffen werden. Nur in ihnen werden sich neue Perspektiven entwickeln können. Gleichzeitig bieten sie auch die Möglichkeit, neue Formen der Vernetzung und Kommunikation auszuprobieren, in denen sich eine direktere und wirksamere Solidarität innerhalb der Klassenkämpfe entwickeln kann - neue Formen der "Assoziationsmacht" (Beverly Silver).

Noch sind wir davon weit entfernt: Wie sich in diesem Streik zeigt, produzieren die gewerkschaftlichen Strukturen zwar eine Flut von Solidaritätserklärungen, sie blockieren aber selber die wirksame Bündelung von Kämpfen. Einige linke Gruppen haben Flugblätter vor einigen anderen Standorten von Gate Gourmet (Zürich, Hamburg, Frankfurt) verteilt, um den Streik bekannt zu machen und um mit den dort Arbeitenden über ihre Arbeitsbedingungen zu diskutieren. Sie griffen damit die Möglichkeiten auf, die uns die globalen Strukturen der Prekarisierungsmacher bieten. Was heute allerdings ansteht, ist die Frage, wie wir uns auf die real existierenden Kämpfe in und gegen die Prekarisierung praktisch beziehen können. Dann könnten auch neue Möglichkeiten der Kommunikation wieder Sinn machen, die heute oft als "Vernetzung" beschworen werden, aber in den meisten Fällen zum Surrogat für wirkliche Handlungsfähigkeit verkommen.

In der Nacht vom 6. auf den 7. Dezember wurde in Verhandlungen beim Landesschlichter ein Ergebnis erzielt, das für viele der Streikenden unbefriedigend blieb, mit dem aber die schärfsten Forderungen der Firmenleitung abgeblockt werden konnten. Doch schon am Abend des 7. Dezember wurde das Ergebnis von Gate Gourmet widerrufen. Selbst unter den Streikbrechern kam Unmut über diesen überraschenden Rückzug auf. Für die Streikenden hingegen ist klar: Der Streik geht weiter, jetzt erst recht.

Wildcat Köln

koeln@wildcat-www.de

29. Haarrisse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen; Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:50

Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Wach auf, Verdammter dieser Erde!

"Guten Morgen, hier ist der Weck- und Prüfdienst der Überflüssigen", so erschallte es am 16.11. um fünf Uhr morgens im Baumgarten 9 in Bonn, der Privatadresse des Ex-Bundeswirtschaftsministers Wolfgang Clement (SPD). Ca. 20 "Überflüssige" hatten sich versammelt und den Hartz-IV-Minister aus seinen Träumen gerissen. Die Aktion war auch eine Antwort auf die jüngste "Missbrauchskampagne", die Clement losgetreten hatte, um die exorbitanten Kosten, die mit der Einführung von Hartz IV verbunden sind, zu rechtfertigen und weitere Einschnitte bei Erwerbslosen anzukündigen. In einer Erklärung der "Überflüssigen" heißt es unter anderem: "Egal, ob sie Sarkozy, Clement oder sonst wie heißen: Wir lassen uns nicht straflos als ‚Parasiten', ‚Sozialschmarotzer' oder ‚Abschaum' bezeichnen. Drehen wir den Spieß um, gehen wir in die Viertel, wo die Verantwortlichen wohnen."

Pressemitteilung der "Überflüssigen" vom 16.11.2005

Bremer Unruhe

Es gärt in den Fabrikhallen von DaimlerChrysler. Am 14.11. haben 4.000 Beschäftigte der B-Schicht im Werk Bremen für zwei Stunden die Arbeit niedergelegt. Sie zogen durch die Hallen und versammelten sich anschließen vor dem Verwaltungsgebäude. Der Protest richtete sich gegen den angekündigten Personalabbau von insgesamt 8.500 Stellen im Gesamtkonzern, 2.700 davon in Bremen sowie gegen die Drohungen der Geschäftsleitung, Änderungskündigungen auszusprechen und verstärkt Tätigkeiten fremd zu vergeben. Die Empörung der Beschäftigten ist u.a. auch deshalb so groß, weil der so genannte Standortsicherungsvertrag vom Sommer 2004 ja gerade Arbeitsplätze sichern sollte. "Der Vorstand kann ohne uns kein einziges Auto bauen", meinte ein Redner, "aber wir können Autos bauen ohne den Vorstand."

Kollegeninfo, Nr. 485

Der alltägliche Taylorismus

Zumindest in Untertürkheim zieht der DC-Konzern die Kontrollschrauben innerhalb des Betriebes an. In der so genannten Regelkommunikation der Firma werden die Beschäftigten direkt zur Denunziation aufgefordert: "Verdächtige Wahrnehmungen" sollen über ein "vertrauliches Telefon" an den Werksicherheitsdienst gemeldet werden. Gemeint sind damit ausdrücklich Umstände wie "unerlaubter Aufenthalt" oder "unerlaubte private Tätigkeiten für Dritte". Gleichzeitig sollen willkürliche Fahrzeugkontrollen auf allen Parkplätzen und Parkhäusern möglich gemacht werden. Bisher hatte der Werkschutz dieses Recht nur bei der Aus- und Einfahrt am Werkstor. "Was wir in unserer Privatsphäre im Auto haben, geht die Firma schlicht und ergreifend nichts an", heißt es dazu in der Alternative, der Betriebszeitung kritischer KollegInnen in Untertürkheim. "Überwachungskameras, Kofferraumkontrollen auf den Parkplätzen, Denunzianten-Hotline: Das sind Sargnägel für unsere Bürgerrechte. In die Mülltonnen mit den Hotline-Nummern!"

Alternative, Nr.11

"Gut, dass Ihr vorbeikommt"

Im Rahmen der regelmäßigen 1-Euro-Sparziergänge besuchen AktivistInnen der Kampagne "Agenturschluss" in Köln regelmäßig Einrichtungen und Träger, die die 1-Euro-Pflichtarbeit umsetzen, so etwa die Firma Zug um Zug in der Kölner Florastraße 55-57. 69 PflichtarbeiterInnen arbeiten dort in einer Holz- und Textilwerkstatt, alle über Hartz IV unter Androhung von Leistungskürzungen in diese Arbeit gezwungen. Sie nähen dort 40 Stunden in der Woche Polsterbezüge, Gardinen und Markisen oder produzieren Fenster - ohne Lohn, für 70 Cent bis 1,30 Euro Aufwandsentschädigung pro Stunde. Arbeitsverträge gibt es ebenso wenig wie Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Als ein Pflichtarbeiter nach einem Wegeunfall eine Woche krank

geschrieben war, wurden ihm dafür 71 Euro abgezogen. Die Aufwandsentschädigung wie auch das AlG II wird auch dann gekürzt, wenn man sich verspätet, und sei es nur um einige Minuten. Eingliederungsverträge, wie sie eigentlich vorgeschrieben sind, gibt es genauso wenig wie vernünftige Beratungen. "Gut, dass Ihr vorbei kommt", hieß es deshalb auf Seiten der ZwangsjobberInnen. Im Augenblick ist fast nichts, was sich im Umfeld der Pflichtarbeit abspielt rechtlich eindeutig geklärt. In dieser Grauzone probieren Arbeitsagenturen und Träger jede noch so rechtswidrige Sauerei aus. Wie hat es der Direktor der Kölner Arbeitsagentur Anfang 2005 so schön formuliert. "Das muss man sportlich sehen. Man kann ja Widerspruch einlegen."

Neue Rheinische Zeitung, www.labournet.de

Katrina-Business

Die US-Firma Halliburton ist mittlerweile weltweit berüchtigt, vor allem auf Grund ihrer engen Verflechtung mit Vizepräsident Richard Cheney und ihrer exklusiven Sonderstellung beim Wiederaufbau der irakischen Ölindustrie. Aber auch in den USA selbst sorgen die engen Verbindungen zum Weißen Haus für manch lukrativen Auftrag für Halliburton, so etwa beim Wiederaufbau von Militärbasen in den Südstaaten, die der Hurrikan Katrina zerstört hatte. Halliburton und seine Sub-Unternehmen hatten in diesem Zusammenhang eine regelrechte Anwerbekampagne unter MigrantInnen gestartet, vor allem unter illegalisierten Latinos und Latinas. Das Versprechen von acht Dollar die Stunde plus Unterbringung lockte auch Menschen aus Mexiko nach Louisiana, so den 16-jährigen Arnulfo Martinez aus Oaxaca, der sich binnen vier Wochen auf der Belle Chasse Naval Base bei New Orleans wiederfand.

Unmittelbar nach der Katrina-Katastrophe hatte die Bush-Administration die Arbeitsrechtsbestimmungen gelockert. Unter dem Segel des "nationalen Wiederaufbaus" konnten jetzt ganz legal auch für Staatsaufträge Löhne gesenkt, Gleichbezahlungsgrundsätze umgangen und gewerkschaftliche Vertretungsrechte ausgehebelt werden. Die illegalisierten ArbeiterInnen, die Halliburton und andere Firmen angeheuert haben, haben von den versprochenen Löhnen und Quartieren nicht viel gesehen. Drei Wochen nach Arbeitsbeginn in Belle Chasse fanden sich Martinez und seine KollegInnen auf der Straße wieder - ohne Geld, ohne Wohnung, ohne Nahrung. "Die Latino-ArbeiterInnen sind nach New Orleans und dem Süden angeworben worden ohne angemessene Instrumente für ihren Schutz", so Victoria Cintra, Aktivistin der Mississippi Immigrant Rights Alliance. "Sind die Verträge des Militärs mit Halliburton schon höchst undurchsichtig, so sind die zwischen Halliburton und den Sub-Unternehmen nahezu unsichtbar. Es gibt praktisch keinerlei Möglichkeit, sie zu überwachen. Das ist eine offene Einladung zur Ausbeutung, zum Betrug und zum Missbrauch."

www.labournet.de

Streik in Marokko

Seit fünf Monaten streiken in Marokko etwa 400 der insgesamt 1.000 Beschäftigten der zentralen Werkstätten der staatlichen Fluggesellschaft Air Maroc. Die Streikenden wollen damit die Wiedereinstellung von sieben Kollegen erzwingen, die die Geschäftsleitung unter dem Vorwand "schwerer Disziplinverstöße" entlassen hatte. Die Streikenden kritisieren auch Sicherheitsmängel bei Air Maroc und machen diese Kritik öffentlich. Die Geschäftsleitung reagiert mit dem Vorwurf der "Verleumdung und Geschäftsschädigung" und bekommt dabei Unterstützung - von den Gewerkschaftszentralen von UMT und CDT, die sich nunmehr von den Streikenden distanzieren. Die CDT verkündet öffentlich, dass die wiederholte öffentliche Kritik an der Sicherheit "dem Unternehmen schade". Die UMT geht noch einen Schritt weiter: Es mache keinen Sinn, einen Streik zu unterstützen, der fünf Monate ohne Ziel andauere. Wie sagte es ein Beobachter so schön: Wer solche Gewerkschaften hat, braucht keine Unternehmer mehr.

www.labournet.de

GSG 9 in der Irischen See

Eine Gang uniformierter und bewaffneter Männer stürmt eine irische Fähre und verkündet, die Kontrolle übernommen zu haben. Ein terroristischer Angriff? Weit gefehlt, sondern vielmehr die Art und Weise, wie die Besatzung erfährt, dass sie gefeuert ist. Mit militärischer Präzision ist die handstreichartige Kaperung der bestreikten Fähre erfolgt, inklusive der Einschleusung getarnter Sicherheitskräfte.

Irish Ferries betreibt den Fährbetrieb in der Irischen See zwischen Irland und Großbritannien. 543 Beschäftigte will die Firma loswerden und durch billigere Besatzungen, vor allem aus Osteuropa, ersetzen. John Curry, Offizier auf der 34.000 Tonnen großen Isle of Inishmore, hatte sich während des Überfalls auf das Schiff in den Maschinenraum zurückgezogen und sich dort verschanzt. "Es geht nicht nur um uns", so Curry. Wenn die Firma damit durchkommt, ihre Arbeiter in einem Handstreich loszuwerden, was könnte dann die Unternehmen in anderen europäischen Staaten davon abhalten, das gleiche zu tun?" Currys Warnung ist nicht unbegründet. Vor einigen Wochen hatte französische Aufstandsbekämpfungspolizei auf ähnliche Weise eine bestreikte Fähre zwischen Marseille und Korsika in ihre Gewalt gebracht und so den Streik gebrochen und die Privatisierung durchgesetzt.

www.labournet.de

Länger arbeiten für weniger Geld

"Die Deutschen arbeiten länger - zum gleichen Lohn", stellt die Financial Times Deutschland fest. Im letzten Jahr waren es die beiden großen Industriekonzerne Siemens und DaimlerChrysler, die in Sachen Arbeitszeitverlängerung Vorreiterfunktion gehabt hatten. Jüngste Nachfolger sind Philips und C&A, die ebenfalls zur 40-Stunden-Woche zurückkehren. "Ein historischer Trend ist gebrochen", frohlockt FTD. Bis 1995 war die Arbeitszeit in der Bundesrepublik kontinuierlich gesunken, heute wird im Durchschnitt wieder 40 Stunden pro Woche gearbeitet. Nach DIW-Angaben beträgt die tatsächliche durchschnittliche Wochenarbeitszeit im Westen 42,8 Stunden, im Osten gar 44,2 Stunden. Jede/r fünfte Vollzeitbeschäftigte arbeitet regelmäßig mehr als 45 Stunden, nur für 28% gilt tatsächlich die 35-Stunden-Woche. Eine gewisse Vorreiterfunktion hat dabei auch der Öffentliche Dienst. Angestellte und Beamte in den Ländern müssen bereits seit längerem 40 und 42 Stunden arbeiten. Ein "Vorbild", das Deutsche Bank und BdI gerne der gesamten Industrie andienen möchten.

Financial Times Deutschland

30. Mölln - dreizehn Jahre später. "Wir werden immer wieder da sein"

Autor: Nina Schulz · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:14

Dreizehn Jahre nach dem neofaschistischen Brandanschlag von Mölln: Wer erinnert sich der Opfer - und wie wird der Überlebenden gedacht? Ein Rückblick auf den diesjährigen Gedenktag und Skizzen einer Begegnung mit den Überlebenden, die immer noch kämpfen: mit Behörden, leeren Versprechungen und mit der eigenen Erinnerung.

Wenn Hava Arslan vom 23. November 1992 spricht, wird ihre Stimme leise und ruhig. "An diesem Tag bin ich gestorben", erzählt sie in sich gekehrt. "Immer, wenn dieser Tag naht, denke ich daran, dass ich wieder sterbe." Nach der Brandnacht "hat sich die Welt um 180 Grad gedreht", berichtet die Überlebende.

Mölln, dreiundzwanzigster November 1992

Gegen 01:00 Uhr werfen die Neonazis Michael Peters und Lars Christiansen mehrere Molotow-Cocktails in ein Haus in der Möllner Altstadt. Dann rufen sie die Polizei an: "In der Mühlenstraße brennt es. Heil Hitler." Bereits um 00:30 Uhr hatten sie einen ersten Brandanschlag auf die Ratzeburger Straße 13 verübt. Dort wohnten, genau so wie in der Mühlenstraße 9, Menschen türkischer Herkunft. Neun von ihnen erleiden schwere Verletzungen. In der Mühlenstraße greift das Feuer vom Treppenaufgang auf das Obergeschoss über. Hava Arslan rettet ihrem achtmonatigen Sohn Namik das Leben, indem sie ihn aus dem Fenster des zweiten Stocks in ein Tuch wirft, das Helfende ausgebreitet hatten. Dann springt sie selbst. Ebenso wie ihre Schwägerin Ayten mit ihrem Sohn. Alle drei ziehen sich schwere Verletzungen zu. Havas siebenjähriger Sohn Ibrahim wird von der Schwiegermutter Bahide in Tücher gewickelt. Im Kühlschrank verbirgt sie ihn vor den Flammen. Dort harrt Ibrahim aus. Stunden später erst birgt ihn die Feuerwehr. Faruk Arslan, Havas Ehemann und Sohn von Bahide, ist in Hamburg. Bis ihn ein Freund anruft: "Euer Haus brennt". Als Faruk Arslan in Mölln ankommt, brennt es noch immer. Für seine 54-jährige Mutter Bahide Arslan, seine zehnjährige Tochter Yeliz und seine vierzehnjährige Nichte Ayse Yilmaz kommt jede Hilfe zu spät.

Beileid, Lichterketten, ungehaltene Versprechungen

Aus der gesamten Bundesrepublik und aus dem Ausland treffen nach den Morden von Mölln Beileidsbekundungen für die Opfer ein. Die spontanen Solidaritätskundgebungen und Lichterketten bezeichnet der damalige Bundeskanzler Kohl (CDU) als "Beileidstourismus". Am 28.11. nehmen 15.000 Menschen an einer von AntifaschistInnen organisierten Demonstration in Mölln teil. Mehr als an den Kundgebungen in Kiel und Lübeck, die von Seiten der etablierten Politik als "moralisch und nicht politisch" geplant waren. Kurz danach gründet sich in der Stadt ein Bündnis aus dem Verein "Miteinander Leben e.V.", der örtlichen Jugend-Antifa und migrantischen Gruppen. Der ehemalige Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Björn Engholm (SPD), und Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) fahren zum Ort des Geschehens und sprechen mit den Hinterbliebenen. Versprochen wird ihnen überhaupt vieles. Gehalten nur wenig. Letztendlich sei es den Politikern vor allem um das Ansehen Deutschlands gegangen und nicht um die Betroffenen, stellt Faruk Arslan fest. Im Brandhaus sollte ein Dokumentationszentrum über die Brandanschläge eingerichtet werden. Der Rest des Gebäudes ist als Wohnraum für die Familie Arslan gedacht. 1996 rief die Kleinstadt zwar eine Begegnungsstätte ins Leben. Ein eigenes Dokumentationszentrum entstand jedoch nie. Und in dem Haus zu leben, das hielt die Familie nicht lange aus. "Jeden Tag mussten wir über die Stelle laufen, an der wir unsere Liebsten verloren haben", schildert Faruk Arslan.

Mölln, dreiundzwanzigster November 2005

Am diesjährigen Gedenktag zerstreut sich ein nebliger Frost in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt. Vor dem Haus in der Mühlenstraße 9 versammeln sich gegen 16.30 Uhr die Überlebenden des Brandanschlags, die Hinterbliebenen der Opfer und Freunde der Familie. "Wir haben den Bürgermeister angerufen und gefragt, wo wir uns vorher treffen können", sagt Faruk Arslan. Darauf hätten sie vom Bürgermeister die Antwort erhalten, das wisse er auch nicht, die Andacht beginne nun mal erst um 17.30 Uhr. In der Mitte des heutigen Wohnhauses ranken züngelnde Terrakotta Flammen empor, die an das Geschehene erinnern sollen. Genauso

wie eine Gedenktafel mit den Namen der drei Ermordeten. Die brachte die Stadt 1999 an, als sie das Gebäude nach Bahide Arslan benannte. Von einem neofaschistischen Brandanschlag ist auf der Tafel nichts zu lesen.

Während der Andacht bleibt für die Trauer der Familie wenig Platz. Medienwirksam drapieren Bürgermeister Wolfgang Engelmann und Bürgervorsteherin Liselotte Nagel ihren Kranz vor die Eingangstür des Hauses. Und danach gelingt es der Familie nur mit Mühe an den im Blitzlicht erstarrten ersten Reihen vorbeizukommen, ihre Blumen niederzulegen und Kerzen anzuzünden. Ein Auto wartet mit laufendem Motor vor der versammelten Gruppe. Die Stadt hatte die Straße nicht abgesperrt.

Beim darauf folgenden ökumenischen Gottesdienst kommt es dem evangelischen Pastor Hermann Handler nicht in den Sinn, die Familie zu begrüßen. Zwar dankt er den offiziellen Vertretern aus Politik und Medien für ihr Erscheinen - Familie Arslan jedoch nicht. Das ist für die Überlebenden und Hinterbliebenen der Opfer allerdings kein neues Phänomen. "Auch in den vergangenen Jahren sind wir in den offiziellen Ansprachen nicht persönlich begrüßt worden", sagt Faruk Arslan. Den Gedenktag plane die Stadt im Alleingang, ohne vorherige Absprachen mit der Familie.

Der Bürgermeister gedenkt im Trainingsanzug

Im letzten Jahr erhielt die Familie einen Brief von Bürgermeister Engelmann. Darin bat er vom "appellativen Charakter eines Schweigemarsches abzusehen." Denn die Schweigemärsche hätte bei der türkischen Bevölkerung Möllns Angst ausgelöst. "Einige dachten, ein Schweigemarsch könnte provozieren und Auslöser für erneute Bedrohungen von rechts sein", behauptet Engelmann. Deshalb hält die Stadt eine andere Form des Gedenkens für angemessen. Sie begeht den Tag mit einer stillen Andacht vor dem Brandhaus und mit einem ökumenischen Gottesdienst, der im Wechsel in der Moschee, der katholischen und evangelischen Kirche und in der Begegnungsstätte "Miteinander Leben" stattfindet. "Bei dieser Gestaltungsform wollen wir auch bleiben", hält Engelmann fest.

Auf die Frage, wie sich mittlerweile das Verhältnis zur Familie gestalte, erklärt der Bürgermeister, es sei nach ihrem Wegzug aus Mölln vor fünf Jahren "ein wenig eingeschlafen". Das stellt sich für die Arslans anders dar. Im Jahr 2003 zum Beispiel ging die Familie nach den Gedenkfeierlichkeiten in die Begegnungsstätte. "Dort wurden wir nicht begrüßt. Nicht einmal ein Tee wurde uns angeboten", so Faruk Arslan. Der Bürgermeister erschien im Trainingsanzug. Manchmal hätten sie das Gefühl, Mölln sei sehr froh, dass sie weg seien. Aber Hava Arslan betont entschlossen: "Wir werden immer wieder da sein." "Mölln würde das Geschehene gerne unter den Tisch kehren", sagt ihr Mann. "Aber das geht nicht, weil die Familie Arslan noch lebt. Sie wissen, dass das niemals ruhen wird."

Deswegen beschloss die Familie 2004 den Gedenktag nach ihren Vorstellungen zu gestalten: mit einer eigenen Kundgebung und einem kritischen Redebeitrag von Freunden vor dem Haus in der Mühlenstraße im Anschluss an den Gottesdienst in der Moschee. Das kontinuierlich kämpferische Auftreten der Familie hat offenbar dazu geführt, dass die Gedenkfeierlichkeiten in diesem Jahr um einen neuen Programmpunkt erweitert wurden: Nach dem Gottesdienst wird zu Buffet und Getränken in die Möllner Ratsdiele geladen. Dort weist der Vertreter des türkischen Konsuls in seiner Ansprache auf den Rassismus in der bundesdeutschen Gesellschaft und die bedeutende Rolle der sogenannten Gastarbeiter hin. Und gegen Ende der Veranstaltung erhält der Bürgermeister eine überraschende Danksagung. Faruk Arslan bedankt sich bei ihm dafür, "dass Sie mich enttäuscht haben. Ich hätte nicht mehr damit gerechnet, dass die Stadt es nach so vielen Jahren tatsächlich schafft, uns persönlich treffen zu wollen."

Familie Arslan ist nicht in Mölln geblieben. Sie lebt seit fünf Jahren in Hamburg. "Wir wollten hier ein neues Leben anfangen", berichtet der Familienvater. Denn alle erwachsenen Familienmitglieder sind schwer traumatisiert und kämpfen bis heute mit den seelischen und körperlichen Folgen des Brandanschlags. Die Hamburger Ämter machen ihnen das Weiterleben jedoch nicht gerade leichter. An den ersten Besuch beim Sozialamt erinnert sich Faruk Arslan noch genau. Die zuständige Sachbearbeiterin stellte ihn zur Rede; fragte ihn, wer er denn eigentlich sei. Daraufhin erzählte er ihr - von dem Brandanschlag, von der Familie, von ihrem geplanten Neuanfang. Der darauf folgende Satz geht ihm bis heute nicht aus dem Kopf: "Da hat sie wortwörtlich zu mir gesagt: ‚Sie haben noch keinen Terror gesehen. Der Terror fängt jetzt erst an.`"

Hamburg, Sozialamt: "Der Terror fängt jetzt an"

Der Terror äußert sich seitdem jeden Monat in einer Mischung aus Willkür, Respektlosigkeit und bürokratischen Drohgebärden. Das Sozialamt zahlt die Leistungen entweder gar nicht oder erst Wochen später. Ständig muss die Familie Unterlagen einreichen, entweder neue oder alte, bereits beigebrachte. 2002 schaltete sie den Hamburger Anwalt Joachim Schaller ein. "Abgesehen von einem Mitarbeiter beim Rechtsamt des Bezirksamts Hamburg-Mitte hat bisher keine zuständige Stelle die besondere Situation der Familie berücksichtigt", kritisiert der Rechtsanwalt. "Stattdessen werden sie als lästige Antragsteller behandelt."

Neben den monatlichen Auseinandersetzungen mit dem Sozialamt bemüht sich der Sozialrechtsspezialist auch um Opferentschädigung für die Arslans. Eine Rente nach dem Opferentschädigungsgesetz hat bisher nur Ibrahim Arslan erhalten. Die wurde ihm Anfang 2005 aber wieder aberkannt. Die Schädigungsfolgen erreichen nach Ansicht der Behörde "keinen Renten berechtigenden Grad" mehr. Ebenso wie bei seiner Mutter, Hava Arslan. Gegen beide Bescheide klagt der Anwalt jetzt und beruft sich auf ärztliche Atteste. Bei Faruk Arslan hatte es seine frühere Rechtsanwältin versäumt, einen Antrag auf Opferentschädigung zu stellen. Das holte Rechtsanwalt Schaller 2002 nach. Denn der Familienvater ist aufgrund des Brandanschlags schwer traumatisiert und erwerbsunfähig. Der Antrag wurde abgelehnt. Angeblich sei keine Schädigungsfolge feststellbar, die auf den Brandanschlag zurückzuführen sei. Der Antrag befindet sich im Widerspruchsverfahren.

Familie Arslan hält trotz allem nicht still. Über viele Geschehnisse im Zusammenhang mit dem Brandanschlag sei immer noch nicht berichtet worden - und deswegen haben sie sich entschlossen, ein Buch über ihr Leben zu schreiben. "Einige Leute wird es natürlich nicht freuen, was wir schreiben", vermutet Faruk Arslan. "Denn von der Wahrheit hat bisher keiner erzählt", sagt er. Das soll jetzt anders werden.

Nina Schulz

Die Täter

Anfangs verdächtigte die Polizei Faruk Arslan persönlich, den Brandanschlag verübt zu haben. Dann suchte sie in der türkischen Bevölkerung Möllns nach den Tätern. Schließlich wurden die Täter Michael Peters und Lars Christiansen, die beide der neofaschistischen Skinhead-Szene angehören, gefasst.

Im Dezember 1993 verurteilte sie das Oberlandesgericht Schleswig nach 47 Verhandlungstagen wegen Mordes und besonders schwerer Brandstiftung zu Höchststrafen. Peters (damals 25) zu einer lebenslangen und Christiansen (damals 19) nach Jugendstrafrecht zu 10 Jahren Freiheitsstrafe.

Als Chef einer Neonazigruppe war Peters bereits zuvor an zwei versuchten Brandanschlägen auf Asylbewerberunterkünfte in Gudow und Kollow beteiligt gewesen. Beide widerriefen ihre vorherigen Geständnisse.

Christiansen ist seit Juni 2000 auf Bewährung entlassen.

31. "Das ist die Schuld von zuviel Polizei." Innenansichten zu den Revolten in den französischen Vorstädten

Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:38

Omeyya Seddik ist Aktivist des MIB (Mouvement de l'Immigration et des Banlieues, Bewegung der Immigration und der Banlieues), einer Selbstorganisation von Immigranten- und Stadtteilkomitees in Paris und anderen französischen Großstädten. Ca. 50 Komitees haben sich zur Zeit im MIB zusammengeschlossen. Seddik ist tunesischer Herkunft und lebt in Seine-Saint-Denis, einem Zentrum der Revolten vom Oktober/November. Er äußert sich im Folgenden zu den Hintergründen und Motiven der Jugendrevolte in den französischen Vorstädten. Das Interview führte Cincia Gubbini, es wurde zuerst in der italienischen Tageszeitung il manifesto veröffentlicht.

Gubbini: Kurz auf den Punkt gebracht: Was ist dieser Protest? Eine Revolte gegen die Regierung, gegen die Polizei oder was?

Seddik: Die Faktoren sind unterschiedlich. Angefangen bei der Tatsache, dass die proletarischen Community-Stadtteile sehr viel gettoisierter sind als noch vor einigen Jahren. Verglichen mit Mitte der 1980er Jahre hat sich die Präsenz der sozialen Dienstleistungen fortwährend verringert, und die Präsenz der Polizei hat stattdessen zugenommen. Das ist keine Theorie, die Leute erleben das am eigenen Leib. Wer sich bewegt, wird ein-, zweimal am Tag kontrolliert. Vor allem wenn er - wie man in der Banlieue sagt - "de souche" (der Herkunft entsprechend) gekleidet, kurz, wenn er nicht französisch ist. Es handelt sich dabei um eine erklärte Politik. Seit mittlerweile rund 20 Jahren ist eine der wichtigsten Forderungen der Wählerschaft die Sicherheit. Und die Antwort darauf ist die immer sichtbarere Präsenz der Polizei, die vor allem in den Peripherien im Robocop-Stile gekleidet ist.

Auch die Integrationspolitik hat dazu beigetragen, Gettos zu schaffen.

Das stimmt, in der Tat. Mitte der 1880er Jahre hatte die Sozialistische Partei (PS) als Reaktion auf die Bewegung der beurs (d.h. der maghrebinischen ImmigrantInnen der zweiten Generation) eine "politique de la ville" (Stadtpolitik) eingeleitet. Die war ein krasser Reinfall. Den Grund dafür zu analysieren, würde sehr weit führen. Zusammenfassend kann ich sagen, dass viel Geld ausgegeben wurde und ein Heer von SozialarbeiterInnen und Leuten aus Verbänden und Wohlfahrtsorganisationen in die Viertel gekommen ist. De facto haben diese Verbände, die in den Stadtteilen tätig waren, zwei Funktionen gehabt: einerseits eine Kontrollfunktion und andererseits eine politischen Rekrutierungsfunktion für die Linke. Das Ergebnis ist, dass die sozialen Dienste und die Einrichtungen des sozialen Hilfesystems jetzt als Söldner betrachtet werden, so dass sich der politische Diskurs ausschließlich auf die Sicherheit konzentrierte und der politische Konsens in Bezug auf dieses Thema im Parlament total ist.

Der überzeugendste Interpret dieser Politik ist jedoch Sarkozy.

Er spielt in der Tat eine herausragende Rolle. Der Innenminister richtet seine Reden nicht erst seit heute gegen die Jugendlichen der Banlieues. Vor einiger Zeit hat er sie als "kleine Stadtteilterroristen" bezeichnet und behauptet, es bedürfe einer Anti-Terror-Strategie, um die Vorstädte zu verwalten. Als der Minister die Jugendlichen "racaille" (Abschaum; direkt ins Deutsche übersetzt: "Pack", "Mob", "Gesindel") genannt hat, hat sich diese Nachricht schnell in den Häusern verbreitet. Das haben Alte und Junge gehört. Und die Antwort, vor allem der Jugendlichen lautete: "Er will Krieg? Den kann er haben!"

Wer sind diese Jugendlichen, die protestieren? Alle arm, alle marginalisiert?

Sicher nicht. Wie in allen diesen proletarischen Stadtvierteln gibt es sehr unterschiedliche Leute. Aber die Berichte der Medien zeigen eine sehr starke Polarisierung: Die Reichen sind weiß und leben im Stadtzentrum, die Armen sind Araber und Moslems und leben in den Banlieues. Deswegen scheinen sich jetzt alle als MaghrebinerInnen, Moslems und Arme zu fühlen.

Und sind alle Moslems?

Absolut nicht! Das ist genau der Punkt. Die Frage des Islam wird in den öffentlichen Diskursen immer wichtiger. Mittlerweile ist es eine Angewohnheit, die Figur des Jugendlichen der Banlieues systematisch mit der eines Moslems, eines Islamisten, aber auch mit der eines Terroristen gleichzusetzen. Und was daraufhin passiert, ist sehr interessant: In den Stadtteilen beziehen mittlerweile alle den Diskurs des Angriffs auf den Islam auf sich selbst, auch die Jugendlichen, die keine Moslems sind, weil sie nicht gläubig sind oder sogar aus christlichen Familien stammen. Das ist ein Diskurs, der weit über die Religion hinausgeht. Der Islam ist zu einem Klassenelement geworden. Die Integration hat in Frankreich umgekehrt stattgefunden.

War das Tränengas in der Moschee entscheidend? (1)

Der Protest und die Revolte waren wegen des Todes der beiden Jugendlichen ausgebrochen. (2) Episoden dieser Art könnte ich zu Hunderten erzählen, auch anschließende Proteste, aber die bleiben im Allgemeinen lokal begrenzt. Dieses Mal wurde alles durch die mediale Rolle Sarkozys und seiner Hassrede aufgeladen und verbreitert. In diesem Kontext war das Tränengas in der Moschee ein Sprengsatz. Leider sagen viele: "Wenn das in einer Synagoge oder in einer Kirche passiert wäre, wären Tausende von Leuten auf die Straße gegangen - mit Chirac an der Spitze."

Gibt es irgendeine Organisation, der es gelingt, Einfluss auf diese Bewegung zu nehmen?

Fast keine. Die einzigen Treffpunkte, die aufgesucht werden, sind die Moscheen, aber fast immer ohne soziale Kontrolle oder wirkliche Organisation.

Zum Abschluss: Welchen Unterschied gibt es zwischen der Revolte der Banlieues von heute und jener der 1980er Jahre?

Damals waren die Proteste mit Forderungen verbunden. Sie waren an den Staat und an die Macht gerichtet und forderten etwas. Heute haben die Jugendlichen keine wirklichen Forderungen. Was sie machen, ist reiner Protest. Sie haben keine Illusionen mehr. Auf der anderen Seite gibt es nur den Feind.

Und wie wird das enden?

Das weiß ich nicht. Ich glaube, dass sich dieses Phänomen ausbreiten wird. Vielleicht werden in einiger Zeit organisiertere Ausdrucksformen auftreten.

Anmerkungen:

1) In der vierten Nacht der Auseinandersetzungen hatte die Polizei Tränengas in eine voll besetzte Moschee in Clichy-sous-Bois gefeuert, was zu einer panikartigen Flucht der Gläubigen führte.

2) Am 27.10.2005 waren zwei Jugendliche im Pariser Vorort Clichy-sous-Bois auf der Flucht vor der Polizei in einer Transformatorenstation tödlich durch Stromschläge verletzt worden.

32. Krepiert in Frieden! Ein Manifest der revoltierenden Jugendlichen in Paris

Ein Manifest der revoltierenden Jugendlichen von Paris

Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:41

Das MIB (Mouvement de l'immigration et des Banlieues), entstanden in den Revolten der 1980er Jahre, nennt sich "Die Stimme des Aufstandes in Paris", vgl. mib.ouvaton.org. Am 9. November wurde ein Manifest veröffentlicht, das wir im Folgenden in deutscher Übersetzung dokumentieren. Es wurde erstmalig vom Kulturverein Kanafani (www.kanafani.at) in deren November-Newsletter publiziert.

Krepiert in Frieden, meine Brüder, aber krepiert still. Möge man nur den fernen Widerhall eurer Leiden wahrnehmen.

Diejenigen, die heute die Gründe für die Aufstände nicht verstehen, leiden entweder an einer Amnesie, sind blind oder gar beides. Tatsächlich fordern die Vororte seit rund dreißig Jahren Gerechtigkeit; 25 Jahre an Revolten, Aufständen, Demonstrationen, Protestmärschen, öffentlichen Versammlungen und Wutschreien, die präzise formulierte Forderungen zum Ausdruck bringen.

Bereits vor 15 Jahren wurde das Ministerium für Stadtentwicklung gegründet, um auf den Ausschluss und das soziale Elend der so genannten unterprivilegierten Viertel zu reagieren. Die Verheißungen der Minister hatten so klangvolle Namen wie Marshall Plan, Freizonen, DSQ, ZEP, ZUP, Jugendbeschäftigung, sozialer Zusammenhalt etc. An der Banlieue können sich auch Minister, Abgeordnete und Medien mit Bedarf an Killerphrasen von "rechtlosen Gebieten", "unverantwortlichen Eltern", Mafiaisierung und anderen "Folgeerscheinungen des Islamismus" abreagieren.

Die EinwohnerInnen der Viertel und besonders die Jugendlichen werden stigmatisiert und für die Abweichungen und Verwerfungen unserer Gesellschaft verantwortlich gemacht. Es ist nicht schwer, Lektionen in staatsbürgerlichem Pflichtgefühl zu erteilen und dann mit dem Finger auf das "Gesindel" und die "Verwilderten" zu zeigen, um sie so der Lynchjustiz auszuliefern. Und das kann sehr viel bringen.

Die Vororte werden zu einer Sonderproblematik für sich, mit deren Bewältigung man Polizei und Justiz beauftragt. Heute präsentiert man uns die "Jugend der Vorstädte", die alles niederbrennt - natürlich Schwarze und Araber - wie Fremde, die nur gekommen sind, um Chaos nach Frankreich zu bringen.

Aber die Botschaft ist deutlich: Minguettes (1981) Vaulx-en-Velin (1990), Mantes-la-Jolie(1991), Sartrouville (1991), Dammarie-les-Lys (1997), Toulouse (1998), Lille (2000) Clichy: Genug mit unbestraften Polizeivergehen, genug mit Gesichtskontrollen, genug mit "Müll-Schulen", genug mit vorprogrammierter Arbeitslosigkeit, genug mit Elendsquartieren, genug mit Gefängnissen, genug mit Diskriminierung und Demütigungen! Genug auch mit Paralleljustiz, die korrupte Politiker schützt und systematisch die Schwächsten verurteilt.

Diese Schreie wurden nicht gehört oder erstickt. So wie stets die stillen Leiden von Millionen von Familien erstickt werden, Männer und Frauen, die täglich soziale Gewalt erleiden, die viel zerstörerischer ist als ein brennendes Auto. Durch die Ausgangssperre reagiert die Regierung mit Kollektivstrafen und mit einem Ausnahmegesetz, das die ganze Macht der Polizei überträgt. Man drückt einen Deckel auf den Kochtopf, und das wird noch lange die Erinnerung unserer Viertel prägen.

Es wird niemals Frieden in unseren Vierteln geben, solange es keine Gerechtigkeit und keine wirkliche Gleichheit gibt. Weder Befriedung noch Ausgangssperren werden uns daran hindern, den Kampf dafür fortzusetzen, auch dann, wenn die Kameras ihre Augen wieder abgewendet haben werden.

Keine Gerechtigkeit, kein Friede!

Originaltext unter: http://mib.ouvaton.org/ article.php3?id_article=127

33. In Kurdistan herrscht wieder Krieg

Autor: Elmar Millich · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:36

1999 ordnete der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan nach seiner Entführung aus Kenia durch den türkischen Geheimdienst einen Waffenstillstand an, in dessen Folge sich die kurdische Guerilla aus der Türkei in den benachbarten Irak zurückzog. Durch diese Vorleistung der kurdischen Seite und das Bemühen der Türkei um einen EU-Beitritt setzte im kurdischen Teil der Türkei eine fünfjährige Phase der Entspannung ein, in der Menschenrechtsverletzungen und Repression gegen die kurdische Bevölkerung deutlich zurückgingen.

Das Dialogangebot der KurdInnen zu einer politischen Lösung des seit 30 Jahren andauernden Konflikts wurde vom türkischen Staat nicht angenommen. Statt einer geforderten Amnestie, die auch die strenge Isolationshaft von Öcalan als einzigen Gefangenen auf der Gefängnisinsel Imrali zum Inhalt hatte, bot die türkische Regierung lediglich ein "Reuegesetz" an, welches für AktivistInnen der PKK nur individuelle Straffreiheit bei aktivem Verrat vorsah. Auch stand die militärische Vernichtung der kurdischen Guerilla trotz Waffenstillstands und Rückzugs nach wie vor auf der Agenda der türkischen Streitkräfte und es häuften sich die militärischen Zusammenstöße infolge von Operationen der Armee. Aus diesem Grund erklärte die Führung des aus der PKK hervorgegangenen KONGRA GEL (1) im Juni 2004 den einseitigen Waffenstillstand für beendet. Seitdem haben militärische Auseinandersetzungen und massive Menschenrechtsverletzungen wieder Einzug gehalten in Kurdistan.

Nach Angaben der kurdischen Volksverteidigungskräfte (2) sind im neu aufgeflammten Konflikt bisher bis zu tausend Soldaten und Guerillakämpfer ums Leben gekommen. Im Jahr 2004 kam es lediglich zu sporadischen Auseinandersetzungen zwischen Armee und Guerilla, während sich die Repression gegen die kurdische Bevölkerung auf Grund des angestrebten EU-Beitritts in Grenzen hielt. Die Wende brachte die so genannte "Fahnenprovokation von Mersin" zum kurdischen Neujahrsfest "Newroz" im März 2005. Ein Provokateur gab kurdischen Kindern im Alter von 13 und 14 Jahren die türkische Fahne in die Hand mit der Aufforderung, sie zu verbrennen. Die Bilder von den Kindern, die die Fahne erschreckt auf den Boden warfen, lief am nächsten Tag als "Fahnenschändung" über alle türkischen Bildschirme und führte zu einer Welle von antikurdischem Nationalismus.

Die Stimmung eskalierte weiter, als sich eine bis dahin unbekannte Gruppe namens "Freiheitsfalken Kurdistans" (TAK) im Mai zu Bombenanschlägen in den türkischen Metropolen bekannte. Während es zuerst bei Sachschäden blieb, wurde bei einer Explosion im türkischen Badeort Kusadasi ein Polizist getötet. Den traurigen Höhepunkt bildete im Juli ein Anschlag in Kusadasi auf einen Minibus, indessen Folge vier TouristInnen und ein Einheimischer getötet wurden. Obwohl der KONGRA GEL und die türkische Guerilla jede Verbindung zu den "Freiheitsfalken" abstritten und sich zu dem letzten Anschlag bis heute niemand bekannt hat, wurden alle diese Ereignisse in der türkischen und internationalen Öffentlichkeit der PKK angelastet.

In dieser aufgebrachten Stimmung kam es im letzten halben Jahr wiederholt zu Lynchattacken gegen KurdInnen. Auf der Insel Kunda im Westen der Türkei zerstörten im August 500 Menschen ein kurdisches Fischrestaurant unter Rufen: "Ihr seid PKKler, verlasst die Insel." Die kurdischen Angestellten wurden unter Lebensgefahr von Polizeieinheiten aufs Festland evakuiert. Im September konnten nur knapp Tote vermieden werden, als in der Kreisstadt Bozüyük von der Polizei aufgehetzte und angeleitete Einwohner Busse angriffen, in denen sich KurdInnen auf der Rückfahrt von einer Demonstration für Öcalan in Gemlik befanden. Die Scheiben der Busse wurden mit Steinen eingeworfen, die Menschen aus den Bussen geholt und verprügelt. Die Busse wurden teilweise in Brand gesetzt, während sich noch Menschen darin befanden.

Auch der türkische Staat und die Armee sind in der Aufstandsbekämpfung im letzten halben Jahr zu den schmutzigen Methoden der 1990er Jahre zurückgekehrt. In der kurdischen Provinz Dersim werden von der Armee flächendeckend Wälder angezündet, um der Guerilla den Unterschlupf zu entziehen. Auch chemische Waffen kommen verbotswidrig zum Einsatz. Entgegen der Genfer Konvention werden gefangene GuerillakämpferInnen weder als Kriegsgefangene behandelt noch einem Prozess zugeführt, sondern zu Tode gefoltert und ihre Leichen geschändet.

Militärische Konflikte brechen erneut aus

Auf Grund solcher Vorfälle entwickeln sich die Beerdigungen gefallener GuerillakämpferInnen in den kurdischen Städten zunehmend zu Volksaufständen in Konfrontation mit den Sicherheitskräften. Beim Versuch, einen aus mehreren tausend Menschen bestehenden Beerdigungszug aufzuhalten, wurde im Juni in Van eine Person von Sicherheitskräften erschossen. Ende August beteiligten sich in Batman 20.000 Menschen an der Beerdigung von Hasan Is, der am Tag zuvor bei einer Demonstration von der Polizei erschossen worden war. An der Beerdigung des Guerillakämpfers Ayhan Seven nahmen in Hakkari 80.000 Menschen teil.

Auf diese Art von Demonstrationen, bei denen sich die kurdische Bevölkerung offen zur PKK und zu Öcalan bekennt, reagiert die türkische Regierung zunehmend nervös, weil sie nicht in das offizielle Bild eines von der Bevölkerung isolierten "Terrors" durch die PKK passt. Ministerpräsident Erdogan drohte inzwischen offen, dass der "Staat allmählich die Geduld verliere".

Wie in den früheren Phasen des türkisch-kurdischen Konflikts reagiert der Staat wieder durch offene und verdeckte Morde und Provokationen durch die paramilitärische Konterguerilla "Jitem". Bereits im November 2004 wurden in Kizildere der 12-jährige Ugur Kaymaz Vater als angebliche Terroristen auf offener Straße erschossen. In Van wurden im September drei Personen von der Polizei erschossen. Die offizielle Version einer Schießerei ließ sich nicht aufrechterhalten. Die Personen wurden regelrecht hingerichtet, nachdem sie aus ihren Autos bzw. Häusern geholt worden waren. Anfang Oktober wurde im Istanbuler Stadtteil Bagcilar das Feuer auf Jugendliche eröffnet, die Parolen für Abdullah Öcalan riefen. Dabei kam ein Jugendlicher ums Leben. Parallelen zur Susurluk-Affäre zeigt das Bombenattentat von Semdinli im November: Nachdem aus einem Auto heraus eine Handgranate in einen prokurdischen Buchladen geschleudert worden war, stellte die Bevölkerung die Täter. Es stellte sich heraus, dass es sich um Angehörige der Sicherheitskräfte handelte, die unter anderem auch Todeslisten unerwünschter Personen bei sich führten. Bei den nachfolgenden Protesten der Bevölkerung wurden vier Personen erschossen.

Von all diesen Vorgängen ist in den deutschen Medien nur wenig zu erfahren. Die EU-Staaten und die Türkei scheinen darin übereingekommen zu sein, Bürgerkrieg und Aufstandsbekämpfung im kurdischen Osten aus den EU-Beitrittsverhandlungen außen vor zu lassen. Nachdem die PKK in Deutschland schon 1993 durch den damaligen Innenminister Kanther verboten wurde, erging im März 2004 auch der Beschluss, den KONGRA GEL auf die europäische Liste terroristischer Organisationen zu setzen. Detaillierte Informationen aus der Region, die dieses einseitige Bild ins Wanken bringen könnten, sind da nur störend. Nicht zuletzt deshalb hat Bundesinnenminister Schily als quasi letzte Amtshandlung Anfang September die in Europa seit zehn Jahren erscheinende prokurdische Zeitung "Özgür Politica" und die in Frankfurt ansässige mesopotamische Nachrichtenagentur MHA verbieten lassen. Auch wenn dieses Verbot vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig einen Monat später wieder aufgehoben wurde, hält die Repression gegen politisch aktive KurdInnen in Deutschland wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" und "Verstoßes gegen das Vereinsgesetz" unvermindert an.

Innerhalb der Türkei versuchen die EU und Deutschland massiv auf die politische Organisation der KurdInnen Einfluss zu nehmen. Seit etwa einem Jahr konstituiert sich um die nach zwölfjähriger Haft freigelassenen Abgeordneten der ehemaligen DEP die "Bewegung für eine demokratische Gesellschaft" (DTH), die sich nun auch als Partei konstituiert hat (DTP). In ihr wird auch die bisherige prokurdische Partei DEHAP aufgehen, die im Osten der Türkei die meisten BürgermeisterInnen stellt. Im Frühjahr wurden vor allem die in Europa bekannte Kurdin Leyla Zana (2) und der Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, von deutschen und europäischen Botschaftern in Ankara privat und öffentlich dazu aufgefordert, sich von der PKK und von Öcalan zu distanzieren. Nachdem sie sich nicht auf das Spiel eingelassen haben, das die kurdische Bevölkerung spalten sollte, ist nun auch der einstige Liebling der westlichen Politiker und Medien, Leyla Zana, als PKK-verseucht in Ungnade gefallen.

Aufstandsbekämpfung international abgesegnet

Eine internationale Eskalation des Konflikts in der Türkei zeichnet sich ab, falls die türkische Regierung ihre Drohung wahr macht, die Guerillastellungen der PKK im Nordirak mit Billigung der USA und den dortigen kurdischen Parteien PUK und KDP anzugreifen. Entsprechende Absprachen gab es am Rande der UN-Vollversammlung Mitte September. Der kurdische Staatspräsident des Iraks, Talabani, erklärte in einem Gespräch mit dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan die PKK zur terroristischen Gruppe und kündigte

Zusammenarbeit in der Verfolgung an. Parallel verlautbarte Nancy McEldowney von der US-Botschaft in Ankara, Gespräche mit der PKK seien nicht möglich, die PKK müsse vernichtet werden und die Verhandlungen zu diesem Thema dauerten an. Ob es zu einer militärischen Intervention kommt, ist jedoch ungewiss, da die USA angesichts der desaströsen Lage im Irak zurzeit kein großes Interesse haben, im relativ stabilen kurdischen Norden Konflikte anzuheizen.

Zusammenfassend lässt sich für das Jahr 2005 für türkisch Kurdistan folgende Bilanz ziehen: Auf Grund des mangelnden Willens des türkischen Staats, trotz substanzieller Friedensangebote und Vorleistungen der kurdischen Seite in ernsthafte Verhandlungen zu treten, wird der türkisch-kurdische Konflikt wieder militärisch dominiert. In diesem Zusammenhang kommt es wie in den 1990er Jahren zu massiven Menschenrechtsverletzungen, extralegalen Hinrichtungen und allgemeiner Repression gegen die kurdische Bevölkerung. Trotz aller Menschen- und Minderheitenrechte-Rhetorik der EU im Rahmen der Beitrittsverhandlungen erfolgt die Aufstandsbekämpfung in Kurdistan im Einvernehmen und mit aktiver Unterstützung durch die EU und die USA.

Auf der politischen Seite geht die kurdische Bewegung in der Türkei gestärkt hervor. Der Versuch der EU, im Rahmen der Beitrittsverhandlungen das kurdische Problem in der Türkei ohne Beteiligung der KurdInnen zu lösen, ist definitiv gescheitert. Die weitere Entwicklung in Kurdistan ist prinzipiell offen. Zum einen droht die Gefahr eines langjährigen "low intensity war" zwischen türkischer Armee und kurdischer Guerilla, in dem vor allem die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wird. Zum anderen besteht auch die Chance, durch Anerkennung der kurdischen Realität seitens der Türkei und der EU schnell zu Verhandlungen zu kommen, die einen dauerhaften Frieden und die Einheit in der Türkei sichern.

Elmar Millich

Anmerkungen:

1) Der Kongra Gelee Kurdistan ist der Volkskongress Kurdistans. Er ist die Nachfolgeorganisation der KADEK, die wiederum Nachfolgeorganisation der PKK ist. Der KONGRA GEL wurde im November 2003 gegründet.

2) Die Hêzên Parastina Gel (Volksverteidigungskräfte) sind eine kurdische Guerillagruppe.

3) Im Februar 1994 wurde die gewählte kurdische Parlamentarierin der DEP-Partei, Leyla Zana, unter dem Vorwurf verfassungsfeindlichen Handelns inhaftiert. Mitte 2004 wurden sie und drei weitere inhaftierte DEP-Abgeordnete nach hohem Druck der EU im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt der Türkei freigelassen.

34. "Arbeitskämpfe: Gebilde einer vergangenen Epoche". Neue Arbeitsgesetzgebung in Australien verabschiedet

Autor: Vo · Rubrik: Australien · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:10

In den letzten Sitzungstagen vor der Weihnachtspause hat der Senat, die zweite Kammer des australischen Parlaments, im Schnelldurchgang ein fast 700-seitiges Gesetzeswerk verabschiedet, das einen massiven Angriff auf die Lage der arbeitenden Menschen in Australien legalisiert. Die neue Arbeitsgesetzgebung lässt die Kapitalisten und ihre Verbände frohlocken, während die Gewerkschaften breiten Protest organisieren.

Am Dienstag, den 15. November demonstrierten etwa 600.000 Menschen in mehr als 300 australischen Städten und Gemeinden gegen die von der konservativen Regierung des Premierministers John Howard initiierte umfassende Neuregelung der Arbeitsgesetzgebung. Das waren die größten Demonstrationen in Australien seit den Anti-Vietnam-Protesten der siebziger Jahre. Allein in Melbourne waren rund 210.000 Leute auf der Straße. In Sydney blockierten mehrere Tausend Mitglieder der Transportarbeitergewerkschaft kurzzeitig die innerstädtische Autobahn. Belegschaften von Autoherstellern nahmen ebenso wie Lehrerkollegien geschlossen an den Protesten teil. Im Bundesstaat Victoria beteiligten sich rund die Hälfte aller LehrerInnen an der Kundgebung in Melbourne. Viele Behörden und Betriebe, Schulen und Hochschulen lagen still - trotz massiver Androhungen von Repressalien seitens der Arbeitgeber.

Aufgerufen zu diesem nationalen Aktionstag hatte der Dachverband der australischen Gewerkschaften ACTU (Australian Trades Union Congress). Der ACTU und die ihm angeschlossenen 46 Einzelgewerkschaften kritisieren die Neuregelungen als einen massiven Angriff auf die Rechte der australischen Arbeitnehmer und die Betätigungsmöglichkeiten ihrer Verbände. Im Zentrum stehen die beabsichtigte weitgehende Aufweichung des Kündigungsschutzes, des Systems der Tarif- und Kollektivverträge sowie der arbeitsrechtlichen Mindeststandards. Der ACTU-Generalsekretär Greg Combet erklärte: "Diese Gesetze stellen eine Bedrohung der Arbeitsplatzsicherheit eines jeden australischen Beschäftigten dar. Sie geben den Unternehmern beispiellose neue Macht, willkürlich zu heuern und zu feuern".

"Arbeitsfrieden - für eine Entwicklung der Wirtschaft"

Es sind vor allem sechs Punkte, in denen die Regierung grundlegende Veränderungen anstrebt. Da ist erstens die beabsichtigte Aufweichung des Kündigungsschutzes. Die Regierung will für alle Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten den Schutz vor sogenannten unfairen Entlassungen aufheben. Weit über 90 Prozent der australischen Betriebe fallen in diese Kategorie, knapp vier Millionen ArbeitnehmerInnen von insgesamt gut neun Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Australien sind in ihnen beschäftigt. Für sie wird der Kündigungsschutz praktisch abgeschafft. Begründungen für Kündigungen müssen nicht mehr gegeben werden. Nur noch Kündigungen auf Grund von Diskriminierung wegen Geschlecht, Rasse, Alter, Gewerkschaftsmitgliedschaft, Schwangerschaft sollen unrechtmäßig sein. In Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten kann innerhalb von sechs Monaten nach Aufnahme der Beschäftigung ohne Begründung gekündigt werden (bisher drei Monate), weiterhin werden "betriebsbedingte Kündigungen" nunmehr jederzeit möglich. Die Regierung behauptet, dass so neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Gewerkschaften und unabhängige Experten bestreiten das heftig. Eine Umfrage vom Juli 2005 ergab, dass 81 Prozent aller Unternehmen sich in ihren Entscheidungen zur Einstellung neuer Arbeitskräfte nicht von der Neuregelung beeinflussen lassen würden.

Zum zweiten will die Regierung das System der Tarif- und Kollektivverträge aufweichen und weitgehend durch individuelle Arbeitsverträge ersetzen. Zur Zeit sind rund fünf Millionen australische Arbeitnehmer(innen) über Flächentarif- oder Unternehmenskollektivverträge abgesichert. Schon 1996 hat die Howard-Regierung einen neuen Typ des Einzelvertrags, das so genannte Australian Workplace Agreement (Australische Arbeitsplatz Vereinbarung, AWA) eingeführt. Bisher durften die Regelungen von AWAs tarifvertragliche Vereinbarungen nicht unterschreiten. Künftig soll es Unternehmern möglich sein, mit einzelnen Beschäftigten Verträge abzuschließen, die untertarifliche Regelungen von Bezahlung und Arbeitsbedingungen enthalten. Besonders betroffen sind Frauen auf Teilzeitarbeitsplätzen. Sie werden schon heute massiv in individuelle Verträge

gezwungen. Frauen mit AWAs verdienen durchschnittlich deutlich weniger als Frauen, die über Kollektiv-/Tarifverträge angestellt sind. Alle ArbeitnehmerInnen sollen gezwungen werden können, AWAs einzugehen. Das ist ein massiver Angriff auf die kollektive Verhandlungsmacht der Arbeitnehmerschaft. Künftig soll der/die einzelne ArbeitnehmerIn dem Arbeitgeber allein am Verhandlungstisch gegenüber sitzen. Arbeitsrechtler vertreten die Auffassung, dass diese Bestimmungen internationale Menschenrechtsstandards und andere internationale Verpflichtungen, die Australien etwa gegenüber der ILO (International Labour Organisation) eingegangen ist, verletzen und daher gesetzeswidrig sind.

Die Howard-Regierung behauptet, dass mit "maßgeschneiderten" Einzelverträgen besser individuell auf die Bedürfnisse der einzelnen Beschäftigten eingegangen werden könne, dass das bisherige schwerfällige System flexibilisiert und unnötiger Bürokratismus abgebaut werde. Das sei ganz im Dienste eines flexiblen Arbeitsmarktes und der Überwindung eines veralteten komplizierten Systems starrer Über-Regulierungen. Und die Regierung geht mit schlechtem Beispiel voran: In Ministerien und Teilen des öffentlichen Dienstes erfolgen Neueinstellungen nur noch über AWAs.

"Einzelverträge für individuelle Bedürfnisse"

In engem Zusammenhang hiermit steht auch die dritte Absicht, Minimalstandards für Arbeitsbedingungen gesetzlich festzulegen und auf diesem Wege darüber hinaus gehende Sicherungen abzuschaffen. Künftig soll es nur noch fünf gesetzlich garantierte Mindestnormen geben: einen Mindestlohn, vier Wochen Jahresurlaub, acht Tage bezahlten Krankenurlaub, unbezahlten Elternurlaub und eine Höchstwochenarbeitszeit (von gegenwärtig 38 Stunden). AWAs müssen nur noch diese fünf Punkte berücksichtigen. Alle darüber hinaus gehenden bisher tarifvertraglich fixierten Ansprüche fallen weg, also etwa Überstundenzahlungen, Wochenend-, Feiertags- und Nachtzuschläge, Abfindungen oder auch geregelte Arbeitspausen usw. ArbeitnehmerInnen werden also z.B. künftig Weihnachten oder nachts zu normalem Stundenlohn arbeiten müssen, wenn es dem Boss so gefällt. Die Howard-Regierung preist sich dafür, dass sie erstmals einheitliche Rechte für alle australischen Arbeitnehmer(innen) gesetzlich verankere. Die Gewerkschaften sehen das als einen Angriff auf das bisherige weit über die fünf Minimalstandards hinaus gehende Sicherheitsnetz der Tarifverträge. Diese wiederum werden von der Regierung als "übertrieben vorschreibend" und "zu detailliert" kritisiert; sie seien für Arbeitgeber und Arbeitnehmer viel zu schwer zu verstehen.

"Überwindung eines veralteten Systems"

Viertens soll das Verfahren zur Festsetzung des Mindestlohns verändert werden. Seit mehr als einhundert Jahren wird in Australien der Mindestlohn von einer unabhängigen Institution, der Australian Industrial Relations Commission (AIRC), festgesetzt. Er liegt gegenwärtig bei 484 australischen Dollar in der Woche oder 12,75 Dollar pro Stunde. Nun soll ein neues Gremium zur Festlegung des Mindestlohns geschaffen werden, die so genannte Australian Fair Pay Commission, deren Mitglieder von der Regierung bestellt werden sollen. Damit soll das "veraltete konfrontative" gegenwärtige Verfahren ersetzt werden durch eines, in dem eine "bessere Balance zwischen fairer Bezahlung und Beschäftigung" gewährleistet sei. Die Gewerkschaften hören aus dieser Ankündigung das Bestreben heraus, den Mindestlohn zu drücken. In der Tat hat die Howard-Regierung einen notorisch antigewerkschaftlich eingestellten konservativen Wirtschaftsprofessor zum Vorsitzenden der Fair Pay Kommission berufen, was Schlimmes befürchten lässt. Zwar hat die Regierung zugesagt, am gegenwärtigen Mindestlohn nicht zu rütteln - ausgenommen für Behinderte, Auszubildende und unter 21-jährige ArbeitnehmerInnen (ungefähr eine Million Beschäftigte): für die soll ein "Spezial-Mindestlohn" eingeführt werden.

Die AIRC soll - das ist der fünfte Punkt - weitgehend entmachtet werden. Diese Kommission, die es auf zentraler Ebene und für die einzelnen Bundesstaaten gibt, ist eine australische Besonderheit, auf die die Gewerkschaften des Landes besonders stolz sind. Sie war nicht nur für die Festsetzung des Mindestlohns zuständig, sondern hatte auch weitgehende Kompetenzen bei der Schlichtung von Streitfällen. Nun soll ihr ihre Rolle in Sachen Mindestlohn genommen werden, und die bundesstaatlichen Ebenen der Kommission sollen abgeschafft werden. Dagegen protestieren die Gewerkschaften heftig; die Regierung hingegen will die ganze Aufregung nicht verstehen, schließlich wolle man ja lediglich dieses "Gebilde einer vergangenen Epoche der australischen Geschichte mit ihren schädlichen nationalen Arbeitskämpfen" den heutigen Bedingungen anpassen.

Sechstens schließlich sollen auch die Rechte der Gewerkschaften drastisch eingeschränkt werden. Insbesondere soll der Zugang von Gewerkschaftsvertretern zu den Betrieben begrenzt werden (vorherige schriftliche Anmeldung, nur alle sechs Monate zu Werbungszwecken u.a.), und Arbeitskämpfe sollen erschwert werden. So sollen u.a. geheime Urabstimmungen vor Streiks eingeführt werden, die bisher nicht üblich waren. Verstöße der Gewerkschaften gegen diese Bestimmungen sollen mit empfindlichen Geldstrafen geahndet werden. Die Regierung begründet diese Maßnahmen mit der Bedeutung des "Arbeitsfriedens" für eine gedeihliche Entwicklung der Wirtschaft.

Die Howard-Regierung will mit all dem nach eigenem Bekunden Australien fit machen für den verschärften Wettbewerb in einer globalisierten Weltwirtschaft. Ihr Credo: "Australien braucht einen flexibleren Arbeitsmarkt, um Wirtschaftswachstum und Beschäftigungschancen zu maximieren und Australiens Lebensstandard in einer zunehmend globalisierten Wirtschaft zu erhalten und zu verbessern".

Das sehen die Gewerkschaften anders. Sie haben in den letzten Monaten eine breite Kampagne gegen die neue Arbeitsgesetzgebung organisiert, die auf eine Resonanz gestoßen ist, die die Gewerkschaftsführungen offensichtlich selbst überrascht hat. Bereits Ende Juni hatten mehr als 350.000 Menschen an landesweiten Protesttagen teil genommen. Betriebsversammlungen und gewerkschaftliche Delegiertentreffen waren stets gut besucht. In den letzten Monaten konnten die ACTU-Verbände deutliche Mitgliederzuwächse verzeichnen. Sie organisieren gegenwärtig rund 2 Mio. Lohnabhängige, das sind knapp 25% der australischen Arbeitnehmerschaft.

"Wirtschaftswachstum und Beschäftigungschancen"

Der Aktionstag Mitte November bildete den vorläufigen Höhepunkt der Kampagne, in der die Gewerkschaften auch neue Wege gehen. Als besonders wirkungsvoll hat sich eine vom ACTU gestaltete Medienkampagne erwiesen, in deren Zentrum Fernseh-Werbespots stehen, in denen die Folgen der neuen Gesetzgebung am Schicksal einzelner Familien vorgeführt werden. Sie haben die "Reformen" zum Tagesgespräch werden lassen.

Bewusst nutzt man die neuen Medien und geht in die Öffentlichkeit und die Gemeinden. So liefen die Aktionen am 15. November unter der Überschrift eines "National Day of Community Protest", also des Protestes des gesamten Gemeinwesens, nicht allein der Gewerkschaften. Damit werden neue Bündnispartner gewonnen. Spitzengremien und hohe Würdenträger der anglikanischen und katholischen sowie anderer Kirchen haben kritisch zur neuen Arbeitsgesetzgebung Stellung bezogen. Die zentrale Veranstaltung des nationalen Aktionstags in Melbourne wurde live über Satellit an die anderen Veranstaltungsorte übertragen. Meinungsumfragen zeigen deutliche Ablehnung der Regierungspläne. Im Parlament allerdings verfügt Howard über eine Mehrheit. Die Opposition aus Labour Party, Grünen und Demokraten hat eine Verabschiedung der Gesetze nicht verhindern können. Lediglich kosmetische Änderungen auf Grund von Senatsempfehlungen hat es gegeben. Gegen den Protest der Opposition wurden die Beratungen im Senat über Änderungsanträge drastisch verkürzt, das Gesetz am 2. Dezember verabschiedet. Howard ist es damit gelungen, den Gesetzgebungsprozess im Schnellverfahren durchziehen.

Damit sind die Gesetze allerdings noch nicht in die Realität in Betrieben und an Arbeitsplätzen umgesetzt. Jetzt kommt es darauf an, im Arbeitsalltag eben diese Umsetzung zu verhindern. Ob das gelingt, hängt von der Kampfkraft der Belegschaften in den einzelnen Betrieben und der solidarischen Unterstützung durch die Gewerkschaften ab. In dieser Hinsicht zeichnen sich allerdings unterschiedliche strategische Orientierungen ab.

Die traditionell eng mit der australischen Labour Party (ALP) verbandelten Gewerkschaftsführungen scheinen vornehmlich auf einen Regierungswechsel nach den nächsten Wahlen zu hoffen. Dann soll, so ihre Vorstellung, eine neue Labour-Regierung die Howard'sche Arbeitsgesetzgebung kassieren. Der Oppositionsführer im Parlament, Kim Beazley, versprach in der Tat am 15. November vor 20.000 DemonstrantInnen in Brisbane, dass er nach einem Sieg seiner Labour-Partei bei den nächsten Wahlen als erste Amtshandlung die Howard'schen Gesetze "in den Papierkorb" werfen werde. Vorsicht gegenüber derartigen (Wahl-) Versprechen ist allerdings angebracht. Beazley hat sich auch schon positiv über die AWAs geäußert, die er beibehalten sehen wolle. Eher als der "Papierkorb" wird den Gesetzen unter Labour wohl eine "konstruktive Überarbeitung" blühen. Zu viel Basisaktivität ist den Gewerkschaftsführungen eher lästig. So

haben sie die oben erwähnte Autobahn-Besetzung der Transportarbeiter - eine direkte Aktion zivilen Ungehorsams - als überzogen und zu radikal kritisiert und sich distanziert.

Gewerkschaftslinke dagegen geben die Parole aus: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Sie wollen weitere nationale Aktionstage, wenn nicht gar einen eintägigen Generalstreik, etwa am 1. März nächsten Jahres, dem Datum, an dem die neuen Gesetze in Kraft treten. Darüber hinaus orientieren sie auf eine Intensivierung der innerbetrieblichen Auseinandersetzungen, mit denen das Wirksamwerden der neuen Gesetze sabotiert werden soll. Ob sich das realisieren lässt, bleibt abzuwarten.

Vo

35. "Ein Gift, das langsam durch unsere Venen fließt." Europäische Union zwingt AKP-Staaten Freihandel auf

Autor: Annette Groth · Rubrik: Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:15

Vollmundig wurde auf dem EU-Gipfel im März 2000 in Lissabon verkündet, die Europäische Union solle bis 2010 der "wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum in der Welt" werden. EU-Präsident Barroso erklärte das Vorantreiben der "Lissabon-Strategie" zum höchsten Ziel seiner Regierungsmannschaft. Auch Industrie-Kommissar Günter Verheugen erklärte, dass "die Kommission sämtliche Instrumente einsetzen wird, um allen Unternehmen so günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, dass sie auf dem Weltmarkt mithalten können".

"Günstige Rahmenbedingungen" von Unternehmen auf dem Weltmarkt spielen insbesondere in der EU-Handelspolitik eine große Rolle, die in der "exklusiven Kompetenz" der EU-Kommission liegt. Die EU-Handelspolitik wird im so genannten 133er Ausschuss koordiniert; so benannt nach Artikel 133 des EU-Vertrags, der die "Gemeinsame Handelspolitik" regelt. Der Ministerrat genehmigt die Vorlagen aus dem 133er Ausschuss in der Regel ohne weitere Diskussion. Der 133er Ausschuss entscheidet auf Konsensbasis und nach dem Prinzip des Gentlemen Agreements. Zugang zu den Sitzungen haben neben den Vertretern der Wirtschafts- und Handelsministerien auch Vertreter von zwei Lobbyverbänden privater Dienstleistungskonzerne, aber nicht die Mitglieder des Europäischen Parlaments. Letztes Jahr hat die Umweltstiftung WWF eine Klage gegen den Ministerrat vor dem Europäischen Gerichtshof eingereicht, weil der 113er Ausschuss keine Geschäftsordnung hat und mehr oder weniger im rechtsfreien Raum agiert. Mit einem Urteil ist 2006 zu rechnen.

Durch ihre Präsenz im 133er Ausschuss hat die Industrie entscheidenden Einfluss auf die europäische Handelspolitik und auf die Verhandlungen im Zusammenhang mit dem WTO-Dienstleistungsabkommen GATS; schließlich haben die Unternehmen ein großes Interesse an der Liberalisierung und Privatisierung von Dienstleistungen in den profitablen Sektoren Wasserversorgung, Gesundheit, Tourismus und öffentlicher Verkehr, um nur einige zu nennen.

Derzeit drängt die EU die WTO, Regeln für eine umfassende Liberalisierung des Dienstleistungssektors im Rahmen des GATS durchzusetzen. Neu ist, dass die EU das Prinzip der Reziprozität fordert: Wenn die EU von einem Land die Wasserliberalisierung verlangt, müssen auch die EU-Staaten ihren Wassersektor öffnen. Falls diese Forderung bei der WTO-Konferenz in Hongkong akzeptiert würde, könnte ein Großteil der Dienstleistungen weltweit unter Kommerzialisierungsdruck geraten.

Aber auch ohne die Hilfe der WTO setzt die EU ihre aggressive Liberalisierungspolitik durch. Im April 2005 machte der EU-Handelskommissar Mandelson in Mali deutlich, dass die 77 mit der EU assoziierten AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) nur dann einen "verbesserten" Zugang zu den EU-Märkten erhalten, wenn sie ihre Märkte öffnen und über regionale Freihandelsabkommen (so genannte Regional Economic Partnership Agreements, EPA) verhandeln. Die Verhandlungen über EPAs sollen bis Ende 2007 abgeschlossen sein und zwischen 2008 und 2020 implementiert werden. EPAs sind Teil des im April 2003 ratifizierten Cotonou-Abkommens, das die graduelle Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen gemäß den Bestimmungen des WTO-Dienstleistungsabkommen GATS vorsieht. Mit der Unterzeichnung von EPAs dürfen diese Länder keine Zölle mehr auf importierte Waren erheben und müssen ihre Märkte nicht nur für Industrie- und Agrarprodukte aus der EU, sondern auch für Investitionen, Dienstleistungen und das öffentliche Beschaffungswesen öffnen. Wenn Entwicklungsländer zu einer solch umfassenden Marktliberalisierung und zum Zollverbot für Importgüter gezwungen werden, hat das katastrophale Auswirkungen. AKP-ProduzentInnen werden einem Wettbewerb mit europäischen Unternehmen ausgesetzt, den sie nur verlieren können.

Profitabel für EU-Konzerne, schlecht für AKP-Länder

Dass es sich bei diesen Freihandelsabkommen in erster Linie um eine Exportstrategie für EU-Konzerne handelt, steht sogar explizit auf der Webseite der EU-Kommission "Handel und Wettbewerbsfähigkeit". (1) Dafür erhält die EU-Kommission auch Lob vom BDI: "Bei bilateralen Verhandlungen und WTO-Beitrittsprozessen versucht die Kommission, die offensiven Interessen der EU möglichst umfassend

durchzusetzen. Die Kommission vertritt also so gut es geht - die Interessen der Unternehmen, die in den betreffenden Märkten Absatzchancen sehen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Kommission ist für echten Fortschritt unentbehrlich." (2)

Durch das Zollverbot für Importgüter würden die AKP-Staaten einen bedeutsamen Teil ihrer Staatseinnahmen verlieren. In Uganda und Sierra Leone kommen 50% der Steuereinnahmen von Importzöllen. Der Staatspräsident Benins wies bereits im September 2003 in einer Rede vor dem Europäischen Parlament darauf hin, dass sein Land bis zu 20% der Staatseinnahmen verlieren könnte, wenn es seine Wirtschaft nicht mehr durch Importzölle schützen darf. "Das wird Konsequenzen für die Investitionen im Sozialbereich haben und steht im krassen Missverhältnis zur Empfehlung des UN-Entwicklungsprogramms UNDP, wonach Benin seine Steuerbasis erhöhen und mehr in den öffentlichen sozialen Sektor investieren muss, wenn es eine nachhaltige Entwicklung erreichen will." (3)

Bereits im Juni 2004, bei einem Gipfeltreffen der EU und der AKP-Staaten, wurde die EU heftig kritisiert, da sie auf einige AKP-Staaten großen Druck ausübt, um die Zustimmung zu den EPAs durchzusetzen. Auf einem Parallel-Treffen von NGOs lancierte das Africa Trade Network die "Stoppt-EPA-Kampagne", die sich für wirtschaftliche, soziale und ökologisch nachhaltige Alternativen einsetzt. (4) Bisher haben sich 164 Netzwerke und Organisationen aus den AKP-Staaten und aus Europa der Kampagne angeschlossen.

Billigprodukte überschwemmen den Markt

Durch ein Liberalisierungsprogramm gingen in den 1990er Jahren im Senegal ein Drittel aller Arbeitsplätze im produzierenden Sektor verloren. Ein ähnlicher Effekt deutet sich auch schon infolge der bereits existierenden Freihandelsabkommen der EU an: In Ghana und im Senegal haben die von der EU erzwungenen Senkungen der Importzölle für Tomatensoße, Geflügelteilen und Fleisch zu einer Überschwemmung der Märkte mit europäischen Importen geführt. Durch "halsabschneiderische" Preise, die weit unterhalb der Preise für lokal hergestellte Produkte lagen, gingen kleine Fabriken und zahlreiche KleinproduzentInnen bankrott, Arbeitslosigkeit und steigende Armut sind die Folge.

Der Gewerkschaftsführer der ghanaischen Geflügelfarmer äußerte sich während eines Hearings in Brüssel sehr besorgt über die wachsenden Importe aus der EU: "Es ist schwer einsehbar, dass im Namen des Freihandels das Dumping von Geflügelteilen wie Hühnerbeine, -flügel und hälse, die sowieso keinen Absatzmarkt in der EU haben, erlaubt wird." (5) Menschenrechte, wie das Recht auf Ernährungssouveränität, werden auf dem Altar des Freihandels geopfert.

Aminata Traore, ehemalige Kultusministerin Malis und eine der prominentesten Aktivistinnen Afrikas, bezeichnet die Freihandels-Abkommen als die "Massenvernichtungswaffen" Europas. (6) Für das Dritte-Welt-Netzwerk in Ghana sind die EPAs ein Gift, das "langsam durch unsere Venen fließt, bis es tödlich wirkt". Im August dieses Jahres haben afrikanische Zivilgesellschaften auf einem Vorbereitungstreffen zur WTO-Konferenz in Hongkong von den Industrieländern gefordert, alle Subventionen zu streichen, die es den Industrieländern ermöglichen, Produkte mit "künstlich niedrig gehaltenen Preisen" auf die globalen Märkte zu werfen und damit die Ökonomien zu zerstören. Statt Freihandelsabkommen und Exportsubventionen für europäische und US-amerikanische Agrarprodukte werden Handelsstrukturen gefordert, die faire Preise für diese Produkte auf dem Weltmarkt sichern.

Laut der Studie einer britischen Hilfsorganisation hat die Handelsliberalisierung die afrikanischen Ländern südlich der Sahara in den vergangenen 20 Jahren 272 Milliarden US-Dollar gekostet. "Wären diese Länder nicht zur Liberalisierung gezwungen worden, für die sie als ‚Belohnung` Kredite und Schuldenerlass erhalten haben, hätten sie genug Gelder zur Verfügung gehabt, um jedes Kind impfen zu können und jedem Kind den Schulbesuch zu ermöglichen. Zwei Jahrzehnte der Liberalisierung hatten diese afrikanischen Länder so viel gekostet, wie sie an Entwicklungshilfe erhalten haben." (7) Ist es Zufall, dass sich die Armut in Afrika in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt hat?

Dem von der Industrie gebetsmühlenartig wiederholten Mantra, dass Handelsliberalisierung Wohlstand, Entwicklung und Arbeitsplätze schafft, muss offensiv entgegen getreten werden. Das Gegenteil ist der Fall, wie viele Studien und Fakten belegen. Die EU und ihre aufgezwungenen Freihandelspolitik ist verantwortlich für steigende Armut, die die Menschen in den betroffenen Ländern zur Migration zwingt. Wenn es der deutschen

Regierung Ernst mit ihrer Armutsbekämpfungsstrategie ist, muss sie auf die EU-Kommission Einfluss nehmen und die Durchsetzung der Freihandelsabkommen verhindern.

Annette Groth

Anmerkungen:

1) www.europa.eu.int/comm/trade/ issues/sectoral/competitiveness/index_en.tm

2) "Alter Wein in neuen Schläuchen?" Handelspolitik Aktuell, BDI, April 2005, Ausgabe 1/05

3) New ACP-EU Trade Arrangements: New Barriers to Eradicating Poverty?, Brüssel, März 2004, www.eurostep.org

4) www.stopepa.de

5) New ACP-EU Trade Arrangements: New Barriers to Eradicating Poverty

6) TAZ, 6.7.2005, "Auch Afrika darf sich schützen", Interview mit A.Traoré

7) "The economics of failure - The real cost of 'free ' trade for poor countries", A Christian Aid briefing paper, Juni 2005

36. Schreib dir eine Weltwirtschaftsordnung. Mit freundlicher Unterstützung transnationaler Konzerne lädt die WTO nach Hong Kong

Autor: Alexis Passadakis und Magali Mander · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:22

Vom 13. bis zum 18. Dezember diesen Jahres findet in Hong Kong die 6. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) statt. Durchgesetzt werden soll dort ein drastisches Liberalisierungsprogramm, welches alle sozialen wie politischen Barrieren, die den Interessen transnationaler Konzerne (TNKs) und ihrer corporate agenda entgegenstehen, aus dem Weg räumt. Für ein paar Tage wird nun die Weltöffentlichkeit eine Ahnung davon bekommen können, wie hier der Rahmen einer globalen Enteignungsökonomie geschaffen wird, der mit einem massiven neoliberalen Umbau von Staatlichkeit einhergeht. Dabei steht die Langfristigkeit, mit der dieses Projekt vorangetrieben wird, im krassen Gegensatz zu den kurzen Zyklen sozialer Bewegungen, die bisher punktuell jene Orte und Institutionen angegriffen haben, an denen unter massiver Polizeipräsenz miese Abkommen getroffen werden. Daher: Kein Deal ist besser, als ein schlechter Deal!

Trotz der vergangenen, massiven Proteste gegen die WTO - Seattle und das Scheitern der letzten WTO-Ministerkonferenz in Cancún sind hier zu nennen - fährt der Freihandelszug weiter in Richtung "Mehr Marktzugang für transnationale Konzerne". Mit der Doha-"Entwicklungsrunde" wird dabei ein Label ventiliert, dass die vor allem von den Ländern des Südens artikulierten Bedenken einhegen soll. Im Süden wie im Norden stürzen die Auswirkungen der WTO-Abkommen Menschen in Armut und gefährden sie in ihrem alltäglichen Überleben. Vor allem aber im globalen Süden führt dies zu massiven Protesten gegen die Welthandelsorganisation.

Anders das Bild in der BRD: Die Proteste gegen Hartz IV wagten kaum den Blick über den eigenen Tellerrand. Zwar wurde kritisiert, dass die Prinzipien des Marktes über der Würde von Menschen stehen und im Namen des Wunderdings Globalisierung Zugeständnisse an die "Wettbewerbsfähigkeit" des Staates verlangen. Die Tatsache, dass diese "Sachzwänge", die den "Standort Deutschland" bedrohen, politisch gewollt sind und u.a. im Rahmen der WTO von den eigenen Regierungen installiert werden, wurde dabei kaum aufgegriffen. Nicht thematisiert wird also, dass die unter maßgeblichem Druck der BRD durchgesetzten Agenden erst die Rahmenbedingungen schaffen, auf Grund derer eine Anpassung an den Weltmarkt und verschärfte internationale Konkurrenz verlangt werden. Zu groß ist der Konsens über die vermeintliche Notwendigkeit, Deutschland als "Exportweltmeister" im Rennen zu halten und den "Standort Deutschland" zu sichern.

Mehr Arbeitslosigkeit, mehr Nahrungsunsicherheit

Seit der Ministerkonferenz 2001 in Doha gibt auch die WTO vor, ihren Teil zur Armutsbekämpfung beizutragen. Doch der Schein trügt: Was als "Entwicklungsrunde" deklariert ausgehandelt werden soll, droht zum Rezept industrialisierter Staaten für einen gezielten K.o.-Schlag gegen den globalen Süden zu werden: De-Industrialisierung, Dumping, Armut und irreparable Schäden für Menschen und Umwelt sind schon jetzt die Folge. Handelshemmend ist, was exportorientierte Produktion bestraft - dieser Logik folgend werden wirtschaftliche Rechte mit einer Vehemenz durchgesetzt, die bürgerliche Menschenrechte und Globale Soziale Rechte nicht erfahren. Dass Bäuerinnen heute für den Weltmarkt produzieren, während für sie selber nicht genug zum Überleben bleibt, ist Ergebnis dieser Freihandelslogik: "Weltweit gibt es auf dem Land immer mehr Arbeitslosigkeit, mehr Hunger, mehr Nahrungsunsicherheit. Jene, die zur Ernährung der Welt beitragen, sind zunehmend unfähig sich selbst zu ernähren", stellt Peter Rossman, Sprecher der International Union of Foodworkers fest.

Im Gegensatz zu dem, was der Name "Freihandelstheorie" suggeriert - die Schaffung "freien" Handels "freier" Akteure in einer für Waren und Arbeit (Dienstleistungen) grenzenlosen Welt - schafft die WTO vor allem freie Bahn für grenzüberschreitenden Transfer von Waren und Arbeit innerhalb der transnationalen Netzwerke der großen Unternehmen. Handel ist nicht vor allem ein Geschäft zwischen Staaten, sondern zwischen Konzernen.

Schon zu seinen Zeiten als EU-Handelskommissar galt Pascal Lamy als treuer Vertreter von Konzerninteressen. Nun hat er es direkt in die Position des WTO-Generalsekretärs geschafft; dort soll er den Verhandlungen den von europäischen Lobbyverbänden vermissten Schwung verleihen. Lamy ist bestrebt, in Hong Kong ein Ergebnis zu erzielen, dass das Tempo der Liberalisierungen erhöht: "Auf jeden Fall kennt Lamy die Risse im Block der Entwicklungsländer, zum Beispiel zwischen den G-20, G-33 und den LDCs (1), und er wird nicht zögern, diese zu nützen, um ein sich weit reichendes Abkommen durchzudrücken", kommentiert Walden Bello von der Süd-NGO Focus on the Global South.

In einem "Kuhhandel" zwischen ungleichen Ländern werden vor allem von Seiten der EU und USA alle verfügbaren Geschütze aufgefahren, um zu den gewünschten Ergebnissen zu gelangen. Doch es handelt sich im Rahmen der WTO längst nicht mehr um einen einfachen Konflikt zwischen Nord und Süd, da zunehmend auch Schwellenländer wie Indien und Brasilien in aggressiver Art und Weise ihre eigenen Exportstrategien verfolgen. Das erhöht die Gefahr, dass Koalitionen der Länder des Südens wie die G33, die sich für Schutzmechanismen für die ärmsten Länder einsetzen, durch die Industrieländer und deren Umarmungstaktik gegenüber Indien und Brasilien gespalten werden. Mit Hilfe von IWF und der Weltbank setzt die WTO Schuldnerländer unter Druck, sich dem Marktöffnungsparadigma zu unterwerfen. Nicht weiter verwunderlich, dass sich WTO-Generalsekretär Lamy engagiert auf der IWF/WB-Jahrestagung vor ein paar Wochen in Washington zeigte.

Freie Fahrt für noch mehr Markt?

Zentrale Funktion der WTO ist die internationale, rechtliche Absicherung globaler Ausbeutungs- und Enteignungsprozesse im Interesse der TNKs. Marktzugangsmöglichkeiten und Investitionen sollen bis auf unabsehbare Zeit durch ein multilaterales Regelwerk, das quasi als globale Wirtschaftsverfassung fungiert, festgeschrieben werden. Denn: hinter einmal eingegangene Verpflichtungen gibt es kein zurück. Selbst wenn z.B. in Brasilien die Deutsche Bank und HSBC bereits jetzt ihre Niederlassungen haben, können sie so sicher gehen, dass auch in der Zukunft ihr Kapital unter ihrer unbeschränkten Verfügung bleibt und keine staatlichen Maßnahmen ihren Spielraum einschränken. Der Politikwissenschaftler Stephen Gill nennt diesen Prozess des Einschließens ("locking in") neoliberaler Prinzipien in quasi unabänderliche rechtliche Regelwerke "Neo-Konstitutionalismus". Ähnlich der bürgerlichen Verfassungsbewegungen im 19. Jh. versucht heute eine neu entstehende, transnationale kapitalistische Klasse, ihre Interessen festzuschreiben. Für diese bietet sich nun die Chance, einen rechtlichen Rahmen zu etablieren, der bis in die ferne Zukunft allein auf weitere Profitmöglichkeiten hin orientiert ist und gesellschaftliche Ansprüche - ökologische, soziale, demokratische - außen vor hält. Um dieses Ziel zu erreichen, sind die Unternehmen auch bereit, kostspielige jahrelange Lobbyaktivitäten zu organisieren.

Es ist also irreführend, die WTO allein auf Fragen des Handels zu verkürzen. Denn weit darüber hinaus betrifft die WTO eine unüberschaubare Zahl von staatlichen Regelungen und trägt somit zum neoliberalen Umbau von Staatlichkeit auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene entscheidend bei. Marktzugangsmöglichkeiten und Investitionssicherheit von transnationalen Konzernen sind Kernprinzipien einer Dynamik des globalisierten Kapitalismus, die öffentliche Güter und kleine (z.B. bäuerliche) ProduzentInnen in den Strudel einer Ökonomie der Enteignung zieht. Dies geschieht über die Globalisierung von Eigentumsrechten und die Ausweitung von Märkten. Paradebeispiel ist das TRIPS-Abkommen zum Schutz geistiger Eigentumsrechte, das die Patentierung von natürlichen Ressourcen und Wissen forciert. Im Klartext heißt das: Aneignung von öffentlichen Ressourcen durch Patenthalter - und das sind schätzungsweise zu neunzig Prozent transnationale Konzerne. Ein weiteres Beispiel ist das Dienstleistungsabkommen GATS, das die Öffnung sämtlicher Dienstleistungssektoren für ausländische AnbieterInnen im Visier hat. Der Privatisierungsdruck auf öffentliche Dienste und soziale Sicherungssysteme wird dadurch verschärft und der öffentlichen Hand droht weitere Enteignung.

Dass die Stoßrichtung der WTO auf diese Enteignungsdynamik zielt, ist kein Zufall: drei der vier grundlegenden Abkommen der Welthandelsorganisation wurden von TNKs und ihren Verbänden im Laufe der 1980er Jahre konzipiert. Beim GATS spielten Citi Corp. und American Express eine zentrale Rolle, das Agrarabkommen (AoA) ist nicht ohne die tätige Beihilfe von Cargill, einer der weltweit größten Agrar-Unternehmen, zu verstehen und bei der Entstehung des TRIPS hatten der Pharma-Konzern Pfizer und IMB die Federführung. Und auch bei den derzeit laufenden Verhandlungen haben die Konzerne und ihre Lobbyisten exzellenten Zugang zu den Ministerien und zur EU-Kommission.

Widerstand ist machbar - z.B. beim EU-Mercosur-Gipfel

Trotz ihrer Bedeutung für die Absicherung und Ausdehnung der globalen Kapitalverwertung darf die WTO dennoch auch nicht überschätzt werden. Denn komplementär zu diesem für 148 Mitgliedsstaaten geltenden und damit fast universellen Freihandelsrechtsrahmen, existieren zahlreiche bi- und plurilaterale Handelsabkommen. Die Verträge der Welthandelsorganisation sind damit nur ein Teil des juridischen Geflechts, welches globale Wertschöpfungsketten und Produktvermarktung für Konzerne kalkulierbar macht. In fast allen der z.Z. verhandelten bi- und plurilateralen Abkommen geht es den Regierungen der Industriestaaten darum, eine "WTO-plus"-Agenda durchzusetzen. D.h. der Verpflichtungsgrad in diesen Verträgen ist für Länder des Südens wesentlich höher und die Themenpalette deutlich breiter (z.B. bzgl. Investitionsschutz) als es in der jetzt laufenden WTO-Runde umsetzbar wäre. Auf vielen Feldern fungiert die bilaterale Ebene als Schrittmacher für das, was an Liberalisierung und Deregulierung möglich ist.

In den aktuellen Verhandlungen der EU mit einigen westafrikanischen Staaten über ein so genanntes Economic Partnership Agreement (EPA) fordert die Kommission z.B. massive Zollsenkung für Güter der verarbeitenden Industrie. Selbst die Tatsache, dass eine Kommissions-interne Studie zu dem Schluss kommt, dass daraufhin der gesamte nach den De-Industrialisierungsschüben der 1980er und 1990er Jahre übrig gebliebene westafrikanische Sektor verarbeitender Industrie zusammenbrechen würde, ficht die Kommission und die Mitgliedstaaten bei ihrem aggressiven Kurs nicht an.

Mehr Beachtung als für die EPA-Verhandlungen, die die EU übrigens mit fast allen AKP-Staaten (2) führt, gibt es für die EU-Mercosurverhandlungen. Auch hier verfolgt die EU im Interesse ihrer Konzerne eine "WTO-plus"-Strategie. Anlässlich des EU-Mercosur-Gipfels im Mai 2006 in Wien bestünde die Möglichkeit, dieses bilaterale Liberalisierungsprojekt ins Visier zu nehmen und gerade auch der Bevölkerung ein solidarisches Zeichen zu senden, dass der europäische Freihandelskonsens nicht ohne Risse ist. Jenseits notwendiger und berechtigter Grundsatzkritik an Kapital und Staat ist konkrete Kampagnenarbeit dringend notwendig. Denn den Weltmarkt kann man nicht abschaffen, sondern muss ihn an konkreten Punkten bekämpfen.

Angesichts des G8-Gipfels Mitte des Jahres 2007 in Heiligendamm scheint sich in linken Kreisen eine zunehmende Klarheit darüber abzuzeichnen, wie wichtig konkrete inhaltliche Kampagnen über eine erfolgreiche Mobilisierung hinaus sind.

Auf dem Weg nach Heiligendamm bieten die derzeitigen aggressiven Freihandelsprojekte wie z.B. der EU-Mercosur-Gipfel in Wien sinnvolle Anknüpfungspunkte. Gelingt es den Freihandelsfalken in Hong Kong zu einer Abschlusserklärung zu kommen - vermutlich einem Fahrplan für die weiteren Verhandlungen - könnte bereits im Frühjahr ein "Hong Kong II" anstehen, d.h. ein substantielles Treffen des Allgemeinen Rates der WTO in Genf. Trotz der massiven Repression nach dem G8-Gipfel 2003 in Evian gibt es dort linke mobilisierungsfähige Strukturen, die auch für AktivistInnen aus der BRD hilfreich sein können. Zusätzlich könnte eine außerplanmäßige WTO-Ministerkonferenz Ende kommenden Jahres bzw. Anfang 2007 ins Haus stehen. Letztendlich sind Gipfel-Stürme nur dann fern vom Event-Hopping und relevant, wenn es Kampagnen gelingt, strategische Interventionspunkte zu identifizieren und damit demokratische lokale Organisierung und globale Vernetzung zu befördern.

Alexis Passadakis und Magali Mander, (attac WTO und Welthandel)

Anmerkungen:

1) LDC: Least Developed Countries

2) AKP: Afrika, Karibik und Pazifik. Der Begriff AKP-Staaten bezeichnet zurzeit 77 Länder in dieser Region - zumeist frühere Kolonien von Frankreich und Großbritannien.

37. Politik der kleinen Schritte. Außerparlamentarische Opposition in Zeiten der Großen Koalition

Autor: Gerhard Klas · Rubrik: Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:07

Eine Konferenz der sozialen Bewegungen unter einer Regierung der Großen Koalition weckt Erinnerungen - an 1968. Friedensbewegung, organisierte Erwerbslose, Sozialforum, einige Gewerkschaften und Attac hatten Mitte November an die Frankfurter Goethe-Universität eingeladen. Einige wollten die Konferenz zunächst APO-Konferenz nennen, eine Konferenz der Außerparlamentarischen Opposition. Man entschied sich dann aber doch für den funktionalen Titel Aktions- und Strategiekonferenz.

Die TeilnehmerInnen haben sich viel vorgenommen: Großmobilisierung gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm an der Ostsee, um die Ungerechtigkeit der Weltordnung anzuprangern; die mediale Öffentlichkeit während der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland nutzen, um die Wirkung der Grenzen Europas deutlich zu machen; und die Beteiligung an europaweiten Aktionen gegen die Bolkestein-Richtlinie, um gegen die Auswirkungen neoliberaler Politik in Europa anzukämpfen. Versammelt hatten sich etwa 350 Aktivistinnen und Aktivisten.

Trotz einiger Gemeinsamkeiten mit der 1968er Bewegung gab es aber auch auffällige Unterschiede: Auf der Frankfurter Konferenz sprachen die TeilnehmerInnen kaum über Visionen und Utopien, aber viel über Grundeinkommen, Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, Steuerpolitik und Bürgerversicherung, mit denen sie gegen die neoliberale Doktrin angehen wollen. Das ist pragmatisch, aber nicht offensiv und trotzdem verständlich. Denn anders als zur Zeit der rebellischen Studierenden Ende der 1960er Jahre, als der Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme noch flächendeckend die materielle Existenz sicherten, scheint im bestehen den System der Weg in die Verarmung für viele vorgezeichnet. Damals gehörte es zum guten Ton, dem Kapitalismus unterschiedliche Gesellschaftsentwürfe als Alternative gegenüber zu stellen. In Frankfurt ging es um kleine Schritte, die ein menschenwürdiges Leben im Hier und Jetzt ermöglichen sollen.

Das ist traditionell auch das Terrain von gewerkschaftlicher Politik. Deshalb werden heute im Unterschied zu 1968 die außerparlamentarischen Bewegungen von den Gewerkschaften umworben. Beim Hauptvorstand der IG Metall gibt es seit mehr als einem Jahr sogar einen Verbindungsmann zu den sozialen Bewegungen, Horst Schmitthenner. Der kantige Mittsechziger ist wie geschaffen für dieses Publikum, er gilt als linkes Aushängeschild der IG Metall. Aber wenn es um konkrete Zusagen geht - wie die von vielen Konferenzteilnehmerinnen geforderte zentrale Demonstration gegen die Große Koalition im kommenden Frühjahr - winkt er ab. Auch wenn Schmitthenner selbst keinen Zweifel daran lässt, was er von der neuen Regierung und ihrem Placebo einer Reichensteuer hält - die Mehrheit des Vorstandes seiner Gewerkschaft klebt immer noch an der SPD. Und die IG Metall lässt sich - trotz aller Rhetorik - auch heute nicht von der APO zum Bruch mit der Großen Koalition bewegen.

Anders als 1968 gibt es heute auch eine Oppositionspartei im Bundestag, die die Anliegen der Bewegungen aufgreifen will. Die VertreterInnen der Linkspartei/PDS und der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), deren Aufstieg ohne die Protestwelle gegen Hartz IV und Agenda 2010 undenkbar gewesen wäre, gaben sich in Frankfurt die Klinke in die Hand. Vorstandsmitglieder und Bundestagsabgeordnete ließen sich blicken und erklärten sich solidarisch mit den Anliegen der Bewegungen. Einige Mitglieder der WASG und der PDS arbeiten auch aktiv mit. Aber dennoch sind viele skeptisch gegenüber den Parteien, und nicht nur wegen der Erfahrungen mit den Grünen. Auch die Politik der PDS, die in Berlin mitregiert, war für die meisten TeilnehmerInnen der Konferenz nur eine Variante des Sozialabbaus.

Zurück zu 1968: Damals war Politik im Allgemeinen und Sozialpolitik im Besonderen weitgehend nationalstaatlich determiniert. Das ist heute anders: Die Einflüsse der EU-Bürokratie und der Druck der Globalisierung lassen keinen Platz für nationale Alleingänge - auch nicht für die Opposition. Deswegen schweifte der Blick mancher TeilnehmerInnen ins europäische Ausland, nach Belgien, Italien oder Frankreich. Besonderes Augenmerk galt dabei dem französischen Nein zur EU-Verfassung. Nun wird in Frankreich und anderen Ländern über eine Charta für ein anderes Europa diskutiert. Sie soll im Laufe des kommenden Jahres als Gegenentwurf zur neoliberalen EU-Verfassung einer breiten Öffentlichkeit in ganz Europa präsentiert

werden. In Deutschland steckt diese Diskussion noch in den Kinderschuhen. Aber wenn sie geführt wird, könnte sie auch wieder Visionen und Utopien in die Debatte bringen, mit denen das hegemoniale Modell des Neoliberalismus auch auf ideologischer Ebene unter Druck geraten könnte.

Gerhard Klas, Rheinisches JournalistInnenbüro

38. "Wir müssen noch schwer arbeiten." Nach der Frankfurter Aktionskonferenz - Interview mit Peter Grottian

Autor: Interview: Gerhard Klas · Rubrik: Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:08

Peter Grottian ist Professor für Politologie an der Freien Universität Berlin und Aktivist im Berliner Sozialbündnis. Nach der Frankfurter Aktions- und Strategiekonferenz am 18./19. November sprach Gerhard Klas mit ihm über die Chancen einer außerparlamentarischen Bewegung unter den Bedingungen einer Großen Koalition, über Möglichkeiten der Kooperation mit der Linkspartei und über die Mobilisierungen des kommenden Frühjahrs.

Gerhard Klas: Eine Konferenz der außerparlamentarischen Opposition in Zeiten einer Großen Koalition - hat das Treffen in Frankfurt am letzten Wochenende bei Ihnen Erinnerungen geweckt?

Peter Grottian: Die Gemeinsamkeiten zur großen Koalition ab 1966 und der außerparlamentarischen Bewegung damals bestehen darin, dass die 1968er auch für eine andere Gesellschaft optiert haben. Da redeten wir zwar noch nicht über Sozialprobleme, da redeten wir noch nicht über Arbeitslosigkeit. Aber die Frage einer anderen demokratischen Gesellschaft war auch für die 1968er zentraler Antrieb. Und das ist - in einer anderen ökonomischen Situation - heute wieder der Fall. Das wichtigste Signal der Frankfurter Konferenz am Wochenende war, dass die Akteure sozialer Bewegung Alternativen zum herrschenden Kurs haben. Alternativen wie Grundeinkommen, den Mindestlohn, eine radikale Arbeitszeitverkürzung und auch solche gegen die Privatisierung.

In den 1960er Jahren ging es um Demokratie, heute um den Sozialstaat - aber immer um Grundsätzliches?

Es geht darum, ob die Abschaffung von Politik und der Siegeszug der Ökonomie in allen gesellschaftlichen Bereichen verhindert werden kann. Das ist ein sehr grundsätzlicher Konflikt über die gesellschaftliche Entwicklung: Die Große Koalition sagt, die Probleme lösen wir mit Wachstum - auch wenn sie genau wissen, dass das nicht stimmt. Die soziale Bewegung sucht dagegen nach Wegen, etwa für eine Welt, in der auch ein Mensch ohne Erwerbsarbeit aufrechten Gangs durch die Gesellschaft gehen kann.

Es gibt aber mindestens einen ins Auge fallenden Unterschied heutzutage - die Linkspartei. Welche Bedeutung schreiben Sie ihr in dieser Gemengelage zu?

Wenn man ein bisschen optimistisch ist, ließe sich sagen, es kann ein neues Kräftefeld entstehen zwischen Linkspartei, den linken Bereichen in den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen. Aber man muss auch realistisch sein und sagen: Jede dieser drei Strömungen hat ihre eigene Logik. Die Linkspartei wird viel mit sich selbst beschäftigt sein, sie wird den Weg einer normalen Parlamentspartei gehen - mit linkem Antlitz. Was aber nicht heißt, dass ich die Möglichkeit der Kooperationen bestreite. Aber der Druck muss schon von den sozialen Bewegungen ausgehen. Die Gewerkschaften schwanken ja auch noch hin und her und wissen nicht genau, ob sie nicht besser auf dem Schoß der Großen Koalition Platz nehmen sollen, um doch noch das Ohr der SPD zu erreichen.

Die Gewerkschaften standen der außerparlamentarischen Bewegung früher ablehnend gegenüber, heute suchen sie den Kontakt vor allem zum globalisierungskritischen Netzwerk attac. Eröffnen sich dadurch neue Möglichkeiten der Mobilisierung?

Ich finde, die globalisierungskritische Bewegung hat schon einige Achtungserfolge vorzuweisen. Und es wird jetzt auch weitergehen mit einer großen Demonstration in Straßburg Anfang des Jahres gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie, also den Versuch der Europäischen Union, Bedingungen für einen Arbeitsmarkt zu schaffen, auf dem der Export einer Lidl-Mitarbeiterin von Portugal nach Deutschland zu den Bedingungen von Portugal erlaubt ist. Die internationale Dimension wird auch durch das Europäische Sozialforum in Athen Anfang April 2006 gestärkt. Und auch zu der hoffentlich sehr großen Demonstration im kommenden Frühjahr in Berlin wollen wir französische, österreichische und polnische Kolleginnen und Kollegen einladen.

Also alles auf einem guten Weg?

Man muss natürlich auch realistisch sehen, dass die Verbindung zwischen der globalisierungskritischen Intervention und dem, was lokal und regional an sozialen und politischen Bewegungen entstanden ist, bislang noch zu wünschen übrig lässt. Erst wenn diese beiden Stränge zusammenkommen, lässt sich politisch auch wieder mehr Hoffnung schöpfen.

War diese Konferenz ein guter Ausgangspunkt dafür?

Da zögere ich noch etwas. Ich habe den Eindruck, dass die sozialen Bewegungen in ihrer Breite in Frankfurt leider nicht vertreten waren. Mit großer innerer Kritik habe ich auch bemerkt, dass relativ wenig junge Leute vertreten waren. Wir müssen also schon bescheiden sein und feststellen: Es ist ein Teil der sozialen Bewegungen hier gewesen und nicht das gesamte Spektrum. Und wenn wir zu unserer ersten Großdemonstration im Frühjahr das gesamte Spektrum aufbieten wollen, dann müssen wir noch viele Menschen in anderen sozialen Bewegungen überzeugen. Überzeugen, dass Fragen der Ökologie, des Friedens, soziale Fragen und solche der Geschlechterdemokratie, der Migration letztendlich miteinander zusammenhängen. Wenn man eine andere Gesellschaft will, müssen diese Fragen gemeinsam beantwortet werden. Da müssen wir noch schwer arbeiten.

39. Gegen den eisigen Wind. Karl Heinz Roths Gegenperspektiven zum Neoliberalismus

Autor: Mario Tal · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:17

Auf 67 Seiten den "Zustand der Welt" zu beschreiben und zudem "Gegen-Perspektiven" zu entwerfen, ist das ehrgeizige Ziel von Karl Heinz Roths jüngstem Büchlein. Dabei versucht er gleichzeitig, zwischen post-keynesianischer und sozialrevolutionärer Linker zu vermitteln. Gelingen konnte dies nur, weil der Bremer Sozialhistoriker auch die direkte Auseinandersetzung mit sozialen Bewegungen sucht.

Roths Essay geht auf zwei Vorträge zurück, die er 2004 bei attac und beim Bremer "Bündnis gegen Sozialkahlschlag" gehalten hat (vgl. ak Nr. 482). In vier Kapiteln geht es um den "neuen globalen Zyklus", die "Restrukturierung des Zyklus aus der Perspektive von unten", die "Dringlichkeit einer neuen Theoriedebatte" und um "Umrisse einer erneuerten sozialistischen Alternative". Zunächst sondiert Roth die allgemeine imperialistische Großwetterlage und spekuliert über aufkommende Blockbildungen. Fortwährend scheint die Frage nach der Perspektive der Kämpfe durch. Mit dem wohlfahrtsstaatlichen Post-Keynesianismus seien "gefährliche sozial-imperialistische Implikationen" verbunden, die Masse der Weltbevölkerung bliebe dabei außen vor. Dagegen würden derzeit in den "Global Cities" "die Klassenstrukturen und Klassenkämpfe der kommenden Jahrzehnte modelliert".

Die globale Restrukturierung zeige sich etwa in China. Dort sorgen allein 30 Millionen entlassene Beschäftigte der Staatsbetriebe sowie je rund 130 Millionen saisonal beschäftigte Bauern-ArbeiterInnen und WanderarbeiterInnen für Spannung. In den gigantischen illegalen Squatter-Siedlungen der weltweiten "Slum Cities" seien zudem ungesteuerte "Urbanisierungsprozesse von unten" zu beobachten. Den Opferblick meidend bemerkt Roth, "dass inzwischen eine Milliarde land- und eigentumslos gewordener Menschen im Kampf gegen den Hunger eine Überlebensstrategie gewählt hat, die einem Prozess der indirekt aufgezwungenen Selbstgettoisierung recht nahe kommt".

Slum Cities und Squatter-Siedlungen

Der theoretische Begriff des "neuen Zyklus" erfasst die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus. Mit Bezug auf den sowjetischen Ökonom Kondratieff sowie den französischen Sozialhistoriker Braudel orientiert sich Roth dabei vor allem an der Theorie der "langen Wellen". Gegenwärtig gelte es, "die Kritik der politischen Ökonomie auf der heute erreichten Ebene ... neu auszuformulieren". Denn Marx habe, so Roth, "in einigen Fällen nicht radikal genug mit der klassischen Wirtschaftstheorie gebrochen." Er sei "zu stark in die deterministischen Denkstrukturen seines Jahrhunderts eingebunden" gewesen. Für die Schärfung linker Theorie würdigt Roth u.a. Karl Kautskys Modell des "Ultra-Imperialismus", sowie Hilferding, Kuczynski, Max Weber, Schumpeter, Foucault, Bourdieu und die italienischen Operaisten, die für eine "kollektive Wiederaneignung handlungsorientierter Komponenten des Marxschen Systems" stehen. Ob allerdings aus diesem Sammelsurium unterschiedlichster Theorieversatzstücke tatsächlich ein stimmiges Puzzle entsteht, ist zumindest fraglich.

Mit dem Bezug auf den Operaismus verweist Roth auch auf seine eigenen Wurzeln. Umso überraschender ist sein Vorschlag einer "dialektischen Vermittlung" aus post-keynesianischen und sozialrevolutionären Strömungen. Ein Vorschlag, der der Theorie nach zwar scheitern muss, der aber durch einige politische Überschneidungen durchaus Widerhall findet. Ein Vorschlag aber auch, in dem sich Roths politische Verortung der letzten Jahre widerspiegelt, publiziert er doch seit einiger Zeit im linkssozialistisch profilierten VSA-Verlag. Einer breiteren Debatte kann diese Öffnung sicher nur gut tun. Trotz Kritik am Neoreformismus der Linkspartei ("... ganz offenkundige Instrumentalisierung der sozialen Bewegungen als Druckmittel für einen Kurswechsel innerhalb der prinzipiell fortbestehenden Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse") und Skepsis gegenüber attac ("Tendenz zur Stellvertreterpolitik", die nicht darauf abziele, "den Prozess der Selbstorganisation von unten ... in Gang zu bringen") hält Roth vor allem die "kommunikativen Erfahrungen" von attac für wichtig genug, dass sie "in den zu erwartenden sozialen Massenkämpfen der nächsten Jahre spürbar bleiben" sollten.

Soziale Gerechtigkeit in der sozialistische Weltföderation

Dabei komme es auf die Vernetzung von Akteuren aus den subalternen Klassen an. Qualitativ seien auf lokaler, territorialer und globaler Ebene "ihre Zielsetzungen ... identisch: Soziale Gerechtigkeit, Existenzsicherung und Gleichheit." In ihrer Konkretion bleibt diese Zielsetzung durchaus fraglich. Sie weist im globalen Maßstab zwar über das Bestehende hinaus, doch ihre inhaltliche Sprengkraft bleibt zumindest in den hiesigen Auseinandersetzungen beschränkt. Wirkt schon die Existenzgeldforderung letztlich bescheiden, so haftet der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit mittlerweile politische Beliebigkeit an. Strittig erscheint auch Roths Idee, "die kontinentalen Blöcke (ASEAN, NAFTA, EU usw.) in kontinentale Föderationen um(zu)wandeln und schließlich die Vereinten Nationen in eine sozialistische Weltföderation (zu) transformieren", anstatt diese durch neue Formen globaler Kollektivität zu ersetzen.

Umso überzeugender hingegen ist Roths Methodik im Sinne von Entwerfen, Verwerfen, Weiterentwickeln. Darin bezieht er seinen eigenen Vorschlag ausdrücklich ein: "Er wird selbstverständlich durch die Massenerfahrungen der nächsten Jahre korrigiert, vielleicht aber auch gänzlich verworfen und durch bessere Transformationsmodelle ersetzt werden." Zu wünschen bleibt, dass die Praxis noch so manch theoretisches Versatzstück einholen wird und dass die Analysen und Vorschläge noch breiter diskutiert werden; denn bei allem Widerspruch im Einzelnen ist Roth bis heute selbst eine Art Kompass für die Linke geblieben. Zwar sind die Wellen, in denen er die Diskussionen um globale revolutionäre Perspektiven bereichert, länger geworden. Doch der nächste Zyklus kommt bestimmt.

Mario Tal

Karl Heinz Roth: Der Zustand der Welt. Gegen-Perspektiven, Hamburg (VSA) 2005, 94 S., 8,80 EUR

40. Von der Verweigerung zur Kontemplation. Das Best-Of-Album der Band Tocotronic ist erschienen

Autor: Tilman Vogt · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:09

"Sie sahen: Ich bin ihr Beobachter, der widerwärtige Mensch, der es sich im Ohrensessel bequem gemacht hat und im Schutze des Halbdunkels des Vorzimmers sein ekelhaftes Spiel treibt, die auersbergerischen Gäste mehr oder weniger auseinanderzunehmen, wie gesagt wird. Das hatten sie mir immer verübelt, dass ich sie immer auseinander genommen habe, bei jeder Gelegenheit, tatsächlich skrupellos, aber ich hatte einen Milderungsgrund, ich nahm mich selbst noch viel mehr auseinander, verschonte mich nie, zerlegte mich selbst bei jeder Gelegenheit in alle Bestandteile, (...) mit der selben rücksichtslosen Vorgangsweise. Dann ist von mir selbst immer noch viel weniger übrig geblieben, als von ihnen, sagte ich mir." (Thomas Bernhard: Holzfällen)

Kaum ein literarisches Zitat spiegelt besser die Attitüde der Band Tocotronic, zumindest wie sie auf ihren früheren Alben zu finden ist, wider. Die Band, die vorletztes Jahr zehn Jahre alt geworden ist, wurde durch eine universalisierte Verweigerungshaltung bekannt, die sich in Losungen artikulierte und von den MusikjournalistInnen schnell das Label "Diskursrock" aufgepfropft bekam. Ähnlich wie bei Bernhard wurde dabei häufig die quengelig-selbstgenügsame Aburteilung der Gesellschaft moniert. Viele KritikerInnen warfen der Band vor, dass der rein negative Ausdruck des grassierenden Elends zum konturlosen Gemeinplatz erstarre. Verkannt wurde dabei nur allzu häufig, dass im Hintergrund des polarisierenden Hasses auf den Weltenlauf beständig eine verletzte Liebe zur Welt das Fundament der Lieder bildete.

Entgegen aller Kritik waren die schlagwortgespickten Songs immer mehr als Platitude und hingerotzte Phrase oder Slogan. Durch die Emphase der Reduktion, die in den ersten vier Alben ihren Ausdruck fand, wurde trotz aller kämpferischen Expressivität eine zarte Ader angesprochen, die auf Loyalität und Freundlichkeit pocht und gerade deshalb in der Welt des beschädigten Lebens zu den verkümmertsten gehört. In ihrem Empörungsschreien gegen die Widerlichkeit der Welt und für Vertrauen und Solidarität war ein Anvisieren dessen aufgehoben, was man vielleicht Essenz nennen könnte. Der daraus resultierende Gestus der großen Verweigerung mag dazu beigetragen haben, dass Tocotronic - am stärksten von allen Bands der so genannten Hamburger Schule - zum Identifikationsobjekt wurde. So gruppierte sich um die Band ein ganzer Kosmos von Musik, Lebensstil und -einstellung. Die Band war und ist das einzig deutschsprachige Pendant zu Nirvana, der Kultband der Grunge-Generation.

Das Tocotronic-Album KOOK aus dem Jahr 1999 markierte einen veritablen Bruch mit der Einstellung und dem Habitus der vorigen Platten. Vielleicht rühren aus der vorherigen Identifikation der FeuilletonistInnen mit der Band auch die persönliche Beleidigt- bis Irritiertheit und die permanent lebensgeschichtlich motivierten Urteile, seien sie positiver oder negativer Natur. Exemplarisch hierfür etwa die Plattenkritik in der Jungle World 4/05 von Thomas Blum. Die Entwicklung der Band lässt sich gut anhand des im November 2005 erschienenen "Best Of" Albums nachvollziehen. Schon die pure Existenz eines solchen, der kulturindustriellen Vermarktung folgenden Projektes, hätte im alten Tocotronic-Universum für einen Aufschrei gesorgt.

This style and hair-cut is Tocotronic

Doch selbst das "Best Of" Album, sonst immer Ausdruck eines glattgebügelten Kanons, bewahrt eine gewisse Gebrochenheit. So sind auf ihm bis auf "Du bist ganz schön bedient" und "Dieses Jahr", wie auch schon bei den Singleauskoppelungen, konsequent keine der besten und wichtigsten Lieder der Band vertreten. Dies gilt insbesondere auch für die Songs, welche die neuere sphärische Phase dokumentieren sollen. Die Band wandte sich mit KOOK von Thomas Bernhard ab und orientierte sich in Richtung Vladimir Nabokov, dessen Lieblingsbeschäftigung es war, allein auf Schmetterlingsjagd zu gehen. Das neue erwachsene Lebensgefühl besteht nun in einer Faszination über die üppige Welt der Emotionen und Eindrücke. Bestimmend ist die Attitüde der Kontemplation. Tocotronic-Sänger Dirk von Lowtzow erklärte die neue Ausdrucksform folgendermaßen: "Bis zur Selbstaufgabe auf eine andere Bewusstseinsstufe zu geraten, auch wenn es peinlich wird das interessiert mich immer mehr". Dies schien ihm interessanter zu sein, als die "weit verbreitete, krampfhafte Suche nach Authentizität".

Von den Schwierigkeiten des Total-Verweigerns mit über 30

Dann und wann wurde es leicht peinlich. Denn, was von Lowtzow als den Allerweltsmythos "Authentizität" abkanzelte, war früher genau die radikale Suche nach Essenz gewesen, die die Band einzigartig machte. Richtig peinlich wurde es allerdings, als das als abgewandt versponnenes Kraftstück konzipierte "Aber hier leben, nein Danke!" auf Grund der auftosenden Deutschquotendiskussion in den politischen Ring geworfen wurde und zum antinationalen Gassenhauer mutierte. Hier zeigte sich, wie wenig der neue Habitus der arabesken Abwegigkeit in einer feindseligen Welt funktionierte, was die ansonsten gut gemeinte Intervention ins deutsche Ödland nicht schmälern soll.

Dass Tocotronic Abschied von der alten Einstellung der Totalverweigerung genommen haben, ist zu bedauern, obgleich ganz logisch. So gehört es doch auch zu den Basics dieser Gesellschaft, dass man die konsequente Ablehnung des Elends in der Regel nicht über das dreißigste Lebensjahr hinüberzuretten vermag. Wer sich nun über Tocotronic grämt wäre Kurt Cobain heute wohl auch böse, hätte er sich nicht beizeiten umgebracht. Auch wenn die erschiene "Best Of" viele schöne Lieder bietet, wer den Kern von Tocotronic hören will, der sei eigentlich auf ein Lied, bestehend aus zwei Zeilen, verwiesen: "Ich möchte irgendwas für dich sein, am Ende bin ich nur ich selbst."

Tilman Vogt

Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Band ist unter www.copyriot.com/sinistra/magazine/sin04/toco.html abrufbar.

Tocotronic, "Best-Of Tocotronic", erschienen am 18. November bei L'Age d'Or (rough trade)

41. Kriminalistisches Ping-Pong aus Mexiko. Subcomandante Marcos und Taibo schreiben kollektiven Krimi

Subcommandante Marcos und Taibo schreiben kollektiven Krimi

Autor: Heiko Wegemann · Rubrik: Mexiko; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:01

Der spanische Bestseller-Krimiautor Manuel Vásquez Montalbán und der bekannte Sprecher der zapatistischen Befreiungsbewegung EZLN aus dem südmexikanischen Chiapas, Subcomandante Marcos, hatten sich etwas Spektakuläres überlegt: Sie wollten zusammen mit dem mexikanischen Kultautor Paco Ignacio Taibo II ("Die Rückkehr der Schatten") einen "sechshändigen" Kriminalroman schreiben. Doch dann verstarb Montalbán und so kamen im Dezember 2004 Boten zu Taibo nach Mexico-City mit einem Brief in der Hand, in dem Marcos diesem ein immerhin noch vierhändiges Projekt vorschlug. Taibo willigte ein und bekam dafür gleich das erste Kapitel ausgehändigt.

Der Fortgang nahm außergewöhnliche Formen an, denn Marcos musste im Urwald aus der Illegalität heraus schreiben, ist er doch eine der meistgesuchten Personen des Landes. Darüber hinaus erschienen die einzelnen Kapitel fast ohne abgesprochenes Konzept wöchentlich abwechselnd in der Tageszeitung La Jornada, so dass den Autoren immer nur ein paar Tage blieben, um zu reagieren und ihr nächstes Kapitel beizusteuern. Wenn sie sich gelegentlich doch zwischendrin direkt austauschen wollten, geschah dies unter klandestinen Bedingungen, die selbst Gegenstand eines Krimis sein könnten. So sprach ein Unbekannter Taibo auf einer Buchmesse an und drückte ihm ein Telefon in die Hand, aus dem erklang: "Lass uns den Titel ändern".

Konspirative Telefonate auf der Buchmesse ...

Das schnelle Pingpong führte natürlich auch zu Problemen: "Hör mal, du hast mir im Dritten Kapitel einen Chinesen geschickt, aber was soll ich mit dem anfangen?"

Die Befürchtung, dass unter solchen Umständen ein konfuses und literarisch schlechtes Produkt entstehen würde, hat sich nicht erfüllt. Denn Marcos und Taibo spielen gekonnt ihre postmodernen Fähigkeiten aus; die Geschichten ihrer Protagonisten entwickeln und überlagern sich schlüssig und irgendwann treffen diese auch persönlich aufeinander. Da ist zum einen der indigene Elías Contreras von der EZLN, der sich selber "Ermittlungskommission" nennt und erst mal ein paar kleinere Fälle in den zapatistischen Gemeinden löst. Die aus seiner Perspektive erzählten Kapitel von Marcos sind in einem eigentümlich zirkulären und simpelen Stil geschrieben, an dem man sich anfangs stören kann. Doch es gelingt, auf dieser Frequenz allerlei Witz und ironische Untertöne mitschwingen zu lassen. Marcos, der mitunter wegen des von ihm geförderten Personenkultes um ihn selbst kritisiert wird, schreckt dabei auch nicht davor zurück, seine Figuren darüber spekulieren zu lassen, ob er hetero-, homo- oder transsexuell sei.

Taibo schickt den bereits in neun Krimis erprobten einäugigen und humpelnden Privatdetektiv Héctor Belascoarán ins Rennen, seines Zeichens sarkastischer Altlinker mit Anziehungskraft für Absurdes. Mit dem eingefleischten Stadtmenschen ergänzt er die Dschungel-Szenerie virtuos um den Mega-City-Dschungel.

... und merkwürdige Anrufe aus dem Jenseits

Das Bindeglied in "Unbequeme Tote (Es fehlt, was fehlt)" sind merkwürdige Anrufe aus dem Jenseits und puzzleartige Nachrichten über einen "gewissen Morales". Sie führen die Protagonisten in verstrickte Ermittlungen, die sich um Mexikos "schmutzigen Krieg" der 1970er Jahre gegen militante Ausläufer der 1968er-Bewegung ebenso wie aktuelle politische Morde rechtsextremer Gruppen und korrupte Großprojekte unter dem Deckmäntelchen des Schutzes der Artenvielfalt drehen. Der "gewisse Morales" steht zunehmend synonym für politische und wirtschaftliche Verschwörung. Gerade dank Paco Ignacio Taibo multipliziert er sich derartig, dass sich das personalisierende und so moralisierende Motiv der Verschwörung zur Grundlage eines allgemeineren Blicks auf eine gewalttätige Gesellschaft transformiert, in der viele Tote nicht ruhen können.

Trotz alledem kommt man beim Lesen ob der liebevoll gezeichneten, skurrilen Personen und des Witzes kaum aus dem Schmunzeln heraus.

Heiko Wegmann

Subcomandante Marcos, Paco Ignacio Taibo II: Unbequeme Tote. (Es fehlt, was fehlt), aus dem Spanischen von Miriam Lang, Assoziation A, Berlin/Hamburg September 2005, 240 Seiten, 16,80 EUR

42. Die hässliche Seite der Linkspartei. Berliner WASG - Bauernopfer oder Präzedenzfall?

Autor: Martin Reeh · Rubrik: Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:19

Es war ein Medienhype mit Ankündigung. Als sich 2004 die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) gründete, interessierte JournalistInnen auf Pressekonferenzen nur eine Frage: "Wann kommen Oskar Lafontaine und Gregor Gysi?" Ohne Medienstars, so ihre einhellige Meinung, könne es mit der neuen Partei nichts werden. Mit den Stars kam der Erfolg - die Probleme aber sind geblieben oder haben sich sogar noch verschärft.

In den ersten Monaten nach Gründung der WASG stiegen zwar die Mitgliederzahlen auf mehrere Tausend, doch die Berichterstattung ließ nach. Im Frühjahr 2005, vor der NRW-Wahl, versiegte sie fast ganz. Dann stieg Oskar wie Kai aus der Kiste und forderte die Gründung eines Linksbündnisses aus PDS und WASG. Seitdem tingeln Lafontaine, Gysi und der WASG-Vorstand Klaus Ernst durch die Talkshows, die Mitgliederzahlen der WASG verdoppelten sich, die Umfragewerte explodierten.

Nun könnte man daraus schließen, dass es in der neuen Partei von Anfang an ein dickes Problem gibt: Ein gewichtiger Teil der Parteianhänger reagiert nicht auf Diskussionen in den sozialen Bewegungen oder den Parteien, sondern richtet sich nach den Hypes der Mainstream-Medien. Diese, vor allem das Fernsehen, sind auf wenige Führungspersonen fixiert. Lafontaine, Gysi und mit Abstrichen auch Ernst wächst damit eine Bedeutung zu, wie sie Joschka Fischer bei den Grünen erst nach 15 Jahren hatte. Doch auch im linken Blätterwald raunt es angesichts der Vereinigung von WASG und PDS von einer "wichtigen Bewegung nach links". (Thies Gleiss in der SoZ, August 2005)

Desaströse Bilanz nach vier Jahren Rot-Rot in Berlin

Dabei genügt ein Blick auf die PDS-Regierungsbeteiligung im Land Berlin, um zu sehen, wie es um die Linkspartei bestellt ist. Rainer Rilling, Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der in ak 498 so schön abstrakt über Chancen und Probleme der Linkspartei sprach, versuchte im letzten Jahr bei einer Veranstaltung die Diskussion darüber abzublocken: Er sei Marburger und wolle nicht über die Lokalpolitik der Hauptstadt reden. Doch Koalitionen in den Ländern waren in der Bundesrepublik immer Referenzprojekte für Koalitionen im Bund. Kaum vorstellbar, dass in den 1980er Jahren eine Diskussion in den Bundes-Grünen über Joschka Fischers Umweltpolitik mit der Begründung abgelehnt worden wäre, man möge sie nicht mit hessischen Fragen wie der Startbahn West oder den Hanauer Nuklearbetrieben behelligen. Auch die PDS hat ihre Regierungsbeteiligung in Berlin als Vorstufe für das Mitregieren im Bund verstanden. Nur so, geadelt durch Minister in der früheren Mauerstadt, konnte es Gregor Gysi im Wahlkampf 2002 wagen, Schröder die Wahl zum Kanzler anzubieten.

Nach knapp vier Jahren lässt sich Bilanz ziehen: Selten hat es in der Geschichte von Koalitionen der SPD mit einer Partei links von ihr eine desaströsere Landesregierung gegeben als den rot-roten Senat. SPD und PDS haben es geschafft, sämtliche Interessengruppen - mit Ausnahme der Wirtschaft - gegen sich aufzubringen: die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe, Krankenhäuser, Theater und Orchester, die BeamtInnen und Angestellten der Verwaltung, Studierende und Arbeitslose, Eltern und SchülerInnen, MieterInnen, Bürgerinitiativen und die Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs.

So trat Berlin als erstes Bundesland aus dem kommunalen Arbeitgeberverband aus. Der daraufhin abgeschlossene Tarifvertrag senkte die Gehälter um 8-12% und hatte Vorbildcharakter für andere Bundesländer. War den Berliner Beschäftigten beim Abschluss zugesichert worden, dass es sich um einen zeitweiligen Solidarbeitrag handelt, schreibt nun die mittelfristige Finanzplanung des Senats die Einsparungen weiter fort.

Ähnlich erpresste der Senat die Beschäftigten der landeseigenen Betriebe. Bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) setzte der Senat Gehaltskürzungen um 10% durch, neue KollegInnen erhalten davon noch einmal 15% weniger. Beim größten Berliner Krankenhauskonzern Vivantes wurde mit der Androhung einer Insolvenz das Urlaubs- und Weihnachtsgeld gestrichen, zudem soll die Arbeit durch Personalabbau um 20% verdichtet

werden. Bei der Charité soll 1.500 Beschäftigten betriebsbedingt gekündigt werden, wenn die MitarbeiterInnen nicht ebenfalls erheblichen Lohnkürzungen zustimmen. Und während die PDS bundesweit gegen Hartz IV protestiert, profitiert sie in Berlin davon. Reguläre Stellen im öffentlichen Dienst werden abgebaut, Ein-Euro-Jobber rücken nach. Dies gilt vor allem bei der Pflege von Grünflächen, aber auch beim Unterhalt von Schulen.

Auch die Privatisierungen von Landesbetrieben gingen voran. Mit der Risikoübernahme für die Berliner Bankgesellschaft verpflichtete sich die Landesregierung zugleich, die Sparkasse zu verkaufen. Damit wird Berlin die erste sparkassenfreie Zone in Deutschland. Die Wohnungsbaugesellschaft GSW wurde an den amerikanischen "Heuschrecken"-Fonds Cerberus verkauft; die ersten MieterInnen klagen über massive Mieterhöhungen. Dennoch privatisiert der Senat weitere landeseigene Wohnungen; damit es vor den Wahlen 2006 nicht so auffällt, allerdings zunächst nur Teilbestände von Wohnungsbaugesellschaften.

Die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe hatte noch die große Koalition beschlossen. Heute liegt Berlin bei den Wasserpreisen bundesweit an der Spitze. Grund dafür sind die miserablen Verträge, die den neuen Teileigentümern RWE und Veolia marktunübliche Renditen zusicherten. Die rot-rote Koalition hat einer Gesetzesnovellierung zugestimmt, um den Ansprüchen der Investoren weiterhin Genüge zu tun. Eine Rekommunalisierung, die das Land langfristig günstiger kommen dürfte, lehnt der Senat ab.

Berliner PDS: bundesweiter Vorreiter beim Sozialabbau

Warum verantwortet die Berliner PDS eine harte Konsolidierungspolitik, Gehaltskürzungen bei Beschäftigten und Privatisierungen - also das, was klassisch neoliberale Politik ausmacht? Von Seiten der Berliner PDS wird immer wieder die schwierige Haushaltslage des Landes angeführt. Die ist in der Tat mit 59 Milliarden Euro Schulden katastrophal - allerdings so sehr, dass jegliche Konsolidierungspolitik erfolglos bleiben muss, stattdessen aber den Status Berlins als Armenhaus der Republik befestigt. Ursache für die Schulden ist vor allem der schnelle Rückzug des Bundes aus der Berlin-Förderung nach 1990 in der Hoffnung auf blühende Landschaften. Was der Senat gegen die Haushaltslage hätte tun können, hat er zu defensiv getan. Die Normenkontrollklage auf Bundeshilfe vor dem Karlsruher Verfassungsgericht ist so niedrig angesetzt, dass selbst im Fall der vollen Bewilligung das Ausgabenniveau weiter gesenkt werden müsste. Eine härtere Klage wäre nur um den Preis einer Konfrontation mit der SPD zu haben gewesen. Doch intensive Konflikte mit den Sozialdemokraten hätten Berlin als besagtes Referenzmodell für den Bund gefährdet.

In der Berliner PDS hat sich zudem ein Flügel herausgebildet, bei dem die Grenze zwischen Anpassung an die Verhältnisse und bewusstem Neoliberalismus überschritten ist. Dazu zählt vor allem Harald Wolf. So präsentiert sich der Wirtschaftssenator als Verfechter eines staatlich subventionierten Niedriglohnsektors. Der Staat soll in diesem Bereich die Sozialversicherungsbeiträge sowohl für Beschäftigte wie Unternehmer zahlen. Bezüglich der Wasserpreise schlug er ein Modell vor, das Unternehmen entlastet, den Privatverbrauchern jedoch die ohnehin überteuerten Kosten weiter nach oben getrieben hätte. Die SPD stoppte das Vorhaben. Wolf geht wohl als Spitzenkandidat der PDS in den Abgeordnetenhauswahlkampf.

Mit der Berliner Koalition stellte sich zwangsläufig auch ein Problem für die WASG-Gründer. Diesen war von Anfang klar, dass sich die Frage einer Vereinigung mit der PDS stellen würde, wie Klaus Ernst im Neuen Deutschland vom 5. September 2005 einräumte. Aus nachvollziehbaren Gründen konnten sie dies aber zunächst nicht offen legen. So mussten sie damit rechnen, in den ostdeutschen Ländern Mitglieder zu bekommen, die ihren Aufruf, alle, die gegen Neoliberalismus seien, einsammeln zu wollen, Ernst nahmen - und der WASG beitraten, weil sie die Koalitionspolitik der PDS nicht ertragen wollten. So besteht die WASG in der Hauptstadt zum großen Teil aus Ex-PDSlern, senatskritischen Gewerkschaftern und von den Sozialkürzungen betroffenen BürgerInnen. Die WASG-Spitze fuhr bereits im Sommer 2004 alles auf, um diese mundtot zu machen. Dass ihre Politik den Berliner Landesverband seitdem in ein heilloses Chaos stürzte, nahm sie billigend in Kauf: Die WASG war sehr wohl ohne Berliner Landesverband denkbar, nicht aber die vereinigte Linkspartei ohne Berliner PDS.

Erster Akt war im Juli 2004 die Einsetzung eines Landeskoordinators durch den WASG-Bundesvorstand gegen den Willen der Berliner Mitglieder. Lothar Nätebusch, Vorsitzender der Berliner IG BAU und DKP-Mitglied, leistete ganze Arbeit, berief die bereits bestehenden vorläufigen Landesgremien einfach nicht mehr ein und bezeichnete jeden Versuch, dies dennoch zu tun, als den "Aufbau von Gegenstrukturen". Statt

inhaltlich zu diskutieren, sollten sich die Mitglieder alleine auf die Gewinnung weiterer Mitglieder konzentrieren. Als sich absehen ließ, dass er auf dem schließlich nicht mehr hinauszuschiebenden Landesparteitag keine Mehrheit gewinnen würde, stellte er Ausschlussanträge gegen sechs Vertreter des PDS-kritischen Kurses beim Bundesvorstand. Diese wurden erst nach öffentlichem Druck abgewehrt. Während dieser Zeit betrieb Klaus Ernst eine rege Arbeit hinter den Kulissen. Die Berliner PDS-Gegner forderte er ultimativ auf, vor 2005 keine Landespolitik zu betreiben.

Ende Oktober 2004 wurde der erste Landesvorstand gewählt, mit leichter Mehrheit für die PDS-Gegner - zumindest bis zur sich abzeichnenden Vereinigung mit der PDS im Mai 2005. Angesichts der Macht des Faktischen schwenkten drei Vorständler um, darunter die beiden Vertreter der Gruppe Linksruck. Noch im Frühjahr 2004 hatten Linksruck-Vertreter vehement das Volksbegehren für Neuwahlen forciert.

Der im Juni 2005 neugewählte Landesvorstand war wieder mit einer deutlichen PDS-kritischen Mehrheit ausgestattet - und fiel schon nach wenigen Wochen ebenfalls um. Diesmal war wohl nicht der Linkspartei-Hype schuld, sondern die materiellen Verhältnisse: Einige der Vorständler sollen sich bei der Bundestagsfraktion und dem WASG-Bundesvorstand beworben haben; in zumindest zwei Fällen erfolgreich. Im Oktober trat der völlig zerstrittene Landesvorstand zurück.

Nun, da im November der dritte PDS-kritische Landesvorstand gewählt wurde und der Landesparteitag zudem eine Urabstimmung über einen eigenen Antritt zur Abgeordnetenhauswahl im September 2006 beschloss, schaltet sich die Bundesebene, diesmal beider Parteien, wieder ein. Beschimpfungen wie "Sektierer", obwohl die Berliner WASG in Umfragen auf 6% kam, zählen noch zu den harmlosesten Vorgehensweisen.

Mit allen Mitteln gegen eine WASG-Kandidatur in Berlin

Gefährlicher sind die Zwangsmaßnahmen, die jetzt im WASG-Bundesvorstand wieder erwogen werden. So drohen BuVo-Mitglieder mit dem Ausschluss des gesamten Landesverbandes. Ob dies mit dem Parteiengesetz vereinbar ist, scheint fraglich. Einen Landesverband auszuschließen, weil er seiner ureigensten Aufgabe nachkommen und zu einer Wahl antreten will, wäre wohl ein Novum in der bundesdeutschen Parteiengeschichte. Möglich also, dass ein solcher Versuch vor den Gerichten scheitert. Aber selbst dann könnte der Bundesvorstand sein Ziel erreicht haben, so viel Chaos anzurichten, dass die Berliner WASG nicht mehr zu einer Wahlkampfplanung kommt und in der Öffentlichkeit diskreditiert ist. Eine andere Lösung bringen Klaus Lederer und Stefan Liebich, Landes- bzw. Fraktionsvorsitzende der Berliner PDS, ins Spiel: PDS-Mitglieder könnten in die WASG eintreten und so die Mehrheit bei der Urabstimmung gegen eine WASG-Kandidatur sicherstellen.

Gegner einkaufen, diffamieren, mit Ausschluss drohen, Mehrheiten manipulieren - in Berlin zeigen Linkspartei und WASG ihr hässliches Gesicht. Vielleicht ist der Umgang mit dem Berliner Landesverband nur ein Berliner Problem - das Bauernopfer, das in guter leninistischer Tradition der großen Sache gebracht wird. Vielleicht ist er aber auch, wie die Berliner Koalition der PDS, ein Präzedenzfall: Er zeigt denjenigen, die auf einen konsequenten Kurs der Linkspartei auch in der Frage zukünftiger Regierungsbeteiligungen hoffen, wie unerwünscht sie sind - und was die Parteispitzen notfalls unternehmen, um sie loszuwerden.

Martin Reeh

43. Linker Neoliberalismus. Linkspartei-StrategInnen planen "realistische Sozialpolitik"

Autor: Henning Böke · Rubrik: Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:03

Ungefähr zeitgleich erschienen zwei Texte, die tiefere Einblicke in die Vorstellungswelt einflussreicher Persönlichkeiten der neuen parlamentarischen Linken gewähren. Der jungen Welt (15. 11. 2005) gab Oskar Lafontaine ein ausführliches Interview, während Katja Kipping, Michael Opielka und Bodo Ramelow im November-Heft der Zeitschrift Sozialismus ein Konzept eines "sozialpolitischen Realismus" vorlegten. Die beiden Beiträge repräsentieren in vieler Hinsicht gegenläufige Positionen von "Traditionalisten" und "Modernisierern", die einen Eindruck davon vermitteln, welche Auseinandersetzungen in der künftigen vereinigten Linkspartei zu erwarten sind.

Wenn über Oskar Lafontaine diskutiert wird, sollte zunächst einmal Klarheit darüber bestehen, dass seine gängige Einordnung in die Rubrik "traditionelle Sozialdemokratie" nicht ganz stimmt. Die Gründe hat der christlich-wertkonservative Politologe Jan Roß 1998 in einer brillanten Streitschrift (1) aufgezeigt: Das traditionelle Wertesystem der deutschen Sozialdemokratie hat - unter veränderten Rahmenbedingungen - viel eher der wirtschafts- und wachstumsorientierte "Auto-Mann" Gerhard Schröder repräsentiert, während der linke Intellektuelle Lafontaine einer Juso-Strömung der 1970er Jahre entstammt, die "postmaterialistische" Inhalte der Achtundsechziger und der nachfolgenden neuen sozialen Bewegungen in die Sozialdemokratie hineingetragen hat und damit in der SPD lange Zeit als Fremdkörper wahrgenommen wurde.

In dem von Jürgen Elsässer geführten jW-Interview wird deutlich, inwiefern Lafontaines Positionen "konservativ" zu nennen sind in einem Sinne, der auf eine Schnittmenge mit sozialdemokratischem Traditionalismus verweist, ohne mit ihm deckungsgleich zu sein. Lafontaine bezeichnet sich als Sozialisten, beantwortet allerdings Elsässers bohrende Frage nach seiner Haltung zu den Eigentumsverhältnissen mit dem ausweichenden Hinweis, öffentliches Eigentum garantiere nicht per se mehr Gerechtigkeit; entscheidend seien nicht die Eigentumsformen an sich, sondern die Regeln, denen der Gebrauch von Eigentum unterliegt. Hier plädiert Lafontaine ganz klar für den starken Staat. Die politischen Mittel, auf die er setzt, entsprechen denen der traditionellen Sozialdemokratie - staatliche Umverteilung privat produzierten Reichtums -, seine Motive sind dagegen eher auf einer kulturkritischen Ebene angesiedelt. Der "Luxus-Linke" Lafontaine beruft sich auf die Konsumkritik des vor 30 Jahren ermordeten Pier Paolo Pasolini. Entprivatisieren möchte er vor allem das Fernsehen, und er klagt: "Die ganze Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse zerstört die Familien und das Gemeinschaftsleben". Mehr "standardisierte Vollzeitarbeitsplätze" seien nötig.

Existenzsicherung auf Sozialhilfeniveau als Kredit

"Konservativ" muss nicht notwendig schlecht heißen. Aber das Problem der immanenten Widersprüche dieser Position liegt auf der Hand: Lafontaine vermag nicht zu erklären, wie er einerseits Privateigentum und Markt nutzen, andererseits aber die Folgen ihres Wirkens vermeiden will, wenn nicht durch eine Art moralpolitischer Eingriffe, die unter heutigen Verhältnissen nur die Form einer autoritären Zwangsjacke annehmen könnten. Und vor allem: In "standardisierten Vollzeitarbeitsplätzen" einen Segen für Familie und Gemeinschaftsleben sehen kann nur, wer komplett ignoriert, welche Belastung das traditionelle "Normalarbeitsverhältnis" gerade für Frauen darstellt. Trotz all dieser notwendigen und gravierenden Einwände kann man Lafontaine zugute halten, dass jemand, der es heute noch wagt, wenigstens von der Abschaffung des Privatfernsehens zu träumen, damit immerhin einen revolutionären Horizont bewahrt.

Von ganz anderem Kaliber sind die VerfechterInnen einer "modernen" und "emanzipatorischen" Linken in der Linkspartei.PDS, die einen "sozialpolitischen Realismus" nur als Adjustierung an neoliberale Vorgaben zu denken vermögen - auch wenn sie das Ergebnis als Alternative zum Neoliberalismus verkaufen. Wenn ein Liberaler wie Ralf Dahrendorf der Linkspartei vorwirft, sie hänge der "Idylle" eines "europäischen Sozialmodells" an, wo der Staat die Menschen versorgt, fühlen die stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping, der Wahlkampfmanager Bodo Ramelow und der Sozialpolitik-Professor Michael Opielka sich prompt herausgefordert, das zu dementieren.

"Thinkful wishing statt wishful thinking" lautet die Devise in ihrem Aufsatz "Sind wir hier bei ‚Wünsch dir was`?". Die "Thesen für einen neuen Sozialstaat" fügen sich ein in ein Genre von "Innovationen", die immerzu ihren "Realismus" betonen und damit vorauseilenden Gehorsam meinen. Die gegen die neoliberale Behauptung, der Sozialstaat sei unter Bedingungen der Globalisierung nicht mehr finanzierbar, gerichtete richtige Feststellung "Sozialpolitik ist auf jedem Niveau des wirtschaftlichen Wohlstandes einer Gesellschaft möglich" wird entsprechend übersetzt in eine Definition "kluger Sozialpolitik", die "wirtschaftliche Effizienz fördert".

Die Modernisierer tabuisieren die Eigentumsfrage

Die AutorInnen legen Wert auf eine symmetrische Distanzierung sowohl vom liberalen Marktfetischismus als auch von der "altlinken Ideologie des Staates". Dass ein "realistischer Sozialstaat" mit "Abgaben und Transfersystemen, die die Leistungsfähigkeit aller Beteiligten berücksichtigen und einen Anreiz zu Beschäftigung und Leistung geben, innerhalb wie außerhalb des Erwerbssystems, Sozialsystemen, die wirksam vor Armut schützen, soziale Grundrechte garantieren und damit die Menschenwürde aller BürgerInnen" sowie "sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen, die professionell und selbsthilfefreundlich sind", nicht "billig" sein kann, gestehen sie ein, aber: "Ob die Sozialquote bei etwa 20% des BIP (Brutto-Inlandsprodukt; Anm. ak) liegt (wie in den USA) oder bei fast 40% (wie in Skandinavien), ist dennoch nicht das Wichtigste." Sie wenden sich sowohl gegen "Marktideologen", die eine niedrige Staatsquote für ein "Ziel an sich" halten, als auch gegen die traditionelle Linke, der eine hohe Staatsquote als "Ausweis sozialer Gerechtigkeit" galt.

Den Kern einer neuen Sozialpolitik, die sich "realistisch auf das Wesentliche konzentriert", soll ein umfassendes System von Bürgerversicherungen bilden. In diesem Rahmen soll ein "existenzsicherndes Grundeinkommen" von "ca. 700-750 Euro im Monat" garantiert werden (also in der Größenordnung von Hartz IV). Das Allererfreulichste ist: "Es gibt keine Arbeitspflicht." Denn: "Wer nicht für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen möchte, erhält weiterhin das Grundeinkommen, wovon ein Teil (max. 50%) als Darlehen gezahlt würde (Gleichstellung mit ‚Bafög`)." Man kann sich also von der Arbeitspflicht freikaufen: Existenzsicherung auf Sozialhilfeniveau als Kredit, der im Hinblick auf künftige Erfolgsaussichten gewährt wird. Im Klartext bedeutet es: Die Zumutungen von Lohnarbeit kann umgehen, wer sich verpflichtet, zumindest einen Teil der erhaltenen Transferleistungen später zurückzuzahlen. Als ob Leute, die sich das leisten können, eine Bürgerversicherung bräuchten. Wer es nicht kann, wird wohl, wie gehabt, "dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen" und erst recht jede "zumutbare" Arbeit annehmen müssen.

Warum dann eigentlich nicht gleich die Partei des Ralf Dahrendorf wählen? Schlimmer könnte selbst das "Bürgergeld" der FDP nicht ausfallen. Im Vergleich dazu erscheinen selbst altbackene "Recht auf Arbeit"-Parolen à la DKP, so wenig attraktiv sie für die prekarisierte Intelligenz auch sein mögen, vernünftiger. Die in der französischen ArbeiterInnenbewegung um 1848 entstandene Forderung nach einem "Recht auf Arbeit" hat übrigens schon der gute alte Marx kritisiert: Er sah in ihr eine "erste unbeholfene Formel", von der aus zum eigentlichen Kernproblem fortzuschreiten sei, nämlich zur Frage der Verfügung über die Produktionsmittel.

Die Eigentumsfrage aber scheuen die ErfinderInnen des "neuen Sozialstaats" nicht weniger, sondern eher noch mehr als der Altkeynesianer Lafontaine. Der historische Sozialismus hat sie nur über den Staat angehen können, ohne zu echter Vergesellschaftung fortzuschreiten. Die merkwürdige Logik der "modernen" Linken schließt daraus, die Eigentumsfrage zu tabuisieren. Statt die Frage der Sozialisierung der Produktionsmittel wieder aufzunehmen, werden alternative Systeme von Transferleistungen ausgedacht, deren "realistische", Produktivität und "Selbsthilfe" fördernde Version bei Kipping/Opielka/Ramelow nachzulesen ist.

Ihr Aufsatz ist als Alarmsignal zu werten. In diesem Zusammenhang ist eine Bemerkung über die Ko-Autorin Katja Kipping fällig: Seit Jahr und Tag wirbt sie in der PDS für das Konzept des Grundeinkommens, das sie neben Arbeitszeitverkürzung und kostenlosen öffentlichen Diensten als Schlüssel zu einem neuen Sozialismusmodell ansieht. Sie rechnet sich einer vor allem von jungen PDS-Mitgliedern getragenen Strömung der "emanzipatorischen Linken" zu und mahnt in Parteitagsreden öfters, die Überwindung des Kapitalismus nicht aus dem Auge zu verlieren; zugleich hat sie immer betont, dass es dabei auf die Staatsquote nicht ankomme und auf die Eigentumsformen schon gar nicht. Was sie jetzt gemeinsam mit Opielka und Ramelow verfasst hat, ist der Offenbarungseid einer "emanzipatorischen Linken", die in ihrer Abneigung gegen Staatlichkeit und in ihrer Selbstverwirklichungs-Ideologie voll auf einer Linie mit dem Neoliberalismus liegt (2)

und deshalb in dem Moment, wo es um Konkretion geht, tatsächlich dessen Prämissen nicht zu hinterfragen vermag.

Lafontaines Konservatismus ist das kleinere Übel

Das Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens wird von linken Bewegungen aus guten Gründen vertreten: Es geht darum, dass auf dem heutigen Entwicklungsniveau der Gesellschaft das Recht auf Leben von kapitalistisch definierter "Produktivität" und deren für die Mehrheit der Gesellschaft alternativloser Form der Lohnarbeit zu entkoppeln ist - vor allem auch deshalb, weil die Logik von Warenproduktion und Markt, je mehr sie sich durchsetzt, desto weniger in der Lage ist, reale Bedürfnisse zu befriedigen und den sozialen Nutzen diverser menschlicher Tätigkeiten zu honorieren.

Das bedeutet aber, dass das Konzept des Grundeinkommens im Rahmen einer Kritik des Kapitalismus als Produktionsweise zu formulieren ist, die perspektivisch die Eigentumsfrage natürlich nicht umgehen kann. Wo das unterbleibt und stattdessen der "Realismus" des vorauseilenden Gehorsams propagiert wird, kommt wie bei Kipping/Opielka/Ramelow nichts anderes heraus als eine "linke" Variante des neoliberal-neusozialdemokratischen "aktivierenden Sozialstaats", in der das Grundeinkommen als Element des Kreditsystems fungiert. Damit wird mitnichten zur "Transformation" des Kapitalismus in etwas anderes beigetragen, die Katja Kipping so gerne im Munde führt, sondern im Gegenteil die Durchsetzung der kapitalistischen Produktivitätslogik in allen Lebensbereichen weiter vorangetrieben. Verglichen damit ist der Konservatismus Lafontaines auf jeden Fall das kleinere Übel.

Man darf gespannt sein, wie sich in der künftigen Linkspartei - wenn es wie geplant zur Vereinigung mit der WASG kommt - das Kräfteverhältnis zwischen dem in der WASG wohl dominierenden Lafontaine-Traditionalismus und der "realistischen" Modernisiererströmung darstellt, in der die "emanzipatorische Linke" à la Kipping als Hilfstruppe der Neoliberalisierung auftritt. Dazu wäre wohl mit Leonard Cohen zu sagen: "... and long live the State, by whoever it's made ..."

Henning Böke

Anmerkungen:

1) Jan Roß: Die neuen Staatsfeinde. Was für eine Republik wollen Schröder, Henkel, Westerwelle und Co.? Berlin 1998

2) Wer zufällig in der Nacht nach der Bundestagswahl das ZDF-Nachtstudio gesehen hat, konnte miterleben, wie in einer Runde junger intellektueller Karrieremenschen der zum Hardcore-FDP-Anhänger mutierte ehemalige Poplinke Ulf Poschardt (u. a. Autor der Bücher "DJ Culture" und "Cool") auf die Pauke haute: Im Liberalismus hat er endlich die emanzipative Perspektive gefunden, die er als Linker vergeblich suchte. Er ist wenigstens konsequent.

44. Esoterisches Brimborium. Kritische Studie über Anthroposophie erscheinen

Kritische Studie über Anthroposophie erschienen

Autor: Oliver Walkenhorst · Rubrik: Wissenschaftskritik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak501/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:13

Waldorfschulen, Demeter-Produkte aus dem Bioregal, Arzneimittel von Weleda, Hausprojekt-Kredite von der GLS-Bank: ein paar Stichworte genügen, um die breite Präsenz der anthroposophischen Bewegung zu illustrieren. Ihr haftet dabei bis in links-alternative Kreise hinein ein sanftes und sogar fortschrittliches Image an - egal ob als kinderfreundliche Pädagogik, schonende Landwirtschaft oder ganzheitliche Medizin. In "Wurzelrassen, Erzengel und Volksgeister" unterzieht Peter Bierl die zu Grunde liegende anthroposophische Weltanschauung einer radikalen Kritik.

Kurz und bündig formuliert Bierl, langjähriger Redakteur der Zeitschrift ÖkoLinX, seine Thesen zur Anthroposophie: dass sie eine esoterische Weltanschauung und keine Wissenschaft ist; dass sie eine spezifische Rassentheorie enthält; und dass diese zu einem spezifischen Antisemitismus führt. Da solches Gedankengut bis heute geeignet sei, "autoritäre bis faschistische Herrschaftsformen in den Köpfen vorzubereiten", versteht er seine Bemühungen auch als antifaschistische Aufklärungsarbeit. Alle diese Vorwürfe sind nicht neu, werden aber von Bierl in der erweiterten Neuausgabe seiner lesenswerten Studie systematisch untersucht.

Die Anthroposophie entstand im völkischen Sumpf des Fin de Siècle als Teil der Lebensreformbewegung. Ihr Begründer Rudolf Steiner (1861-1925) bastelte sie aus Versatzstücken von Buddhismus, Hinduismus, gnostischem Christentum und deutschem Idealismus zusammen. Wesentlich esoterisch ist dabei die Grundannahme der Existenz einer geistigen Welt, deren Erkenntnis für Eingeweihte auf einem siebenstufigen Weg zur Erleuchtung erlangt werden kann. Insgesamt muss Steiners Lehre, so Bierl, als Antwort auf die damals empfundene Bedrohung durch die moderne Welt samt Urbanisierung und Industrialisierung verstanden werden. Eine Antwort, die sich von Anfang an vehement gegen Aufklärung, Demokratie und den Westen positionierte.

Anthroposophie: Rassismus und Antisemitismus inklusive

Der anthroposophische Rassismus beruht auf der Wurzelrassenlehre, nach der sich die Entwicklung des menschlichen Geistes in sieben Wurzelrassen mit je sieben Unterrassen nach einem zeitlich genau festgelegten Plan vollzieht. Da momentan die Arier als fünfte Wurzelrasse und seit 1879 insbesondere die Deutschen unter dem Banner des Erzengel Michael ihre Mission als Speerspitze der Entwicklung der Menschheit erfüllen, kann diese Lehre als esoterische Version von "Am deutschen Wesen soll die Welt genesen" interpretiert werden. Hinzu kommt rassistischer Unfug wie von "erstarrten Indianern", die dem Untergang geweiht sind, und von Schwarzen, die "drinnen fortwährend gekocht" werden und deshalb ein starkes Triebleben besitzen. Auch wenn AnthroposophInnen stets den üblichen biologistischen Rassismus, der auf Blut und Genen beruht, als materialistisch zurückgewiesen haben, liegt hier ein geistorientierter Rassismus vor.

Ein spezifischer Antisemitismus ergibt sich aus Wurzelrassenlehre, Karmalehre und traditionellen christlichen Motiven. Steiner war überzeugt, dass sich das Judentum - gemäß der Grundregel "Mission erfüllt, Verfall programmiert" - überlebt hat, nachdem die Juden die leibliche Hülle für Christus bereitgestellt haben und folgerichtig verteilt sich die übliche Palette antisemitischer Klischees quer über sein Werk. Besonders perfide äußerte sich in den 1960ern Karl König, Mitbegründer der anthroposophischen Camphill-Bewegung, als er den Holocaust als zwangsläufigen karmischen Ausgleich für den Verrat des Judas interpretierte. Bierl fragt nun nach der Umsetzung dieser Lehren in die Praxis, zunächst anhand des Verhaltens der AnthroposophInnen im Ersten Weltkrieg und im NS. In aller Kürze: den Ersten Weltkrieg bejubelten sie, weil er die historische Mission der Deutschen zu beschleunigen versprach. Den NS hofften sie auf die richtige geistige Bahn zu bringen, um dessen materialistische Verkürzungen wie biologistischen Rassismus und Euthanasie zu überwinden; vom NS-Regime wurden sie jedoch als völkische Konkurrenz betrachtet und hatten spätestens seit dem Abgang des NS-Schutzpatrons der Esoterik, Rudolf Hess, einen schweren Stand.

Der karmische Auftrag von Marx und Engels

Ausführlich befasst sich Bierl mit der Waldorfpädagogik und thematisiert das Einfließen rassistischer und antisemitischer Inhalte in den Unterricht. Er berichtet von allerlei abstrusen Praktiken wie der Sitzordnung im Klassenraum gemäß der Vier-Temperamente-Lehre, dem Fußball-Verbot, der Abneigung gegen die elektrische Wiedergabe von Musik sowie überhaupt der Verteufelung jeglicher moderner Musik von Jazz bis Techno. Da Sex laut offizieller Doktrin nur zur Fortpflanzung legitim sei, nämlich um "irdische Hüllen für die Reinkarnation bereit zu stellen", verwundere die mangelnde sexuelle Aufklärung nicht. Einen gewissen Höhepunkt bildet eine Episode aus dem Sozialkundeunterricht, wonach Marx und Engels den "neueren Sozialismus" schufen, da sie ihre karmischen Verstrickungen aus einem früheren Leben im 9. Jh. lösen mussten.

Schließlich nimmt Bierl die politische Utopie der sogenannten "Dreigliederung des sozialen Organismus" ins Visier, d.h. die Entflechtung der drei Bereiche Politik, Ökonomie und Kultur, die schon Steiner propagierte. In den 1970ern agierte Joseph Beuys als prominenter Vertreter der Dreigliederung an der Schnittstelle von Grün und Braun. Um dem Ziel eines esoterischen Kapitalismus näher zu kommen, präsentieren sich AnthroposophInnen heute als Vorreiter der Privatisierung, mischen in der Antiglobalisierungsbewegung mit und sind an Regionalgeldinitiativen in der Tradition Gsells beteiligt.

Folgt aus alldem nun eine pauschale Verdammung von allem was irgendwie mit Anthroposophie zu tun hat? Die anthroposophische Praxis kann - so Bierl - durchaus gute fachliche Elemente enthalten, z.B. die fehlenden Noten und den Epochenunterricht an Waldorfschulen. Dies sei allerdings auch ohne esoterisches Brimborium zu haben. Insgesamt merkwürdig ist es schon, dass die gängige Verteidigung stets nach dem Muster "Unsere Einrichtung ist ja nicht so hardcore wie andere" erfolgt.

Oliver Walkenhorst, Berlin

Peter Bierl: Wurzelrassen, Erzengel und Volksgeister. Die Anthroposophie Rudolf Steiners und die Waldorfpädagogik. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2005. 279 Seiten, 17 Euro

45. Aufgeblättert

CD-Datei: daten/aksuche/ak501/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:04

Sozialistische Fantasie

"Ich stelle mir die U-Bahn vor. Ich stelle sie mir schön vor." So sinniert Jörg in Peter Paul Zahls Kultroman "Die Glücklichen". Das Vorstellen, das Fantasieren ist seit dem in der Linken ziemlich aus der Mode gekommen. Die Lust an der gesellschaftlichen Utopie, ursprünglich durchaus fester Bestandteil aller Strömungen der jungen ArbeiterInnenbewegung, ist inzwischen nicht nur unmodisch, sondern in weiten Teilen auch diskreditiert. Für den Verlust an konkret-utopischem Denken in der Linken gibt es viele, auch gute Gründe, doch heute, wo die Gewaltförmigkeit der neoliberalen Umstrukturierung sich als scheinbar alternativlos präsentiert, macht sich dieser Verlust als schmerzhafte Leerstelle bemerkbar. Wo nicht mehr über Kommunismus gestritten wird, bleiben als Alternative zum Neoliberalismus nur die Rückkehr zu den angeblich goldenen Zeiten des keynesianischen Sozialstaats oder realpolitische Versatzstücke eines re-regulierenden Neo-Reformismus. Vor diesem Hintergrund ist Werner Ruhoffs schmales Büchlein "Eine sozialistische Fantasie ist geblieben" ein mutiger Schritt. Seine Fantasie bezieht sich nicht nur auf U-Bahnen, sondern auf eine neue Gesellschaft, auf Produktion, Verteilung, Demokratie. Es ist die soziale Utopie eines Linken, der ursprünglich am Realsozialismus orientiert und nach dessen Zusammenbruch nachhaltig erschüttert den Freiheitsgedanken und damit auch die verschiedenen sozialen Experimente der 1970er und 1980er Jahre (neu) entdeckt. Das ist irritierend für die Linken, die gerade mit diesen Experimenten eines alternativen Lebens und Wirtschaftens sozialisiert worden sind und vor allem deren Widersprüchlichkeit und Scheitern erlebt haben. Es öffnet aber gleichzeitig noch einmal die Augen für das soziale Potenzial, das in Kommune- und Selbsthilfeprojekten gesteckt hat und zum Teil immer noch steckt. Ruhoff verlängert diese Erfahrungen zu einer konkreten gesellschaftlichen Utopie. Es ist eine Utopie, die man nicht teilen muss (etwa die tendenzielle Verklärung des "einfachen Landlebens") und die eine Vielzahl von Auslassungen beinhaltet (etwa die Frage danach, wie eine globale Befriedigung von Bedürfnissen ohne industrielle Massenproduktion bewerkstelligt werden soll). Es geht um die Debatte, wie "wir" eigentlich leben und arbeiten wollen, wenn "wir" denn könnten, wie wir wollten. Für diese Debatte hat Werner Ruhoff eine schöne Steilvorlage geliefert.

dk

Werner Ruhoff: Eine sozialistische Fantasie ist geblieben. Sozialismus zwischen Wirklichkeit und Utopie. Die Buchmacherei, Berlin 2005, 148 Seiten, 10 EUR

Erinnerungskultur in Deutschland

Das Gedenkjahr 2005 ist fast zu Ende, die feierlichen Reden sind verhallt, zurück bleibt viel bedrucktes Papier, auch aus linksradikaler Produktion. Während etliches davon dem wohlverdienten Vergessen anheim fällt, ist einiges von dauerhaftem Wert. Dazu gehört die Sonderausgabe des Antifaschistischen Info Blattes, das AIB-Spezial zur Erinnerungskultur in Deutschland "Vergessen - verschweigen - vereinnahmen". Der Leitartikel der AIB-Redaktion "Die Zukunft der Vergangenheit. Rückblicke und Ausblicke auf deutsche Erinnerungspolitik", in gekürzter Fassung in ak 494 erschienen, kann hier noch einmal in Gänze nachgelesen werden. Auch anderes, was aufmerksamen ak-LeserInnen bekannt vorkommen wird, verdient erneute Lektüre im Kontext des Themenheftes. Dazu gehört Gerd Wiegels Analyse der Begriffe Totalitarismus, Faschismus und Nationalsozialismus. Wiegel plädiert für ein "Anknüpfen an differenzierte Formen der Faschismustheorie"; zum Erkenntnisgewinn trage der Faschismusbegriff "deutlich mehr bei als sein Pendant ‚Nationalsozialismus`". Es folgt Stefan Bollingers Beitrag "Streit um den DDR-Antifaschismus". Der Autor sieht dessen Mythos heute ersetzt durch den "Mythos von den ‚rotlackierten Faschisten`". Lesenswert sind auch das Interview mit dem kommunistischen Widerstandskämpfer Peter Gingold und die Artikel über das Wehrmachtsmassaker im griechischen Distomo, die Traditionspflege der Bundeswehr oder die geschichtspolitischen Entwicklungen im Bund der Vertriebenen (um nur einige zu nennen). Eher grobschlächtig geraten ist der Ausblick auf "Die Zukunft des Gedenkens", in dem einmal mehr das Berliner Holocaust-Mahnmal als Schlussstrich unter die lästige Geschichte dargestellt wird: "Wenn das Holocaust-Mahnmal Anfang Mai ". eröffnet wird, hat es Deutschland geschafft", schreiben Eckart Schörle, Erik Plummer und Lars Freitag: "Erinnerung an und Befreiung von den ermordeten Jüdinnen und Juden in einem, so ließe sich die Leistung funktionalen

Gedächtniseinsatzes beschreiben." Darüber wird noch zu streiten sein - am besten nicht erst im nächsten "runden" Gedenkjahr.

Js.

Antifaschistisches Info Blatt (AIB 67, Mai 2005): Vergessen - verschweigen - vereinnahmen. AIB-Spezial - Erinnerungskultur in Deutschland. Bestelladresse: AIB, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, aib@mail.nadir.org, 74 Seiten, 3,10 EUR

Jüdischer Widerstand in Weißrussland

Primo Levi hat einen Roman ("Wann, wenn nicht jetzt?") darüber geschrieben: Jüdinnen und Juden, die sich in den Wäldern Weißrusslands gegen Verfolgung und drohende Vernichtung erfolgreich zur Wehr setzten. Jetzt hat der New Yorker Journalist Peter Duffy die authentische Geschichte einer solchen Gemeinschaft rekonstruiert. Angeführt von den Brüdern Tuvia, Zus und Asael Bielski, Söhnen einer jüdischen Familie nahe der weißrussischen Stadt Nowogródek , überlebten ca. 1.200 Jüdinnen und Juden den Zweiten Weltkrieg. Ende Juni 1941 wurde der Ort Lida von der deutschen Wehrmacht besetzt: Ungefähr 90 jüdische Menschen wurden von Scharfschützen der Einsatzgruppe B ermordet. Am 7. Dezember 1941 wurden dann ca. 4.000 Jüdinnen und Juden aus Nowogródek ermordet, darunter auch die Eltern der Bielski-Brüder sowie eine Ehefrau und ihre kleine Tochter. Die Brüder und ihre noch lebenden Familienangehörigen entschieden sich zur Flucht in die Wälder. Weitere Jüdinnen und Juden wurden in die Gruppe aufgenommen, unabhängig von ihrem Alter oder ihrer Wehrhaftigkeit. Waffen und Ausrüstung mussten organisiert werden, aber auch Nahrung für immer mehr Menschen. Kontakte zu Bauern wurden freundschaftlich geknüpft oder mittels Drohung aufrechterhalten. Gleichzeitig kämpften die, denen es möglich war, als Partisanen gegen die Nazis, auch eingebunden in die Verbände der sowjetischen Armee. Immer tiefer musste diese Dorfgemeinschaft vor den Nazis in die Wälder und Sümpfe fliehen; auch die Auseinandersetzung mit antisemitischen sowjetischen Armeeangehörigen bleibt ihr nicht erspart. Und es brodelte es auch in den eigenen Reihen: Die einen wollten nur kämpfen und sich von Alten und Kranken trennen, doch die Bielski-Brüder handelten nicht nur in dieser Frage sehr autoritär, ohne lange zu diskutieren. So überlebten tatsächlich über 1.200 jüdische Menschen dank der Entscheidung der Brüder, jedem Juden, jeder Jüdin, die im Waldlager Zuflucht suchte, Schutz zu gewähren. "Im Vergleich zu den Ghettos fühlte man sich wie im Himmel. In den Wäldern waren wir frei", sagt Charles Bedzow, einer der Überlebenden.

Raphaela Kula

Peter Duffy: Die Bielski-Brüder. Die Geschichte dreier Brüder, die in den Wäldern Weißrusslands 1.200 Juden vor den Nazis retteten. Scherz Verlag, Frankfurt am Main 2005, 319 Seiten, 19,90 EUR

46. LeserInnenbriefe

CD-Datei: daten/aksuche/ak501/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:18

Irritation mit Lernerfolg

Betr.: ak 499

Hallo ak,

jetzt ist schon der ak 500 erschienen und ich wollte euch noch für die Nr. 499 loben. Diese hat mir gut gefallen, auch wenn mich die deutsche Übersetzung von "Pasaran!" auf dem Titel überrascht und negativ irritiert hat. Internationalismus und Antirassismus zog sich durch die gesamte Ausgabe. Gelernt habe ich von bzw. neu waren für mich die Inhalte der Artikeln zur Repression in Aachen und zum Ausländergesetz. War interessant, das zu lesen.

Solidarische Grüße

Achim Tobald

Chavez ist kein Putschist

Betr.: "Widersprüche und Herausforderung des Post-Liberalismus", ak 499

Leider scheint der Autor so hoch im Theorie-Himmel zu schweben, dass ihn Fakten nicht interessieren. So hatte Chavez in Venezuela tatsächlich zwei Militärputsche zu verantworten, ist aber anders als Candeias behauptet nicht durch einen Putsch sondern Jahre später durch Wahlen an die Macht gekommen. Dieser Sachverhalt ist überall nachzulesen und sollte als bekannt vorausgesetzt werden, wenn man sich zu Venezuela so prononciert wie Candeias äußert. Zumal er seine These, dass Chavez keinen Kontakt zu den sozialen Bewegungen hatte, auf seiner falschen Annahme aufbaut. Tatsächlich gab es zwischen den sozialen Bewegungen und Chavez schon während dessen Militärzeit Kontakte. Als Chavez wegen des fehlgeschlagenen Putsches im Gefängnis saß, wurde der Kontakt von Linken in Venezuela intensiviert. Damals wurde die Bewegung aufgebaut, der Chavez dann seinen überwältigenden Wahlsieg verdankt.

Peter Nowak

Zu großer Kopf

Betr. Neues Lay-Out, ak 500

Liebe ak-Redaktion,

heute kam die neue Ausgabe. Das neue Lay-Out gefällt mir sehr gut. Nur den Zeitungskopf selbst finde ich viel zu groß.

Grüße, Michael

Grüße zum Jubiläum I

Betr.: ak 500

Liebes ak-Team,

meinen herzlichen Glückwunsch zu euren 500 Ausgaben. Eure Themen sind meist sehr gut aufbereitet. Die Gestaltung der ak könnte sich noch ein wenig verbessern, aber dass ihr an eurem Layout arbeitet, ist ja ersichtlich. Eure Zeitung kann man noch als wirklich linke Alternative bezeichnen. Macht weiter so ... und noch viele Ausgaben der analyse & kritik. Für mich ist die ak zu einem unverzichtbaren linken Medium geworden.

Mit freundlichem Gruß,

Christian Dabs

Grüße zum Jubiläum II

Betr.: ak 500

Liebe ak-Redaktion,

zu Eurem Fest anlässlich 500 Ausgaben Eurer hervorragenden Zeitschrift (die kürzlich mir gegenüber von einem Antifa-Aktiven aus der autonomen Szene in höchsten Tönen gelobt wurde!) wäre ich gerne gekommen. Die Zeit dazu hätte ich aufbringen können. Nur: Die Fahrkarte nach HH ist für mich schlicht viel zu teuer. Als Alleinverdiener bei einer vierköpfigen Familie ist das nicht drin. Feiert also schön, ich denke an Euch (und werde mit einem Genossen auf Euch anstoßen). Und: Macht weiter so!!! Auf die nächsten 500!

Ganz liebe Grüße aus der fränkischen Provinz,

Martin

47. Kalender

CD-Datei: daten/aksuche/ak501/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:24

Ausstellung Sexarbeit

Im Hamburger Museum der Arbeit läuft noch bis zum 26. März die Ausstellung "Sexarbeit -Prostitution - Lebenswelten und Mythen". "Sexarbeit" - der Begriff geht auf die amerikanische Prostituiertenbewegung und ihre Forderung nach rechtlicher und sozialer Gleichstellung zurück und bezeichnet eine traditionsreiche Dienstleistung. Sexarbeit stellt heute einen beträchtlichen Wirtschaftsfaktor dar: Etwa 200.000 vorwiegend Frauen arbeiten hier zu Lande im Sexgewerbe, der Jahresumsatz wird auf ca. 14 Milliarden Euro geschätzt. Die Ausstellung wirft einen Blick hinter die Kulissen, zeigt, was im Schatten des Voyeurismus häufig unsichtbar bleibt: eine Arbeitswelt zwischen Illusion und Wirklichkeit, sie kratzt an Klischees ohne den moralischen Zeigefinger, fragt: Ist Sexarbeit ein Beruf wie jeder andere auch? Zur Ausstellung gibt es ein umfangreiches Rahmenprogramm mit Führungen, Lesungen und Vorträgen (www.museum-der-arbeit.de).

Hamburg, bis 26.3.06, Museum der Arbeit, Wiesendamm 3, 22305 Hamburg, direkt am U-/S-Bahnhof Barmbek

Proteste gegen die NATO-Sicherheitskonferenz

Die Zeiten sind vorbei, in denen sich die Kriegsplaner, PolitikerInnen, Generäle, Rüstungsmanager und Militärstrategen störungsfrei und unbemerkt von der Öffentlichkeit in München treffen konnten: Vom 3. bis 5. Februar 2006 mobilisieren das Münchner Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz und viele Einzelorganisationen erneut zu einem Aktionstag und einer internationalistischen Großdemonstration gegen Krieg, Rassismus und kapitalistische Globalisierung. So müssen sich auch Merkel & Co beim ersten großen internationalen Auftritt der neuen Bundesregierung im Münchner Nobelhotel Bayerischer Hof erneut hinter mehrfachen Absperrungen mit Wasserwerfern und Räumpanzern verschanzen. Also auf nach München! Am 17. Dezember gibt es noch ein großes Solifest im EineWeltHaus München, wo es neben Essen, Musik und Tanz auch Infos zu den Aktionen gegen die Sicherheitskonferenz gibt.

München, 17.12.05, Solifest des Aktionsbündnisses, 20 Uhr, Schwanthalerstr. 80., Aktionstag, 3. Februar ab 17 Uhr; Internationalistische Großdemonstration, 4. Februar 2006 ab 12 Uhr am Lenbachplatz, www.no-nato.de

Polizeiterror in Brasilien

Jährlich werden in den Armenvierteln brasilianischer Großstädte, den sogenannten Favelas, mehrere Tausend meist junge Menschen von der Polizei erschossen. Für die breite Öffentlichkeit handelt es um einen Kampf unter Jugendgangs und Drogenhändlern, wie es auch der bekannte Film "City of God" suggeriert. Der Film "Von Mauern und Favelas", eine deutsch/brasilianische Koproduktion der Filmkollektive AK KRAAK, aTreVer und TV Tagaraela zeigt hingegen, dass ein großer Teil der Ermordeten Opfer eines gesellschaftlich akzeptierten und von höchsten Stellen gedeckten Polizeiterrors sind. Wir werden den Film am Roten Abend zeigen. Anschließend berichtet Susanne Dzeik, eine der Filmemacherinnen, über den Terror gegen die Favela-BewohnerInnen, aber auch über erste Ansätze eines Widerstandes von unten.

Berlin, 4.1.06, 20 Uhr, Zielonna Gora, Grünbergerstr. 73, http://www.interkomm.tk

Unterdrückung wahrnehmen

Unter modernen Managementstrategien wird die Wahrnehmung der eigenen Unterdrückung in der Arbeit schwieriger. In einem Vortrag referiert der Politikwissenschaftler und Lehrbeauftragte an der Uni über die "Individualisierung und Organisation - Emanzipation in und von Organisationen " Es geht darum, wie die Entwicklung bewusst gemacht und den destruktiven Folgen vorgebeugt werden kann und welche Perspektiven der Individualisierung es jenseits von Organisationen gibt. Veranstalter sind die Rosa Luxemburg Initiative Bremen in Kooperation mit SEARI - Gesellschaft zur Förderung sozialökonomischer Handlungsforschung e.V.

Bremen, 13.1.06, 20 Uhr, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen

Normalfall Migration

In Hamburg findet ein Tagesseminar zum Thema Migration statt. Zwar ist Migration der Normalfall über Jahrtausende und Kontinente hinweg, dennoch entspricht der Umgang mit MigrantInnen nicht den Normen des Menschenrechts. Ausgehend von der Vielfalt von Migrationsursachen und -formen werden in Vortrag und Filmdokumentationen insbesondere das Geschehen am Mittelmeer und in Marokko, einer von "Europas neuen Mauern", dargestellt. Das Seminar kostet 10 Euro, ermäßigt 7, Anmeldung erbeten.

Hamburg, 15.1.06, 15-20 Uhr, Kulturhaus Eppendorf, Martinistr. 40, 20251 Hamburg, Tel.: 040/481548 oder Fax: 040/463106

Von Richtern und anderen Sympathisanten

"Mein Gewissen hat es nicht belastet, wenn ich bei Vollstreckungen tätig war. Ich sag' Ihnen nur: es war mir unangenehm. Das war aber mehr eine Frage der Ästhetik als des Rechts." Dr. Herrmann Stolting, Staatsanwalt a.D. Über 16.000 Todesurteile fällen Sondergerichte und der Volksgerichtshof während der Nazi-Zeit. Die Richter und Staatsanwälte, die damals Unrecht sprachen, waren weiter in Amt und Würden. "Wir zerbrechen uns den Kopf über die paar Nazis, die wirklich im Knast sitzen, anstatt über die Richterschar, die frei herumläuft. Die nicht ausstirbt, sondern seit 1945 ihre Gesinnung an die junge Richter- und Anwaltsgeneration weitergibt. Und die dann noch ehrenrichterlich darüber wacht, dass kein junger Richter oder Anwalt aus Reih' und Glied tanzt." Peggy Parnass hat in ihrer Arbeit als Gerichtsreporterin diese Kontinuität immer wieder erlebt und beschrieben. Dieser Film von Axel Engstfeld und Peggy Parnass wurde 1982 mit dem Bundesfilmpreis ausgezeichnet. Filmvorführung in Anwesenheit von der Regisseurin.

Hamburg, 31.1.06, 19 Uhr, Ernst-Thälmann Gedenkstätte, Tarpenbekstraße 66

48. Quelldatei 27.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak501/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:27

das thema: Kampf gegen Straflosigkeit

Vom 14. bis 16. Oktober dieses Jahres trafen sich in Bochum auf Einladung der Medizinischen Flüchtlingshilfe MenschenrechtsaktivistInnen aus 17 Ländern, um ihre Erfahrungen im Kampf gegen Straflosigkeit von Diktatur- und Kriegsverbrechen auszutauschen. Die Konferenz bot unter dem Titel "Gerechtigkeit heilt" auf verschiedenen Foren die Möglichkeit, unterschiedliche Strategien zur Wahrheitsfindung, zur strafrechtlichen Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen und zu Entschädigungsprogrammen für Überlebende zu diskutieren. Ein weiteres Forum befasste sich mit der Bedeutung des Kampfes gegen Straflosigkeit für die seelische Gesundheit der Überlebenden von Folter und Krieg. In unserem Schwerpunkt dokumentieren wir Länderberichte aus Argentinien, Ruanda und Osttimor, ein Gespräch mit der alternativen Friedensnobelpreis-Trägerin Inge Genefke sowie einen Ausschnitt aus der Kongress-Diskussion zum Thema Entschädigung.

49. Haste mal 'nen Euro?!

ak braucht 25.000 davon!

CD-Datei: daten/aksuche/ak501/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:45

Die Ausgabe 500 mit all der dazugehörigen Jubiläumsfreude ist Geschichte: Wir haben schön mit euch gefeiert und uns über die vielen solidarischen Grüße sehr gefreut. Nun kommt so langsam wieder der Redaktionsalltag in die Rombergstraße - und das heißt auch: sich Gedanken über die zukünftige Finanzierung unseres Projektes zu machen.

Auch dieses Jahr braucht der Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik, der die Zeitung ak - analyse und kritik und das Halbjahresmagazin Fantômas herausgibt, wieder eure finanzielle Unterstützung. Wir benötigen 25.000 Euro, um auch im nächsten Jahr die Aktivitäten des Vereins in gewohnter Form weiter durchführen zu können. Neben der publizistischen Tätigkeit gehören dazu auch die Beteiligung an Seminaren, Veranstaltungen und Kongressen. Wir wissen, dass 25.000 Euro eine Menge Schotter ist und dass unsere LeserInnen auch nicht gerade in Geld schwimmen. Trotzdem bitten wir euch: Spendet für ak! Damit es auch in Zukunft noch monatlich linke Analyse und Praxis gibt, mit dem bewährten linksradikalen Themenmix aus Wirtschaft und Soziales, Antirassismus, Geschichte, Gender, Biopolitik und vieles, vieles mehr. Einige sind bereits mit gutem Beispiel vorangegangen und haben seit letztem Monat 4.467 Euro überwiesen. Dafür an dieser Stelle ein dickes Danke-Schön an alle SpenderInnen.

Vielleicht gehört ihr zu denjenigen, die über einen regulären Job verfügen, der euch ein 13. Gehalt ausschüttet. Wenn ja, vielleicht ist auch ein kleines Sümmchen als Weihnachtsgeschenk für ak mit drin? Bei uns ist jeder Betrag willkommen! Oder ihr werdet Weihnachten von Eltern, Tanten, Onkeln reich beschenkt und wisst nun gar nicht wohin mit dem ganzen Bargeld? Wir freuen uns über gut gefüllte schwarze Koffer. Oder habt ihr vielleicht jeden Monat ein paar Euro übrig, die ihr gerne einem charmanten, linken Projekt zu Gute kommen lassen wollt? Auch einer Spende als monatlicher Dauerüberweisung steht nichts im Weg. Bei Spenden über 50 Euro erhaltet ihr von uns eine Spendenbescheinigung. Spenden unter 50 Euro könnt ihr steuerlich direkt mit dem Überweisungsträger absetzen. Und natürlich bekommen alle SpenderInnen, unabhängig von der Höhe ihrer Spende, ein herzliches Dankeschön. Ohne euch könnten wir einpacken.

Falls ihr noch auf der verzweifelten Suche nach Weihnachtsgeschenken seid, hier noch zwei kleine Geschenke-Tipps: Verschenkt doch einfach ak, ob als Probe-Abo oder gleich als Halb- oder Ganzjahresabo. Allen Stylingbewussten empfehlen wir unser trendiges Retro-T-Shirt des Arbeiterkampf . (siehe Kasten) Wir freuen uns also auf viele Spenden, Abo-Eingänge und T-Shirt-Bestellungen und wünschen euch ein stressfreies Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in 2006.

Eure ak-Redaktion

Spendenkonto:

Verein für politische Bildung,

Analyse und Kritik e.V.

Kontonummer: 13150204

Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20,

Ausland BIC: PBNKDEFF

IBAN: DE 60 2001 0020 0013 1502 04

50. Editorial

CD-Datei: daten/aksuche/ak501/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:501:46

Das war ein Fest! Rauschend bis - na immerhin bis drei Uhr morgens. Okay, wir erinnern uns alle an Feten, wo die Tanzfläche zu Klängen von Rosenstolz oder Abba noch morgens um sieben gut gefüllt war, aber wir waren's auch so zufrieden, zumal die Stimmung heiter, die Musik abwechslungsreich und die Gäste quer durch alle Altersgruppen sehr nett waren. Alte Bekanntschaften wurden erinnert und/oder aufgewärmt, hier und da vielleicht auch die eine oder andere neue geschlossen, und ohne großes Brimborium drum herum wurde sich einfach gefreut, dass die 500ste Ausgabe von ak auf dem Markt ist.

Nachdem wir die Feierlichkeiten also fröhlich, gut und ohne nennenswerte Blessuren hinter uns gebracht haben, stürzten wir uns hoch motiviert in die Produktion der Nummer 501, was ihr sofort merken werdet, wenn ihr das gute Stück durchblättert. Die vielen positiven Rückmeldungen zu unserem neuen Layout haben uns natürlich aufgebaut und geleiten uns sanft durch die mit einer solchen Umstellung zwangsläufig verbundenen Anfangsschwierigkeiten. Die Füchse unter euch werden schon bemerkt haben, dass unser neues Layout einem strengen System folgt (Codename: zwei zu drei) - und das kann eineN am Layouttisch schon mal ganz schön ins Nachdenken bringen: Was mache ich mit einer Seite, auf der ich ein dreispaltiges Foto, einen zweispaltigen Kasten und zwei zweispaltige Anzeigen unterbringen soll? Da ist Kreativität gefordert, aber daran mangelt es uns ja glücklicherweise nicht.

Ganz im Gegensatz übrigens zu anderen Dingen, zum Beispiel: Geld. Der Spendenaufruf folgt gesondert an anderer Stelle, doch auch hier wollen wir nicht versäumen darauf hinzuweisen, dass ak nicht nur eine gute, sondern inzwischen auch, wie wir uns bei aller Bescheidenheit zu bemerken erlauben, eine recht hübsche Zeitung ist - und das alles geht aber nur weiter so, wenn ... ihr wisst schon ...

Schwerpunkt-Thema dieser Ausgabe ist der internationale Kampf gegen Straflosigkeit von Diktatur- und Kriegsverbrechern; ein Thema, das wir auch auf Seite eins und in der Rubrik Geschichte mit der Erinnerung an die Nürnberger Prozesse aufgreifen. In unserem Schwerpunkt wird deutlich, dass die Strafverfolgung der Verbrechen und die Entschädigung der Opfer und Überlebenden nicht nur für den Schutz der Idee der Menschenwürde von Bedeutung ist. Auch für die ganz konkreten Möglichkeit der Überlebenden, ihre Traumata zu bearbeiten und mit dem Erlebten weiterzuleben, ist es existenziell notwendig, dass Schlächter und Folterer nicht länger frei herumlaufen.

Das ist natürlich nicht das einzige interessante Sujet, das wir in dieser Ausgabe zu bieten haben. Die Kämpfe in den französischen Vorstädten, das Leben an der psychischen "Borderline", Klassenkämpfe, Linkspartei, Aktuelles aus Australien, Kurdistan und Türkei, die WTO-Konferenz in Hong Kong sowie Literatur und Musik sind weitere Themen in unserem Blatt; außerdem erinnern wir an die Opfer des Möllner Brandanschlags vor 13 Jahren und berichten von Gesprächen mit den Überlebenden.

Wir wissen nicht, was euer Arzt empfiehlt, wenn euch vor lauter Jingle Bells die Ohren klingeln und die Lebkuchen wie Ziegelsteine im Magen liegen. Wir jedenfalls empfehlen: Ruhe, Besinnlichkeit, einen Sessel und - die neueste Ausgabe von ak.

In diesem Sinne das Allerbeste für 2006 wünscht euch

Eure ak-Redaktion.